Krisis

Zeitschrift für revolutionäre Theorie

11

Von Auschwitz nach Bagdad

Rien ne va plus

Geschichtsverlust

Brüderchen und Schwesterchen

Freiheit, Gleichheit, Schwesterlichkeit

Demokratendämmerung

Krisis Verlag

IMPRESSUM

KRISIS. Zeitschrift für revolutionäre Theorie
Herausgeber: Förderverein Krisis e.V.
Redaktion: Klaus Braunwarth, Robert Kurz, Ernst Lohoff, Udo Winkel

Redaktions- und Verlagsadresse:
Krisis Verlag
Postfach 21 11
8520 Erlangen

Konto: Postgiroamt Nürnberg, Konto 220 14-855 (BLZ 760 100 85)

Anzeigen/Belegexemplare: Norbert Irion, Postfach 24 41, 7900 Ulm

Abonnements und Bestellungen über die Verlagsadresse.
Abonnement für jeweils 2 Nummern im voraus (ab Krisis 12) : 30,- DM inkl. Versankosten.
Preis bei Einzelbestellungen: 16,- DM plus Versandkosten

Erscheinungsweise: zweimal jährlich

KRISIS 11 erschien im August 1991
Auflage 1000 Stück

Presserechtlich verantwortlich: Klaus Braunwarth
ISSN 0178-7691

INHALT

EDITORIAL

1.

Der Golfkrieg, eine von vielen Stationen im abrollenden Krisen- und Katastrophenprozeß des warenproduzierenden Weltsystems, hat die Gemüter bewegt wie schon lange kein Ereignis von vergleichbarer Tragweite mehr. Rechte wie Linke gleichermaßen wurden irre an ihren gewohnten Meinungsrastern; Fronten vertauschten sich mit atemberaubender Geschwindigkeit quer durch das gesamte politisch-ideologische Spektrum. Hatte die Krise der 3. Welt seit Beginn der 80er Jahre noch recht und schlecht einigermaßen in die alten Schablonen eingepreßt werden können, obwohl sie bereits über die Nachkriegs-Konstellation hinauswies, so waren der Zusammenbruch des Realsozialismus und die unglaublich rasche Selbstaufgabe der DDR schon nicht mehr in das politische Normalbewußtsein integrierbar; der Golfkrieg, obwohl vergleichsweise episodenhaft, hat offenbar das tradierte Weltbild vollends obsolet gemacht.

Es scheint so, als hätte jener berühmte alte Maulwurf durchaus in unserem Sinne gewühlt, aber vielleicht ein wenig zu heftig. Der schon lange zwiespältige Bezug auf eine Linke, aus der wir uns selbst herausgearbeitet haben und der doch auch der größere Teil unseres Publikums entstammt oder zugehört, wird von Mal zu Mal schiefer und prekärer. Seitdem die möglichen Adressaten der Auseinandersetzung reihenweise den Geist aufgeben, erheben sich moralische Skrupel: auf Schwerversehrte prügelt man nicht ein, und Toten soll man nichts Schlechtes nachsagen. Wenn innerhalb weniger Wochen über dem guten alten KB und über der zum vertrauten Ärgernis gewordenen Marxistischen Gruppe (MG) der Sargdeckel sich geschlossen hat, ist auch für uns eher Zurückhaltung angesagt. Und welche Lust zur Polemik soll andererseits noch aufkommen, wenn z.B. der orthodoxe Seminarmarxist Joachim Bischoff (SOST) sich in aller orthodoxen Seelenruhe zum Profitprinzip bekennt, einem sozial geläuterten selbstverständlich, das er aber verbissen immer noch mit Marx und als "sozialistisch" begründen will. Oder wenn der theoretisch sterbensmüde gewordene "Argument"-Guru W.F. Haug sich peinlich spreizt in einem ebenso sterbenslangweiligen wie dickleibigen "Versuch, Gorbatschows Gedanken zu verstehen" (oder so ähnlich), während der solcherart Angehimmelte als Konkursverwalter des sowjetischen Marxismus unseres Wissens bis jetzt nichts von sich gegeben hat, was auch nur im ent-

ferntesten einem Gedanken ähnlich sähe.

Soll also die Devise gelten: Laßt die Toten ihre Toten begraben? Was die Einmischung in das Untergangsgezänk angeht, sicherlich. Wichtiger als die Auseinandersetzung mit den Abziehbildern ist diejenige mit den Originalen, von Marx bis Adorno. Gerade deswegen aber ist es trotzdem das "linke Weltbild", das unweigerlich die Projektionsfläche abgibt für einen neuen Entwurf und einen neuen Diskurs revolutionärer Theorie. Daß die Überwindung des Alten *auch* selber durch das Alte hindurchmuß, versteht sich von selbst. Freilich kann dies nicht durch hektische Beteiligung am ideologischen Sommerschlußverkauf geschehen, sondern nur durch eine Auseinandersetzung mit den ungelösten zentralen Fragen der historischen Theoriedebatte und durch eine kritische Analyse der zu überwindenden ideologischen Strukturen und politischen Reflexe bzw. Verhaltensmuster.

Daß diese theoretische Arbeit sich einmal in größerer, einmal in geringerer Entfernung von den "Themen" und Auseinandersetzungen der verbliebenen alt-neuen Linken und ihrer Zerfallsprodukte bewegen wird, ist so vorgegeben. Wir hoffen, daß sich auf diese Weise im Laufe der Zeit ein eigener Diskurs entwickeln wird, mit Teilnehmern und mit einem Publikum, die sich teils aus dem abgewirtschafteten alten Diskurs entfernen, teils aus anderen Feldern neu dazustoßen. Entscheidend ist allein die Bereitschaft, sich der neuen Situation zu stellen und ein Problembewußtsein dafür zu entwickeln, statt zäh an einem schal gewordenen "Wissen" und obsolet gewordenen Identitäten zu kleben. Und es gibt durchaus einige ermutigende Anzeichen in dieser Hinsicht.

Im Falle des Golfkriegs war eine kritische Annäherung an die aktuelle Auseinandersetzung der Linken fast unvermeidlich. Denn es handelte sich dabei ja nicht um eines der vielen Schattengefechte auf dem Friedhof des marxistischen Denkens, sondern um den Bezug auf eine neue weltgesellschaftliche Konstellation und ein Ereignis von großer Tragweite. Nicht nur dieser Krieg selber ist integraler Bestandteil einer heranreifenden Krise der globalen Warenform (also keineswegs gleichzusetzen mit den früheren Interventionskriegen der USA oder anderer Westmächte), sondern auch das daran sich entzündende ideologische Gemetzel unter den Linken verweist auf diese Krise, die zwangsläufig auch eine Krise des der alten Konstellation angehörenden Marxismus sein muß. So hat der Golfkrieg, ähnlich wie und fast noch mehr als vorher schon der Untergang der DDR, mit einem Schlag die Lebenslügen eines veralteten Denkens enthüllt, diesmal vor allem bei den Linksradikalen. Ausgerechnet der immer noch

unverdaute Faschismus war es, der auf die unappetitlichste Weise als sich jeder Lösung sperrendes Problem wieder hochkam, und noch dazu in einer völlig unerwarteten und verräterischen Konstellation. Selten hat sich die antifaschistische Veteranen-Ideologie derart blamiert wie diesmal. Grund genug also, sich die phantastischen Analogieschlüsse vorzunehmen und ihren Hintergrund auszuleuchten.

Freilich wäre es vergebliche Liebesmüh, sich auf die angebotenen Alternativen in dieser Auseinandersetzung einzulassen. Am lautstärksten und triumphierendsten setzten sich natürlich diejenigen Exlinken in Szene, die sich schon im Laufe der 80er Jahre von den veralteten marxistischen Denkformen verabschiedet und ihre okzidentale Läuterung hin zu einem sympathischen Kapitalismus in den Grenzen gemäßigter Barbarei vollzogen hatten. Jetzt könnten die USA sogar die Bewohner fremder Planeten im Namen einer neuen Sonnensystemordnung ausrotten, und die eifernden deutschen Vollokzidenzler wären dabei mit Geheul. Eine Cora Stephan etwa mit ihrer steilen Karriere von der linken Theoretikerin zur journalistischen Allzweck- und Seifenblasen-Eloquenzia (demnächst wird sie wohl ihre ständige Kolumne in "Heim und Welt" bekommen - wir gemäßigten Basisdemokraten sind wieder wer), die den Verlierermassen der Zusammenbruchsökonomien die "Spielregeln" ihres Elends, westliche Geldrationalität und Demokratie nämlich, nicht bloß aufzuschwatzen, sondern mit Laserwaffen und Phantombombern aufzuzwingen für hoch in Weltordnung hält, kann kaum noch kommentarlos als das zur Kenntnis genommen werden, was sie eben geworden ist.

Es enthüllt sich hier eine "westliche" Logik, die trotz äußerer Gegensätzlichkeit auch die aufklärerischen Linksradikalen kennzeichnet. Deren wüste Schlägerei in und um "Konkret" anläßlich des Golfkriegs lädt kaum zum Mitmachen ein. Da kündigten massenhaft Leute ihr "Konkret"-Abo wie katholische Rentner ihr Kirchenblatt, in dem versehentlich die Jungfrau Maria beleidigt worden ist. Als könnte das Ausspielen warenförmiger "Verbrauchermacht" die heile Welt der linken Pietistengemeinde zurückbringen, in der die historisch Guten und Bösen klar geschieden sind. Die panikartigen An- und Ausfälle der linksradikalen Publizisten selber freilich sind eher als Dokumente zu werten. Das Problem ist offenbar, daß auf die Kontrahenten dieser Duelle die Trümmer des gemeinsamen Weltbildes herabhageln.

Als Dokumente aber ernstgenommen, können diese Aussagen erhellend sein, weniger für die Lage am Golf, als vielmehr für die Struktur eines linksradikalen (dem Marxismus und der Kritischen Theorie verpflichteten) Denkens, das in seinem hoffnungslosen Ver-

sagen vor der heutigen kapitalistischen Entwicklungsstufe einen exemplarischen Blick auf die vergangene Epoche erlaubt. Nicht zuletzt das Licht, das dabei auf den Faschismus und seine nie gelungene Verarbeitung, seine ideologische Wiederkehr und Instrumentalisierung fällt, kann aufzeigen, in welche Richtung das veraltete gesellschaftskritische Denken überwunden und eine neue Perspektive gewonnen werden kann. In diesem Sinne ist auch unser theoretisches und publizistisches Interesse am Thema hauptsächlich zu verstehen.

Die gemeinsame demokratisch-aufklärerische Logik und deren Defizite, die jene große Koalition zum Golfkrieg von den Realos bis zu den Linksradikalen hervorgetrieben hat, soll einer grundsätzlichen Kritik unterzogen werden. Wenn dabei die alt-"antiimperialistischen" Fundi-Linken nur am Rande vorkommen, so ihrer Bedeutungslosigkeit wegen. Sie scheinen ja selber zu ahnen, daß der stämmige Volkstümler-Radikalismus, der alle *riots* und Interessenkonflikte der aus den Fugen geratenden Warenwelt zum vermeintlichen Gesamtklassenkampf aufbläst, keine guten Karten mehr hat. Die Ankündigung von Thomas Ebermann, politisch entsagungsvoll und von Erfolglosigkeit zermürbt in Hamburg ein Tabak- und Lottogeschäft eröffnen zu wollen, ist so gesehen durchaus verständlich. Man kann ihm nur ehrlichen Herzens alles Gute für seinen weiteren Lebensweg wünschen. Wenn jetzt Jutta Ditfurth noch ihren Brezenstand in Frankfurt aufmacht, dann sind wenigstens ein paar altlinke Veteranen versorgt. Irgendwann muß die "wilde Freiheit" ja mal zur Ruhe kommen. Aber weniger Polemik (und schon gar nicht ein labormäßig konstruierter "Antisemitismus"-Vorwurf) ist angesagt, sondern eher Mitleid, wenn einige begnadete Agitatoren in einer veränderten Welt jede Orientierung verloren haben, zu einer kritischen Aufarbeitung ihres Weltbilds aber weder fähig noch willens zu sein scheinen. Womit unsrerseits auch gesagt ist, daß unsere Kritik der linken Bellizisten nichts mit jener der alten "Antiimperialisten" zu tun hat. Die "Radikale Linke" - ein Schlesiertreffen; dieser Titel unserer Broschüre vom Sommer letzten Jahres (übrigens in einer Restauflage weiterhin lieferbar) hat an Gültigkeit eher noch gewonnen.

In seinem Artikel *Von Auschwitz nach Bagdad* beschäftigt sich Ernst Lohoff ausführlich mit dem "antifaschistischen" Analogieschluß von Saddam Hussein auf Hitler und den Rechtfertigungsideologien für den Schwenk zur okzidentalen Weltpolizei. Faschismus und Antisemitismus werden dabei in Auseinandersetzung mit der Kritischen Theorie aus ihrer enthistorisierten Ontologisierung, von der die linksradikalen Aufklärer leben, herausgenommen und in den jeweils realen

Bezugsrahmen gestellt. Das "totalitäre Zeitalter", als abgeschlossene Binnenepoche begriffen und nicht zur Ontologie des Kapitals aufgeblasen, kann sich in der neuen Krise nicht wiederholen, die ihre eigenen Ausgeburten der Destruktion hervorbringt. Der Antisemitismus wird zum ideologischen Segment im Bewußtsein von Verlierermassen, er hat aber seine Verallgemeinerungsfähigkeit bis zur "Staatsdoktrin" eingebüßt. Dies ergibt sich aus dem veränderten Entwicklungsstand der abstrakten Arbeit und der zugehörigen bürgerlichen Subjektformen.

Norbert Trenkle befaßt sich in seiner Glosse *Rien ne va plus*, einem *Nachruf auf die Anti-Golfkriegs-Bewegung und ihre Kritiker*, weniger mit den unbezweifelbaren Naivitäten der Friedensbewegung, als mit dem neuen sozialpsychologischen Hintergrund, der auf Bewußtseinslagen verweist, wie sie den erreichten globalen Vergesellschaftungsgrad widerspiegeln. Es wird gezeigt, daß daran nicht nur die ideologisch pazifistischen Protagonisten der alten Friedensbewegung vorbeigehen, sondern mehr noch die linksradikalen Adorno-Enkel, deren Tiraden ihren Gegenstand hoffnungslos verfehlen.

In seinem Beitrag *Geschichtsverlust* greift Robert Kurz die Argumente von Lohoff und Trenkle noch einmal auf, um die ideologischen Grundstrukturen der linksradikalen Aufklärer auseinanderzunehmen. Entgegen eigener Selbsteinschätzung handelt es sich um ein sowohl enthistorisiertes als auch im Kern bürgerliches Denken, eine Verfallsform des Marxismus. Dem wird auf fünf Ebenen nachgegangen, jeweils thesenhaft zugespitzt: Die Ideologiekritik ist von jeder Realanalyse abgelöst; die Marxschen Kategorien des Kapitals im Allgemeinen wurden dogmatisch enthistorisiert und stillgestellt; das Verhältnis zu den Adressaten der Polemik ist ein abstrakt selbstlegitimatorisches; der bloß attributiv verdoppelnde und letztlich positive Bezug auf die "Aufklärung" verkennt deren an sich bürgerlichen Charakter; der unkritische Gebrauch des okzidentalen Begriffs der Vernunft entwertet die in ihrem Namen vorgetragene Kritik des "Irrationalismus" und verfehlt die Irrationalität als integrales Moment der westlichen Vernunft selbst. Dieses Denken ist unfähig, die Warenlogik zu überwinden, und eben deshalb bleibt es am Faschismus ein ums andere Mal hängen.

Nachtrag: Nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe der *Krisis* ist das neue Heft von *Kritik und Krise* erschienen, der Zeitschrift der ISF Freiburg, mit dem Generalthema *Logik des Antisemitismus*. Unseren Lesern sei es als Kontrastmittel und fürs eigene Überdenken empfohlen. Nach nur flüchtig möglicher Kenntnisnahme als Kom-

mentar zwei Halbsätze. Nämlich unbekannter- und ansonsten ungelesenerweise, vorbehaltlich möglicher Mißverständnisse und Darstellungskritiken usw., aber immerhin: eine Hochachtung für Ilse Bindseil (und ein Gruß auch an die "Weberbank"), sowie Gratulation an Hubert Zick, dem es gelang, einen Unterschied zwischen den Ziffernfolgen "1914", "1939" und "1991" zu entdecken. Wem dies unverständlich vorkommt, der lese: Kritik und Krise Nr. 4/5, zu bestellen bei: Ça ira Verlag, Postfach 273, 78 Freiburg (Tel. 0761/70 00 31). Das Heft enthält auch einen Wiederabdruck des Aufsatzes von Moishe Postone zum Antisemitismus, auf den auch wir uns positiv beziehen, und interessante Kommentare dazu.

2.

Der Golfkrieg, seine Folgen, Zusammenhänge und historischen Bezüge haben das eigentlich geplante Hauptthema dieser Ausgabe an die zweite Stelle rücken lassen. Unser Versuch, von der wertkritischen Position aus erstmals das Problem des *Geschlechterverhältnisses* zu thematisieren, ist aber auch aus anderen Gründen etwas unglücklich verlaufen. Ursprünglich sollten die Beiträge gleichzeitig für ein geplantes Seminar dienen, das im Sommer 1990 als gemeinsames u.a. mit Freiburger Autonomen und Mitgliedern der ISF sowie einzelnen Personen aus anderen Städten vereinbart worden war. Teils aber haben sich die Interessentinnen und Interessenten verlaufen, teils kam es leider zu einem unerwarteten "crash". Nachdem die Freiburger autonome Frauengruppe "Zoff" trotz laxer Vorbereitung die Einladung für das vereinbarte gemeinsame Seminar übernommen hatte, nahm sie die eingegangenen Beiträge unserer Mitarbeiter zum Anlaß, nicht etwa ihre eigene Teilnahme abzusagen (was bedauerlich, aber formal korrekt gewesen wäre), sondern uns "auszuladen". Und das noch nicht einmal wegen einer womöglich festgestellten misogynen Entgleisung, sondern schlicht wegen unklarer Differenzen über den inhaltlichen Aufbau des Seminars. "Zoff" machte also ihrem Namen alle Ehre, und die verärgerten Reaktionen unsererseits haben das Porzellan wohl erst recht zerschlagen. Es wäre selbstkritisch anzumerken, daß die theoretischen Voraussetzungen für eine gemeinsame Diskussion doch wohl überschätzt worden sind. Es hätte mehr und genauerer Vorbereitung bedurft, um aus einer klar formulierten Problemstellung heraus überhaupt ein gemeinsames Seminar abhalten zu können. Unsere Leser können sich nun selbst ein Urteil über die beiden Beiträge bilden und

sind im übrigen herzlich eingeladen, im Herbst diesen Jahres (19. - 21. Oktober; siehe beiliegendes Flugblatt) an unserem Seminar zum Thema "Geschlechterverhältnis" teilzunehmen.

Ernst Lohoff bezieht sich in *Brüderchen und Schwesterchen* hauptsächlich auf das Problem des Verhältnisses von Fetisch-Konstitution und Geschlechterverhältnis. Dabei wird diese Problemstellung zum Anlaß genommen, gängige Vorstellungen über "Herrschaftsverhältnisse" grundsätzlich zu kritisieren. Die "Krise des soziologistischen Denkens", die schon den soziologistischen "Arbeiterstandpunkt" obsolet gemacht hat, kann nicht durch feministische Wiederholung rückgängig gemacht werden. Eine adäquate Auseinandersetzung auch mit dem Geschlechterverhältnis müßte vielmehr ebenso an der Fetischismuskritik ansetzen wie Gesellschaftskritik überhaupt. Dabei wäre auch ein allgemeinerer Fetischbegriff zu entwickeln, der über ein verkürztes "ökonomistisches" Fetisch-Verständnis hinausgeht und archaische Formen des gesellschaftlichen Fetischismus einbezieht, die Fetisch-Konstitution als Wesen aller bisherigen Geschichte entziffert.

Norbert Trenkle setzt sich in *Freiheit, Gleichheit, Schwesterlichkeit* ideologiekritisch mit der "Gleichheitsforderung als Auslaufmodell" auseinander. Sowenig die bürgerlich-aufklärerische "Gleichheits"-Ideologie in ihrer arbeiterbewegten Variante mehr für Gesellschaftskritik taugt, ebensowenig kann sie durch die Frauenbewegung wieder zum Leben erweckt werden. Diese Ideologie bleibt bürgerlich immanent und kann die darüber hinausdrängenden Momente gerade auch in der Entwicklung des Geschlechterverhältnisses nicht aufnehmen. Dies wird an historisch-empirischem und aktuellem Material des realen Gesellschaftsprozesses zu belegen versucht, u.a. zur Entwicklung der Berufs- und Familienverhältnisse und in Auseinandersetzung mit einschlägiger Literatur (so z.B. Beck/Beck-Gernsheim).

Es muß dazu gesagt werden, daß diese beiden Arbeiten erst als Prolegomena zu einer gründlichen Beschäftigung mit dem Geschlechterverhältnis verstanden werden können. Wie in allen anderen Grundsatzfragen heutiger Gesellschaftlichkeit müssen erst die Barrieren obsolet gewordener Konstellationen und Raster des theoretischen Denkens überwunden werden. So handelt es sich hier auch noch nicht oder erst ansatzweise um eine materiale Analyse des Geschlechterverhältnisses selber, die im wesentlichen erst noch zu leisten ist. Dieser Sachverhalt mag dazu beigetragen haben, bei kritischen Frauen Mißverständnisse auszulösen. Das zunächst berechtigte Mißtrauen, das erst durch Einlösung der eigentlichen Aufgabe gegenstandslos würde,

könnte vielleicht so formuliert werden: Erstens, ihr kommt womöglich vor lauter Prolegomena gar nicht zum Kern des Problems, weil ihr die "Frauenfrage" immer nur zum *Anlaß* oder "Aufhänger" für abstrakt-allgemeine Erörterungen über die systemischen Strukturen nehmt, die stets "geschlechtsneutral" erscheinen. Und zweitens, ihr ersetzt demzufolge die leidige alte Konstellation des Marxismus, in der die "Frauenfrage" als bloß sekundärer (und somit leicht abzubügelnder) "Nebenwiderspruch" des "Klassengegensatzes" festgeklopft wurde, durch eine ganz analoge neue Konstellation, in der das Geschlechterverhältnis zur abgeleiteten Sekundärfrage gegenüber der zentralen, wiederum "geschlechtsneutral" verstandenen "Wertkritik" wird. Aus diesem Mißtrauen heraus ist uns nun aus Nürnberg ein eigener größerer Beitrag von feministischer Seite angekündigt, der das Verhältnis von abstrakt-negativer Wertvergesellschaftung und Geschlechterverhältnis in einer eigenen historischen Analyse mit grundsätzlichen Thesen darstellen will, und zwar unter dem provokativen Titel: *Der Wert ist der Mann*.

Die Problemstellung hat in der Redaktion der *Krisis* auch noch eine zweite Diskussion ausgelöst, die noch nicht beendet ist, und zwar zur Problematik des *Herrschaftsbegriffs*. Muß dieser angesichts der neuen Stufe der Fetischismuskritik ganz fallengelassen oder nur neu gefaßt werden? Ist ein Begriff von subjektloser Fetisch-Konstitution an die Stelle des Herrschaftsbegriffs zu setzen oder vielmehr ein neuer Begriff "subjektloser Herrschaft" selbst zu gewinnen? Auch dazu ist ein größerer Beitrag angekündigt, der u.a. einen theoriegeschichtlichen Streifzug bis hin zu Strukturalismus und Systemtheorie bzw. zum "Tod des Subjekts" enthalten soll. Wir hoffen also auf eine spannende Diskussion für die kommenden Ausgaben der *Krisis*.

3.

Nicht totzukriegen ist der linke Demokratismus, der zum bürgerlichen Aufklärungsdenken in seinen Verfallsformen gehört wie das Bellen zum Dackel. Die alberne Proklamation vom "Ende der Geschichte" schließt auch die Demokratie als letzte, nicht mehr überschreitbare Form ein, die höchstens noch reaktionär und rückwärtsgewandt kritisiert werden könne. So weiß die großmütterlich-akademische Theoriezeitschrift *Prokla* im 21. Jahrgang ihres Bestehens: "Sind Markt und Demokratie die ultima ratio der Organisation und Regelung wirtschaftlicher und politischer Prozesse? Für die Demokratie

bestreitet das im Prinzip niemand..." (Prokla 82, März 1991, S.2). Das wäre ein passendes Schlußwort für den Abgang gewesen, aber die Prokla hat sich entgegen anderslautenden Gerüchten doch zum Weiterleben entschlossen.

Nun mag es schon sein, daß wir für die Prokla "niemand" sind, obwohl sie selbst für uns durchaus "jemand" ist, wenn auch kein besonders wichtiger "jemand" mehr. Aber wie dem auch sei, ob als "niemand" oder als "jemand", jedenfalls bestreiten wir in aller Bescheidenheit vehement und "im Prinzip" nicht nur, daß die Demokratie der Geschichte enthoben und ein ontologischer Endzustand sei; wir behaupten vielmehr sogar, daß sie historisch auf dem letzten Loch pfeift samt einem Gesellschaftszustand, der so etwas wie eine "Regelung politischer Prozesse" impliziert. Das Problem ist offenbar, nicht nur für die Prokla, daß ein anderes Denken als ein solches *in den Kategorien bürgerlicher, warenförmiger Vergesellschaftung* gar nicht möglich erscheint und somit jede Kritik schon vor der entscheidenden Schranke stillgestellt wird.

Dieser Denkverhaltung ist Peter Klein nicht verfallen. In seinem Artikel *Demokratendämmerung* entwickelt er die bisherigen Ansätze radikaler Demokratiekritik weiter, diesmal hauptsächlich in einem Interesse der Anschaulichkeit bereits früher publizierter Positionen, die präzisiert und weiterentwickelt werden. Anhand zahlreicher praktischer und alltäglicher Erscheinungen wird der Demokratenverstand auseinandergenommen, um zu seinen apriorischen, nämlich von ihm bewußtlos gehandhabten, Grundlagen durchzustoßen. Dabei öffnet sich - gewissermaßen als Nebeneffekt des wertkritischen Ansatzes - der Weg zu einer materialen Kant-Lektüre. Der Text ist aus einem Vortrag für die Kritische Uni Kaiserslautern entstanden und dürfte sich seiner leichten Verständlichkeit wegen, und weil er nahezu alle unsere "Themenbereiche" wenigstens antippt, zur Einführung in die wertkritische Position überhaupt eignen. Für die wachsende Zahl unserer Erstleser und -leserinnen ist dies ein nicht zu unterschätzender Vorteil. Ein Vorteil wäre die Lektüre aber selbstverständlich auch für die Prokla-Redaktion und für alle anderen Theorie-Profis, die der Zerfall des Marxismus in die ideologische Fluchtburg von Freiheit und Gleichheit getrieben hat.

4.

Schließlich noch ein Wort zur leidigen Frage des Verkaufspreises. Wenn wir uns schon wieder dazu veranlaßt sehen, den Preis der KRISIS heraufzusetzen, dann hat dies immer noch den gleichen Grund, den es auch bisher jedesmal hatte: mit dem Verkauf der KRISIS wenigstens die Herstellungskosten zu decken, d.h. den Druck, einen Teil des Büromaterials und das sehr bescheidene Anzeigenwesen zu finanzieren. An einen professionellen Vertrieb, der auch wieder Geld kosten würde, ist vorläufig nicht zu denken, geschweige daß wir Autorenhonorare zahlen könnten.

Es geht also nur ums rein technisch verstandene Kostendecken, und hier schlagen die folgenden Faktoren zu Buche. Zunächst einmal handelt es sich um den für die KRISIS 8/9 erforderlich gewordenen Nachdruck und die daraufhin generell auf 1000 Exemplare erhöhte Auflage. Daß dies ein Teuerungsgrund sein soll, klingt paradox, erklärt sich aber sofort aus der sehr langen Umschlagzeit, die unser "vorgeschossenes Kapital" besitzt. Zumindest bisher zog sich der Verkauf einer Nummer über Jahre hin. Die MK 4, Erscheinungstermin: Dezember 1987, ist erst in diesen Tagen ausverkauft worden. Die Nachfrage nach der schon lange vergriffenen MK 1 hält bis heute an und kann nur notdürftig per Fotokopie befriedigt werden, die Kosten für eine entsprechend hohe Auflage hätten wir aber schon im März 1986 aufbringen müssen. Einen solchen Zeitraum können wir unmöglich unserer Kalkulation zugrundelegen. Ausschlaggebend ist vielmehr der Abstand zur jeweils nächsten Ausgabe, und das heißt derzeit, daß wir auf der Basis von etwa 400 verkauften Exemplaren kalkulieren müssen.

Weiterhin ist auch diese Ausgabe der KRISIS wieder sehr viel dicker ausgefallen, als geplant, und dies schlägt sich natürlich auch in den Druckkosten nieder. Darüber hinaus sind wir aber auch noch an einer *erweiterten* Reproduktion nicht unbedingt unseres "Kapitals", sehr wohl aber unserer Position interessiert. Es steht an: Die Herausgabe von Peter Kleins Artikelserie zur Demokratie (in MK 3 bis MK 6 erschienen) als Broschüre (Titel des überarbeiteten Textes: "Die Illusion von 1917"), die zweite Auflage des von R. Kurz verfaßten "Manifests für die Erneuerung revolutionären Theorie", eventuell eine Sammlung von älteren Aufsätzen aus der "Marxistischen Kritik" und ähnliche Projekte mehr. Für solche zur KRISIS hinzukommenden Vorhaben benötigen wir einen größeren finanziellen Spielraum, als wir ihn bisher haben, und wir gehen davon aus, daß unsere

Leserschaft dazu bereit ist, ihn uns zu gewähren.

In der Hoffnung, daß die von uns selbst analysierten Inflationstendenzen unsere Berechnungen nicht über den Haufen werfen bzw. mit dem wachsenden Verkaufserfolg der KRISIS sich die Waage halten werden, führen wir hiermit die folgende Regelung ein: Der *Einzelverkaufspreis* (Buchhandelspreis) der KRISIS beträgt von jetzt ab DM 16.-. Wird die KRISIS über den Verlag bezogen, stellen wir die Versandkosten in Rechnung. Im *Abonnement* kostet die KRISIS hingegen DM 15.- *einschließlich* der Versandkosten. Von der Nr. 12 ab wollen wir den Abonnementpreis jeweils für zwei Ausgaben (etwa ein Jahr) im Voraus kassieren, für diese Nummer aber gilt noch: Rechnungstellung erfolgt mit der Lieferung.

Robert Kurz für die Redaktion

Robert Kurz

GESCHICHTSVERLUST

Der Golfkrieg und der Verfall des marxistischen Denkens

1.

Seitdem überall nur noch Westen ist, kennt auch die marxistische Linke nur noch eine Richtung: zurück in den bürgerlichen Heimatstall. Der Verlust des altgewohnten politisch-ideologischen Koordinatensystems wird gleichzeitig zum Realitätsverlust. Bedurfte es dafür noch eines Beweises, so haben der Golfkrieg und die diversen linken Reaktionsformen ihn geliefert. Die Kontroversen, die sich an diesem Ereignis entzündet haben, waren an Irrealität nicht mehr zu überbieten. Kein Moment in der aktuellen gesellschaftlichen Wirklichkeit des kapitalistischen Weltsystems lag ihnen auch nur ansatzweise zugrunde. Der Golfkrieg, allzu rasch auf den Zusammenbruch des Realsozialismus und der DDR gefolgt, überforderte das längst plattgesessene marxistische Denken endgültig und auf die peinlichste Weise.

Daß die ideologische Hauptparole *"Go west"* lauten würde, war zu erwarten. Der mainstream der Lemminge bewegte sich ja schon lange vor den jüngsten Ereignissen in diese Richtung. Bereits bevor die 68er Bewegung den Marxismus noch einmal als kurzlebiges Projekt für eine linksoppositionelle politische Praktikergeneration entdeckte, hatte in der Theorie der strukturalistische *"Angriff auf die Geschichte"* die Krise des marxistischen Denkens eingeläutet. Der Verfall des Marxismus konnte im schnellen ideologischen Durchlaufprozeß der im Kern eher theoriefeindlichen, praktizistischen Neuen Linken nicht aufgehalten werden. Als das ausgebuddelte theoretische "Werkzeug" sich als rostig erwies, wurde es weggeworfen. Scharenweise mauserten sich die Ex- und Hopp-Revolutionäre in den 80er Jahren zu marktwirtschaftlichen "Realisten" okzidentaler Rationalität.

Der Zusammenbruch des Realsozialismus schien diesen "Realismus" Ende der 80er Jahre zu bestätigen. Ganze Segmente der scheinbar immer noch festgefügten marxistischen Positionen brachen fast über Nacht weg. Der Golfkrieg, mit dem statt des erwarteten neuen Friedens die letzte Dekade des 20. Jahrhunderts begann, scheint nun die übriggebliebenen Bastionen sturmreif geschossen zu haben. Ein historisch unselbständiges Denken, das sich lange Zeit hauptsächlich

äußerlich von den spätbürgerlichen Revolutionen des kapitalistisch rückständigen Ostens und Südens genährt hatte, lag offenbar auch bei den verbliebenen Häuflein der Linksradikalen unbewußt oder halbbewußt schon längst auf der Lauer, sich an den enttäuschten Revolutionsmythen, die doch nur das Produkt eigener Projektionen und Defizite gewesen waren, bei passender Gelegenheit gründlich zu rächen. Der Golfkrieg bot in seiner Konstellation den besten aller denkbaren Anläße. Er brachte in den Reaktionsformen der Linken eine große "prowestliche" Koalition hervor, die von den Realo-Häuptlingen bis tief ins linksradikale Spektrum hineinreichte.

Es hätte wenig Sinn, darüber eine nostalgische Jeremiade anzustimmen. Sowohl der Zusammenbruch des Ostens als auch der Golfkrieg zeigen nichts weniger als den "Sieg des Kapitalismus" an; vielmehr handelt es sich um Momente einer heranreifenden Krise des globalen warenproduzierenden Systems. Wenn ausgerechnet an diesen katastrophischen Erscheinungen die lange schon schwelende Krise des marxistischen Denkens akut und manifest geworden ist wie nie zuvor, so wird damit nur der praktische Beweis geliefert, daß dieses Denken selber noch der untergehenden fetischistischen Welt der Ware angehörte. Irgendwie muß der Leichnam des selber warenförmigen, nationalökonomischen Arbeiter-Marxismus unter die Erde, und anscheinend hat auch der Golfkrieg indirekt ein paar Schaufeln dazu beigesteuert.

Die frischgebackenen (ex-) linksradikalen Freunde des Westens haben zwar unter Verweis auf die deutsche Friedensbewegung bestritten, daß es sich bei den Kritikern des westlichen Schlachtfestes am Golf um eine verschwindende Minderheit gehandelt habe. Sie fühlten sich umgekehrt selber als reflektierte, moralisch und politisch überlegene Minderheit gegenüber einer Mehrzahl von Ignoranten, linken Antisemiten und nationalistischen Antiamerikanern. Hier liegt allerdings eine Verwechslung vor. Die meisten Kriegsgegner, was nun jeweils ihre Motive waren und was von diesen zu halten ist, bezogen ihre Positionen nicht mehr aus einer wie auch immer verarbeiteten "linken Geschichte" und aus dem positiven oder negativen, verquälten oder aggressiven Bezug auf einen Fundus marxistischen Denkens. Unter den Ex- und Noch-Marxisten aber war es die absolute Minderheit, die *nicht* zu den Hurrademokraten übergelaufen ist.

Damit soll nicht jenes bloß unentwegte, "orthodox" altmarxistische Denken verteidigt werden, das sich auf dem ideologischen und theoretischen Niveau des 1. Weltkriegs eingegraben hat und heute nur noch als eine Art Alterstorheit von desorientierten Veteranen gelten

kann. Der alte "Antiimperialismus", der auf die gewohnte Weise zu reagieren suchte, wurde durch den Golfkrieg abermals bloßgestellt. Die randständigen 3. Welt-Ideologien des Marxismus, deren *antikapitalistischer* Inhalt schon immer äußerst unsauber und oberflächlich gewesen war, waren gegen "völkische" Töne noch nie ganz gefeit. Es hätte so gesehen kaum überraschen dürfen, daß der Golfkrieg den Autonomen und Antiimps teilweise tatsächlich schon offen antisemitische Töne entlockt hat.

Aber dieses altmarxistische Denken ist ohnehin ein absterbendes. Bedeutsamer und gefährlicher scheint jene prowestliche Flucht nach vorn zu sein, wie sie die Mehrzahl der ehemaligen neuen Linken im Golfkrieg kennzeichnete. Daß die geläuterten Freunde von Marktwirtschaft, freedom and democracy so reagieren würden, war vorauszusehen. Überraschender war schon das Verhalten der meisten kritischen, an der Tradition der Frankfurter Schule orientierten Marxisten. Jene ins Wanken geratenen aufklärerischen Linksradikalen, die sich (von Gremliza bis zu Wolfgang Pohrt und der ISF Freiburg etc.) im Golfkrieg plötzlich an der Seite der exlinken Realos, Westler und nationalen Deutschler als stramme Bellizisten wiederfanden, haben ihre rasante Wendung eher notdürftig mit einem an den Haaren herbeigezogenen historischen Analogieschluß zu begründen versucht (vgl. dazu ausführlich den Artikel Ernst Lohoffs "Von Auschwitz nach Bagdad" in diesem Heft).

Dieser Salto verweist aber auf eine tieferliegende Problematik, die durch den Golfkrieg gewaltsam nach oben gespült wurde. Die ideologischen Lebenslügen der kritischen Marxisten scheinen denjenigen der Alt-Orthodoxen kaum nachzustehen. Sieht man von den aktuellen Anlässen ab, dann bieten die neuen prowestlichen Linksradikalen in ihrer heutigen ideologischen Struktur schon auf den ersten Blick ein äußerst merkwürdiges Bild. Auf der einen Seite gehören sie (zumindest teilweise) selber immer noch zu denjenigen, die sich zu einem abstrakten Antikapitalismus "bekennen" oder sogar dem verblichenen Realsozialismus und der vergangenen Weltkonstellation nachtrauern, fast schon ihren guten alten Breschnew wiederhaben möchten und in den Trümmern der DDR nach Resten altkommunistischer Identität stochern. Diese Gestrigkeit impliziert ein (freilich diffuses) Verharren in denselben veralteten Denkformen des Arbeiterbewegungs-Marxismus wie bei den altmarxistischen Antiimperialisten. Auf der anderen Seite aber haben sie mit ihrem aktuellen Übergang zu den prowestlichen Hurrademokraten einen Schritt vollzogen, der sie über den temporären Anlaß hinaus genau dorthin führt, wohin sie an-

geblich nicht wollen.

Das absurde Unterfangen, die Konstellation des 2. Weltkriegs mit der Konstellation des "kalten Krieges" und die antikapitalistische Identität mit der Feier wehrhafter westlicher Rationalität unter einen ideologischen Hut bringen zu wollen, ist unter den heutigen weltgesellschaftlichen Bedingungen nicht nur logisch unmöglich, sondern beide Konstellationen haben auch mit der aktuellen historischen Wirklichkeit nichts mehr zu tun. Aber die scheinbare Schizophrenie könnte eine tieferliegende Identität anzeigen: nämlich die prekär gewordene Zugehörigkeit des verblichenen Marxismus, auch des kritischen und elaborierten, zu jener bloß äußerlich bekämpften okzidentalen Rationalität der kapitalistischen Vergesellschaftungsform, eine Identität, die sich als von den Akteuren unbegriffene hinter ihrem Rücken durch die Ereignisse hindurch Bahn bricht.

2.

Bevor es möglich ist, zur grundsätzlichen Kritik des linksradikalen Aufklärertums durchzustoßen, muß klar gesagt werden, worin sie in der aktuellen Auseinandersetzung um den Golfkrieg wenigstens teilweise "recht" hatten. Das oberflächliche Motiv war ein, sagen wir: ehrenwertes, nämlich der Abscheu gegen linken Antisemitismus und der Schutz der israelischen Bevölkerung. Tatsächlich kann eine Kritik Israels nicht ignorieren, daß dies nicht bloß ein ziemlich aggressiver *Staat*, d.h. eine Ausgeburt des bürgerlichen warenproduzierenden Systems ist, sondern aus historischen Gründen gleichzeitig ein *Zufluchtsort* für Menschen, die mehr als alle anderen Opfer der Moderne zum Objekt von Massakern, Pogromen und schließlich des Holocaust geworden sind.

Noch während die israelischen Luftschutz-Sirenen heulten, landeten auf dem Flugplatz von Tel Aviv Flugzeuge mit jüdischen Aussiedlern aus dem ehemaligen "Vaterland der Werktätigen", in dem der Antisemitismus (wie überhaupt in Osteuropa, vor allem auch in Polen) als eine Reaktionsform auf die Krise neue Blüten treibt. Übrigens gerade bei jenen Strömungen, in denen sich ideologisch verrottete Altkommunisten, Sowjetpatrioten und Armee- bzw. KGB-Generäle zusammenfinden. Es wäre ein eigenartiger Zynismus, im Namen radikaler Kritik des Staates im allgemeinen und der israelischen Besatzungspolitik im besonderen den jüdischen Opfern der Vergangenheit und den jüdischen Flüchtlingen der Gegenwart zu empfehlen, sie

möchten sich einstweilen unsichtbar machen, bis die Weltrevolution alles in Ordnung gebracht hat. Ganz abgesehen davon, daß eine Kritik Israels als bürgerlicher Staat, dessen Staatsbürger gleichwohl einen nachvollziehbaren Grund haben, einstweilen in dieser Form sich zu affirmieren, erst recht eine Kritik der Palästinenser nach sich ziehen müßte, die weder einen vergleichbaren Grund für eine bürgerliche Staatsbildung besitzen noch überhaupt eine lebensfähige Nationalökonomie im Rahmen des heutigen Weltmarkts hervorbringen könnten. Die PLO ist mindestens genauso ein absurd gewordenes Auslaufmodell wie Fidel Castros kubanischer Rauschebart-Befreiungsnationalismus.

Vor diesem Hintergrund mutet es mehr als merkwürdig an, wenn prominente deutsche Friedensfreunde "prinzipienfest" die Lieferung jeglicher Waffen an Israel, auch des rein defensiven Patriot-Systems, grundsätzlich abgelehnt haben. Moralischer Rigorismus wird hier ebenso zur Scheinheiligkeit wie die dem Golfkonflikt übergestülpten alten Klassenkampf-Phrasen. Mit den Patriots konnte der Staat Israel keine Palästinenser malträtieren, sondern wirklich nur seine Zivilbevölkerung schützen. Warum nicht diese Maßnahme befürworten und selber fordern, gleichzeitig aber die Form und die Motive der US-Intervention kritisieren und den Zusammenhang des Golfkriegs mit den Konsequenzen der westlichen Vergesellschaftungsform und Lebensweise aufdecken, diesen Krieg als Moment einer sich voranfressenden Krise des Weltsystems analysieren?

Zu einer taktischen wie zu einer theoretischen und analytischen Intervention aber waren offenbar weder die abstrakten Radikalpazifisten und die versumpften Antiimperialisten noch die neuesten linken Freunde des Westens und seiner Weltpolizei mehr in der Lage. Hilflos und selbstzerstörerisch die gegenseitigen Schuldzuweisungen, wer nun welches Blut oder Öl an den Fingern habe. Der Antisemitismus-Vorwurf mochte ein Segment der Kriegsgegner treffen, der überwiegenden Mehrzahl gegenüber (vor allem den Youngsters ohne jede "linke Geschichte", vgl. dazu den Artikel "Rien ne va plus" von Norbert Trenkle) war er haltlos.

Das Versagen des Marxismus nahm bei den linksradikalen Bellizisten, im Unterschied zum lustlosen Abspulen alter Phrasen bei den Antiimperialisten, Züge eines Amoklaufs an. Daß sie mit fliegenden Fahnen zur offenen und teilweise bedingungslosen Befürwortung des westlichen Interventionskriegs übergingen, läßt sich nicht aus der realen Sachlage ableiten. Israel war zu keinem Zeitpunkt militärisch in seiner Existenz bedroht. Es ist unverzeihlich, den gefährlich sich der

Unzurechnungsfähigkeit nähernden Weltpolizisten USA als Hüter des "Völkerrechts" hochzujubeln und den realen Zusammenhang völlig zu ignorieren. Und es ist unverzeihlich, die westliche negative Weltmarkt-Vergesellschaftung und ihre verheerenden globalen Konsequenzen aus der Analyse der Ereignisse auszublenden, die dann nur noch willkürlich und blind der eigenen prekären Legitimationsproblematik folgend interpretiert werden können.

Woher diese erstaunliche Blindheit gegenüber einer grundlegend veränderten historischen Situation? Offenbar ist auch der kritische Marxismus erstarrt und nicht mehr in der Lage, auf die reale weltgesellschaftliche Entwicklung adäquat zu reagieren. Keineswegs überflüssig kann es also sein, gerade im Denken der reflektiertesten aufklärerischen Linksradikalen (und dazu gehören nicht wenige der scheinbar plötzlich zum prowestlichen Bellizismus Mutierten) jene theoretischen und ideologischen *Strukturen* zu untersuchen, in denen sich das Erstarren des marxistischen Denkens zeigt und die den aktuellen Fehlleistungen letztlich zugrunde liegen.

Der Golfkrieg hat dabei ein Defizit enthüllt, das auch vorher schon in anderen Zusammenhängen sich angedeutet hatte. Die Fixierung auf bloße *Ideologiekritik*, wie sie seit langem z.B. von Gremliza, Pohrt oder der ISF (auf je spezifische Weise) von nicht mehr thematisierten Prämissen aus betrieben wurde, hatte trotz zahlreicher verdienstvoller Arbeiten längst den Boden einer sich unaufhörlich weiterentwickelnden gesellschaftlichen Wirklichkeit unter den Füßen verloren. Die von Strukturalismus und Systemtheorie betriebene *Enthistorisierung* des theoretischen Denkens hatte auch auf dem Boden des Marxismus stattgefunden. Und zwar keineswegs bloß bei den "Althusserianern", sondern klammheimlich auch bei den orthodoxen und/oder der Kritischen Theorie verpflichteten Marxisten.

Dieses Denken war schon lange in einen Leerlauf übergegangen, ohne seine fortschreitende Entwirklichung zu bemerken oder wahrhaben zu wollen. Das strukturelle Defizit im Wirklichkeits- und Geschichtsbezug, im Selbst- und Theorieverständnis dieser marxistischen Auslaufmodelle läßt sich auf mehreren Ebenen beschreiben. Ziel der Kritik kann es nur sein, in einer groben Skizze anzudeuten, wie eine revolutionäre "Aufhebung des Marxismus" zu denken wäre.

3.

Gewiß besitzen ideologische, theoretische und politische Inhalte, Konstrukte und Konstellationen auch ihre Eigengesetzlichkeit und ihre eigene Geschichte. Trotzdem können sie (ebenso wie sozialpsychologische Motive) nicht ohne schwere Deformationen vom realhistorischen Prozeß abgelöst und für sich betrachtet werden. Ideologien und ideologische bzw. sozialpsychologische Motive decken sich nämlich bekanntlich keineswegs mit der gesellschaftlichen Realität, sie sind auch nie ein *unmittelbarer* ideeller Ausdruck der realen Verhältnisse, sondern immer ein vermittelter, oftmals ungleichzeitiger. Das ist deswegen so, weil in *fetischistisch* verfaßten Gesellschaften, die sich ihrer selbst nicht bewußt sind und die ihre Verhältnisse nicht bewußt selber regeln, sondern blinden "Gesetzmäßigkeiten" unterworfen bleiben (in der Moderne der Selbstverwertung des Geldes), auch notwendig eine Differenz von Realität und Bewußtsein entsteht.

Genauer gesagt: von den Bewußtseinsinhalten kann nicht direkt auf die gesellschaftliche Realität geschlossen werden, sondern genau umgekehrt: aus der mühsam und im nachhinein zu untersuchenden objektivierten Realität des Gesellschaftsprozesses müssen diese Bewußtseinsinhalte (bewußte Interpretationen des Geschehens) erst erklärt und in ihrem jeweiligen Stellenwert bestimmt werden. So jedenfalls hat der alte Theorielöwe Marx die Aufgabe richtig gestellt. Wenn es sich aber so verhält, dann kann die notwendige Ideologiekritik niemals ohne eine adäquate "Realanalyse" auskommen. Dazu gehört natürlich die Analyse der ökonomischen Basis- und Oberflächenprozesse, aber bei weitem nicht nur diese. Vielmehr ist auch eine entsprechende Analyse der Subjekt- und Bewußtseins*formen*, der Institutionen, der sozialen und geschlechtlichen Verhältnisse, der kulturellen Strukturen usw. und ihrer Entwicklung nötig. Erst in diesem Zusammenhang kann der Stellenwert ideologischer Aussagen oder Strömungen geklärt werden. Unterbleibt aber diese Analyse weitgehend und wird dieser Zusammenhang nicht hergestellt, dann wird die Ideologiekritik zunehmend willkürlich und zufällig, und zwar umso mehr, je weiter sich die Entwicklung der gesellschaftlichen Realität von jener historischen Konstellation entfernt, aus der die Bezugsgrößen der Ideologiekritik ursprünglich stammen.

Genau darin besteht die crux unserer heutigen linksradikalen Aufklärer und Ideologiekritiker. So waren und sind z.B. die Polemiken von Wolfgang Pohrt gegen (Volks-) Gemeinschaftsideologien, lebensphilosophische Brocken, Naturmystik, Blut- und Bodengespenster, Biologismus usw. in der Friedens- und Frauenbewegung durchaus zutreffend. Aber da jener realanalytische Zusammenhang nicht

(mehr) hergestellt werden kann, hängt diese Polemik in der Luft. Die Auseinandersetzung um eine Realanalyse, soweit überhaupt vorhanden, wurde spätestens Ende der 70er Jahre eingestellt, vielleicht auch mangels Publikum und Interesse. So wird aber die "Richtigkeit" der Polemik eine fatale. Denn gemeinschaftsideologische, biologistische und auch antisemitische Ideologeme (oder auch nur Spurenelemente davon) müssen 1991 keineswegs dasselbe bedeuten bzw. in demselben gesellschaftlichen Zusammenhang stehen wie z.B. 1933.

Als *Ideologien* und somit sekundäre "Bewußtseinsrealität" besitzen diese Strömungen, Motivationen und Reaktionsmuster eine lange Geschichte, die bis in die Anfänge der Modernisierung zurückreicht. Sie haben die moderne bürgerliche Gesellschaft von Beginn an begleitet, waren also "immer da", ohne jedoch zu allen Zeiten denselben Stellenwert und dieselbe Ausformung zu besitzen. Denn es sind jeweils verschiedene, selber einem objektivierten Entwicklungsprozeß unterworfene Subjekt- und Bewußtseinsformen, in denen diese ideologischen Inhalte erscheinen. Als *Form* ist der "Wert", der verdinglichte Gesellschaftszusammenhang, immer auch gleichzeitig *Bewußtseinsform*. Im realhistorischen, objektivierten Entwicklungsprozeß dieser gesellschaftlichen Form verändern sich aber auch die Subjekte.

So sind es heute nicht mehr die sich zersetzenden berufsständischen, einem traditionellen Wertesystem verpflichteten Strukturen, auf die hin das antisemitische Syndrom zu untersuchen wäre, sondern ein weit darüber hinausgewachsenes Verhältnis abstrakter, monadisierter Individualität. Ein Aspekt dieser Veränderung besteht z.B. darin, daß das Ethos "produktiver Arbeit" längst nicht mehr dieselbe Bedeutung besitzt. Demzufolge kann auch in einer Gesellschaft, in der ein spekulatives Verhältnis zur Geldware und der Überziehungskredit zum Massenalltag gehören, eine militante Kritik des "raffenden" Kapitals bei gleichzeitiger Verherrlichung des "schaffenden" längst nicht mehr dieselbe Durchschlagskraft besitzen.

Ist nun unter diesen veränderten historischen Bedingungen die Friedensbewegung mit ihrem lebensphilosophischen ideologischen Geschwätz wirklich der mehr oder weniger unfreiwillige ideologische Schrittmacher eines neuen Faschismus? Wiederholt sich die Geschichte? Kann der unzweifelhaft wieder aufflackernde Antisemitismus noch einmal zur mörderischen Staatsdoktrin werden? In Deutschland? In einem degradierten Rußland? Und ist er es wirklich schon heute im Irak, und zwar in derselben Konstellation und Funktion wie nach dem 1. Weltkrieg in Mitteleuropa? Verläuft hier die Hauptfrontlinie des gesellschaftlichen Krisenprozesses? Keine einzige dieser Fragen kann

ideologiekritisch beantwortet werden, wenn auch diffuse Unterstellungen oder Scheinplausibilitäten sich einem realhistorisch ahnungslosen Aufklärertum aufzudrängen scheinen. Gerade das aber ist gefährlich.

Die völlig *enthistorisierte* Ideologiekritik wird blind, beliebig und rechthaberisch; und so taugt sie zuletzt nur noch legitimatorisch für ihre Träger, erklärt aber nichts mehr und bewegt nichts mehr. Ihre abstrakte Richtigkeit wird gegenstandslos. In Wolfgang Pohrts Untersuchung zur deutschen Bewußtseinslage etwa (inzwischen im Konkret-Literaturverlag als Buch erschienen) mischt sich die historisch fast willkürlich rückbezügliche Interpretation von Aussagen seiner Probanden mit der scharfsinnigsten sozialpsychologischen Beobachtung, die er aber heute genausogut in New York oder Paris hätte machen können. Äußerungen einer längst globalisierten abstrakten Individualität und ihres ideologischen oder sozialpsychologischen Elends werden kurzgeschlossen mit historischen Restbeständen (oder vielleicht sogar literarischen Dokumenten) einer "spezifisch deutschen" *präfordistischen Bewußtseinslage der Zwischenkriegszeit.* Jeglicher Beurteilungs- und Vergleichsmaßstab scheint verlorengegangen, da dieser nur einer historischen Realanalyse (oder wenigstens einer darauf gerichteten These) entstammen könnte.

4.

Der realanalytischen Schwäche entspricht eine *theoretische*, die genauso schwer wiegt. Wie die abgelöste, enthistorisierte Ideologiekritik den realanalytischen Boden unter den Füßen verloren hat, so orientiert sie sich auch an einem Theoriehimmel, der bloß noch eigene Projektion ist und nicht mehr der Wirklichkeit entspricht. Zusammen mit der Auseinandersetzung um die Realanalyse ist auch die theoretische Debatte im engeren Sinne irgendwann in den 70er Jahren erloschen. Es ist ein Ärgernis, daß die linksradikalen Enkel der Kritischen Theorie nur noch mit marxistischen *Hintergrundannahmen* operieren, also mit einem explizit nicht mehr kritisch thematisierten Fundus theoretischer Grundaussagen, die als "gesichert" vorausgesetzt werden und die als unhinterfragte Basis jener ideologiekritischen Aktivitäten dienen.

Dieses Theorieverständnis ist ein statisches, letztlich ein *dogmatisches*, auch wenn seine Träger dies als Unterstellung empört von sich weisen werden. Der theoretische Dogmatismus ist aber nicht an habi-

tuelle Äußerungen gebunden, sondern stellt sich wesentlich als vermeintliche Abgeschlossenheit der Theorie unabhängig vom realhistorischen Prozeß dar. Ein solches Theorieverständnis ist aber nicht nur den plumpen ML-Dogmatikern eigen, sondern auch den "kritischen" und "westlichen" Marxismen. Es wird implizit unterstellt, daß das "artistische Ganze" der Marxschen Theorie und ihres kategorialen Apparats etwas ein für allemal Abgeschlossenes und zu Ende Geführtes ist, eine nicht mehr überschreitbare "endgültige Wahrheit" von Grundaussagen über das Kapital, die sich erst durch die Revolution selbst zusammen mit ihrem Gegenstand erledigt.

Der verblichenen Marxistischen Gruppe oder auch den SOST und anderen "Orthodoxen" übrigens nicht unähnlich (bloß weniger explizit), werden die Marxschen Kategorien des *Kapitals im Allgemeinen*, wie sie in den drei Bänden des "Kapital" entwickelt sind, als nicht mehr kritisch thematisierbares und nicht mehr veränderbares theoretisches Raster zur absoluten Prämisse gemacht, als fixierter Theoriehimmel vom weiteren historischen Prozeß des Kapitals abgelöst und diesem gegenübergestellt, um auf ihn bloß noch "angewendet" zu werden, sei es realanalytisch oder eben ideologiekritisch. Schon die Versuche einer Realanalyse in den 70er Jahren litten darunter (und sind letztendlich daran gescheitert), daß den dogmatisch und unkritisch fixierten Kategorien des "Kapitals im Allgemeinen" die "konkrete Analyse" äußerlich blieb und das Auseinanderfallen von "Theorie" und "Empirie" nicht überwunden werden konnte. Seitdem nun auch die Realanalyse aufgegeben worden ist, jedenfalls bei den linksradikalen Enkeln der Kritischen Theorie, muß die verbliebene Ideologiekritik gleich doppelt ihren Gegenständen äußerlich bleiben, nämlich sowohl theoretisch als auch realanalytisch.

Es wäre demgegenüber die Aufgabe zu stellen, einen anderen Zugang zu finden und die Theorie des "Kapitals im Allgemeinen" selber aus ihrer dogmatischen, enthistorisierten Erstarrung herauszunehmen. Dieser Versuch könnte an der (zugegebenermaßen noch wenig ausgeführten) Formel vom "doppelten Marx" ansetzen (vgl. dazu auch die Vorbemerkung zu dem Artikel "Die verlorene Ehre der Arbeit" in *Krisis* Nr.10). Auch die Marxsche Theorie ist danach nichts Abgeschlossenes, auch die Kategorien des "Kapitals im Allgemeinen" als solche sind dem historischen Prozeß des Kapitals entsprechend kritisch zu thematisieren, weiterzuentwickeln und umzuformen. Auch diese Ebene ist dann nicht bloß metahistorisch im Sinne von Existenz oder Nichtexistenz des Kapitals, sondern durchaus binnenhistorisch im Sinne der kapitalistischen Entwicklung selbst zu verstehen.

Das "artistische Ganze" der Marxschen Theorie zerfällt also in Wirklichkeit in ein beschränktes, binnenhistorisches, noch innerhalb der kapitalistischen Geschichte selber vergehendes Moment einerseits: das ist der Marx des "Arbeiterstandpunkts", der "Arbeiterbewegung", des "Klassenkampfs", der bloß subjektiven Aufhebung des Kapitals innerhalb einer Ontologie der "Arbeit" usw. (vgl. dazu den erwähnten Artikel in *Krisis* Nr.10 sowie den Artikel "Der Klassenkampffetisch" in Nr.7). Dieses Moment ist aber der hier angesprochenen These nach bloß der immanenten Bewegungsform des Kapitals in seinem historischen Aufstiegsprozeß geschuldet und wird obsolet in dem Maße, wie das Kapital als reales, gewordenes *Weltverhältnis* seinem Begriff nicht bloß entspricht als einem vorher schon dagewesenen, sondern diesen Begriff erst als adäquaten in neuer Form möglich macht.

Und andererseits enthält die Marxsche Theorie als fundamentale Kritik des "Werts", der basalen Fetischform der Moderne, auch den Zugang zu jener erst heute *konkret* möglichen Kritik dieser Basis des Kapitals, die aber auch erst zu leisten ist. Der "Umkehrbeweis" wäre, daß der gesamte Arbeiterbewegungs-Marxismus nicht aus theoretischer Dummheit, sondern aus historischer Bedingtheit mit der basalen "Wert"-Kritik gar nichts anfangen konnte.

Diese Überlegungen, die als heute noch unausgegorene durch eine theoretische Selbstverständigung gewälzt werden müssen, sind aber dem dogmatischen Theorieverständnis der Nur-Ideologiekritiker offenbar völlig fremd, jedenfalls stoßen sie bisher auf wenig Gegenliebe im Sinne auch nur eines Sicheinlassens. Die längst versteinerten theoretischen Hintergrundannahmen scheinen zu einer ausgebildeten *Identität* zu gehören, die sich im Bewußtsein eines fertigen "Wissens" nicht aufgescheucht und problematisiert erleben möchte.

5.

Das realanalytische sowohl als das theoretische Defizit, die sich gegenseitig bedingen, haben aber ein fatales Verhältnis der linksradikalen Ideologiekritiker zu ihren Adressaten als Konsequenz. Da der Widerspruch zwischen Ideologie und objektivierter gesellschaftlicher Realität scheinbar eingeebnet ist, wird das Problem in äußerstem Reduktionismus nur noch als die Aufgabe wahrgenommen, das (längst schon feststehende) "Richtige" zu "wollen". Statt zu erkennen, daß das Problem selber auf neuer Entwicklungsstufe auch neu zu stellen und zu formulieren ist, aus den erreichten gesellschaftlichen Realverhält-

nissen heraus (und im bewußt wahrgenommenen Unterschied zu den vorherigen Entwicklungsstufen), wird es mit jenem vermeintlich immer schon ausreichenden esoterischen "Wissen" kurzgeschlossen. Eigentlich hätte "schon immer", jedenfalls seitdem Marx vermeintlich das letzte Wort zum Kapitalverhältnis gesprochen hat, "das Richtige gewollt werden können". Die Menschheit hat aber eben (aus Dummheit? aus Bösartigkeit?) bisher dieses ominöse "Richtige" einfach nicht gewollt. Und so weiß der reduzierte Ideologiekritiker eigentlich auch schon, daß auch jetzt seine Mühe vergeblich sein wird. Die Ideologiekritik in dieser abgelösten, enthistorisierten Form wird daher fast zwangsläufig zur *Publikumsbeschimpfung*.

Als Publikumsbeschimpfung aber ist die Ideologiekritik jeder weiteren Selbstprüfung grundsätzlich enthoben. Sie selbst unterliegt jener scheinbar nicht mehr aufsprengbaren kybernetischen Rückkopplung, die sie dem Kapital fälschlich unterstellt. Die Adressaten verhalten sich genau so, wie es die Ideologiekritik erwartet, die sich somit immer schon apriori der Selbstbestätigung versichert hat. Daß auch an den *eigenen Voraussetzungen* etwas nicht stimmen könnte, kann gar nicht mehr in Betracht kommen.

Eine weitere Konsequenz dieser Vorgehensweise ist es dann, sich gar nicht mehr auf das allgemeine ideologische Bewußtsein der Gesellschaft als Ganzes zu richten (was ja eine analytische Arbeit erfordern würde), sondern hauptsächlich auf die Ideologiekritik der vorgefundenen gesellschaftlichen *Oppositionsbewegungen*, deren Bewußtseinsinhalte und Programme mit denjenigen der Gesamtgesellschaft unmittelbar kurzgeschlossen werden. Die logischerweise unvollkommene, zunächst immer mit affirmativen (oder sogar reaktionären) Momenten verbundene Aktivität gegen negative gesellschaftliche Erscheinungen wird unmittelbar gleichgesetzt mit dem affirmativen bzw. reaktionären Bewußtsein überhaupt, dessen Schwerkraft das gesamtgesellschaftliche Bewußtsein bestimmt, und somit den oppositionellen Aktivisten zusammen mit der "Richtigkeit" ihres Bewußtseins jeglicher kritische Anspruch ebenso unmittelbar abgesprochen.

Die Differenz zwischen Ideologie und gesellschaftlicher Realität muß auch in dieser Hinsicht eingeebnet werden. Das Resultat ist dann entweder eine Art auswegloser Haßliebe zu den oppositionellen Praktikern, deren ewig falsches Bewußtsein zur eigenen Existenzberechtigung wird, oder der "Erfolg" der Ideologiekritik besteht (wenn die Publikumsbeschimpfung nachhaltig genug ist) weder in einer verbesserten und bewußteren Praxis noch in einem Übergang von Praktikern zur notwendigen theoretischen Arbeit, sondern (da ja "alles" im Prin-

zip schon gesagt ist) bloß im Zurückfallen der "Aufgeklärten" in die quietistische Indifferenz. Die Abschußprämien der über sich selbst unaufgeklärten linksradikalen Aufklärer sind identisch mit dem bloßen Verstummen der getroffenen Aktivisten.

Damit aber wird die abgelöste Ideologiekritik auch blind gegen die Destruktions- und Krisenpotentiale der realen gesellschaftlichen Praxis, gegen die sich jene mit "falschem Bewußtsein" ausgestatteten Oppositionsbewegungen richten. Ohnehin gehört die Krisentheorie kaum zum Repertoire der linksradikalen Aufklärer. Jedenfalls nicht eine Krisentheorie, die den Unterschied von bloß subjektivem Wollen und objektivierter, verdinglichter Realität in fetischistisch verfaßten Strukturen ernst nimmt. Da sie die Differenz von Ideologie und Realität eingeebnet haben und also sowieso nur noch der (sich nie einstellende) "richtige Wille" als Problemstellung übriggeblieben ist, scheint sich jede Befassung mit den Krisenphänomenen als solchen zu erübrigen. Wenn sie vorkommen, dann nur als Bestandteil oder als Appendix der kritisierten Ideologien. Auch dies hat fatale Konsequenzen. So kann die "richtige" Kritik der ökologischen *Ideologien*, etwa der Naturmystik oder des Biologismus, der Verherrlichung des "deutschen" Waldes usw. plötzlich umschlagen in eine selber ideologische Negation der *realen ökologischen Zerstörungsprozesse*, die nur noch als Hirngespinste der kritisierten Ideologien erscheinen (so des öfteren bei Wolfgang Pohrt).

Am fatalsten schließlich ist die Art und Weise, wie die programmatischen und praktischen Konsequenzen der als Hintergrundannahme weitergeschleppten Marxschen Theorie bei den linksradikalen Aufklärern erscheinen. Die Unkonkretheit bzw. Partikularität und Verstreutheit der Marxschen Aussagen über eine postkapitalistische, nicht mehr auf dem "Wert" beruhende Gesellschaft ist aber nicht einfach der Sache selbst geschuldet, sondern dem zu seiner Zeit noch relativ unentfalteten Entwicklungsstand des Kapitalverhältnisses. Daß eine "planwirtschaftliche" Basis bei den Marxisten selber in warenförmigen Kategorien gedacht werden konnte, obwohl dies der Marxschen Theorie grob widerspricht, gehört zu den Problemen dieser heute vergangenen "Unterentwicklung" des Kapitals auf seinen eigenen Grundlagen. Die linksradikalen Aufklärer haben sich diesem Problem nie gestellt, und dies ist ein wesentlicher Grund für ihre theoretische und realanalytische Schwäche sowohl wie für ihren fatalen Bezug zu einem oppositionellen und an Gesellschaftskritik interessierten Publikum.

Die (eher interne und vorausgesetzte als öffentlich thematisierte)

Rechtfertigung für dieses Unterlassen ist eine ziemlich alte. Mit Marx wird ins Feld geführt, es könne nicht um "Rezepte für die Garküchen der Zukunft" gehen, erst einmal müsse das Kapital durch "richtigen Willen" beseitigt werden, und dann könne die Menschheit "praktisch" weitersehen. Eigentlich sei wohl alles weitere höchst "einfach", es müsse halt "nur" eine "Gebrauchswertproduktion" organisiert werden usw. Dieses selbstlegitimatorische Konstrukt muß als dürftig und blamabel bezeichnet werden.

Weder merken die famosen Aufklärer, daß sie dabei Kategorien negativer, bürgerlicher Vergesellschaftung blind weiterschleppen und bürgerliche Subjektformen letztlich auch für den "Sozialismus" voraussetzen, noch ist ihnen bewußt, daß zwischen (utopistischen) "Rezepten" und einer theoretischen bzw. programmatischen Konkretisierung ein gewaltiger Unterschied besteht. Die Aufhebung der bürgerlichen Vergesellschaftungsform kann nur aus den konkreten und realen Entwicklungen ihres praktischen Obsoletwerdens heraus gefaßt werden, und dies impliziert ein nicht bloß abstrakt negatorisches Bewußtsein. Es muß eine Vorstellung davon entwickelt werden, keine utopistische, sondern eine aus der Reflexion krisenhafter und hochentwikkelter kapitalistischer Praxis selbst gewonnene, wie Kontingenz und Komplexität der gesellschaftlichen Reproduktion vom Fetisch der Kapitalformen entkoppelt werden können. Es ist eine kindliche Vorstellung, dies sei "einfach" und würde sich quasi "wie von selbst" oder "rein praktisch" ergeben, sobald man es erst einmal "will". Fehlender Wille in der Gesellschaft und unkonkrete Zielvorstellungen eines bloß abstrakten, bekennerhaften, aufklärerischen Antikapitalismus bedingen sich vielmehr gegenseitig.

Die Naivität der linksradikalen Aufklärer in dieser Hinsicht, ein Produkt ihres enthistorisierten Theorieverständnisses, zeigt sich gerade in der *Verschämtheit*, mit der sie die eigentlichen Konsequenzen ihrem ideologiekritisch malträtierten Publikum gegenüber doch ziemlich bedeckt halten. Nicht einmal in ihrer *abstrakt-allgemeinen Form* können so die praktischen Konsequenzen programmatisch expliziert werden. Man muß schon wirklich ein alteingelesener *Insider* sein, um aus den ideologiekritischen Pamphleten "heraushören" zu können, daß vielleicht so etwas ähnliches wie eine radikale Kritik und Abschaffung der Ware-Geld-Beziehungen "gemeint" sein könnte. In letzter Konsequenz entpuppt sich so das vermeintlich immer schon gewußte "Richtige" als leere Schachtel mit einer bloß verheißungsvoll raunenden Aufschrift. Auch hier zeigt sich die Verwandtschaft mit "orthodoxen" Agitationssekten wie der Marxistischen Gruppe. Wohl wissend,

daß der kritisierte Alltags- und Praktikerverstand gerade an diesem Punkt endgültig ausrastet, wird ihm plötzlich trotz aller Scheinradikalität ein entscheidendes Zugeständnis gemacht.

An diesem Punkt angelangt, zeigt sich, daß das Verhältnis von ideologiekritisch reduzierter Publikumsbeschimpfung und Publikum wie jede Haßliebe ein Moment von Identität besitzt. Gerade dieses aber darf auf keinen Fall zum Vorschein kommen. So bietet sich, hat der Tropfen resignativer (schein)radikaler Kritik den Stein des eigenen Bewußtseins lange genug gehöhlt, bei passender Gelegenheit die *Umpolung* des ganzen prekären Verhältnisses an. Die Leute mit falschem Bewußtsein haben lange genug ihre Ohren vor dem "Richtigen" verschlossen, jetzt geschieht es ihnen recht, wenn die Kritiker selber zur herrschenden Macht übergehen und diese auffordern, die unausstehlichen Pazifisten und Betroffenheitsmoralisten endlich hinter Schloß und Riegel zu setzen. Der Golfkrieg war die ideale Ausgangslage, diesen ideologischen Salto zu vollziehen.

6.

Der ganze Komplex hat aber auch seine sozusagen "metatheoretische" Seite, die keineswegs unerheblich ist. Es sind nicht nur die enthistorisierten marxistischen *essentials*, die als unbefragte Hintergrundannahmen stillgestellt wirken, sondern auch eine noch tieferliegende Schicht des Denkens. Die linksradikalen *Aufklärer* betrachten diese Bezeichnung nämlich selber nicht als pejorative, sondern eher noch als Ehrennamen. *Aufklärung* (womöglich noch eine als "radikal" attributierte) ist ihnen der helle Aufgang des Denkens und der Emanzipation, beschmutzt zwar durch die bürgerliche Realgeschichte, aber als ein zu rettendes (wenn auch vielleicht rettungslos verlorenes) Versprechen aufrechtzuerhalten, und sei es bloß in einem Nachtrauern, das Gift und Galle spritzt gegen das "Schlechte", das "Unrecht" und gegen eine Menschheit, die sich dem besagten "Richtigen" zu verweigern scheint.

Nun wäre es aber naiv, theoretisch den Begriff "Aufklärung" im Sinne eines Alltags-Sprachgebrauchs zu verwenden, wie etwa die "Aufklärung" darüber, daß es doch nicht der Storch ist, der die kleinen Kinder bringt. So gesehen wäre Aufklärung ganz platt immer schon positiv bestimmt, als einfache Lust an der Erkenntnis von vorher nicht Gewußtem, das selbst entdeckt oder von den Wissenden an die Unwissenden weitervermittelt wird. Schlicht also, wie Hermann

Gremliza es ausgedrückt hat, als unbeirrte Nachfrage, "wie die Kuhscheiße aufs Dach gekommen ist". Aber "Aufklärung" ist ein wesentlich *historisches* Phänomen, nicht der Aufgang des Denkens schlechthin, sondern des modernen *bürgerlichen* Denkens, und nicht der Aufgang des humanen Selbstbewußtseins, sondern gerade umgekehrt der höchsten Form des Selbst-Unbewußtseins. Wie es sich bei der Gesellschaftsformation totalisierter Ware-Geld-Beziehungen, die zusammen mit der "Aufklärung" entstand, keineswegs um eine Aufhebung der Geschichte aus der Unvollkommenheit in die Vollkommenheit handelt, sondern um ein destruktives und prekäres historisches Durchgangsstadium, so ist auch das dazugehörige aufklärerische Denken ein historisch beschränktes, das heute zusammen mit der zugrundeliegenden Gesellschaftsbeziehung an seine Grenzen stößt.

Nun könnten einige der linksradikalen Aufklärer protestieren und behaupten, dies sei ihnen alles nichts Neues (ausgenommen vielleicht die Aussage über das heute erreichte Endstadium, mit der sie meistens nicht einverstanden sind, weil sie dem Kapital aus sich heraus eine ewige Reproduktionsfähigkeit zutrauen). Diese Behauptung dokumentiert aber nur wieder, wie wenig die Aufklärer über sich selbst aufgeklärt sind. Ihre falsche Selbsteinschätzung speist sich aus zwei Quellen. Zum einen sollen es wohl jene marxistischen essentials sein, die angeblich schon den Kern einer Kritik der "bürgerlichen" Aufklärung enthalten. Da aber die marxistischen Hintergrundannahmen nicht kritisch im Sinne der obigen Formel vom "doppelten Marx" aufgelöst sind, kommen sie in Wirklichkeit auch nicht über das Aufklärungsdenken hinaus, *das nicht bloß attributiv, sondern wesenhaft an ihm selbst bürgerlich ist*.

Der Arbeiterbewegungsmarxismus, das immanente und heute vergehende Moment der Marxschen Theorie, hat das Aufklärungsdenken nicht überwunden, sondern bloß verdoppelt in einem "zweiten Durchgang". Nicht Freiheit und Gleichheit als solche, als warenförmige, fetischistische Abstraktionen der bürgerlichen Vergesellschaftung wurden kritisiert, sondern ihre vermeintlich immer noch ausstehende Vollendung eingeklagt (vgl. dazu ausführlich den Artikel von Peter Klein in diesem Heft). Nicht die bürgerliche Rationalität als solche wurde überwunden, sondern nur ihre "proletarische" Umpolung versucht. Wie die Ware als Basisform der Gesellschaft unangetastet blieb, so die okzidentale ratio als Basisform des Denkens (und übrigens das zwangsheterosexuelle Patriarchat als Basisform der Geschlechtsbeziehung). Die bürgerlichen Formen verdoppelten sich nur als Scheinalternative im "proletarischen" Gegenattribut, das nichts als

die ideologische Verhimmelung einer immanenten historischen Durchsetzungsbewegung des Kapitals war. Wenn diese auch dem Marxismus noch zugehörigen bürgerlichen Basisformen heute an sich selber zerbrechen, so ist damit freilich nicht ihre Aufhebung verbunden, sondern das Zerbrechen der Zivilisation überhaupt. Eine bewußte Aufhebung kann jedoch nicht mehr in den immanenten Formen einer "alternativen, wahren, eigentlichen" usw. Aufklärung gedacht werden, sondern nur noch als deren radikale Kritik an ihr selber.

Die zweite Quelle der falschen Selbsteinschätzung linksradikalen Aufklärertums aber ist natürlich ihr ehrerbietiger und von vielen Verbeugungen begleiteter Bezug auf die Kritische Theorie. Aber weder hat die "Dialektik der Aufklärung" Horkheimers und Adornos das Problem gelöst, noch wird sie andererseits von ihren linksradikalen Nachlaßverwaltern überhaupt ernst genommen. Bekanntlich zerfällt die Kritische Theorie in zwei hauptsächliche Entwicklungsphasen: in eine frühere, die sich noch relativ eng an die essentials des Arbeiterbewegungsmarxismus hielt (auch damals schon eher als nicht mehr problematisierte Hintergrundannahmen), und in eine spätere, die mit der "Dialektik der Aufklärung" und der "Negativen Dialektik", dem letzten großen Werk Adornos, eine resignative Abwendung von den früheren Hoffnungen vollzog und die bürgerliche Welt in die Barbarei übergehen sah.

Die linksradikalen Nachlaßverwalter seit 1968 haben die hinterlassene Problemstellung aber nicht selbständig weitergedacht und kritisch aufgelöst, sondern bloß die beiden Entwicklungsphasen der Kritischen Theorie selbstlegitimatorisch gegeneinander ausgespielt. Gegen das naive, mit "falschem Bewußtsein" durchtränkte "Machen" der praktischen Bewegungen wurde die "Dialektik der Aufklärung" ins Feld geführt, aber bloß äußerlich, als vornehm brabbelnder und herablassender Hinweis, daß das Verhängnis eh nicht aufzuhalten und alles Tun eitel sei, ja sogar in seiner vorliegenden Form das Verhängnis noch befördere. Gegen den völligen Rückzug ins Privatleben und in die kulturkritische Geschäftigkeit und gegen eine Abwendung von der Marxschen Theorie wurden hingegen umgekehrt die früheren, noch "marxistischeren" Positionen der Kritischen Theorie in Stellung gebracht. Aus dieser Hase- und Igel-Konstellation heraus konnten sich die linksradikalen Aufklärer vermeintlich in jener unangreifbaren Position publikumsbeschimpfender Ideologiekritik gemütlich einrichten. Immer mit dem schmerzlichen Abwinken des unverstandenen "Wissenden" natürlich.

Es kommt aber darauf an, diese Konstellation endlich in die Luft

zu sprengen. Ein Zurück hinter die "Dialektik der Aufklärung" zu den marxistischen essentials, die mit dem Gestus eines "trotz alledem und alledem" müde weitergeschleppt werden, muß mit aller Konsequenz denunziert werden. Freilich hat die "Dialektik der Aufklärung" das Aufklärungsdenken immer noch nicht bis zu Ende kritisch aufgelöst, und gerade daran wäre weiterzudenken. Horkheimer und Adorno überwinden die Basis der bürgerlichen ratio noch nicht. Für sie besteht die "Dialektik der Aufklärung" hauptsächlich darin, daß das (als solches nicht denunzierte und kritisch aufgelöste) ideologische Versprechen der Aufklärung durch den historischen Prozeß der bürgerlichen Moderne selbst unmöglich gemacht wird. Gerade die "alternative" Einlösung durch das "proletarische" Attribut wird nicht so sehr als an sich bürgerliche Illusion und Bestandteil der bürgerlichen Modernisierung selber begriffen, sondern als verpaßte und unwiederbringlich verlorene Möglichkeit beklagt. Was im linksradikalen Durchschnittsbewußtsein von dieser Argumentation hängengeblieben ist, scheint die Formel von der "Integration der Arbeiterklasse" zu sein, die durchbrochen werden müsse usw.

Weil das Aufklärungsdenken noch nicht im Kern kritisiert, sondern vielmehr immer noch affirmiert wird, entsteht aber die Möglichkeit einer *reformistischen* und schließlich militant bürgerlichen Verlaufsform. Zwar ist das Verhängnis letztlich nicht aufzuhalten, aber irgendwie muß man ja weitermachen. Wenn das vermeintlich Beste nicht zu haben ist, jene "alternative" Verwirklichung der bürgerlichen Ideale durch das leider abgeschiffte Proletariat, dann muß man sich eben um das Zweitbeste kümmern, also um einen möglichst moderaten, sozialverträglichen, "zivilitären" usw. Kapitalismus.

Diese Konsequenz, die schon bei Horkheimer und Adorno selber angelegt und teilweise verwirklicht war (bei ersterem mehr und deutlicher als bei letzterem), wurde von den Verfallsprodukten der Neuen Linken spätestens im Verlauf der 80er Jahre größtenteils vollzogen. Je mehr aber das bürgerliche Weltsystem, dem sie sich nun auf Gedeih und Verderb an den Hals geworfen haben, auf eine von ihnen nicht mehr entzifferbare neue Art und Weise erschüttert wird, desto militanter und hysterischer klammern sie sich an den einst äußerlich bekämpften und immer noch unbegriffenen bürgerlichen Verkehrsformen fest und fordern die vermeintlichen Ordnungsmächte der Zivilisation zum Hauen und Stechen gegen die barbarischen Reaktionen der Verlierermassen auf. Die hereinbrechende Barbarei wird mit selber barbarischen Mitteln bekämpft und dadurch befördert, weil jede fundamentale Kritik an jener okzidentalen Zivilisation, die diese Bar-

barei selber hervorbringt, unmöglich geworden scheint und aufgegeben worden ist.

Die linksradikalen Aufklärer und Ideologiekritiker mit ihrer falschen Selbsteinschätzung haben diese Entwicklung lange Zeit mit ebenso falscher Verachtung gestraft und viel Platzpatronen-Munition auf Habermas und die politischen "Verräter" abgefeuert. Aber sie haben das Aufklärungsdenken eben im Kern selber nicht überwunden und die Widersprüche der Kritischen Theorie bloß bis zur Unkenntlichkeit verbacken. Statt die Einsichten der "Dialektik der Aufklärung" weiterzuentwickeln und über das scheinbar ausweglose Dilemma hinauszukommen, sind sie bloß dahinter zurückgefallen. Während sie sich im Besitz einer wesentlichen "Wahrheit" wähnten und die anderen ein ums andere Mal abstraften, merkten sie gar nicht, wie ihre eigene Substanz immer brüchiger wurde. Mit ihrem furiosen Übergang ins Lager der Vielgeschmähten durften sie sich selber überraschen.

Die verborgenen Identitäten waren eigentlich auch auf der politischen Grundsatzebene längst sichtbar. Wenn die linksradikalen Aufklärer eine von den vielen bloß äußerlichen und attributiven Scheinalternativen der bürgerlichen Formbestimmung stets ganz unbefangen im Munde geführt haben, dann war es der Begriff der *Demokratie*. Statt diese als solche zu kritisieren, was schon die beiden darin enthaltenen unkoscheren Bedeutungsinhalte nahelegen könnten ("Volk" und "Herrschaft"), gingen sie stets gut sekundär-aufklärerisch mit der Chimäre einer emanzipatorischen, alternativen, "eigentlichen" und "wahren" oder vielleicht gar revolutionären Bedeutung hausieren. Das Ideal gegen die Wirklichkeit auszuspielen, dieser Uralt-Kalauer des Aufklärungsdenkens geht aber nur in Schönwetterzeiten der Demokratie, die als solche und an ihr selber sofort die Fratze zeigt, wenn die ihr zugrundeliegende fetischistische Vergesellschaftungsform an Funktionsfähigkeit verliert. Die Hurrademokraten der Golfintervention haben nur die ganz gewöhnliche Blindheit der Demokratie gegen sich selbst zelebriert. Die politische Schiene war also längst gelegt, auf der die linksradikalen Aufklärer hinübergleiten konnten zur bürgerlichen Allgemeinheit der Notstandsdemokraten. Daß der Kreuzzug mit der verblichenen Weihe des Jahres 1941 versehen wurde, ändert nichts an seinem wesentlichen Charakter.

7.

Erst recht zeigt sich die linksradikale Befangenheit im Aufklärungsdenken am letztlich unkritischen Gebrauch des okzidentalen Begriffs der *Vernunft*. Wie das Aufklärungsdenken alle seine wesentlichen Momente aus der Geschichte heraushebt und als enthistorisierte Wesenheiten von Humanität schlechthin begreift, so auch das zentrale Moment jenes Vernunftbegriffs. Die der fetischistischen Vergesellschaftungsform entsprechenden Denkformen scheinen menschliche schlechthin zu sein, und Geschichte scheint sich überhaupt nur in diesen Formen zu bewegen, von der Unvollkommenheit zur Vollkommenheit (oder, in der pessimistischen Variante, von der Hoffnung zur ontologischen Enttäuschung). Wie die Re-Historisierungsbemühung des Marxismus an allen zentralen Wesenheiten der Aufklärung gescheitert ist, so erst recht am Vernunftbegriff, der in sein unaufgehobenes bürgerliches Erbe überging.

Zwar ist es historisch-empirisch längst kein Geheimnis mehr, daß dieser okzidentale Vernunftbegriff zusammen mit der gesellschaftlichen Abstraktion des zur Münze fortentwickelten Geldes in der westlichen Antike entstanden ist und seither wie ein Kettenhund jeden historischen Durchsetzungsschub der warenförmigen Fetisch-Konstitution verbellt hat: von den "vernünftigen" Abstraktionen des Römischen Rechts über das Christentum mit seinem "Kultus des abstrakten Menschen" (Marx) und über die Renaissance (eben die Wieder-Geburt der antiken "Wert"-Abstraktion auf höherer Entwicklungsstufe) bis hin zu jener ominösen "Aufklärung", die den Prozeß der kapitalistischen Moderne eingeläutet hat. Aber aus der empirischen Geschichtlichkeit der "Vernunft" werden keine Konsequenzen gezogen. Schon Kants Vernunftkritik operiert mit enthistorisierten menschlichen Verstandes- und Verhaltenskategorien schlechthin. Die historisch-gesellschaftliche Dimension des Erkennens bleibt ausgeblendet (ebenso wie der geschlechtsspezifische "männliche" Charakter der "Vernunft"). Wollte man die vom Marxismus entschärfte Marxsche Fetischismuskritik ernst nehmen, müßte eine *Kritik der fetischistischen Vernunft* geschrieben werden, die den Zusammenhang von bürgerlicher, warenförmiger Fetisch-Konstitution und jener scheinbar strahlenden apollinischen Vernunft enthüllt.

Wie auch in anderer Hinsicht, so war der Marxismus dazu deswegen nicht in der Lage, weil er ja noch zur Durchsetzungsgeschichte der bürgerlichen Form selber gehört. Jede radikale Kritik der basalen Vergesellschaftungs- und Denkformen hätte immer nur zu jenen älte-

ren und roheren Formen zurückführen können, deren Überwindung als tatsächliche Emanzipationsgeschichte des bürgerlichen Zeitalters (zu dem auch die Arbeiterbewegung noch gehört) begriffen werden kann. Es war richtig und notwendig, nicht hinter das Aufklärungsdenken zurückzufallen; aber gerade deswegen konnte es lange Zeit auch noch gar nicht "nach vorne" überwunden werden. Die Aporien der Kritischen Theorie stellen vielleicht einen Übergangszustand dar. Heute aber ist jener point of no return erreicht, an dem die global gewordene Warenform zerbricht und damit unwiderruflich zusammen mit dem Aufklärungsdenken überhaupt auch jener okzidentale Vernunftbegriff zur Disposition steht.

Niemand anders als unsere linksradikalen Aufklärer aber sind es, die nicht nur mit leeren Händen, sondern sogar ohne jedes Problembewußtsein dastehen. Wie sämtliche vermeintlichen Alternativ-Attribute der Aufklärung in sich zusammenfallen, wie die wahre oder proletarische Demokratie sich als ideologische Illusion entpuppt, so auch ein wahrer oder kritischer Begriff der okzidentalen Vernunft. Die kritische Vernunft blamiert sich an ihr selber und enthüllt ihre Verwandtschaft mit jenem "kritischen Rationalismus" des bürgerlichen positiven Denkens, dessen Kritik sie immer nur ideologisch in derselben historisch-gesellschaftlichen Hülle zu leisten imstande war. Jetzt zerreißt diese Hülle, und eine ganz neue und andere Aufgabe wird sichtbar, die sich lange vorbereitet hat.

Von Anfang an hat der "Irrationalismus" als abgespaltenes und darum in seiner Einseitigkeit fürchterliches Moment die bürgerliche Vernunft begleitet: "Der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer", dieses Bild Goyas kann doppelt interpretiert werden. Einmal platt aufklärerisch, daß die Vernunft nicht schlafen und als wachende die drohenden Ungeheuer der Irrationalität vertreiben soll (durch das Verbrennen der Hexen? durch die Guillotine der Französischen Revolution? durch hurrademokratische Kreuzzüge gegen den islamischen Fundamentalismus?). Und einmal radikal anti-aufklärerisch, daß die Vernunft an ihr selber schläft, eine an sich schlafende, selber fetischkonstituierte Unbewußtheit ist, die aus sich selbst heraus die Ungeheuer gebiert und an sich selbst das wahre Ungeheuer ist.

Daß der "Irrationalismus" zur Aufklärung gehört, daß er die andere Seite der Vernunft und diese also selber irrational ist, dies kann der aufklärerische Verstand der linksradikalen Ideologiekritiker wie das bürgerliche Bewußtsein überhaupt keinesfalls zugeben. Vernunft, jedenfalls die als kritisch attributierte, kann und soll immer nur der äußere Gegenpol des zu kritisierenden "Irrationalismus" sein. Wenn

eine Komplementarität von ratio und Irrationalismus zugegeben wird, dann immer nur im Hinblick auf die sogenannte *technische Rationalität*, auf eine angeblich instrumentalistisch und funktionalistisch verkümmerte Vernunft. Auch hier also die Verdoppelung in Ideal und schlechte Wirklichkeit: der destruktive, funktionalistische Reduktionismus wird nicht als das Wesen der westlichen Vernunft selber, sondern als zu korrigierender "Fehler" bestimmt.

Die Welt des Kapitals wäre folglich schlecht, nicht weil sie okzidental vernünftig, sondern weil sie gerade "noch" unvernünftig ist. Die wahre, eigentliche Vernunft wäre in Gestalt vernünftiger Zustände erst herzustellen usw., also die alte Leier. Die linksradikalen Aufklärer und Nachlaßverwalter müssen aber die Augen davor verschließen, daß einige noch unklar tastende Gedanken der "Dialektik der Aufklärung" und der "Negativen Dialektik" in gefährliche Berührungsnähe zum stets verdammten "Irrationalismus" zu führen scheinen. Oder wenn sie dies bemerken, dann dürfen sie doch keine Konsequenzen daraus ziehen, um ihre mühsam bewahrte Identität nicht zu verlieren.

Wenn aber die okzidentale Vernunft nicht das ist, was sie zu sein vorgibt, auch in ihren "kritischen" Varianten nicht, dann hat der "Irrationalismus" eine tiefe Wahrheit für sich, die genau die halbe Wahrheit und damit die ganze Unwahrheit der modernen bürgerlichen, okzidentalen Fetisch-Konstitution anzeigt: nämlich die verzerrte Wahrheit des Abgespaltenen, des in der fetischistischen "Wert"-Abstraktion nicht aufhebbaren Sinnlichen, die im Spiegel der Fetisch-Vernunft nicht entzerrt werden kann. Der als historischer Schatten ewig bekämpfte, weil immer noch unbegriffene Faschismus bezog seine Kraft gerade aus diesen komplementären und diffundierenden Momenten des fetischistischen Bewußtseins in der spezifischen Konstellation eines historischen Durchgangsstadiums.

Daß der Arbeiterbewegungsmarxismus selber dieser Fetisch-Konstitution angehört, bewies er auch in den Formen seiner Faschismusanalyse und -Kritik. In dieser wiederholen sich die Grundmotive des mit sich selbst zerfallenen bürgerlichen Bewußtseins, ohne zur Aufhebung zu gelangen: Entweder wurde der Faschismus im Namen von westlicher Zivilisation, Aufklärung und Vernunft verdammt, weil andere Maßstäbe nicht zu existieren schienen, oder es wurde umgekehrt sozusagen aus taktischen Gründen der Massenagitation ein vermeintlich "emanzipatorischer Irrationalismus von links" gefordert (so ansatzweise bei Ernst Bloch). Daß der Erfolg des Faschismus gerade in der bewußtlosen Virtuosität bestehen könnte, mit der er die komplementär-gegensätzlichen Momente der bürgerlichen Vernunft gegen-

einander ausspielte, mußte diesem Marxismus verschlossen bleiben, weil er die Basis der Warenform nicht kritisch zu überwinden vermochte. Von einem "vernünftig" warenfetischistischen Standpunkt aus aber behält der Antifaschismus immer etwas Unbefriedigendes, nicht zu Ende Geführtes, ein letztes Moment von Unglaubwürdigkeit. Die Warenseele, und sei es die kritisch-marxistische, erblickt im Faschismus immer nur ihr eigenes, grauenhaft verzerrtes Spiegelbild.

Wenn die Ungeheuer von der Vernunft selbst geboren sind, dann letztlich auch der Holocaust. Diese schmerzliche Wahrheit taucht im Bewußtsein der linksradikalen Aufklärer zwar durchaus wie eine Leuchtspur kurz auf, jedenfalls bei den eng an die Kritische Theorie anknüpfenden, aber nur, um sofort wieder verdrängt zu werden. Das Hin- und Herspringen zwischen den Aporien der Kritischen Theorie führt aus der Gefangenschaft im okzidentalen Vernunftbegriff nicht hinaus. Die Fetisch-Konstitution der bürgerlichen Welt wird nicht bis zum Grund ausgeleuchtet und kritisiert.

So bleibt nichts übrig, als in einer logischen Zeitschleife immer wieder im Namen derselben Vernunft gegen dieselbe Unvernunft zu Felde zu ziehen. Die ewige Wiederkehr des Faschismus signalisiert den totalen Geschichtsverlust. Der Irrationalismus wird vernünftig "richtig" und fachgerecht kritisiert, das heißt falsch, nicht bis zur radikalen Kritik der Vernunft selber vordringend. Die irgendwie kritisch verstandene okzidentale Rationalität wird zum blind vorausgesetzten Ausgangspunkt einer Kritik ihres dunklen Anderen (d.h. eigentlich ihrer selbst), ohne zu begreifen oder konsequent durchzuhalten, daß die Kritik der Rationalität selber, nicht bloß der "technischen", die Voraussetzung für eine Kritik des "Irrationalismus" wäre. So bleiben all die Polemiken gegen die Grünen und Alternativen, gegen die Friedensbewegung und den Feminismus bloß abstrakt "richtig", aber wirkungslos, weil diese "Richtigkeit" an ihr selbst unwahr bleibt. Das Entscheidende der Kritik wird gar nicht gesagt, und so ist sie bestenfalls scheinradikal.

Solange sich diese Kritik bloß in einem ideologiekritischen Bezugsrahmen bewegte, konnte sie noch leicht als linksradikale Abstrafung der bürgerlichen Bewegungs-Sünden erscheinen. Aber der Umschlagspunkt war absehbar. Die Debatte der schon früher zur Hurrademokratie Konvertierten über das Übel des "Fundamentalismus in der modernen Welt" hat den Weg vorgezeichnet. Es war auch kein Zufall, daß in diesen Debatten schon gelegentlich das Radikale an der Marxschen Ökonomiekritik (deren eigentliche Konsequenzen immer schon dunkel geahnt waren) auf eine Stufe gestellt wurde mit dem is-

lamischen Fundamentalismus oder dem katholischen Rigorismus des Opus Dei.

Die okzidentale Rationalität von Markt und Demokratie wird also zum letzten Wort nicht nur einer Cora Stephan oder eines Elmar Altvater, sondern auch unserer (inzwischen schon ein wenig ex-) linksradikalen Aufklärer. In demselben Maße, wie die appollinische Sonne real erlischt, wird ihre Leuchtkraft gerade von ihren einst scheinbar verlorenen Kindern endlich vorbehaltlos gerühmt. Das Zerbrechen der bürgerlichen Globalvergesellschaftung macht folgerichtig die aufklärerische Linke zu zähnefletschenden Vorneverteidigern des Westens, der sich alle seine Ungeheuer inclusive Saddam Hussein selbst geheckt hat. Auch der islamische Fundamentalismus ist kein finsteres Relikt eines nichteuropäischen Mittelalters, sondern das ureigenste Produkt der Verwestlichung, der Modernisierung, des Eindringens okzidentaler Vernunft in Räume, die sie seit langem barbarisch beherrscht, aber heute endgültig nicht mehr real integrieren kann.

Statt endlich durchzustoßen zur fundamentalen Kritik der bürgerlichen, okzidentalen Fetisch-Konstitution, um über die zerbrechende Moderne wirklich hinauszukommen, führt die Vernunft ihren letzten Kreuzzug gegen sich selbst. Die Rechtfertigung dafür ist wie immer das Gerede vom "kleineren Übel", obwohl alle denkbaren Übel inzwischen eine Dimension angenommen haben, die eine solche Unterscheidung lächerlich werden läßt. Es ist nur noch geschmacklos, ein "demokratisches Amerika" gegen die deutschen Irrationalismen der Friedensbewegung ins Feld zu führen, wie es perfide ist, die Kritik des Antisemitismus für einen Kreuzzug gegen die Verlierer-Regionen des Weltmarkts und ihre um sich schlagenden Populationen zu instrumentalisieren.

Aber dieser Krieg kann auf Dauer nicht gewonnen werden, schon gar nicht durch die zuströmenden traurigen Hilfstruppen der demokratisch-aufklärerischen Linksradikalen. Diese "schönen Seelen" der westlichen Vernunft werden durch ihre letzten Piepser in einer Welt des Schreckens niemanden mehr erschrecken. Daß die Aufklärung in allen ihren Ausgeburten wie an ihrem Eingang auch an ihrem Ausgang das "Ende der Geschichte" verkündet, wird ihr eigenes Ende nicht hinausschieben. Die beschwörende Verewigung von Ware, Geld, Markt, Demokratie und Vernunft ist eine bloße Illusion. Es wird die letzte Illusion des westlichen Denkens über sich selbst und seine eigene Grundlage sein.

Ernst Lohoff

VON AUSCHWITZ NACH BAGDAD

Anmerkungen zu den wundersamen Wandlungen des Anti-Antisemitismus

1.

Geschichte wiederholt sich nicht. So richtig dieses bekannte Diktum für die reale historische Entwicklung ist, so wenig gilt es für die Geschichte ihrer ideologischen Reflexe. Besonders in historischen Umbruchsituationen strapazieren die Protagonisten und Beobachter allzugerne historische Analogien und erklären sich die neuentstehende Konstellation mit Hilfe der Raster von gestern. Wo sich die äußeren Ereignisse überschlagen und die bisherige Weltordnung in Scherben fällt, beruhigt sich wenigstens das ideologische Denken und käut vertraute Kost wieder. Selten war die Diskrepanz von realer Entwicklung und ideologischer Begleitmusik derart krass wie heute; nie hat die reale Entwicklung die landläufigen Erklärungsmuster mit so hoher Geschwindigkeit blamiert.

Als der BRD zu Beginn der 90er Jahre aus der Konkursmasse der kollabierenden Ostblockökonomien über Nacht fünf neue Länder zufielen, da feierten allerorten, gegen jede empirische Evidenz, erst einmal die 30er und 50er Jahre ihr ideologisches comeback. Während die Apologeten der Marktwirtschaft in Wirtschaftswunderträumen schwelgten und den Geist Ludwig Erhards beschworen, sahen die Gegner der deutschen Wiedervereinigung zwischen Downing Street und Kreuzberg 36 die erweiterte BRD schnurstracks im Gleichschritt ins "Vierte Reich" marschieren. Einige Monate später, schon Mitte 1991, sind den Marktwirtschaftsauguren die Perspektiven der nun ungeteilten Nation längst nicht mehr geheuer. Etwas kleinlaut vertrösten sie auf später, aber diese Versicherung kling unüberhörbar bereits wie das verängstigte Pfeifen kleiner Jungs, die sich rettungslos im Wald verirrt haben. Die antifaschistischen Kämpfer wiederum müssen, um ihre Vision von der Wiederkehr des Nationalsozialismus zum 243. Male herunterspulen zu können, klammheimlich den Unterschied zwischen der biederen Kohl-Regierung und dem von 40 Jahren antifaschistischer Erziehung und dem katastrophenhaften Hereinbruch der Marktwirtschaft gezeichneten ostdeutschen Mob wegretuschieren. So

recht glaubhaft ist ihnen ihre Rede mittlerweile aber trotz aller Selbsttäuschungversuche nicht mehr.

Das gleiche Phänomen läßt sich anläßlich des Golfkonflikts erneut beobachten. Ein mittelmäßiger Dritte Welt-Diktator, der seinen eher "undogmatischen Umgang" mit Völker- und Menschenrecht mit vielen seiner Kollegen teilt, wird quasi über Nacht als *die* Gefahr für den Weltfrieden entdeckt. Weil Saddam Hussein auf UNO-Resolutionen genausowenig reagiert wie normalerweise die USA auf die Verurteilung durch den internationalen Gerichtshof, schart die marode westliche Vormacht eine neue "antifaschistische Streitmacht" um sich und startet im Namen des Selbstbestimmungsrechtes eines obskuren Ölscheichtums zum Kreuzzug gegen die "Reinkarnation Adolf Hitlers". Ein Großteil der Weltöffentlichkeit folgt auch tatsächlich dieser Interpretation und nimmt den Kampf um das annektierte Kuweit als die Erneuerung der "Anti-Hitler-Koalition" wahr. Der ausgemusterte antifundamentalistische Recke Saddam Hussein findet sich nicht nur ganz oben auf der Abschußliste des CIA wieder, er erreicht über Nacht auch einen unangefochtenen Spitzenplatz in den internationalen Weltbösewichter-Charts.

Wer über die abstrusen Wirtschaftswunder- und Großdeutschlandphantasien noch spotten konnte, dem gefriert diesmal gründlich das Lachen. Die Ideologie wird zur unmittelbaren materiellen Gewalt und schlägt lasergesteuert ein. Die Farce nimmt einen blutigen Verlauf. Bomben fallen auf Bagdad und Basra, Scuds treffen Tel Aviv und Riad.

2.

Die Zuspitzung am Golf ging natürlich auch an der bundesrepublikanischen Linken nicht spurlos vorüber. Sie wollte Position beziehen und verwechselte, wie fast immer bei solchen Gelegenheiten, Stellungnahme mit Parteinahme. Diesmal führte der Zwang, Farbe zu bekennen, zu besonders absurden Ergebnissen. Die Front am Golf reproduzierte sich als linker Binnenkonflikt. Die Linke spaltete sich gnadenlos in Befürworter und Gegner der Anti-Saddam-Hussein-Front, und ihre schweigende Mehrheit wußte, zwischen beiden Polen heillos hin- und hergerissen, gar nicht mehr, was vom linken Standpunkt aus denn nun richtig und was falsch sein soll.

Die einen, gestählte antiimperialistische Kämpfer, beteiligten sich an der wiedererwachten Friedensbewegung und spulten in deren Rah-

men ihr über mittlerweile drei Jahrzehnte eingeübtes Standardprogramm ab. Sie wetterten wie gewohnt gegen die US-amerikanische Einmischungspolitik. Der 2. Golfkrieg bildete für sie nur ein weiteres Kettenglied in der schier endlosen Abfolge von US-Interventionen in der "Dritten Welt". Der Kampf gegen den Irak reihte sich ihnen bruchlos in die US-Militäraktionen gegen Grenada, Vietnam oder Nicaragua ein. Die anderen schlossen sich unter dem Banner des Antifaschismus vorbehaltlos der internationalen Einheitsfront an. Spätestens der Spiegelessay von Hans Magnus Enzensberger machte die von der Bildzeitung eingeführte Identifizierung von Hussein mit Hitler auch für kritische Geister hoffähig und ebnete so jenen Linken den Weg, die sich wild entschlossen zeigten, Demokratie, Völkerrecht und insbesondere das Existenzrecht Israels am Schatt el Arab mit allen Mitteln durchsetzen zu lassen.

So konträr die politische Stoßrichtung auch ausfiel, so verwandt sind die beiden Positionen in ihrer Grundstruktur. Der Gegensatz dieser Haltungen läuft auf bloße Reziprozität hinaus. Sie ähneln aber einander nicht nur deshalb, weil beide Seiten sich auf eine Auseinandersetzung mit der realen Entwicklung in den arabischen Ländern nicht einlassen, und die Vorstellungen von diesem Konflikt stattdessen auf historischen Übertragungen beruhen; sie gleichen einander auch in ihrer seltsam einseitigen Negativfixierung (1). Die Antiimperialisten verstanden sich diesmal, entgegen ihren üblichen Riten, nicht als die Freunde der Feinde ihrer Feinde und wollten auch nicht dafür

(1) Ein in der "Konkret" 5/91 erschienenes Streitgespräch dokumentiert recht drastisch vor allem die Analogie-Manie, die die Beschäftigung mit der verwirrenden realen Entwicklung ersetzt, aber nebenher auch die Neigung der "Antiimperialisten" von der irakischen Konfliktseite lieber zu schweigen. In einer fast schon gespenstisch anmutenden Debatte geraten sich Hermann Gremliza und Thomas Ebermann in die Haare, weil sie sich nicht darüber verständigen können, ob wir heute das Jahr 1941 oder 1914 schreiben. Thomas Ebermann versucht zu begründen, warum die "Radikale Linke" kein kritisches Wort über das irakische Baath-Regime verliert.
"Über die zaristische Despotie und ihre Grausamkeit konnte man viel richtiges sagen, aber wer 1914 in Deutschland auf die zaristische Despotie verwies, unterstützte damit den deutschen Krieg..."
Gremliza nimmt diesen Faden auf und kontert:"Du denkst immer nur an deine 1914er Analogie und nie an die vorhin gestellte Frage, ob ein amerikanischer Linker dem Kriegseintritt der USA gegen die Nazis nicht auch dann hätte zustimmen müssen, wenn er von den imperialistischen Motiven seiner Regierung überzeugt gewesen wäre."
Ebermann inisistiert daraufhoin auf seiner Position: "Meine Bilder sind stark von 1914 bestimmt, und vieles, was ihr macht, empfinde ich als Wiederholung der sozialdemokratischen Argumentation von damals."
Gremliza hält dagegen:"Meine sind mehr von 1940/41 bestimmt.."
Auf diese Weise läßt sich die Diskussion um den "Bankrott der Linken" (so der Titel des Streitgesprächs) natürlich noch endlos fortsetzen.

gehalten werden. Die irakische Konfliktpartei unterlag einem neuartigen Ausblendungszwang.

In seiner wechselhaften Geschichte war hierzulande der vielfach beschworene Kampf gegen den "US-Imperialismus" bislang noch jedesmal mit einem positiven Bezug auf die Befreiungsbewegungen der 3. Welt gekoppelt. Ob es die nicaraguanischen Campesinos waren, die sich romantizistischer Verehrung erfreuten, oder ob, wie bei Herbert Marcuse, die kleinen und daher liebespaarfreundlichen Parkbänke Hanois als Vorschein eines nichtentfremdeten Gesellschaftszustandes herhalten mußten, die bessere Welt war noch jedesmal im kämpfenden Süden zu suchen. Antiimperialismus und Solidaritätsbewegung fielen in eins.

Ganz anders Anfang 1991. Niemand dachte mehr wie noch acht Jahre vorher an revolutionären Ferntourismus. Das identifikatorische Moment war dahin. Sobald die irakischen und arabischen Binnenverhältnisse zur Sprache kommen, werden die Antiimperialisten des Irakzyklus merkwürdig wortkarg und wechseln möglichst schnell das Thema (1). Während vor einem Menschenalter der Name des nordvietnamesischen Volkshelden und Präsidenten hierzulande noch unmittelbar als Demoparole taugte, verfiel selbst der erbittertste westliche Anti-Bush-Aktivist kaum auf die Idee, aus Protest gegen die alliierte Luftoffensive "Hu-Hu-Hussein" zu skandieren.

Was bei den Gegnern der US-Intervention defensiv und ausweichend daherkam, trugen die linken Apologeten der "Anti-Hitler-Koalition" in ihrer verblüffenden proamerikanischen Wendung offensiv vor. Der Schulterschluß mit der US-Politik wurde nicht an ihr selber begründet, er wurde ausschließlich durch ein überhöhtes Feindbild und einen allzeit abrufbereiten Anti-Antisemitismus gerechtfertigt (2). In fast schon klassischer Form läßt sich an dem "Konkret"-Beitrag (3/91) von Wolfgang Pohrt studieren, wie sich die von der Kritischen Theorie inspirierte Pro-Amerika-Haltung unweigerlich im Gravitationsfeld dieser Argumentationsstruktur ausrichtet. Der Autor will zu-

(1) Diesen Umstand reiben denn auch die linken Befürworter der US-Intervention deren Gegnern ebenso genüßlich wie regelmäßig unter die Nase. In dem bereits erwähnten "Konkret"-Streitgespräch etwa bringt Eva Groepler den reichlich gebeutelten Thomas Ebermann noch mehr in die Defensive: "Dein Argumentationsmuster, Thomas, ist die Zweiweltentheorie der Nord-Süd-Konflikte, und daß jeder, der vom Imperialismus angegriffen wird, auf jeden Fall unterstützt werden muß. Alles andere wird damit sekundär. Mit anderen Aspekten, etwa mit der Frage, was das Saddam-Hussein-Regime ist, befaßt ihr euch nicht."

(2) Eine Ausnahme macht hier allerdings Cora Stephan. Während Publzisten wie Henryk M. Broder, Ralph Giordano und Eike Geisel in blanke Hysterie verfallen, fallen diese Töne bei ihr wesentlicher moderater aus. Stattdessen leistet sie unverholen den Eid auf westliche Demokratie und Rationalität.

nächst positiv werden und eine Lanze "Für Amerika" (so der ursprünglich geplante Titel seines Artikels) brechen und schafft es dann doch nur, Amerika durch einen Frontalangriff auf die deutsche Friedensbewegung und ihre angeblichen antijüdischen Ressentiments zu verteidigen: "Über Amerika also kein Wort von mir, aber ein paar Überlegungen zur Entwicklung hier," lautet denn auch die Schlüsselsequenz.

Die gleiche Ausblendlogik, die sich in Wolfgang Pohrts cholerischem Anfall noch naturwüchsig gegen den Willen des Autors durchsetzt, spreizte sich in den Verlautbarungen der ISF Freiburg zur offiziellen Deklaration auf: Solange sie sich nur mit dem vermeintlichen Lebensinteresse des jüdischen Staates überschneiden, "stehen die Interessen der USA außerhalb jeder Kritik" (1). Wer sich dazu hinreißen läßt, an der US-Regierung und ihrem militärischen Vorgehen herumzumäkeln, macht sich damit bereits als Judenfeind verdächtig. Wenn er zu allem Überfluß auch noch Deutscher ist, entlarvt er sich damit unweigerlich als unverbesserlicher Antisemit. Sobald es um Israel oder die Juden geht, hört der Spaß auf. Wer ausflippt und sich, wie Wolf Biermann in der "Zeit", die Atombombe auf Bagdad herbeiwünscht, beweist damit nur seine moralische Überlegenheit.

3.

Bereits im Januar und Februar während des Golfkrieges, hatte das ideologische Szenario etwas Unwirkliches an sich. Heute, drei Monate später, wirkt es im Rückblick schon aberwitzig. Fast könnte man meinen, Hegels "Weltgeist" habe die blutrünstigen Ereignisse des letzten halben Jahres eigens inszeniert, um die Ideologen der US-Intervention zu blamieren und ihnen die Schamröte ins Gesicht zu treiben.

Saddams von seinen Widergängern dankbar aufgegriffene Drohung "Israel in ein Krematorium zu verwandeln" (2), folgten lediglich einige Dutzend vom militärischen Standpunkt aus nicht weiter erwähnenswerte Operettenraketen. Die Zahl der Opfer in Israel ließ sich glücklicherweise an einer Hand abzählen und die psychologische Wirkung stand in keinem Verhältnis zur realen Zerstörungskraft.

Für die Alliierten erwies sich der Kampf gegen die vermeintlich "viertstärkste Militärmacht der Welt" als elektronisch unterstütztes

(1) Joachim Bruhn, zitiert nach "Liebesgrüße aus Bagdad", Berlin 1991, S.136
(2) zitiert nach Eike Geisel, in Liebesgrüße aus Bagdad, S.58

Tontaubenschießen. Während die Amerikaner und ihre Verbündeten ihre vorsorglich in einigen zehntausend Exemplaren angelieferten "body-bags" wieder einpacken und unbenutzt in die Heimat verfrachten mußten, wurden die angeblich so kampfstarken und hochgerüsteten "Republikanischen Garden" auf dem südirakischen Großversuchsfeld für postmoderne Kriegsführung wie wehrlose Labormäuse abgeschlachtet. Die lasergesteuerte "Zwangsabrüstungsmaßnahme" (1) gegen Saddam Hussein, mit der die Allierten ihr Kriegsziel der "Vernichtung von Massenvernichtungswaffen" (2) durchzusetzten verstanden, war weder für die Zivilbevölkerung Bagdads noch für die in Auflösung begriffene und aus Kuweit fliehende irakische Armee von einem durchautomatisierten Massaker zu unterscheiden.

Während Enzensberger in seinem zuerst im "Spiegel" veröffentlichten Schlüsselessay die Öffentlichkeit darüber aufgeklärt hatte, daß der "primärer Antrieb" des "genuinen Nachfolgers" Adolf Hitlers in der "Entschlossenheit zur Aggression" bestünde, sein "Motiv der Todeswunsch" und sein Modus der Herrschaft der Untergang" sei, zog es der leibhaftige Saddam Hussein zur allgemeinen Verblüffung vor, die gehätschelte irakische Luftwaffe ebenso wie modernes Luftabwehrgerät im Iran in Sicherheit zu bringen. Das Risiko, die teuren militärtechnischen Einkäufe durch ihren Einsatz zu gefährden, mochte er nicht eingehen. Der zum Tode Entschlossene strich stattdessen vorsichtshalber das finale furioso, die Neuauflage des Endkampfs um Berlin an den Ufern des Tigris, ersatzlos, und bewährt sich seit der

(1) Die publizierenden Assistenten der amerikanischen Militärzensur haben zur Rechtfertigung der allierten Kriegsführung diesen unsterblichen Euphemismus geprägt. Der Krieg, als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln mittlerweile so gut wie verpönt, gewinnt als die forcierte Fortsetzung von Abrüstungspolitik mit uneinsichtigen Partnern so etwas wie sekundäre Virginität und rückt plötzlich auf eine Stufe mit dem SALT-Vertrag und den MBFR-Verhandlungen.
Dieser nicht mehr zynisch sondern bereits klinisch zu nennende Sprachgebrauch geht auch den linken Befürwortern der Anti-Hussein-Intervention ohne Wimperzucken über die Lippen. Jörg Friedrich etwa bringt es in seinem Aufsatz "Appeasement in our time" fertig, im selben Atemzug die scudbedingten Sachschäden in Millionenhöhe und den tragischen Herztod einiger Tel Aviver Bürger mit einem Vernichtungsschlag gegen Israel zu identifizieren, und schafft es andererseits gleichzeitig, den allierten Luftkrieg als "die maßvollste Aktion in der Geschichte des Luftkriegs" zu rechtfertigen (Liebesgrüße aus.., S.123)
Wer mag da entscheiden, ob Jörg Friedrichs Äußerungen als klassisches orwellsches "Zwiedenken" zu werten sind, oder als blanker Rassismus? Denn als maßvoll kann innerhalb der bislang geltenden arithmetischen Gesetzmäßigkeiten das allierte Vorgehen nur gelten, wenn der "Wert" eines getöten israelischen Bürgers mit dem einiger zehntausend Irakis veranschlagt wird. In Lidice hat die SS im Juni 1942 den Preis für das Leben Heydrichs übrigens weit geringer angesetzt.
(2) Cora Stephan, Der anständige Deutsche - zum fürchten, zitiert nach ebenda.,S. 40

Kapitulation lieber physisch wie politisch als weltweit bestaunter Überlebenskünstler.

Die fanatisierten "Millionen von Arabern" wiederum setzen ihren "Wunsch für Saddam Hussein zu sterben" in die Tat um, indem sie sich so schnell wie irgend möglich den allierten Truppen ergaben oder anderweitig massenhaft desertierten (1).

Die von der Völkergemeinschaft im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes der Völker wiedereingesetzte "rechtmäßige Regierung" der kleinen "kuweitischen Nation" begann ihre erneuerte legitime Regentschaft im befreiten Kuweit mit der Auslöschung der inneren demokratischen Opposition und ausgiebigen Palästinenser-Progromen.

Während die US-Interventionstruppen den Südirak besetzt hielten, mochte sich die US-Regierung in die "inneren Angelegenheiten" des Iraks nicht einmischen und überließ die Kurden, die so leichtsinnig waren dem Aufruf der USA zum Sturz Saddam Husseins Folge zu leisten, ihrem Schicksal. Der Antichrist, Satan Hussein, verwandelt sich, nachdem die US-Administration mit einem Aufwand von 50 Milliarden-Dollar und 500000 Mann Kuweit und Irak in Schutt und Asche hat legen lassen, wieder in das "geringere Übel". Seine Herrschaft ist der drohenden Libanisierung und schiitischen Geländegewinnen allemal vorzuziehen, und die kurdischen Flüchtlinge werden mit "humanitärer Soforthilfe" verhöhnt.

(1) Von einer totalitären Erfassung der irakischen Bevölkerung wie sie die strapazierte Hitler-Metapher nahelegt, findet sich in der Wirklichkeit des Landes keine Spur. Selbst die hochgelobten und angeblich hochmotivierten Republikanischen Garden rekrutierten sich keineswegs aus zu allem bereiten Saddam-Anhängern. Die Hauptmotiv der Angehörigen dieser "Eliteverbände" war es einzig und allein, die eigene Haut zu retten. Der Bericht eines brasilianischen Journalisten, der in die Gefangenschaft der Republikanischen Garden geriet, wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Verfassung dieser Truppe. Der Vernehmungsoffizier zeigt sich gegenüber der Politik der irakischen Führung ausgesprochen kritisch, und die Wachmannschaften haben ganz andere Pläne als den Kampf bis zum letzten Blutstropfen. Der eine, Mitglied des irakischen Basketballteams, plant nach Kuweit zu desertieren und erkundigt sich bei seinem Gefangenen nach seinen Chancen, in der amerikanischen Basketballiga zu avancieren; der andere bittet um Adressen in Brasilien, "wo es grün ist und so viele Frauen nackt tanzen". Durch derlei Erfahrungen gewitzt, kommt der Autor zu einem Urteil über die Republikanischen Garden, das dem landläufigen Vorurteil diametral entgegengesetzt ist:
"Die Männer der Republikanischen Garden wurden oft von den Amerikanern als Elitetruppe mit sehr gutem Training und hervorragender Ausrüstung beschrieben. In Wirklichkeit sind es ganz normale Soldaten, mit einem wichtigen Unterschied zu anderen irakischen Truppen: Sie haben mindestens sechs Jahre lange eine Schule besucht und können alle lesen und schreiben." (Der Bericht findet sich in der "Zeit" vom 8.2.91)

4.

Der reale Gang der Ereignisse hat in schon obszöner Weise sämtliche ideologischen Vorgaben dementiert. Insbesondere hat er die Vorneverteidiger von "Demokratie" und "Völkerrecht" und ihre lauthals vorgetragene "Anti-Hitler"-Ideologie binnen Wochen Lügen gestraft. Der Versuch, nach dem Auslaufen des guten alten Ost-West-Konflikts eine neue, funktionierende Weltordnung zu installieren, hat Chaos und Elend in Nahost nur potenziert.

Dieser auch für die Neuformierung anderer Weltregionen vielversprechende Auftakt wird allerdings dem begonnen Vormarsch des neulinken außenpolitischen "Hurra-Demokratentums" kaum im Wege stehen. Der peinliche Fehlstart ist schnell vergessen, denn das öffentliche Gedächtnis ist miserabel, und auch bei linken Kommentatoren des Zeitgeschehens gehören Black-outs und partielle Amnesie längst zum vertrauten politisch-publizistischen Handwerkszeug. Auf Zeitungspapier gedruckte Gedanken haben eine erschreckend geringe Halbwertszeit. Die aufgehäuften Zeitungsstapel enden nach mehr oder minder langer häuslicher Zwischenlagerung letztendlich doch im Altpapier-Container, und die verflossenen Debatten verschwimmen damit ein für allemal ins Nebelhafte. Das populäre Rohstoff-Recycling begünstigt die unverdrossenen Wiederverwendung verschlissener Denkraster (1).

Vor dem Hintergrund der herrschenden geistigen Produktions- und Konsumgewohnheiten ist Buchproduktion, zumal wenn es um "aktuelle" Themen geht, fast schon per se verdienstvoll. Die anachronistische, weil unweigerlich auf Dauer gerichtete Form, denunziert noch jedesmal unfreiwillig den meist leicht verderblichen Inhalt. Der Durchschnittsdeutsche hat nicht nur beim Erwerb von Büchern mit enormen psychologischen Hemmschwellen zu kämpfen, er hat sie erst recht, wenn es darum geht, sich von Büchern zu trennen. 58 Jahre nach den nationalsozialistischen Bücherverbrennungen wirft kein Bundesbürger so schnell ein Buch weg; manchmal blättert er nach Jahren sogar darin und erinnert sich dann kopfschüttelnd der absonderlichen Fragen, die vor zwei oder fünf Jahren virulent gewesen sein müssen. Aber nicht erst beim häuslichen Staubwischen droht dem Erzeugnis Buch ein ins Peinliche umschlagendes déjà vu Erlebnis; aufgrund seines etwas schwerfälligen Produktions- und Vertriebszyklus kann diese Ware sehr leicht schon vom "moralischen Verschleiß" er-

(1) Im Umweltschutz wird regelmäßig vergeblich das Primat der Abfallvermeidung gegenüber der Wiederaufbereitung eingeklagt. Dieses berechtigte, unter den bestehenden Verhältnissen allerdings utopische Postulat trifft erst recht das Gebiet der Publizistik.

faßt werden, während ihre Auslieferung gerade erst anläuft. Aus dem brandneuen Buch wird bereits beim Erscheinen ein ideologiegeschichtliches Dokument.

Das kürzlich in der Edition "Tiamat" erschienene Bändchen "Liebesgrüße aus Bagdad" fällt zweifellos in diese Kategorie. Wer sich nachträglich eine handfeste Auseinandersetzung mit dem Geschehen am Golf und/oder der deutschen Friedensbewegung erhofft, den wird die Lektüre dieses Bändchens mit Sicherheit ennuyieren. Die von Klaus Bittermann zusammengetragenen Aufsätze von Broder, Enzensberger, Stephan, Giordano, Bruhn, W. Schneider u.a., die in verschiedenen Zeitschriften während des Golfkriegs allesamt bereits publiziert waren, sind durch keinerlei realanalytische Anwandlung angekränkelt. Ihr Bezug auf die Verwicklungen am Golf bleibt durch und durch assoziativ. Saddam Hussein kommt in den Beiträgen nur als Stichwortlieferant vor. Giftgasproduktion und Scuds dienen auf der ideologischen Geisterbahnfahrt wider den Antisemitismus als bloße Bühnendekoration, und auch die vielgescholtene Friedensbewegung taucht in den Beiträgen lediglich als überstrapazierte Projektionsfläche, aber nicht als ernstgenommener Untersuchungsgegenstand auf.

So sehr daher die "Liebesgrüße aus Bagdad" als Buch über "die edlen Seelen der Friedensbewegung" und "den Krieg am Golf" enttäuschen, so wertvoll ist das dort aufgehäufte Tiradenmaterial dagegen, wenn es darum geht, die bellizistische Position und die mit ihr eingeleitete prowestliche Wende genauer zu beleuchten. Auf relativ engem Raum macht das Bändchen die ganze Bandbreite der neulinken Großen Anti-Hitler-Koalition von 1991 über den Tag hinaus zugänglich und liefert damit in einer für die weitere Binnenentwicklung der Linken Weichen stellenden Umbruchsituation eine wertvolle Momentaufnahme. Er entreißt die Stellungnahmen seiner versammelten Autoren der Gnade des vorzeitigen Vergessens, auf die gerade diese Beiträge dringend angewiesen wären. In den von Klaus Bittermann zusammengestellten Beiträgen wird das eigenartige geistige Treibhausklima überaus deutlich spürbar, in dem Anfang des Jahres die neulinken Bellizisten aus dem Boden schossen wie die Pilze nach einem Sommerregen (1). Noch einmal können wir in diese unangenehme, aber auf ihre Art pikante Mischung aus hysterischer Entschlossenheit (Eike Geisel, Unser Kampf), historisierender Geisterbeschwörung (Enzensberger, Hitlers Wiedergänger), breitgetretenem deutschen Selbsthaß (Joachim Bruhn, Giftgas und Pazifismus) und moralisieren-

(1) Der reichlich stilisierte Einzelkämpfergestus, in dem sich Eike Geisel, Broder und Konsorten gefallen, kontrastiert merkwürdig mit dem plötzlich massenhaften Auftreten der Bellizisten und der Stereotypie ihrer Argumentation.

dem Pragmatismus (Cora Stephan, Der anständige Deutsche - zum Fürchten) eintauchen. Im Abstand von einigen Monaten zum Golfkrieg wirken die in "Liebesgrüße aus Bagdad" gesammelten Beiträge noch weit befremdlicher als zur Zeit ihrer Erstpublikation. Ihre nachträgliche Lektüre bietet eine ideologische Geisterbahnfahrt, zu der es in der an Fehleinschätzungen und Obskuritäten reichen Geschichte der neuen Linken nicht allzu viele Parallelen gibt.

Historische Dokumente sind besonders interessant, wenn sie neue bislang unbekannte Tatsachen ans Licht fördern, oder wenn sie selber rätselhaft und daher erklärungsbedürftig sind. Die in den "Liebesgrüßen" enthaltenen Texte gewinnen ihren Wert, sobald wir sie unter diesem zweiten Aspekt wahrnehmen. Am Anfang der Erkenntnis steht allemal das Staunen, und wer diesen Ausgangspunkt ausläßt, wird auch das Ziel nur dem Hörensagen nach kennenlernen. Nehmen wir die Auslassungen der neulinken Golfkrieger daher nicht als Ausrutscher einiger von allen guten Geistern verlassenen Autoren, sondern als Anlaß zur Verwunderung. Die Kritik der bellizistischen Position, der Nachweis, zu welch absurden und unmenschlichen Resultaten sie führt, erübrigt sich angesichts der harten Tatsachen nahezu. Damit wird aber die Aufgabe, das links-bellizistische Phänomen zu erklären und in den Zusammenhang der linken Gesamtentwicklung einzuordnen, keineswegs überflüssig.

5.

An den geballten Äußerungen der Bellizistenschar fällt zunächst eines auf. Während der wirkliche Golfkrieg in Irak und Kuweit tobte, lag der Hauptkriegsschauplatz für die linken Kriegsapologeten nicht in diesen wenig interessanten arabischen Ländern, sondern in Israel. Erst seine gegen den Judenstaat gerichteten Drohungen machten aus Saddam Hussein in den Augen der linken Befürworter der "Operation Wüstensturm" den "neuen Hitler", und auch die an die Adresse der Friedensbewegung gerichtete Anklage lautet unisono auf "Antisemitismus" und Judenhaß. Sämtliche Beiträge der "Liebesgrüße aus Bagdad" durchzieht die gleiche mittlerweile wohlvertraute Holzhammerlogik: Wer sich weigert, "dem Diktator bei der Ausführung seines von ihm angedrohten Massenverbrechens- nämlich Israel in ein Krematorium zu verwandeln-" "in den Arm zu fallen" (1), der betreibt im besten Falle eine unveranwortliche "fundamental-pazifistische Ap-

(1) A.a.O., S.58

peasement-Politik", oder er ist selber pazifistisch getarnter Antisemit und nimmt die "Vernichtung Israels" mit klammheimlicher Freude in Kauf. Ob Eike Geisel die katholische Lehre von der Erbsünde neu entdeckt, und sich die zahlreichen vom Golfkrieg aufgeschreckten jugendlichen Friedensdemonstranten zur mit antisemitischen Ressentiments aufgeladenen "pazifistischen Werwolf-Truppe" (1) umfabuliert, ob Wolfgang Schneider die unterschwellig vorhandene "Abneigung gegen die Juden" "im Engagement gegen den Golfkrieg manifest" (2) werden sieht, der Tenor der Argumentationen läßt keine Mißverständnisse über die Stoßrichtung zu. Die Friedensbewegung muß bekämpft werden, weil sie Saddam Hussein nur den Rücken frei halten will, auf daß dieser das Werk Adolf Hitlers vollenden kann (3).

Die überragende Rolle Israels in der Golfkriegsdebatte war ein spezifisch deutsches Phänomen. Auch in anderen westlichen Ländern führte die allierte Intervention zu heftigen Auseinandersetzungen, aber nirgendwo sonst avancierte dabei wie hierzulande die Bedrohung des Judenstaates zur alles entscheidenden Gretchenfrage. Es bedarf sicher keines besonderen Scharfsinns, um einen Zusammenhang zwischen dem deutschen philosemitischen Bellizismus und der Last der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands zu vermuten. Die offensichtlich zwanghafte Identifizierung der Attacken Saddam Husseins auf israelisches Territorium mit dem Holocaust bei vielen linken bundesdeutschen Publizisten ist damit aber per se noch nicht erklärt. Die zugrundeliegende Logik nimmt erst deutlichere Konturen an und wird nachvollziehbar, wenn wir uns vor Augen führen, welchen Stellenwert der historische Nationalsozialismus im Selbstverständnis der Linken hat. Die reflexhafte Anti-Saddam-Hussein Reaktion steht nicht für sich, sie verweist auf die Sinnstiftungsfunktion des nachholenden Antifaschismus, der mittlerweile zur wesentlichen linken Identitätsbestimmung geworden ist.

Der sprießende linke Antifaschismus erwächst nicht aus einer breiten und tiefschürfenden Beschäftigung mit dem historischen Na-

(1)"Liebesgrüße..", S.56
(2) A.a.O., S.72
(3) Vor allem die Beiträge von Eike Geisel, Jörg Friedrich und Ralph Giordano bewegen sich auf der schmalen Grenzlinie zwischen Ideologie und Wahnsystem. Das gleiche gilt aber auch für den in diesem Sammelband nicht vertretenen Wolfgang Pohrt. Seine in der Konkret 3/91 publizierten Aussonderungen zum Golfkonflikt und gegen die hiesige Friedensbewegung, sind von einem blindwütigen hysterischen Umsichschlagen nicht mehr zu unterscheiden. Während er Anno 1983 der damaligen Antinachrüstungsbewegung ebenso ätzende wie treffende Polemiken widmete, fallen seine gegen den vermeintlichen Antisemitismus in der Antigolfkriegsbewegung gerichteten Ergüße nur mehr unter die Rubrik Pathologisches.

tionalsozialismus, er ist ein genuines Produkt der heutigen Krise der Linken, ein provisorischer und ins Leere greifender Notanker. Westdeutschlands Linke verfügt heute längst nicht mehr über ein positives Selbstverständnis. Was Sozialismus wohl heißen könnte, weiß seit Jahr und Tag so genau keiner mehr zu sagen; für welches politische Programm die Linke steht, kann sie nicht einmal mehr in Floskeln angeben; mit dem sanften Entschlafen der "neuen sozialen Bewegungen" hat sie überdies die Manövriermasse und ihre letztes Betätigungsfeld eingebüßt; alle linken Prinzipien sind schwankend geworden. Mit dem Ende der Nachkriegskonstellation ist auch die dazugehörige Oppositionsbewegung gegenstandslos geworden. Die gegenwärtigen Entwicklungen, die im Kollaps des Realsozialismus ihren bisherigen Höhepunkt erreichten, haben das linke Weltbild heillos in Verwirrung gestürzt. Angesichts dieser für sie lebensfeindlichen Wirklichkeit hat sich die Linke auf die fiktive Fortschreibung der übersichtlichen vergangenen Fronten zurückgezogen. So konzeptionslos auch die Linke den drängenden gegenwärtigen globalen Problemen der Gegenwart gegenübersteht, sowenig sie sich hier positiv gegen die herrschende Politik profilieren kann, all diese Mängel werden kompensiert durch eine allzeit klar herausposaunte antifaschistische Pseudoorientierung, durch die Stellungnahme zu den Kämpfen einer abgeschlossenen Epoche. Die antifaschistische Klammer hält notdürftig zusammen, was ansonsten augenblicklich auseinanderfallen würde. Mit ihrer strammen, jederzeit kampfbereiten antifaschistischen Grundhaltung erwirbt sich die Linke in ihren eigenen Augen eine letzte Daseinsberechtigung. Der Faschismus darf nicht sterben, seine Kontinuität und Wiederkunft muß allemal an die Wand gemalt werden, weil sich die antifaschistische Linke ohne diesen Negativfixpunkt in Wohlgefallen auflösen müßte.

In der Entstehungsphase der neuen Linken war der Angriff auf die Tabuisierung und Verdrängung der nationalsozialistischen Vergangenheit eines ihrer wesentlichen, treibenden Motive. Auf ihre alten Tage hoffnungslos in die Defensive geraten, schlägt dieses Verdienst in Bekenntniszwang um. Das Tabu der Adenauerzeit überlebt an der Linken als sein Negativ. Das totgeschwiegene Karthago ist nicht mehr, aber die Linke brabbelt wie ein verwirrter Kriegsveteran aus den punischen Kriegen bei jeder sich bietenden Gelegenheit ihr ceterum censeo unverdrossen vor sich hin und schließt alle Ereignisse mit ihren Kriegserlebnissen aus zweiter Hand kurz. Was die Großeltern konzentriert verschwiegen, führt die neulinke Elterngeneration notorisch im Mund, und den Nachwachsenden quillt es verständli-

cherweise längst aus den Ohren.

Die Unbestimmheit dessen, was Antifaschismus nun denn 45 Jahre danach heißen soll, konterkariert dessen sinnstiftende Potenz nicht, sie ist vielmehr sogar deren Voraussetzung. Nur weil er nichts Konkretes zu bedeuten hat, sondern für alles und nichts zugleich steht, bleibt ihm die Demontage erspart und taugt er zum universellen Bezugspunkt. Die antifaschistische Nullideologie bringt die auseinanderdiffundierenden Tendenzen einer zerfallenden Linken zwar nicht zur Deckung, sie schafft aber im Auflösungsprozeß noch einmal ein gemeinsames Diskussionsmilieu.

Die ebenso eilfertige wie sinnlose Beschwörung des antifaschistischen Kampfes kann die alten Zeiten aber natürlich nicht wirklich zurückholen. So erbittert die Linke auch in ihrer ideologischen Scheinwelt der Kriegs- und Nachkriegskonstellation nachhängen mag, gerade dieses notorische Beharren markiert das Ende dieser Konstellation. Mit den Antifaschisten und ihren braunen Kontrahenten hat es die gleiche Bewandtnis wie mit dem Indianerspiel der westeuropäischen Kinder. Weil der reale "Wilde West" nicht mehr existiert, stehen sich zur Karnevalszeit 80% der männlichen Jugend unter 12 Jahren als Cowboys und Indianer gegenüber. Lothar Baier bringt das auf den Punkt, wenn er schreibt:

> "Die Nachkriegszeit ist offenbar wirklich zu Ende. Begriffe wie Nationalsozialismus und Antisemitismus haben ihren bestimmten Inhalt verloren. Wo man früher 'Idiot' gesagt hat, sagt man heute 'Antisemit'". (1)

6.

Dieses Spielchen läßt sich sicher noch geraume Zeit fortsetzen, zu besonders fruchtbaren Ergebnissen wird es aber kaum führen. Im Gegenteil, der neue Antifaschismus fällt hinter den Stand zurück, den die gesellschaftskritische Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus bereits erreicht hatte. Auch das läßt sich am Beispiel der bellizistischen Golfkriegsdebatte phänotypisch studieren.

In der Historikerdebatte waren es gerade die linken Protagonisten, die die Einzigartigkeit nationalsozialistischer Herrschaft betonten. Sie wehrten sich entschieden dagegen, die von den deutschen Faschisten ins Werk gesetzten Verbrechen und Greuel als eine von viel zu vielen Eintragungen in der langen Reihe geschichtlicher Massaker

(1) "Die Zeit", 19.7.91

und Genozide zu behandeln, und weigerten sich dementsprechend, Hitler kurzerhand mit historischen Figuren wie Nebukadnezar, Scipio Africanus minor, Stalin und Idi Amin auf eine Stufe zu stellen. Den besonderen Charakter der nationalsozialistischen Herrschaft begründeten sie dabei in erster Linie mit der Singularität der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Völlig zu recht beharrten sie darauf, daß einerseits der Nationalsozialismus nicht abgetrennt von Auschwitz und dem Holcaust verstanden werden kann, und daß andererseits das einmalige Phänomen der staatlich organisierten systematischen Judenvernichtung den deutschen Nationalsozialismus aus dem Wust historischer Unrechtsregime heraushebt.

Die linken Israelverteidiger verkehren diese Einsicht in ihr Gegenteil. Aus der umstandslos gelöschten Einmaligkeit der nationalsozialistischen Judenverfolgung wird die überzeitliche Einmaligkeit des jüdischen Opfervolkes. Wenn Kurden, Schiiten und sonstige Bewohner des Iraks von den Schergen Saddam Husseins und den allierten Verteidigern des Völker- und Menschenrechts ausgebombt, erschossen, verbrannt und Seuchen preisgegeben werden, dann ist das der nicht weiter erwähnenswerte geschichtliche Normalfall. Sobald aber Juden angegriffen werden, egal aus welcher Frontstellung heraus, dann stellt das per se bereits die unmittelbare Fortsetzung von Auschwitz und Treblinka dar. Die gegen den arabischen Mythos der Unverwundbarkeit Israels gerichteten kriegerischen Propaganda-Aktionen aktivieren alle schlummernden Holocaust-Phantasien. Das Stichwort Gas reicht vollkommen aus, und der tragische Herztod einiger älterer Tel Aviver Bürger assoziiert sich im Handumdrehen zur Wannseekonferenz und erscheint als deren planmäßige Umsetzung. Der arabisch-israelische Konflikt durchmischt sich mit den Bildern des Warschauer Ghettoaufstands. Schlagen im Negev ein Dutzend vorsintflutlicher Raketen ein und wirbeln Sand auf, dann bedeutet das die unmittelbare Fortsetzung von Hitlers Ausmerzungsplänen; der Diktator verwandelt sich in die Reinkarnation Hitlers, und im Irak, einem Land mit wenig erfreulichen, aber für die 3. Welt keineswegs untypischen Verhältnissen, aufersteht das Reich des Bösen. Der von Saddam Husseins großmäuligem "antizionistischen" Getöse ausgelöste Aufschrei entkoppelte sich sofort vom realen Anlaß.

Wie auf ein vertrautes Klingelzeichen gut abgerichtet, reagieren die linken Golfkrieger auf das Stichwort "Jude" unwillkürlich mit Speichelfluß, gespannter Aufmerksamkeit und der Bereitschaft, sofort kraftvoll zuzubeißen; und es spielt keinerlei Rolle mehr, daß der moderne Staat Israel etwas ganz anderes zu bedeuten hat als das präzio-

nistische, über die sich herausbildenden Nationalstaaten verstreute europäische Judentum. Diese in der Verhaltensforschung als bedingter Reflex bekannte Reaktionsweise ist aber nicht nur vortheoretisch, die archaisch-projektive philosemitische Reaktionsbildung erinnert auch fatal an den bekämpften klassischen Judenhaß. Unschwer läßt sich in den Äußerungen von Pohrt, Broder und Geisel dessen Abziehbild erkennen. In ihren Angriffen auf die Friedensbewegung überlebt das Haßobekt der Nazis, der "ewige Jude", zum Identifikationsgegenstand gewendet (1).

7.

Pohrt und andere haben schon früher bei verschiedenen Gelegenheiten darauf hingewiesen, wie wenig gerade auch im linken politischen Spektrum der BRD von einer Bewältigung des Holocaust-Traumas die Rede sein kann. Ihre Kritik zielte dabei auf die vielen politikasternden Verdrängungskünstler. Pohrts eigene Reaktion und die seiner Gesinnungsgenossen von Cora Stephan bis Micha Brumlik auf die Zuspitzung am Golf zeigen aber, daß von Verarbeitung auf der innerlinken Gegenseite ebensowenig die Rede sein kann.

Wenn traumatische Ereignisse nicht bewältigt und überwunden werden, so kann sich das in zwei gegenläufigen Formen äußern: einerseits als rigorose Verdrängung, andererseits als Fixierung und ständige Wiederholung. Leute wie Pohrt verkörpern die zweite Variante. Für sie ist der Genozid an den europäischen Juden zum universellen Interpretationsrahmen geworden. Auschwitz ordnet sich ihnen nicht in eine bestimmte historische Epoche ein, Auschwitz ist ein Ereignis sui generis, etwas Existentielles, aus der Geschichte Herausgehobenes. Die Frage nach der "Kunst nach Auschwitz" (Adorno) wird verallgemeinert und in die Zukunft verlängert. Auschwitz ist nicht

(1) Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Ich leugne nicht, daß innerhalb der deutschen Bevölkerung Momente von Antisemitismus existieren, und sich antisemitische Versatzsstücke auch im ideologischen Kuddelmuddel der Friedensbewegung aufspüren lassen. Allerdings schlägt die berechtigte Kritik in ein gechlossenes Wahnsysem um, wenn die Wirklichkeit der Friedensbewegung und des Golfkriegs zwanghaft unter diesen Gesichtspunkt subsumiert wird. Mit blindwütigem Philosemitismus läßt sich das Phänomen Antisemitismus aber weder theoretisch verstehen, geschweige denn praktisch aufknacken. Er ist nicht Lösung sondern Symptom. Wenn sich Ernst Tugendhat, einer der wenigen besonnenen Beobachter, in der Zeit vom 22.2.91 die Frage aufwirft "warum die Deutschen die Schuld am Holocaust so irrational verarbeitet haben", und dann vermutet "könnte es nicht sein, daß fortdauerndes irrationales Schuldbewußtsein und unterschwelliger Antisemitismus sich wechselseitig bedingen?", so erübrigt sich wohl die Frageform.

nur eine entscheidende geschichtliche Zäsur, Auschwitz beendet alle bisherige Zeitrechnung. Wie bei Hegel die geschichtliche Entwicklung affirmativ verstanden im preußischen Staat Erfüllung und Abschluß findet, so wiederholt sich am Holcaustschock die gleiche Sichtweise negativ gewendet.

Die ursprüngliche, dabei aber auch elaborierteste Fassung dieser um das Auschwitzmotiv zentrierten Weltsicht lieferte die kritische Theorie. Nach der militärischen Niederwerfung Hitlerdeutschlands und der alsbald mit dem Kalten Krieg und dem Wirtschaftswunder einsetzenden rigorosen Verdrängung der nationalsozialistischen Vergangenheit wurde die Erinnerung an das nationalsozialistische Grauen zu einem zentralen Gesichtspunkt jener, vor allem von Horkheimer und Adorno formulierten Gesellschaftskritik. Der Faschismus und Auschwitz, so der durchgängige Tenor in den im und kurz nach dem 2. Weltkrieg erschienen Schriften, haben sichtbar gemacht, was Kapitalismus bedeutet.

Die Vertreter der Enkelgeneration der Frankfurter Schule intonierten diese Melodie in den letzten Jahren ein um das andere mal neu. Autoren wie Wolfgang Pohrt und Joachim Bruhn haben ein Gutteil ihrer Publizistenexistenz mit der Verfertigung mehr oder minder gut gelungener Remakes zugebracht, und noch bei jeder sich irgendwie bietenden Gelegenheit einen Bezug zu Auschwitz hergestellt. Bei den erben der kritischen Theorie blieb der Rekurs auf die nationalsozialistische Judenverfolgung allerdings bislang im Rahmen von Kultur- und Ideologiekritik. Diese metaphysisch angehauchte Selbstbescheidenheit ermöglichte jenes kritische immer etwas unbestimmte Raunen, das zum Markenzeichen dieser Strömung geworden ist. Mit dem Golfkrieg aber wurde Auschwitz, die Lieblingsmelodie der Epigonen, zur unmittelbar politischen Fanfare. Der Absturz in die Niederungen der Tagespolitik bekam den "kritischen" Adepten nicht gut. Der Sphärensprung, die überraschende praktische Bewährungsprobe, brachte die innere theoretische Schwäche der um das unaufgelöste Auschwitztrauma kreisenden Position ans Tageslicht. Was gesellschaftskritisch gemeint war, die Entlarvung des verdrängten antisemitischen Bodensatzes und der Irrationalität der herrschenden Weltvergesellschaftung, wird plötzlich nolens volens zur Rechtfertigung für ein unnachgiebiges Vorgehen des Westens gegenüber dem neuaufkeimenden "Irrationalismus" im Süden. Die Kritiker der Moderne formulieren mit am Schießbefehl, der die Vorneverteidigung der "Festung Europa" gegen die fundamentalistischen Horden der Zukurzgekommenen ermöglichen soll.

Diese Veränderung ist nachhaltig und irreversibel. Die Adepten der Kritischen Theorie, die wie Joachim Bruhn an ihrer grundsätzlichen Gesellschaftskritik festhalten, und sie nur in diesem speziellen Fall sistiert sehen, weil "etwas anderes auf der Tagesordnung steht" (1), lügen sich damit nur gehörig in die Tasche. Die Unterstützung des Weltpolizisten kann kein bloßes folgenloses Intermezzo bleiben, das den wiedererlangten kritischen Wolkenkuckucksheim-Alltag unberührt läßt. Die Rückkehr zur kritischen Virginität wird sich auf Dauer nicht bewerkstelligen lassen, wenn Saddam Husseins militärisches Golfabenteuer ebenso wie der islamische Fundamentalismus keine Eintagsfliegen bleiben, sondern eine grundsätzliche Veränderung im Verhältnis von Nord und Süd und innerhalb der globalen Elendsregionen ankündigen. Genau das zeichnet sich aber ab. Das von der krisengeschüttelten westlichen Rationalität erzeugte weltweite Elend wird sich künftig verstärkt in "irrationalen" Massenbewegungen zu entladen, die keineswegs zum Fraternisieren, sondern nur zum Fürchten einladen. Gegenüber der Neigung, das fanatisierte und kriminelle Elend in Schach zuhalten verblaßt der verwaschene unpraktische kritische Anspruch aber recht schnell. Was Ausnahme sein sollte, wird über kurz oder lang zur Regel werden. Unabhängig davon, ob sich in den drohenden sozialen Eruptionen und ihren Zersetzungsprodukten im einzelnen antisemitische Momente werden nachweisen lassen, auf Dauer wird sich das schnörkellose Bekenntnis zur wehrhaften westlichen Rationalität gegenüber dem kulturkritischen Luxus durchsetzen.

8.

Cora Stephans Beiträge in der Golfkriegsdebatte zeigen die Marschrichtung bereits in aller Deutlichkeit an. Während sich die Erben der kritischen Theorie in das Antisemtismusproblem verbissen haben, wird in ihren Angriffen auf die "apolitische" und den westlichen Werten abholde deutsche Friedensbewegung bereits das offene Bekenntnis zum westlichen Rationalismus und der Schulterschluß mit der demokratischen Notstandsverwaltung sichtbar. Für Cora Stephan ist Israel und der Antisemitismus schon nicht mehr der Hauptinhalt, viel wichtiger ist ihr das Bekenntnis zur unbedingten Politikfähigkeit

(1) Liebesgrüße, S.133

(1). Was sie einklagt ist die überfällige realpolitische Wende auf dem Gebiet der Außenpolitik.

Wenn während des Golfkrieges der fiktive Kampf gegen den Antisemitismus die Bühne beherrschte, so ist das nur ein Übergangsphänomen. Wo breite Teile der Linken ihrer alten oppositionellen Intention Adieu sagen, liegt es nahe, daß sie sich bei diesem Schritt auf das alte antifaschistische Credo berufen, und dabei auch das Antisemitismusraster aktivieren. Denn kein Bruch kommt ohne Kontinuität aus, und der lauthals vorgetragene Abschied vom antiimperialistischen Credo kann sich nur als Fort- und Umschreibung von fundamentaleren Schichten des linken Selbstverständnisses vollziehen. Die Protagonisten der Wende sind aber nur solange auf diesen Rückgriff angewiesen, solange sie sich aus ihrer eigenen Vorvergangenheit herauswinden müssen. Sobald die Nabelschnur erst einmal durchtrennt ist erübrigt sich dieser ideologische Überschuß.

Aller Anfang indes ist schwer, im Kampf gegen alte "antiimperialistische Dogmen" schossen die Bellizisten denn auch regelmäßig übers Ziel hinaus. Die Abrechnung mit dem "antikolonialistischen" Erbe ging nicht ohne schrille Töne ab, wie so oft, wenn sich frisch Bekehrte lautstark zu Wort melden. Die emsig-abgeklärte Genschman-Haltung will in jahrelanger mühevoller Kleinarbeit erst erarbeitet werden. Während Cora Stephan als Ersatzbundesaußenminister "menschenfreundlichen Relativismus" predigte, an der Friedensbewegung den "prinzipienstarken Hang zu absoluten Werten" (2) aufs Korn nahm und der "pazifistischen Position" vorwarf, daß sie mit ihrer moralisierenden Haltung "der Lage Israel nicht gerecht wird", klangen

(1) In ihrem Kampf um Politikfähigkeit entgeht Cora Stephan natürlich vollkommen die sich immer deutlicher abzeichnende Krise der politischen Form. Sie blendet rigoros aus, was die deutsche Friedensbewegung in ihrer prinzipienhaften und daher verqueren Weise immerhin reflektiert, die Blamage der Politik an der Wirklichkeit. Die deutsche Friedensbewegung verkörpert für sie dementsprechend nur die reaktionäre alte deutsche Innerlichkeit, der sie das westliche Gegenbild entgegenhält. Mit tiefem Bedauern fällt sie in diesem Sinne ihr Verdikt, "daß Deutschland in vielerlei Hinsicht kein westliches Land ist". (Liebesgrüße, S.151) Das genaue Gegenteil aber ist richtig. Deutschland ist kein Land, dem es noch gut anstünde die Errungenschaften des Westens endlich doch noch zu übernehmen, die bundesdeutsche Öffentlichkeit reagierte im Golfkrieg in erster Linie nur sensibler auf die allgemeine Misere der westlichen Politikrationalität.
Ganz ähnlich wie Cora Stephan argumentiert auch Karl Heinz Bohrer in seinem in der Zeitschrift Merkur März 1991 und April 1991 veröffentlichten Aufsatz Provinzialismus. Er beklagt die deutsche "politische Impotenz", wie sie anläßlich des Golfkriegs in der Friedensbewegung, aber auch in der offiziellen Politik zu Tage trat, und hält ihr das englische und amerikanische Vorbild entgegen. In Wirklichkeit ist aber das alberne britische und amerikanische Kriegsbegeisterung noch viel weniger auf der Höhe unserer Zeit als der erbärmliche westdeutsche Prinzipienpazifismus.

(2) "Liebesgrüße..", S.148

die bellizistischen Tiraden ihrer Sekundanten unisono selber unangenehm nach verbissener Prinzipienhaftigkeit. Der eröffneten Perspektive tut das aber keinerlei Abbruch. Der linke Diskurs wird das überaggressive Getöse nach und nach abschleifen, und was dann als Quintessenz übrig bleibt ist klar: Die bundesdeutsche Ex-Linke darf nicht länger moralisierend abseits stehen, wenn irgendwo auf dem viel zu kleinen Globus Konflikte aufbrechen, sie muß als alternative Staatsmacht und Ordnungsfaktor nach Kräften mitmischen.

Die Möchtegern-deputies des Weltpolizisten lassen heute schon an Deutlichkeit wenig zu wünschen übrig. Sie zerbrechen sich ersatzweise für die Regierenden darüber die Köpfe "welche Rolle ... die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Kontext übernehmen kann." Und die Antwort auf diese keineswegs mehr offene Frage schließt ebenso selbstverständlich wie eindeutig die militärische Option mit ein: "Sie kommt gar nicht umhin ... auch militärisch die ihrer Bedeutung entsprechenden Beiträge zu leisten." (1)

In dieses Horn stößt mit besonderer Inbrunst der Realo-Grüne Udo Knapp, der die Stärkung des bundesdeutschen Wehrwillens als eine neue zentrale Aufgabe grüner Politik entdeckt:

> "Die Internationalisierung des Konflikts ist... ein Muß." Es sollte sich "eine internationale Weltpolizei etablieren" und "auch deutsche Truppen müssen Demokratie und Zivilität durchsetzen"

Das Fanal für den Seiteneinstieg in die globale westliche Notstandsverwaltung ist damit gesetzt, und Juniorpartnerschaft nunmehr auch auf diesem Gebiet angesagt (2). Bleibt nur noch die Frage, ob von Seiten der offiziellen Politik Bedarf besteht, oder ob es die etablierten Politiker und ihre Wähler nicht vorziehen, diese Aufgabe in den alten Händen zu belassen.

(1) "Links" 2/91

(2) Der Golfkrieg markiert in doppelter Weise einen tiefen Einschnitt im außenpolitischen Selbstverständnis der hiesigen Linken. Zum einen gehörte die Kritik des "imperialistischen" Westens und der "Ausbeutung der 3. Welt" zum linken common sense. Wo Konflikte zwischen 1. und 3. Welt aufbrachen trat die Linke als Unterstützer der armen Länder auf, und fungierte als das institutionalisierte schlechtes Gewissen des Westens. Der Golfkrieg macht mit der Selbstverständlichkeit dieser Gewohnheit Schluß.
Zum anderen ist der Golfkrieg die erste größere militärische Verwicklung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, der auch für die Linke das grundsätzliche außenpolitische Wahrnehmungsraster abgab. Was den Kampf für friedliche Koexistenz und Abrüstung angeht, so ist die Linke in dieser Funktion Dank der großen osteuropäischen Umbrüche positiv überflüssig geworden. Damit hat sich aber auch ein wesentlicher struktureller Gegensatz zur offizieller Politik verflüchtigt.

9.

Die Adepten der Kritischen Theorie haben dieser Wendung von der Kritik der westlichen Rationalität zu ihrer entschlossenen Verteidigung den Weg geebnet. Es wäre allerdings irrig, darin eine Abkehr oder gar einen "Verrat" der Epigonen an den Klassikern zu wittern. Diese Verwandlung hat ihre bereits von den Großvätern ererbte Logik, sie war in der Kritischen Theorie von vornherein angelegt.

Als die Gründergeneration der Frankfurter Schule nach dem Krieg nachdrücklich auf der Erfahrung von Auschwitz beharrte, tat sie das, wie schon betont, mit gesellschaftskritischer Intention. Die kritischen Theoretiker wollten im Faschismus keinen bedauerlichen Betriebsunfall der Geschichte sehen, sondern betrachteten ihn als die logische Konsequenz kapitalistischer Entwicklung. Dieses Verständnis gerinnt in Horkheimers bekanntem Verdikt: "Wer vom Kapitalismus nicht sprechen will, der soll vom Faschismus schweigen"; es liegt programmatisch auch der "Dialektik der Aufklärung" zugrunde. In diesem Schlüsselwerk ging es Horkheimer und Adorno gerade darum, den inneren Zusammenhang zwischen Licht- und Schattenseite der Aufklärung herauszuarbeiten. Ihr hochgestecktes Ziel war es, das "große Verhängnis" Faschismus und Judenvernichtung als das ureigenste Produkt von Rationalismus und Kapitalismus herzuleiten. So wichtig und verdienstvoll diese theoretische Stoßrichtung war, sowenig gelang es Adorno und Horkheimer, den erhobenen Anspruch befriedigend umzusetzen und zu realisieren. In ihren Arbeiten hielten sie die proklamierte letztendliche Identität von Rationalismus und Irrationalismus im Gesamtprozeß der Aufklärung weder durch, noch konnten sie sie einsichtig machen. Entgegen allen Beteuerungen bleibt ihre Kritik der Aufklärung selber im aufklärerischen Schema gefangen, und sie sind immer wieder genötigt, die "falsche" gegen die "richtige" Aufklä-

rung auszuspielen (1).

Dieses entscheidende Manko tritt nicht nur auf der Ebene philosophischer Metatheorie zu Tage, es wiederholt sich auch einige Abstraktionsstufen niedriger im Bezug auf das empirische Zentralthema. Die Einschätzung des Faschismus in der Kritischen Theorie fällt so zweideutig aus, wie ihre Einschätzung von Rationalismus und Irrationalismus.

Der Faschismus erscheint einerseits als die Konsequenz des liberalen Konkurrenzkapitalismus, der sich seiner eigenen Logik folgend, zu einer Form angeblich unmittelbarer, in ihrem Kern nicht mehr marktvermittelter Herrschaft transformiert (2). Die liberale Marktgesellschaft und die ihr entsprechenden Werte und Persönlichkeitsstrukturen figurieren andererseits aber gleichzeitig als einzig denkbares Gegenbild zur zunehmenden Übermacht der Apparate. Die pluralistische Nachkriegsordnung wird kritisiert, weil sie nur scheinbar das Konkurrenzprinzip und die liberalen Prinzipien restauriert, dieser Schein gilt aber gleichzeitig als der einzige Schutz vor dem Hereinbrechen der blanken Barbarei, wie sie sich im Faschismus bereits einmal historisch realisiert hatte. Das analytisch nicht befriedigend aufgelöste faschistische Menetekel wird zum alles andere als eindeutigen Orakelspruch.

Vor dem bedrohlichen Hintergrund kann es keine letztendliche Entscheidung darüber geben, ob die Schrecken des Faschismus die "kapitalistische Normalität" nun denunzieren, oder ob sie im Gegenteil die Pax Americana als das allemal noch geringere Übel rechtfertigen.

(1) Rolf Wiggershaus hat das in seiner breit angelegten Untersuchung über die Frankfurter Schule recht anschaulich dargestellt und resümiert denn auch seine Einschätzung der "Dialektik der Aufklärung" folgendermaßen:
"Horkheimer und Adorno wollten die Pointe retten, daß es die Aufklärung selbst sei, die das Unheil bewirke, und konnten doch nicht auf den Gedanken verzichten, daß etwas anderes, nämlich Herrschaft, die wahre Aufklärung von ihrer richtigen Bahn abbrachte oder abhielt. Sie wollten das Verhängnis der Aufklärung anlasten und lasteten es doch immer wieder einer als bürgerlich, naturbeherrschend oder dgl. qualifizierten Aufklärung an. Sie wollten das Verhängnis dadurch erklären, daß Aufklärung zuinnerst herrschaftlich war und erklärten es doch immer wieder dadurch, daß Aufklärung in Herrschaft verstrickt, mit Herrschaft verbündet und dgl. war. Die Formulierung von der Selbstzerstörung der Aufklärung war, wenn man sie entschlüsselte, eine irreführende Pointe. Sie bedeutet nicht, was sie versprach. Ihr Gehalt war vielmehr: Alle bisherige Aufklärung war keine wirkliche Aufklärung, sondern Verhinderung wirklicher Aufklärung." Rolf Wiggershaus, Die Frankfurter Schule, München Wien 1986, S.372

(2) Es wäre eine eigene Aufgabe aufzuzeigen, wie wenig diese theoretische Sichtweise dazu taugt, den historischen Stellenwert des Faschismus zu erfassen, und wie eng verwandt die Interpretation der Frankfurter Schule den Rastern der klassischen Marxismus (etwa Hilferding und Lenin) ist.

Wenn Adorno in seiner Kulturkritik die amerikanische Gesellschaft entschieden und zum Teil scharfsinnig attackiert, während beim älteren Horkheimer die von den Schrecken von Stalinismus und Faschismus gezeichnete Kapitalismuskritik zusehends in prowestliche Apologetik umkippt, dann brechen in diesem Gegensatz keine grundlegenden theoretischen Differenzen auf. Es machen sich hier eher Temperamentsunterschiede und differgierende Schwerpunktsetzungen innerhalb eines theoretischen Gesamtrahmens bemerkbar. Was die linken Fans der kritischen Theorie gewöhnlich mit Naserümpfen quittieren und als Horkheimers "Abkehr" oder "Altersschwachsinn" abtun, verweist auf ein grundlegendes Dilemma der Position insgesamt.

Bereits bei Horkheimers Wendung zur Anerkennung und Würdigung der Pax Americana spielt das Problem des Antisemitismus eine zentrale Rolle, und das nicht nur aus biographischen Gründen (1).

Der Antisemitismus als Staatsdoktrin war der Kernpunkt der mit der nationalsozialistischen Machtübernahme Staat gewordenen Verbindung von Rationalismus und Irrationalismus. Der Sieg der USA und die liberale Nachkriegsordnung brachten die Auflösung dieser Vernbindung. Die moderne, sachzwangverwaltende abstrakte Allgemeinheit streifte nach und nach ihre überschießenden irrational-ideologischen Momente ab und wurde zur Inkarnation der herrschenden geldförmigen Rationalität. Dieser Prozeß veränderte natürlich auch die Funktion des Antisemitismus. In der offiziösen pluralistischen Ideologie verpönt, wurde er ins staatsuntaugliche Ressentiment abgedrängt.

Horkheimer konnte darin aber keine zukunftsweisende und irreversible strukturelle Veränderung sehen, er befürchtete vielmehr im starren Blick auf das nationalsozialistisch-antisemitische Muster die Rückkunft des verbannten Antisemitismus an die modernen staatlichen Schalthebel. Die Pax Americana galt ihm nicht als das, was sie realiter war, Erbe und *Aufhebung* des totalitären Zeitalters, sondern als dessen glückliche Unterbrechung. Die pluralistische demokratische Nachkriegsordnung erschien als der einzig real vorhandene Schutzwall gegen ein allgegenwärtige Drohung. Die panische Furcht vor der Wiederkehr von Auschwitz treibt Horkheimer denn auch zum präventiven Friedensschluß mit den Nachkriegsverhältnissen. Als Kontrast zum Faschismus, aber auch zum Stalinismus, erkannte Horkheimer das Grundgesetz und die pluralistische Nachkriegsdemokratie als eine

(1) Nach dem Krieg entdeckte Horkheimer bekanntlich seine Liebe zur mosaischen Religion seiner Kindheit neu. Vgl. dazu Wiggershaus. Und auch unabhängig davon war er als Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung und Exilant in besonderer Weise für diese Problem sensiblisiert.

Ordnung an, mit der sich leben läßt, und so war er sich auch nicht zu schade, selbst noch im Vietnamkrieg die USA gegen in seinen Augen überzogene Angriffe von links in Schutz zu nehmen. Ohne die USA "wäre die Welt zwischen westlichen und östlichen Hitlers bereits aufgeteilt" (Horkheimer); folglich verdient die westliche Vormacht kritische Solidarität im Kampf gegen den Vietcong, der für den nach wie vor drohenden Vormarsch des "Totalitarismus" (1) steht.

10.

Angesichts der noch naheliegenden historischen Erfahrungen und der wenig erbaulichen Wirklichkeit des Realsozialismus entbehrte diese Sicht in den 50er und 60er Jahren keineswegs einer gewissen Plausibilität. Wenn heute, Jahrzehnte später, nach dem prekären Endsieg der westlichen Demokratie diese Interpretation bei den Enkeln der Kritischen Theorie im Golfkrieg fröhliche Urständ feiert (2), dann kann davon allerdings kaum mehr die Rede sein. Die theoretische Stagnation der Erben der Kritischen Theorie führt schnurstracks in die Regression.

Die Kämpfer wider den Antisemitismus machen es mit ihrer absurden Reaktionsform der Anti-Kritik leicht und öffnen ihr Scheunentore. Aber auch wenn sie eine billige Zielscheibe abgeben, so darf uns das nicht davon ablenken, daß ihre Ergüsse ein Indikator für einen allgemeineren und theoretisch ernstzunehmenden Mangel sind. 46 Jahre nach Auschwitz ist das Phänomen der Judenvernichtung gesellschaftstheoretisch weder von links noch von rechts befriedigend geklärt. Das Grauen des Holocaust wurde von den einen beschworen, von den anderen verdrängt, seine Bedeutung wurde aber nicht entschlüsselt.

Gerade für eine Fundamentalkritik der bürgerlichen Gesellschaft bedeutet dieser Umstand eine nicht zu unterschätzende Herausforderung. Sie darf sich um das Auschwitz-Rätsel nicht herumdrücken, sondern muß es als Prüfstein für die Tragfähigkeit ihrer allgemeinen Kritik ernst nehmen.

Moishe Posthone ist es mit seinen Arbeiten über Nationalsozialismus und Antisemitismus gelungen, einen ungewohnten, für eine Fun-

(1) Es würde in diesem Rahmen zu weit führen, auf die Verwendung des Totalitarismusbegriffs in der kritischen Theorie und die Einschätzung der Sowjetunion einzugehen.
(2) Wolfgang Pohrt beruft sich in seiner in der "Konkret" 3/90 veröffentlichten Tirade übrigens explizit auf Horkheimers Pro-Amerika-Haltung.

damentalkritik der modernen westlichen Rationalität aber vielversprechenden Zugang zum Zusammenhang von Judenvernichtung und der Durchsetzung der modernen abstrakten bürgerlichenen Form zu eröffnen. Im folgenden will ich daher zunächst seine Analyse des nationalsozialistischen Antisemitismus in groben Strichen resümieren, um daran anschließend und im Kontrast dazu Bedeutung und Stellenwert zu bestimmen, den heute die Wiederkehr antisemitischer Versatzstücke haben kann. Denn eins ist klar:

Der Antisemitismus ist mit Auschwitz nicht aus dieser Welt verschwunden. Das bedeutet aber noch lange nicht, daß Antisemitismus heute noch das gleiche bedeutet und sich in einen vergleichbaren Zusammenhang einordnet wie in der Zeit der nationalsozialistischen Bewegung (1). So wenig der Holocaust die einfache Fortsetzung der mittelalterlichen Pogrome darstellt, ebensowenig kann die Wiederkehr antisemitischer Ideologeme heute, wie wir sie derzeit vor allem in Osteuropa erleben, die Rückkunft von Auschwitz bedeuten (2).

11.

Im nationalsozialistischen Antisemitismus bekam der Haß auf die Juden eine ganz eigene und spezifische Funktion, die keineswegs in der Erzeugung im Grunde beliebiger und austauschbarer Sündenböcke aufging. In der nationalsozialistischen Ideologie wird der Antisemitismus zur universellen Welterklärung, er verwandelt sich in eine Lehre, mit der sich erstmals und zum einzigen Mal "Staat" machen läßt.

Im Juden gerinnt den Nazis und ihren Anhängern alles Negative

(1) Die Linke hat die Rückkunft faschistischer und faschistoider Ideologeme in den letzten Jahren breit thematisiert und umfänglich dokumentiert. Diese ideologiekritische Beschäftigung bleibt aber ziemlich unbefriedigend, weil sie nicht mit der gesellschaftlichen Realentwicklung vermittelt werden kann. Das wäre aber die eigentlich zu leistende Aufgabe. Das Problem ist nicht, die Kontinuität faschistoider Ideologeme aufzuzeigen (das läßt sich allemal bewerkstelligen, denn die ideologische Sphäre ist die Sphäre permanenter Wiederholungen und Neuauflagen, und es existiert keine neu auftretende Komposition, die nicht alte Elemente aufnehmen und sich explizit oder ohne es zu wissen an vergangene Formen anlehnen würde); das wirkliche analytische Problem besteht darin, zu enträtseln, wie sich diese ideologischen Strömungen und Haltungen in die gesellschaftliche Gesamtlandschaft einfügen, was sie heute zu bedeuten haben. Oder, anders gesagt: weil in bürgerlichen Verhältnissen die Protagonisten nicht wissen, was sie tun, läßt sich über die weitere Entwicklung wenig erfahren, wenn wir den Akteuren bloß auf's Maul schauen. Wie schon Marx wußte: wer einer Epoche glaubt, was sie über sich denkt und sagt, wird von ihr sehr wenig verstehen.

(2) Das muß allerdings keineswegs ein Grund zur Beruhigung sein.

und Bekämpfenswerte an der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu einer einzigen externalisierten Figur. Anders als bei "minderwertigen" und nur verachteten sozialen Gruppen und Völkerschaften inkarniert sich im Juden eine omnipotente und omnipräsente Gewalt. Aber nicht nur in diesem Sinne ist der Antisemitismus das Zentrum der nationalsozialistischen Ideologie und nichts Akzidentelles. Die historische Funktion des deutschen Faschismus läßt sich insgesamt von seiner antisemitischen Komponente gar nicht trennen.

Die hervorgehobene Stellung des Antisemitismus in der Nazi-Ideologie läßt sich, wie der Nationalsozialismus überhaupt, nur aus der spezifischen Konstellation der 20er und 30er Jahre erklären.

Die Zeit der Weimarer Republik war eine Zeit krisengeschüttelter Modernisierung. In Deutschland nahm nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches der in allen Ländern in dieser Epoche friktionsreiche Prozeß der Herstellung moderner bürgerlicher Formen einen besonders zugespitzten, ja eruptiven Verlauf. Nicht nur das Modernisierungstempo, auch die sozialen Folgekosten fielen hier besonders hoch aus. Das Deutsche Reich, die aufstrebende europäische Nachholgroßmacht, hatte politisch und ökonomisch mit dem verlorenen 1. Weltkrieg einen herben Rückschlag hinnehmen müssen. Der soziale Wandel im Inneren wurde dadurch aber nicht gebremst, sondern unter krisenhaften Vorzeichen noch beschleunigt. Die Dampfwalze der abstrakten Geldbeziehung überrollte in den "Roaring Twenties" kulturell, politisch und sozial alle noch aus dem Kaiserreich überkommenen "gemütlichen" Verhältnisse. Vor allem für den gefährdeten neuen und alten Mittelstand löste die knallharte Abhängigkeit vom unpersönlichen (Arbeits)markt die alten patriarchalen Abhängigkeitsverhältnisse ab.

Die Verunsicherung durch das Vorrücken abstrakter, ungreifbarer Gewalten suchte ihr Ventil und fand es. Die sich ausbreitende Herrschaft des Abstrakten und Unpersönlichen nahm in der Unperson des "wurzellosen Juden" eine pseudokonkrete Gestalt annahm. Die unnennbare Macht bekam mit ihm einen Namen, sie ließ sich nun verorten und auch attackieren: "Der Jude macht den Menschen zur Ware" (Orginalton Stürmer), und deshalb muß er vom Antlitz der Erde vertilgt werden.

Es war kein Zufall, daß ausgerechnet den Juden diese Rolle zufiel. Die Verknüpfung von Jude und Geld reicht nicht nur tief bis ins Mittelalter zurück, die aus der alten ständischen Ordnung ausgegliederten Juden waren das ganze 19. Jahrhundert hindurch tatsächlich ein Ferment der Durchsetzung der Moderne gewesen. Sowohl in der

Arbeiterbewegung als auch auf Seiten des vorrückenden Kapitals und für den Fortschritt der rationalistischen Wissenschaften hatten Juden eine hervorragende Rolle gespielt. Der Antisemitismus war bis ins wilhelminische Kaiserreich hinein wesentlich eine Reaktion darauf.

Diese historischen Wurzeln ändern aber nichts an der besonderen Qualität des nationalsozialistischen Antisemitismus. Als reaktionär antikapitalistische Note existierte der Antisemitismus zwar auch im 19. Jahrhundert, zumal auf dem Lande. Unter diesem rein rückwärtsgewandten Vorzeichen hätte sich der Nationalsozialismus aber nie als zukunftsträchtige Bewegung formieren und schließlich sogar die Staatsgewalt ergreifen können.

Der deutsche Faschismus konnte nur siegen, weil er nicht nur ideologische Reaktionsbildung auf den angsterregenden gesellschaftlichen Umstrukturierungsprozeß war, sondern gleichzeitig auch als dessen Vehikel wirksam wurde. Der Nationalsozialismus verwandelte, wie *Moishe Postone* in seinen Untersuchungen über den Antisemitismus aufgezeigt hat, den reaktionär antikapitalistischen Impuls seiner Anhängerschaft selber wiederum in eine treibende Kraft jenes Versachlichungs- und Modernisierungsprozesses, gegen den er aufbegehrte.

Die nationalsozialistische Ideologie konnte diese merkwürdige Metamorphose nur leisten, weil sie die Personifikation aller Übel kapitalistischer Vergesellschaftung im Juden mit der scharfen Trennung von Licht- und Schattenseite des Kapitals verband. Während die abstrakte Selbstbewegung des Geldes im Juden ihren zutiefst pejorativ besetzten Ausdruck findet, wird ihr Inhalt, die Arbeit sans phrase, zum deifizierten Fetisch.

Vom heutigen Standpunkt wirkt nicht nur das geschlossene rassistische Wahnsystem befremdlich, sondern auch das dazu gehörige Gegenmoment, die faschistische Arbeits- und Technikverherrlichung . Für uns Nachgeborene ist nur mehr schwer nachvollziehbar, warum Ernst Jünger etwa die Figur des "Arbeiters" als Gegenarchetypus zum Bürger glorifizieren konnte (1). Ökologisch aufgeklärt, finden die modernen Zeitgenossen sicher auch am "Lied der Maschinen" entspre-

(1) Das ist der Grundtenor seines 1932 erschienen Buches "der Arbeiter". Dort wird die Heroengestalt des Arbeiters nicht nur gewürdigt: "Der Arbeiter nämlich steht in seinem Verhältnis zu elementaren Mächten, von deren bloßem Vorhandensein der Bürger nie eine Ahnung besaß." (Ernst Jünger, Der Arbeiter: Herrschaft und Gestalt, Stuttgart 1981, Klett-Cotta, S.19) Nach Ernst Jünger gehört ihr auch die Zukunft. Die Arbeit und der Arbeiter werden sich, so seine hoffnungsfrohe Botschaft, verallgemeinern und die gesamte menschliche Existenz in ihren Bann schlagen: "Wir werden sehen, daß in der Epoche, in die wir eintreten, die Prägung des Raumes, der Zeit und des Menschen auf eine einzige Gestalt, nämlich auf die des Arbeiters, zurückzuführen ist." (ebenda, S.33)

chend wenig Gefallen, und die fast schon erotischen Töne, in denen Jünger die Maschine und die Arbeit an ihr preist, klingen in unseren Ohren reichlich komisch. Für die Durchsetzungsphase des Regiments der abstrakten Arbeit waren sie aber durchaus eine adäquate Begleitmusik:

> "Gestern, bei einem nächtlichen Spaziergang durch entlegene Straßen des östlichen Viertels, in dem ich wohne, sah ich ein einsames und finsteres Bild. Ein vergittertes Kellerfenster öffnete dem Blick einen Maschinenraum, in dem ohne jede menschliche Wartung ein ungeheures Schwungrad um die Achse pfiff. Während ein warmer öliger Duft von innen heraus durch das Fenster trieb, wurde das Ohr vom prachtvollen Gang einer sicheren, gesteuerten Energie fasziniert, der sich ganz leise wie auf den Sohlen des Panthers der Sinne bemächtigte, begleitet von einem feinen Knistern, wie es aus dem schwarzen Fell der Katzen springt, und vom pfeifenden Summen des Stahles in der Luft - dies alles ein wenig einschläfernd und sehr aufreizend zugleich. Und hier empfand ich wieder, was man hinter dem Triebwerk des Flugzeugs empfindet, wenn die Faust den Gashebel nach vorne stößt und das schreckliche Gebrüll der Kraft, die der Erde entfliehen will, sich erhebt; oder wenn man nächtrlich sich durch zyklopische Landschaften stürzt, während die glühenden Flammenhauben der Hochöfen das Dunkel zerreißen und inmitten der rasenden Bewegung dem Gemüt kein Atom mehr möglich scheint, das nicht *Arbeit* ist. ... Die stählerne Schlange der Erkenntnis hat Ringe um Ringe und Schuppen um Schuppen angesetzt, und unter den Händen des Menschen hat seine Arbeit sich übermächtig belebt. Nun dehnt sie als blitzender Lindwurm sich über Länder und Meere aus, den hier fast ein Kind zu zügeln vermag, während dort sein glühender Atem volkreiche Städte zu Asche verbrennt. Und doch gibt es Augenblicke, in denen das Lied der Maschinen, das feine Summen der elektrischen Ströme, das Beben der Turbinen, die in den Katarakten stehen, und die rhythmische Explosion der Motoren uns mit einem geheimeren Stolz als mit dem des Siegers ergreift." (1)

Diese obskure, übersteigerte Technik- und Arbeitsemphase ist keine Spezialität des Nationalsozialismus; auch in anderen ideologi-

(1) Ernst Jünger, das abenteuerliche Herz, Stuttgart 1979, S.55,f.

schen Strömungen dieser Epoche schwingt sie mit (1). Die nationalsozialistische Bewegung schafft aber das Kunststück das hohe Lied auf Arbeit und Technik mit antimodernen Ressentiments zur Deckung zu bringen. Im nationalsozialistischen Antisemitismus verbinden sich beide einander diametral entgegengesetzte Momente zu einer explosiven Mischung. Der Jude verkörpert nicht das Kapital schlechthin, sondern das von der produktiven Bewegung hermetisch abgetrennte "raffende Kapital". Die antisemitische Geldkritik stellt das "verjudete Geldkapital" dem "schaffenden deutschen Kapital" und der "deutschen Arbeit" gegenüber. Diese Denkfigur hat u.a. auch Joseph Goebbels in seinem autobiographischen Roman "Michael" genau auf den Punkt gebracht:

> "Geld regiert die Welt. Ein furchtbares Wort, wenn es wahr wird. Heute gehen wir an seiner Tatsächlichkeit zugrunde. Geld - Jude, das sind Sache und Person, die zusammengehören." Und weiter: "Das Geld ist der Fluch der Arbeit (...) Wird es zum Selbstzweck, dann muß es notwendigerweise die Arbeit zum Mittel am Zweck entwerten (...) Während die Soldaten des großen Krieges ihre Leiber hinhielten zum Schutz der Heimat, und zwei Millionen verbluteten, haben Schieber aus dem roten Edelsaft Gold gemünzt. Dieses Gold hat ihnen dann später dazu gedient, die heimkehrenden Soldaten um Heim und Hof zu prellen. Der Krieg ist also vom Geld gewonnen und von der Arbeit verloren worden. Nicht die Völker sind die Gewinner oder Verlierer. Sie haben nur Handlangerdienste am Gelde getan oder gegen diese Handlangerdienste die Arbeit verteidigt. Deutschland focht für

(1) Die Ähnlichkeit mit dem sowjetrussischen Pendant ist kaum zu übersehen. Es besteht offensichtlich so etwas wie eine Wahlverwandtschaft zwischen Jüngers "Gestalt des Arbeiters" und den "Helden der sozialistischen Arbeit" sowjetischer Provenienz. Jünger reflektiert dieser Tatsache durchaus und zollt auch der marxistischen Arbeiterbewegung Respekt und würdigt sie, weil sie nie die Arbeit als solche in Frage gestellt hat:
"Selbst innerhalb der bisherigen Arbeiterbewegungen hat niemals eine Verneinung der Arbeit als einer Grundtatsache stattgefunden. Es ist eine Erscheinung, die den Geist mit Achtung und Zuversicht erfüllen muß, daß selbst dort, wo solche in der Schule des bürgerlichen Denkens herangewachsene Bewegungen bereits die Macht eroberten, nicht verminderte, sondern vermehrte Arbeit die unmittelbare Folge gewesen ist. Dies liegt, wie noch ausgeführt werden soll, einmal daran, daß schon der Name 'Arbeiter' nichts anderes andeuten kann als eine Haltung, die ihren Auftrag, und daher ihre Freiheit, in der Arbeit erkennt. Zum anderen kommt hier aber sehr deutlich zum Vorschein, daß nicht Unterdrückung, sondern ein neues Gefühl der Verantwortung die Triebfeder ist und daß wirkliche Arbeiterbewegung nicht, wie es der Bürger tat, gleichviel ob er sie bejahte oder verneinte, als Sklaven- , sondern als verkappte Herrenbewegung aufzufassen ist. Jeder, der dies erkannt hat, erkennt auch die Notwendigkeit einer Haltung, die ihn der Führung des Arbeitertitels würdig macht." (Ernst Jünger, Der Arbeiter: Herrschaft und Gestalt, Stuttgart 1981, S.44)

die Arbeit. Frankreich focht für das Geld. Das Geld hat gewonnen. (...) Wir müssen uns durch Kampf und Arbeit vom Geld befreien. In uns selber den Wahn zertrümmern. Dann stürzt auch einmal das goldene Kalb. Der Liberalismus ist in seinem tiefsten Sinn die Lehre vom Geld. Liberalismus, das heißt, ich glaube an den Mammon. Sozialismus, das heißt, ich glaube an die Arbeit."

Die Bestialität der Endlösung steht für den absurden Versuch, die konkret stoffliche Seite des Kapitals bzw. die werteschaffende Arbeit von der Abstraktion und vom Geld zu erlösen. Die Gleichschaltung der "Volksgenossen" zu Verausgabungseinheiten abstrakter Arbeit, und die fabrikmäßige Vernichtung der europäischen Juden gehören daher als zwei Seiten der gleichen Medaille zusammen: "Auschwitz war eine Fabrik zur 'Vernichtung des Werts', d.h. zur Vernichtung der Personifizierung des Abstrakten" (Moishe Postone), während gleichzeitig der Nationalsozialismus der realen "Substanz" des Werts, der Arbeit sans phrase, und der dazugehörigen Massenproduktion zum endgültigen Durchbruch verhalf. "Arbeit macht frei", lautet die Parole, unter der der Faschismus die einen ins Vernichtungslager trieb, um die anderen rigoros der heroisierten "deutschen Arbeit" zu unterwerfen.

12.

Die eigenwillige, mörderische Verknüpfung von Kritik der gesellschaftlichen Abstraktion und Verallgemeinerung der abstrakten Arbeit bleibt historisch ebenso ein Übergangsphänomen wie die Herausbildung allgemeinverbindlicher Staatsideologien und die staatliche Massenmobilisierung überhaupt. Der Fortgang kapitalistischer Entwicklung läßt es bei dieser Konstellation nicht bewenden. Sie löst sich auf, sobald die tautologische Selbstbewegung des Kapitals sich auf ihrer neuen fordistischen Stufe weiterwälzt, und es nicht länger um die Herstellung dieser höheren Akkumulationsform und der dazugehörigen Subjekte geht. Wo die unmittelbaren Produzenten nicht mehr in das System der abstrakten Arbeit hineinkomplimentiert werden müssen, und dem belebten Personal stattdessen die unsinnliche Anhäufung abstrakter Arbeitsquanta bereits in Fleisch und Blut übergegangen ist, da braucht die staatliche Gewalt weder ersatzweise die Massen anzutreiben, noch muß sie weiterhin als äußerlich-ideologische Sinnstiftungsinstanz auftreten. Anders als seine totalitären Vorgänger kennt der modernisierte bürgerliche Nachkriegsstaat weder einen

Welterklärungsanspruch, noch hat er Todfeinde. Indem er allgemeine Schranken setzt, erkennt er alle gesellschaftlichen Interessengruppen gleichermaßen an. Seine Funktion besteht ausschließlich darin, die Eigendynamik der marktwirtschaftlich organisierten Arbeitsgesellschaft zu flankieren und immer wieder aufs neue und pragmatisch den Ausgleich zwischen den konkurrierenden gesellschaftlichen Geldinteressen herzustellen. Damit entpuppt sich der moderne bürgerliche Staat erst endgültig zur abstrakten Allgemeinheit.

Er läßt mit jeder Partikularität und Parteilichkeit auch jeden besonderen Inhalt hinter sich, er garantiert nur mehr die allgegenwärtige Herrschaft der abstrakten reinen Form. Während der Rechtsstaat bestimmte formalisierte Verfahrensweisen erzwingt, sperrt er sich konsequent aller inhaltlichen Verunreinigung. Innerhalb dieser aseptischen Tyrannei findet natürlich auch der im Nationalsozialismus staatlich gezüchtete antisemitische Keim keinen Nährboden mehr. Der Abschied von der verbindlichen Staatsideologie ist irreversibel. Wer interpretiert, statt zu managen, der bezieht einen partikularen Standpunkt, weckt Widerspruch, und genau das verbietet sich der abstrakten Allgemeinheit, die allzeit mehrheitsfähig sein muß, ex definitione. Wo die leere Form regiert, wird die ideologische Krücke zum Hindernis. Die Politik schwört jedem sakralen Anspruch ab, sie wird profan und verwandelt sich in möglichst klinisch reine Sachzwangverwaltung (1).

Nirgendwo sonst fiel der Übergang aus dem Zeitalter der Ideologien in die Ära des politisch-administrativen Pragmatismus derart harsch aus wie hierzulande. Während das Wirtschaftswunderdeutschland die organisatorischen Errungenschaften der Kriegswirtschaft weitertrieb und vervollkommnete, distanzierte es sich gleichzeitig unter dem Stichwort Totalitarismus entschieden von seiner eigenen faschistischen Entwicklungsform und strich im Mythos der "Stunde Null" seine Vorgeschichte energisch durch. Die Trennung vom Antisemitismus als Staatsdoktrin fiel der BRD alles andere als schwer: der fast blitzartige Abschied funktionierte auffallend reibungslos. Selbsttragendes Wirtschaftswachstum und Massenkonsum boten dem weiter vorrückenden Regiment der deutschen abstrakten Wertarbeit ein verläßlicheres und ungefährlicheres Terrain, und so war der Judenhaß als Staatsdoktrin überflüssig geworden.

Der Rechtsnachfolger BRD erweist sich so im doppeldeutigen Hegelschen Sinne als gelungene Aufhebung des "Dritten Reiches".

(1) Wenn wir der Definition von Carl Schmitt folgen, so hört damit Politik überhaupt auf. Ein Gedanke, der sicher einiges für sich hat.

Der westliche bürgerliche Nachkriegsstaat und seine Sachzwang-Administration ist gegen antisemitische Ressentiments genauso immun wie gegen jede andere, homöopathische Dosen übersteigende "weltanschauliche" Orientierung. Der Antisemitismus verschwindet damit aber keineswegs vom Antlitz der Erde. Das antisemitische Ressentiment überlebt als eine mögliche Reaktionsbildung bei jenen, die in den Konkurrenzkämpfen der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft auf der Strecke bleiben. Nie waren aber in der Nachkriegszeit die Opfer weltweit derart zahlreich wie heute, und so erlebt auch der Antisemitismus seit den 80er Jahren eine Renaissance. Besonders in Osteuropa erreicht er mittlerweile eine erschreckende Verbreitung und Intensität. Aber selbst wenn sich der zeitgenössische Judenhaß noch zum Pogrom steigern wird, er ordnet sich trotzdem in einen gänzlichen anderen historischen Kontext ein, der mit Auschwitz nichts gemein hat. Der neue Antisemitismus erwächst nicht mehr aus der *Durchsetzung* der modernen Arbeitsgesellschaft, seine neue Blüte ist ihrer *Krise* geschuldet. Sein Träger kann nicht die Staatsgewalt sein, es sind die Ausgegrenzten, deren Verzweiflung sich an wechselnden Opfern entlädt, zu denen auch wieder die Juden gehören mögen.

Die Arbeitsgesellschaft hat ihre Tore wegen Arbeitsmangels geschlossen, und die anschwellende Zahl der Herausgefallenen muß sich in einer Müllhaldenökonomie zurechtfinden. Das marktwirtschaftliche Arkadien bedeutet mittlerweile für mindestens 3/4 seiner Bewohner die Hölle. Die Weltarbeitsgesellschaft und ihre Staaten sind mit ihrer Integrationskraft am Ende. Das ändert aber am Charakter des bürgerlichen Staates nichts; die sachzwangverwaltende abstrakte Allgemeinheit setzt sich bis auf weiteres als pragmatische Notstandsregulation fort. Die demokratische Elendsverwaltung agiert ideologie- und emotionslos im geohnten Fahrwasser, so gut es geht.

Außerhalb dieser offiziellen Sphäre übersetzt sich die dumpfe Stimmung der Zukurzgekommenen jedoch in ideologische Ausbrüche und Bewegungen. Das gilt insbesondere für das südliche und östliche Gros der Weltgesellschaft. Wo sich die Verlierer nicht in ihr Schicksal fügen und sich nicht in ihre demokratisch und völkerrechtlich einwandfrei regulierte Favela-Existenz ergeben wollen, äußert sich ihr verzweifelter Protest als Abkehr vom Westen und als ideologischer Rückbezug auf ältere Traditionen. Eine neues, funktionstüchtiges und zukunftsträchtiges "Gesellschaftsmodell" kann aus diesen Bewegungen nicht entspringen. Sie taugen aber immerhin dazu, Weltmarktverlierer unter einer gemeinsamen Fahne für Weltbürgerkriegs-Scharmützel zusammenzufassen. In den regressiven Strömungen vom peruanischen

Sendero luminoso bis zur russischen Pamjat-Bewegung kristallisiert sich der ausweglose Haß auf die westliche Zivilsation.

So selbstzerstörerisch und aussichtslos diese ideologischen Ausbrüche auch sein mögen, ihr Destruktionspotential wird im modernen Weltdorf auch den Westen erreichen. Den Bewohnern der wenigen verbliebenen glücklichen Oasen in der Weltmarktwüste dämmert das längst. In Europa geht vor allem die Furcht vor dem islamischen Fundamentalismus um, der sich quasi vor der eigenen Haustür, am anderen Ufer des heimischen Mittelmeeres, seuchenartig verbreitet.

Die Angst ist berechtigt. Die landläufigen Deutungsmuster, die dieses neuartige Phänomen erklären sollen, führen allerdings gründlich in die Irre. Was sich da im Maghreb und in Nahost zusammenbraut, ist keineswegs die Rückkehr von mittelalterlichen vordemokratischen Verhältnissen, der Fundamentalismus ist vielmehr selber das ureigenste Produkt der in die Krise geratenen Moderne. Von den IWF-Riots, die Anfang der 80er Jahre die nordafrikanischen Slums erschütterten, bis zur flüchtigen, islamisch unterfütterten Saddam-Hussein-Begeisterung, zieht sich eine Linie. Die illegitimen, vergessenen Kinder des Westens treten zu Suicid und Vatermord an.

Diese düstere Entwicklung trifft auch die Modernisierungslinke in ihrem Kern. Ihrer Utopien lange schon verlustig gegangen, nähert sie sich aus Angst und Ekel vor den zerstörerischen Reaktionen der Verlierer immer mehr den staatlichen Notstandsverwaltern an. Die Defensive der Moderne treibt auch ihre linken Avantgarden zur Selbstaufgabe und hinter die allgemeinen bürgerlichen Prinzipienmauern von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, freier Marktwirtschaft und Völkerrecht. In demselben historischen Augenblick, in dem eine fundamentale und radikale Kritik der bürgerlichen Gesellschaft nötiger wird denn je, dankt die Linke ab und degeneriert zum beflissenen Helfershelfer. Was sich in der Gorbimanie noch einigermaßen optimistisch angekündigt hat, setzt sich anläßlich der US-Intervention im Irak erbittert und menschenverachtend fort. Die Restbestände der kritischen 68er Generation werden ihrer neuen Rolle wohl auch weiterhin treu bleiben und sich nach Kräften bei der Vorneverteidigung der demokratischen Festung Europa engagieren. Die Konsequenteren werden sogar den atomaren Schießbefehl auf die vielen Opfer der Moderne fordern oder zumindest in Kauf nehmen müssen. Der zurückgeschlagene Versuch Saddam Husseins, den bankrotten Irak durch die Annexion Kuweits einigermaßen zu sanieren, steht nicht am Ende gewaltsamer Verwicklungen in Nord und Süd, sondern an deren Anfang. Recht und Mord werden sich zweifellos im Laufe der weite-

ren Entwicklung auch außerhalb des zerbombten Bagdad als Synonyme bewähren.

Auf Seiten der "zivilitätstheoretisch" geläuterten Teile der Linken kündigte sich diese Absetzbewegung von jeder gesellschaftskritischen Intention schon lange an. Die Rechtfertigung der Anti-Saddam-Koalition war nur konsequent und letztlich keine Überraschung mehr. Dagegen trägt der Frontwechsel, den die Enkel der Kritischen Theorie bei dieser Gelegenheit vollzogen haben, fast schon tragische Züge.

Norbert Trenkle

RIEN NE VA PLUS

Ein Nachruf auf die *Anti-Golfkriegs*-Bewegung und ihre Kritiker

1.

Selten hat eine Bewegung so viel dezidierte Kritik aus der Ecke der linksradikalen Zeitgeistkommentatoren auf sich gezogen, wie die für ein paar kurze Tage aufgeflackerte Opposition gegen den Golfkrieg. Es war geradezu verblüffend, zu welchen verbalen Verrenkungen sich die Kritiker dabei hinreißen ließen. Am schwersten fiel es ihnen wohl, den Generalvorwurf des Antisemitismus mit dem Impuls des spontanen Erschreckens auf einen Nenner zu bringen, der ganz offensichtlich die Triebkraft der kurzatmigen Bewegung war. Während Wolfgang Schneider darin nur die vergangenheitsbezogene Identifikation "der Deutschen" mit den Opfern der Flächenbombardements im Irak zu erkennen vermag (Konkret 3/91), gestehen andere , wie etwa die Freiburger "Initiative Sozialistisches Forum" in ihrem Flugblatt zum Golfkrieg, zumindest zu, daß die Angst der demonstrierenden Schüler einen realen Hintergrund hat. Die ISF findet dies aber geradezu verächtlich, weil den friedensbewegten Demonstranten "der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse, der anderswo Millionen ins Elend treibt, nur dann der Rede wert ist, wenn er als lautstarke Gewalt derart explodiert, daß sogar, wie es im Aufruf zur bundesweiten Demonstration (heißt), die »Zerstörung der Zukunft« droht". In der Tat ein schwerer Vorwurf, daß jemand aus Angst vor der Vernichtung der eigenen Lebensgrundlagen auf die Straße geht, ein Vorwurf, der uns aber darüber ins Bild setzt, daß die neue Friedensbewegung ganz und gar nicht den hohen moralischen Ansprüchen jener linken Veteranen genügen kann.

Man braucht allerdings kein Adorno-Enkel zu sein, um der bürgerlichen Wirklichkeit den billigen Vorwurf der Doppelmoral zu machen. Dieses Niveau der Kritik findet sich in jeder beliebigen Leserbriefspalte, etwa jener der Baseler Zeitung, wo anläßlich der Diskussion um die Aussetzung der Fasnachtsfestivitäten zu lesen war: "Ein Fasnachtsverzicht wäre die Heuchelei des Jahrhunderts, da wir wirklich jedes Jahr einen solchen Grund hätten".

Billig ist der Vorwurf nicht nur deshalb, weil es sich um ein Tot-

schlagargument handelt, mit dem leichterdings jede Einzelaktion abqualifiziert werden kann, die im entferntesten etwas mit der Verfolgung eigener Interessen zu tun hat; wegen seiner nahezu unbeschränkten Recyclingfähigkeit erspart es obendrein demjenigen, der ihn im Munde führt, die Anstrengung, sich mit dem je zur Debatte stehenden Problem auseinanderzusetzen müssen und verschafft ihm so auf bequeme Weise das Gefühl, moralisch erhaben über die Niederungen des Alltags zu sein.

Nicht minder billig ist es, der Friedensbewegung Naivität vorzuwerfen. Daß Parolen wie "Frieden jetzt" oder gar "Ich will leben" nicht viel mehr sind als der Ausdruck ohnmächtiger Hilflosigkeit, braucht den youngsters keiner zu enthüllen. Sie wissen es selbst und haben bald die Konsequenz gezogen, indem sie innerhalb kürzester Zeit wieder in ihre Klassenzimmer zurückkehrten. Wenn sie sich dann sogar weigerten, die im Eilverfahren von ihren friedensbewegten Lehrern zusammengeschusterten "Unterrichtseinheiten" zum Golfkrieg überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, nachdem sie zwei Wochen zuvor noch auf die Straße gegangen waren, so zeugt das nur von der realistischen Einschätzung, daß ihnen diese keinen neuen Erkenntnisgewinn gebracht hätten. Wo alle überkommenen Bezugssysteme aus den Fugen geraten sind und der sogenannte "rationale Diskurs" im günstigsten Fall darin besteht, aufs Sorgfältigste abzuwägen, welche gerechte Strafe dem "Verstoß gegen das Völkerrecht" zu folgen habe, offener Vernichtungskrieg oder "lediglich" Aushungern der Bevölkerung durch konsequenten Wirtschaftsboykott, da ist es nur allzu gut nachvollziehbar, wenn sich die nachwachsende Generation dieser Ebene der "Realpolitik" verweigert.

Die eklatante Zunahme an psychosomatischen Störungen im Bevölkerungsdurchschnitt während des Golfkriegs in allen westlichen Ländern verweist jedoch darauf, daß die Verdrängung nur mehr schlecht als recht gelingt. Dies als puren Irrationalismus abzutun, oder gar, bemüht sozialpsychologisch, als ein "trübes Gemisch von schlechtem Gewissen, Selbstmitleid und dem Verlangen nach Revanche" (Wolfgang Schneider), zeugt selbst von einer beachtlichen Verdrängungsleistung gegenüber den realen Gefahren, die von der kollabierenden Weltmarktvergesellschaftung für alle fünf bis sechs Milliarden Beteiligten ausgehen. Die brennenden Ölquellen am Golf werden sicherlich nicht die Klimakatastrophe auslösen, doch kann der Golfkrieg als Signal für die hereinbrechende Krisenepoche gewertet werden, die auch aus den bisher noch relativ geschützten Metropolen des Westens jeden Rest an Gemütlichkeit vertreiben und alle latenten

Probleme und Konflikte innerhalb des warenproduzierenden Weltsystems bis zur Explosion verschärfen wird. Das Massenbewußtsein hat dieses Signal zmindest mit den Antennen seines Unterbewußten sehr wohl empfangen und reagiert mit Panik.

Die offenen Angstausbrüche insbesondere der jüngeren Generation anläßlich der entfesselten Vernichtungslogik am Golf bieten also keinerlei Anlaß zur Häme. Sie zeugen vielmehr von Sensibilität dafür, daß ein Ausweichen vor der totalen Vergesellschaftung nicht mehr möglich ist. Was schon den auf der Flucht vor der atomaren Bedrohung nach Australien und Kanada auswandernden Jungeltern zu Recht aufs Brot geschmiert wurde, daß es nämlich kein sicheres Versteck auf diesem Globus mehr gibt, diese Erkenntnis ist spätestens seit Tschernobyl unerbittlich ins allgemeine Bewußtsein eingesickert. Die täglich wechselnden Katastrophenmeldungen in den Zeitungen unterfüttern dieses Wissen großzügig mit Empirie. Wenn sich dennoch der Protest nur sehr sporadisch rührt und kurzatmig verpufft, dann deshalb, weil die nicht mehr zu leugnende Allgegenwart der Gefahr wie ein Alpdruck auf der modernen Geldmonade lastet. Nicht nur sind die individuellen Fluchtwege verstopft, auch der gewohnte Bezugsrahmen des kollektiven Protests ist brüchig geworden. Weder läßt sich ein eindeutiger Gegner, Feind oder Verursacher der Misere ausfindig machen, noch gibt es irgendein neues "Konzept" zur Gesellschaftsveränderung, das noch nicht ein ums andere Mal erfolglos durchgehechelt worden wäre. Das auf die Unmittelbarkeit fixierte "Verwirklichungsdenken" braucht aber solche eindeutigen Alternativen oder Schuldigen, um zu überleben. Wo diese fehlen, schlägt der unermüdliche Aktionismus des Die-Bewegung-ist-alles-Bewußtseins in Selbstblockade um. "Anything goes" liest sich dann mit einem Mal französisch als "rien ne va plus".

2.

Jede erste Politisierung enthält wesentliche Momente von Spontaneität und entfacht sich in aller Regel an unmittelbar praktischen Ereignissen. So gesehen wäre also nicht viel Neues an der (im doppelten Sinne) jüngsten Friedensbewegung festzustellen. Neu an ihr ist jedoch zweierlei. Zum einen der bemerkenswert niedrige Altersdurchschnitt der Beteiligten (ein im übrigen, was die sozialen Bewegungen der letzten Jahre angeht, mindestens europaweites Phänomen, wie ein Blick etwa nach Frankreich oder Griechenland beweist), zum anderen

die Qualität der Ereignisse, die sie auslösten. Auch jene mythologisierte 68er Rebellion entzündete sich nicht zuletzt an dem, was man "unmittelbare Betroffenheit" nennen könnte, doch die war im wesentlichen moralischer Natur. Jede Bombe, die in Vietnam fiel, verstärkte das niederschmetternde Gefühl, jahrelang belogen worden zu sein, und zerschlug alle Illusionen der Nachkriegsgeneration über die westliche Demokratie als die beste aller möglichen Welten. Der Krieg in Vietnam bedrohte nicht einmal virtuell das Weltklima (jedenfalls wußte man damals noch nichts darüber), es gab auch sonst keinen unmittelbar erfahrbaren Anlaß, der den Protest dagegen hätte begründen können. Ganz im Gegenteil. Die APO wie alle Solidaritätsbewegungen in ihrem Gefolge, mußte der Bevölkerungsmehrheit erst einmal plausibel machen, wieso sie sich denn überhaupt für den nationalen Befreiungskampf eines südostasiatischen Volkes interessieren sollte. Das lag in der Natur der Sache. Die Lebensverhältnisse in Vietnam, in Chile, Mozambique oder Nicaragua mochten Produkt des kapitalistischen Weltsystems sein, dies war aber Otto Normalverbraucher herzlich egal, solange der Sonntagsbraten auf den Tisch kam und der Kleinwagen in der Garage stand.

Jeder Bezug auf den übergreifenden Zusammenhang erschien als besondere moralische Leistung, denn er implizierte den Anspruch darauf, das eigene Partikularinteresse zugunsten eines abstrakten Ideals zurückzustellen. Die Linke bemühte sich, die Kluft zwischen bornierter Partikularität und abstraktem Sollen dadurch zu schließen, daß sie eine angebliche "objektive Interessensidentität" zwischen den Unterprivilegierten hier und den "Verdammten dieser Erde" dort herbeikonstruierte (1). Tatsächlich reproduzierte sie dabei jedoch nur die Struktur jenes Moralismus, den sie vordergründig überwunden zu haben beanspruchte. Die angeblich gemeinsamen "objektiven Interessen" waren ja gerade keine empirische Kategorie, und damit auch nicht unmittelbar einsichtig. Es bedurfte einer gesonderten "Aufklärung", um sich ihrer "bewußt" zu werden. Da aber der Alltagsverstand ein durchaus mißtrauischer Geselle ist, der sich lieber nach seiner "Erfahrung" als nach "der Theorie" richtet, als welche sich der Moralismus aufspielt, verliefen bald alle Anstrengungen, ihn zur "internationalen Solidarität" zu animieren, im Sande.

In der hereinbrechenden Krisenepoche wird jedoch der bisher gültige Bezugsrahmen politischen Agierens brüchig. Der weltgesellschaftliche Zusammenhang muß nicht mehr gesondert beschworen

1) Dies ist ein durchgängiges Phänomen, unabhängig davon, welches "soziale Subjekt" als Zielgruppe der Agitation auserkoren wurde (die Arbeiter, die "Randgruppen", die Frauen etc.).

werden, die geballte Kraft des Zusammenbruchs drängt sich als unmittelbare materielle Bedrohung in den Lebensalltag jedes Einzelnen, und mag er sich noch so sehr dagegen sträuben (1). Was bisher in den Zuständigkeitsbereich der Politik fiel und mit der abstrakten Geldmonade, wenig bis nichts zu tun hatte, wird urplötzlich zum unmittelbaren Anliegen. Die Sphäre des abstrakt Allgemeinen verliert ihren metaphysischen Glanz und wird brutal säkularisiert. Konnte Dieter Kunzelmann, enfant terrible der 68er Bewegung, noch mit der Frage provozieren, wieso er sich für Vietnam interessieren solle, wenn er Orgasmusschwierigkeiten habe, so ruft der Golfkrieg ganz unmittelbar massenhaft Potenzstörungen hervor.

Unter diesen Vorzeichen wird aber die bisherige Form politischen Engagements selbst obsolet. Wo die politische Klasse immer mehr zur bloßen Sachzwangverwalterin degradiert wird, deren Hauptaufgabe darin besteht, innerhalb der vorausgesetzten und von der Wertlogik konstituierten Interessenkonkurrenz notdürftig für einen Ausgleich zu sorgen, da wirkt auch der Appell an ihren Gestaltungswillen zunehmend lächerlich. Zwar hat schon der radikalere Teil der Linken in den Siebzigern und frühen Achtzigern darauf insistiert, man dürfe sich keine Illusionen über den Spielraum der offiziellen Politik machen, doch wurde damit die Politikillusion selbst keinesfalls beiseitegeräumt, sondern nur negativ affirmiert. Die bürgerlichen Politiker, so der Vorwurf, betrieben eine Gestaltungspolitik im Interesse des Kapitals. Sie griffen durchaus lenkend oder zumindest steuernd in das ökonomische und politische Geschehen ein, aber immer zuungunsten der Unterdrückten. Es erschien daher naiv, sich von ihnen irgendetwas zu erwarten. Wenn dennoch Forderungen gestellt wurden, dann vor allem zu propagandistischen Zwecken. Es sollte demonstriert werden, daß die "Herrschenden" ja gar nicht dazu gewillt waren, darauf einzugehen. Die Charaktermasken des Kapitals sollten als solche entlarvt werden.

Diese Personalisierung oder Soziologisierung des blinden Fetischzusammenhangs wurde aber immer unglaubwürdiger, je weiter sich dieser zum globalen alles verschlingenden Moloch auswuchs. Daß die

1) Sicher ist der bundesdeutsche Normalo von wirklichen Katastrophen bisher noch weitgehend verschont geblieben. Insofern mag man sich über die geradezu hysterischen Überreaktionen etwa anläßlich des Reaktorunglücks in Tschernobyl oder des Golfkrieges belustigen. Im Vergleich zu den direkten Opfern hatten die Bundesbürger in der Tat unmittelbar wenig zu befürchten. Die Schreckensvisionen, die bei diesen Anläßen an die Wand gemalt wurden, stehen jedoch nur stellvertretend für die berechtigte Ahnung, daß in der Zukunft der Krisenherd auch ohne weiteres direkt vor der Haustür liegen könnte. Immerhin haben die Wirren des Bürgerkriegs schon das beliebte Urlaubsland Jugoslawien erfaßt.

Flutkatastrophe in Bangla-Desh keine simple Naturkatastrophe ist, kann in jeder besseren Tageszeitung nachgelesen werden. Doch wer trägt dann die "Schuld" daran? Sind es die Autofahrer, die die Klimakatastrophe wesentlich mitverursachen, sind es die Banken, die keine Finanzmittel zur Errichtung von Schutzdeichen zur Verfügung stellen oder ist es gar der Papst, der die "Bevölkerungspolitik" hintertreibt? Und was ist mit der Cholera-Epidemie in Peru (daß die Cholera in Afrika schon länger tobt, ist wie so vieles aus diesem längst abgeschriebenen Kontinent in den Medien ohnehin kaum zur Kenntnis genommen worden)? Ist sie auf das Konto des IWF zu verbuchen oder auf das der fettgefressenen peruanischen Oberschicht, oder ist gar eine "ungeschickte" nationale Wirtschaftspolitik daran "schuld"? Und wenn dann, wie es in Mode gekommen ist, die "Schuld" auf mehrere Schultern gerecht verteilt wurde, stellt sich sofort die Frage nach einer "Lösung". Ähnlich wie im Golfkrieg bleibt aber auch hier die Rolle des positiven Helden unbesetzt. Weder der "Leuchtende Pfad" mit seinem blindwütig-irrationalen Terrorismus noch der zum Neoliberalismus bekehrte Schriftsteller Vargas Llosa gibt sich dafür her, und der traditionelle Befreiungsnationalismus hat ohnehin längst das Zepter abgegeben. An wen also die Forderungen richten, was überhaupt fordern, oder, zumindest, welchen "Schuldigen" anklagen? Die Entmenschlichung des gesellschaftlichen Prozesses schlägt sich in der Ziellosigkeit der menschlichen Akteure nieder und lähmt letzten Endes jedes Handeln.

Die modernen Individuen sind weit weniger abgestumpft, als dies auf den ersten Blick den Anschein haben mag. Sie verzweifeln allerdings an der Übermacht des Elends, der sie sich hilflos ausgeliefert fühlen. Es braucht nicht zu verwundern, wenn sie sich gegen dieses niederschmetternde Gefühl abschotten. "Unser Mitgefühl ist müde geworden, wird eingeschläfert durch die ewige Wiederkehr der immer gleichen Katastrophen. Das amerikanische Magazin *Newsweek* hat dafür ein Wort geprägt: *disaster fatigue*, Überdruß an all dem Unglück", schreibt die "Zeit" vom 24.5.91 und zählt die Elendsnachrichten der letzten Monate auf: "Wohl noch nie haben so viele Menschen an so vielen Orten zur selben Zeit so viel Hilfe gebraucht: 1,5 Millionen von Saddams Soldateska gehetzte Kurden; 10 Millionen Bangladescher, über die ein Wirbelsturm Not und Elend gebracht hat; 29 Millionen vom Hungertod bedrohte Afrikaner; weit über 30 Millionen Menschen, die vor Krieg, Unterdrückung und Armut fliehen, bald 200 000 Peruaner hat die Cholera befallen". Die Liste ließe sich ohne weiteres fortsetzen.

3.

Schon die Friedensbewegung der frühen achtziger Jahre hatte sich mit dem Problem herumzuschlagen, nicht eindeutig Partei ergreifen zu können. Sie brachte dieses Dilemma auf die ebenso populäre wie inhaltsleere Parole von der "Abrüstung in West und Ost". Das Erklärungsmodell, das die Welt in bösen Imperialismus hier und friedliebenden Sozialismus dort einteilte, war überholt und griff so wenig wie das von Reagan, FAZ und Bildzeitung aus der Klamottenkiste des Kalten Kriegs bewahrte Gegenbild. Immerhin, daß der "Antikommunismus" und die Angst vor der "sowjetischen Bedrohung" damals immer noch in den Köpfen breiter Bevölkerungsschichten verankert war, eröffnete der Friedensbewegung ein dankbares Betätigungsfeld. Hier war noch nach Herzenslust Aufklärungsarbeit zu leisten. Immer noch gab es genügend Opfer, die nur darauf warteten, darüber belehrt zu werden, daß die Sowjets gar nicht so angriffswütig waren, wie sie immer dargestellt wurden, daß der Westen entgegen den Behauptungen der US-Militärs strategisch nicht unterlegen sei und im übrigen immer dazu bereit war, die eigenen geopolitischen und ökonomischen Interessen im Zweifelsfall mit militärischer Gewalt durchzusetzen.

Die Friedensbewegung verzichtete darauf, ein bestimmtes Partikularinteresse (etwa das "Interesse des Proletariats") mit höheren Weihen zu versehen, sondern trat unmittelbar als Repräsentant der "Menschheit" auf. Sie schwang sich so zur höchsten und zugleich dünnsten Abstraktion auf, zu der sich das bürgerliche Bewußtsein erheben kann. Mit dieser Abstraktion ließ sich aber nur noch schwer Politik betreiben. Wo ausdrücklich jede Einseitigkeit der Schuldzuweisung abgelehnt wird, ohne aber zur Kritik des Fetischzusammenhangs selbst vorzustoßen, wo in alter Manier der blinde gesellschaftliche Prozeß zum Resultat vorausgesetzter Subjektivität verkehrt wird, der Feind aber verlustig gegangen ist, da ist die "Politik in erster Person" der logische Endpunkt. Als "Schuldiger" bleibt dann nur noch "der Mensch" in seiner "Unvernunft", seinem "Egoismus" und seiner "Gleichgültigkeit gegenüber den Mitmenschen" übrig. Die Einzelnen zur "Einsicht" zu bewegen und "an sich selbst zu arbeiten", wurde daher folgerichtig zum obersten Ziel. Wenn nur genug Einsichtige zusammenkämen, so die weitverbreitete Vorstellung, dann mußte schließlich ein Krieg unmöglich werden. Die unvergleichliche Petra Kelly hat dies dankenswerterweise auf den Punkt gebracht: "Vielleicht fehlt nur eines einzelnen Menschen Stimme zum Frieden der Welt".

Mit dieser Milchmädchenrechnung als ideologischem Fundament

unterlag die Friedensbewegung der Logik eines Kettenbriefes. Sie funktionierte, solange sie eben wuchs. Solange jede zentrale Demo in Bonn den Teilnehmerrekord der Vorgängerin brach, schien man sich auf dem Weg des Erfolgs zu befinden. In dem Augenblick jedoch, als sich herausstellte, daß die pure Masse eine Stationierung der Raketen nicht verhindern konnte, entpuppte sich das friedensbewegte Selbstbewußtsein als reichlich labil, und die Bewegung zerplatzte wie eine Seifenblase.

Dennoch war der Pazifismus der frühen Achtziger durchaus erfolgreich auf der Ebene des Bewußtseins. Indem er die Idee der "Menschheit" aktualisierte und verallgemeinerte, erwies er sich als adäquater Propagandist der weltweit durchgesetzten Wertvergesellschaftung. Doch tragischerweise mündet die Herstellung der "Einen Welt" nicht im "ewigen Frieden" (Kant) sondern viel eher im Weltbürgerkrieg. Die "Menschheit" wird nicht glücklich mit dieser ihrer eigenen Abstraktion, sondern zerfleischt sich mehr als je zuvor. Wenn mittlerweile die Welle der kriegerischen Auseinandersetzungen bereits die Südgrenze Österreichs umbrandet, dann schwant dem deutschen Wohlstandsbürger völlig zu Recht nichts Gutes für die Zukunft. Noch ist zumindest in den Medien die Rede von "internationaler Solidarität" - "Wir helfen, ihr reformiert", ruft Marion Gräfin Dönhoff voll verzweifelter Inbrunst Gorbatschow zu -, doch mit dem Zusammenbruch der monetären Illusion wird auch der Ruf nach der Neutronenbombe wieder salonfähig werden. Angesichts dieses Szenarios bleibt selbst dem unerschrockensten Aufklärer der Appell an "die Vernunft" im Halse stecken. Die Naivität, mit der er den Abstraktionen aufs Wort geglaubt hat, weicht dem Entsetzen über deren realen Inhalt, und es sind noch die sympathischeren unter den Zeitgenossen, die aus diesem Anlaß nicht dem amoklaufenden Weltpolizisten zur Hand gehen wollen, sondern zumindest offen ihre Ratlosigkeit eingestehen.

4.

Es gab einmal eine Zeit, da war das A und O der Linken die Erzeugung jener berühmt-berüchtigten "unmittelbaren Betroffenheit". Doch auch daran besteht kein Bedarf mehr, sobald die bürgerliche Gesellschaft in ihr Katastrophenstadium eintritt. Zwar war schon 1982/83 das schlagende und unwiderlegliche Argument, daß vor der Atombombe alle gleich und das heißt auch gleich betroffen sind - in-

sofern ist sie eine durch und durch demokratische Einrichtung -, doch blieb dies noch im Bereich des Hypothetischen. Teils weil die Aktivisten selbst nicht so recht an ihre eigenen Horrorszenarien glaubten, teils aus Gründen der Selbsttherapie (mit im übrigen recht zweifelhaftem Erfolg) mußte die Betroffenheit permanent zelebriert werden. Die Notwendigkeit hierzu fällt allerdings weg in einer Situation, in der die Bedrohung nicht mehr beschworen werden muß, sondern täglich aus den zensierten Kriegsberichten herausgeahnt werden kann. Es waren daher auch weit weniger die aus ihrem Alltag hochgeschreckten Jugendlichen und Kinder, die sich mit moralinsauren Theaterstückchen in der Fußgängerzone und mit Die-Ins vor dem Werkstor inszenierten, als vielmehr deren Eltern und Lehrer, denen in ihrer Hilflosigkeit nichts Besseres einfiel, als auf die Selbsterfahrungspraktiken ihrer friedensbewegten Zeit zurückzugreifen. Ihren Kindern und Schülern dagegen stießen alle Bemühungen, in alter Manier noch einmal Extra-Betroffenheit zu erzeugen, sauer auf. Völlig zu Recht will es ihnen nicht einleuchten, wieso angesichts des Flächenbombardements, der Giftgasdrohungen und der absehbaren globalen Zerstörung durch Umweltkatastrophen und Verallgemeinerung kriegerischer Konflikte etwa noch einmal zusätzlich auf die "besondere Lage der Frauen" hingewiesen werden muß. Wenn gar einer Vertreterin der Lesben zum Golfkrieg nicht viel mehr einfällt als die beruhigende Aussage, Lesben bräuchten sich "mit den Männern nicht morgen ins Bett zu legen, als wäre nichts geschehen" (FR 19.1.91), dann braucht sie sich nicht zu wundern, wenn ihr Redebeitrag im Protestgeschrei der Kundgebungsteilnehmer untergeht. Das beweist nur, daß die gerade mal eben anpolitisierten Jugendlichen zwar ganz unmittelbar "aus dem Bauch" reagieren, aber weit davon entfernt sind, daraus eine Ideologie zu machen. Daraus, daß sie noch wenig begriffen haben, kann man ihnen keinen Vorwurf machen. Hätten die fünfzehn bis zwanzig Jahre älteren Bewegungsaktivisten mehr gelernt als Selbstinszenierung und die dazugehörigen didaktischen Methoden an der Fachhochschule für Sozialarbeit, sie hätten sicherlich aufmerksame Zuhörer gefunden. So aber durften sie verdientermaßen, nach nur drei Wochen Bewegungsfrühling, im gewohnten kleinen Kreis nachsitzen und sich das Hirn mit der Frage zermartern, weshalb es ihnen wieder nicht gelungen ist, die Menschen für die gute Sache zu gewinnen. Wenn sie nun zunehmend den "Glauben an die Menschheit" verlieren, so heißt das nicht, daß sie zu einer Kritik dieser Abstraktion vorgestoßen wären, sondern es handelt sich nur erst um den Ausdruck einer enttäuschten Liebe zu ihr.

Innerhalb des Bezugsrahmens des warenproduzierenden Weltsystems verbleibt nurmehr die Wahl zwischen verschiedenen Alternativen mehr oder weniger brutaler Krisenpolitik. Wer sich dieser Wahl zwischen Pest und Cholera verweigern will, wird den Bezugsrahmen wechseln und sich zu einer theoretischen wie praktischen Kritik jener blinden Basislogik aufschwingen müssen, die den gesellschaftlichen Prozeß außerhalb des bewußten Zugriffs mit der Gewalt eines Naturgesetzes sich vollziehen läßt. Daß die hochgeschreckten youngsters diesen Schritt aus dem Stehgreif heraus nicht zu vollbringen vermochten, kann ihnen nicht zum Vorwurf gemacht werden. Doch daß vermeintlich mit allen theoretischen Wassern gewaschene linke Zeitgeistkommentatoren auf die Hilflosigkeit dieser Kinder einprügeln, ist nicht nur ärgerliche Arroganz, sondern zeugt auch davon, daß sie selbst den Bezugsrahmen der bürgerlichen Verkehrsform keineswegs transzendiert haben.

Ernst Lohoff

BRÜDERCHEN UND SCHWESTERCHEN

1. Verkehrung und Verdinglichung

Der bürgerlichen, auf Warenproduktion und abstrakter Arbeit beruhenden Gesellschaft liegt eine ausgesprochen paradoxe Konstellation zugrunde. Unter bürgerlichen Bedingungen treten die Menschen einander nicht unmittelbar gegenüber und verständigen sich subjektiv über ihren eigenen Zusammenhang; der gesellschaftliche Zusammenhang erscheint stattdessen in Dingen inkorporiert. Die Menschen treten nicht unmittelbar mit ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten in Verkehr zueinander, es sind ihre Produkte, die miteinander kommunizieren und sich austauschen. Das Wesen der menschlichen Subjekte, die Totalität ihrer menschlichen Beziehungen, schlüpft in die toten Dinge und beseelt sie.

Geld und Ware werden zum automatischen Subjekt, schleifen die lebenden Individuen hinter sich her, präformieren ihr Denken und bestimmen ihr Handeln. In den warenproduzierenden Gesellschaften sind es nicht die Menschen, die auf Grundlage wie auch immer gearteter gemeinsamer subjektiver Entscheidungen Produktion, Konsum und überhaupt ihr Leben unmittelbar regulieren. Die von den Emanation des Werts (Geld und Recht) vermittelte gesellschaftliche Beziehung stellt sich hinter dem Rücken der menschlichen Akteure her. Nicht die Menschen bewegen sich souverän und gestaltend durch das wertförmige Universum, umgekehrt, der Wert hantiert souverän mit den Menschen, presst ihr Dasein in sozialkategoriale Schablonen und formt sie nach seinem Bilde zu Charaktermasken. Dieses Schicksal trifft nicht nur die Funktionsträger des Kapitals, es ist so universell wie die Wertform selber. Es schlägt alle Menschen bei der Verfolgung ihrer geldförmig gestanzten Interessen in seinen Bann und sie werden, ob als Manager, Rentner, Konsument oder Arbeiter zu personellen Trägern eines durch und durch versachlichten Verhältnisses.

Die Menschen bekleiden in den warenproduzierenden Gesellschaften unterschiedliche Funktionen. Dieser Unterschied treibt notwendig Gegensätze hervor. Das Lohninteresse des Arbeiters fällt nicht mit dem Interesse des Kapitalisten zusammen, sondern steht ihm, was Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen angeht, für gewöhnlich

entgegen. Die real existierende Interessenpolarität darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Pole immer schon dem gleichen wertförmig komponierten Universum angehören. Der Kampf der Interessen dementiert das Grundlegende, die Formidentität, nicht, sondern bestätigt sie geradezu. Genauso wie Kain und Abel, so üben auch die vielen Brüder und Schwestern im Gelde nur ihre Brüder- und Schwesterlichkeit aus, wenn sie einander wechselseitig bekriegen und ab und an massakrieren.

Die reale Konkurrenz der Geldinteressen und deren Verlaufsform ändert nichts am verdinglichten Grundverhältnis. Auch wo die miteinander konkurrierenden Marionetten des Werts im Kampf gegeneinander ihr jeweiliges (Geld)interesse geltend machen, hat ihr Handeln nichts unbedingtes an sich, sondern steht immer nur für die Exekution der schon vorausgesetzten Logik des Werts.

2. Historische Fetischformen

Marx hat in seiner Kritik der politischen Ökonomie die Grundlage dieses aberwitzigen Zustands unter der Überschrift "der Fetischcharakter der Ware" auf den Punkt gebracht. Für gewöhnlich wird der in dieser Begriffswahl angesprochene Bezug auf die archaischen Fetische von Naturvölkern als bloß metaphorisch gemeinte Analogie abgetan - völlig zu Unrecht. In Wirklichkeit hat diese terminologische Anknüpfung durchaus ihre theoretische Tiefendimension. Sie verweist auf strukturelle Übereinstimmungen zwischen der modernen, vom Warenfetisch bestimmten Gesellschaftsformation und archaischen Ordnungen. Die paradoxe Verkehrung subjektiver menschlicher Potenzen zur objektiven Gewalt, die den Kern des Versachlichungs- und Fetischproblems ausmacht, liegt auch vorbürgerlichen Gesellschaftsformen zugrunde, ja sie ist sogar für die gesamte menschliche Vorgeschichte charakteristisch (1). Die berühmte Eröffnungssequenz des "Kommunistischen Manifestes" läßt sich von der überlebten Klassenkampf-Apotheose reinigen und im Sinne der Kritik der politischen Ökonomie auf die Füße stellen: *Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Fetischverhältnissen.*

Die sukzessive Entkopplung von der Instinktgrundlage, der wachsende Bewegungsspielraum der Menschen gegenüber dem Naturprozeß, hat sie keineswegs zu den souveränen Herren ihres kollektiven

(1) Ich gebrauche hier den Begriff Vorgeschichte nicht im landläufigen, von der Historikerzunft definierten Sinn, sondern so wie ihn Marx verwendet hat. Die Vorgeschichte umfaßt in seiner Diktion den Zeitraum von den Anfängen des Menschengeschlechtes bis zur kommunistischen Revolution.

Geschicks gemacht. An die Stelle der allmählich zurückweichenden Naturschranke rückte seit jeher, und nicht erst mit der Warenform, die allgegenwärtige Tyrannei der "zweiten Natur". Unabhängig davon ob es verwickelte Blutsverwandtschaftssysteme, das feudale Grundeigentum oder der moderne Warenfetisch waren, die dem menschlichen Zusammenhang jeweils ihren Stempel aufdrückten, die Grundkonstellation blieb dabei immer die gleiche. Unter all diesen Bedingungen waren es nicht Menschen, die sich *subjektiv* darüber verständigten, wie sie kollektiv ihren Stoffwechsel mit der Natur organisieren wollten; der gesellschaftliche Vermittlungszusammenhang existierte stattdessen als eine übermenschliche Macht, gegen die die lebenden Knechte nicht ankonnten. Das Verhältnis der Menschen zueinander "versteinerte" zu etwas, das ihnen vorausgesetzt war und aaußerhalb der Reichweite von menschlicher Reflexion und menschlichem Handeln stand.

Der lange Weg der Menschwerdung des Menschen beginnt mit dem Totemismus. In den archaischen Gesellschaften verkörpert sich der noch embryonale menschliche Zusammenhang am Totem. Ein Tier, eine Pflanze oder eine Naturerscheinung steht für das Dasein des Clans und vertritt ihn als gleichzeitig gegenständliche und übersinnliche Kraft. Die Clanmitglieder treten in Beziehung zueinander, indem sie sich einem gemeinsamen, von zahlreichen Tabus umgebenen Objekt unterwerfen und seinen Anforderungen nachkommen. Die mythologische Abstammung vom Totem stiftet die ebenso dezidierten wie komplexen blutsverwandtschaftlichen Bestimmungen, die den sozialen Zusammenhang rastern und den Einzelnen ihren Standort zuweisen.

> "Die spezifischen Kooperationsformen, die bei der Jagd, dem Fallenstellen, der Rodung, Aussaat, Pflege und Ernte notwendig werden, basieren (in diesen frühen Formen allesamt) auf Verwandtschaftsbeziehungen. Jagdgruppen rekrutieren sich auf der Ebene verwandtschaftlicher Zugehörigkeit; Produktionsgemeinschaften fallen zusammen mit Verwandtschaftsgruppen." (1)

Der blutsverwandtschaftliche Status regulierte aber nicht nur die Verteilung von Ernte und Beute und der Zugang zu Grund und Boden, er reglementierte darüber hinaus ebenso die religiösen Verrichtungen und Heirat und Ehe. Jeder Lebensaspekt war diesem Rahmen unterworfen und ein Dasein jenseits von ihm war überhaupt nicht denkbar. Auch als die alten totemistischen Vorstellung allmählich

(1) Hartmut Apel "Verwandtschaft Gott und Geld" (Zur Organisation archaischer, ÄGYPTISCHER UND ANTIKER Gesellschaften) Frankfurt 1982, S.39

verblaßten, blieb das blutsverwandtschaftliche Prinzip noch über Jahrtausende ein konstituierendes Kriterium menschlichen Daseins und übte erbarmungslos Gewalt über die Individuen aus. Sie treten nicht als solche in Erscheinung, sondern figurieren als Kettenglieder einer überpersönlichen Generationsfolge. Arno Borsts Resümee trifft nicht allein die von ihm untersuchte frühmittelalterliche Familienstruktur:

"Die frühmittelalterliche Sippenfamilie betrachtete den Einzelmenschen als Glied einer Kette; Geschlechtlichkeit diente dann, soweit sie institutionalisiert wurde, der Fortsetzung dieser Ahnenreihe. Deshalb wurde auf Ebenbürtigkeit des Ehepartners geachtet, weil sich Rang und Wert der Menschen durch das Blut fortpflanzten. An der Eheschließung hing außerdem Erhalt und Erwerb von Grundbesitz, also von Macht; auch deshalb stand Geschlechtlichkeit unter schärfster Kontrolle der Sippe und durfte sich nicht frei ausleben, es sei denn in flüchtigem Sinnenrausch ohne Folgen." (1)

Die Behäbigkeit der historischen Entwicklung vor dem Siegeszug von Warenform und Kapital war wesentlich der Beharrungskraft dieser konservativen, auf die Wiederkehr des Immergleichen gerichteten Syntheseform, geschuldet. Erst nach und nach erlahmte ihr Widerstand. Von den ersten Zivilisationen bis in die Neuzeit hinein erwies sie sich als ausgesprochen elastisch und anpassungsfähig (2). So konnten sich die ersten Schritte über die blutsverwandtschaftliche Ordnung hinaus nur innerhalb des verwandtschaftlichen Musters vollziehen.

"Verlangen die sozialen Verhältnisse eine Erweiterung des Gemeinwesens, die nicht durch natürliche Art und Weise erreicht werden kann, muß das Verwandtschaftssystem die Adaption

(1) Arno Borst, Lebensformen im Mittelalter, Berlin, Frankfurt 1974, S.70. Es erübrigt sich fast hinzuzufügen, daß es im Mittelalter einen apostrophierten "flüchtigen folgenlosen Sinnenrausch" nur für Vertreter des männlichen Geschlechts geben konnte, und daß die praktische Betätigung dieses "Sinnenrausches" recht häufig mit dem Tatbestand der Vergewaltigung zusammenfiel, zumindest wenn wir das moderne westliche Sensibilitätsniveau zugrundelegen.

(2) Die unhintergehbare Macht blutverwandtschaftlicher Ordnung zeigt sich unter anderem im langlebigen System der Blutrache, gegen das die weltlichen und religiösen Obergewalten nur mühsam ankamen. Sie wird aber auch noch in den verwickelten Problemen der Erbfolge spürbar. Bis tief in die Neuzeit hinein sind Thronfolger, die in der üblichen Erbfolge einige Plätze zu weit hinten angesiedelt waren, dazu genötigt den Großteil ihrer Verwandtschaft zu entleiben, und auch im bäuerlichen Milieu dürfte dieses Problem die Ursache für zahlreiche tragische Unfälle gewesen sein. Auf der zwischenstaatlichen Ebene waren Unklarheiten im Erbrecht ein sehr beliebter Anlaß für kriegerische Verwicklungen. Noch der erste gesamteuropäische Krieg, der spanische Erbfolgekrieg 1701-1713/14 fällt in diese Kategorie.

fremder Individuen ermöglichen, ohne dabei selbst außer Kraft gesetzt zu werden." (1) (2)

Auch der Übergang zu den ersten Hochkulturen schmiegte sich noch sehr eng an das totemistische Raster an. Exemplarisch wird die Nähe zum archaischen Totem an der Figur des ägyptischen Pharaos deutlich. Die ägyptische Hochkultur entwickelt die vorgefundene verwandtschaftlich-totemistische Synthese weiter, indem sie sie auf die Person des Herrschers konzentriert.

"...durch Differenzierung der magischen Potenzen und der Übertragung des transpersonalen Totemtiers auf eine spezifische Person kann Herrschaft entstehen. Stier, Löwe und Horusfalke sind ursprünglich Totemtiere, die mit dem Herrscher identifiziert wurden... Das impliziert den Transfer der synthetischen Funktionen des Totemtiers, das Verwandtschaft über eine biologisch-natürliche Familieneinheit hinaus ermöglicht, auf einen einzelnen. Das Kollektiv erfährt seine Einheit personal am 'großen Einzelnen'." (3)

"Der Herrscher verkörpert das Ganze. Es ist der Pharao der Kriege gewinnt, die Nilflut erzeugt, die Untertanen am Leben erhält... Die gesellschaftliche Synthesis existiert losgelöst von den Individuen in einem spezifisch definierten Einzelnen." (4)

Das soziale Beziehungsgeflecht, der reale Reproduktionszusammenhang erscheint am Pharao als eine in dieser Person inkarnierten Bestimmung. Diese merkwürdige Transformation eines gesellschaftlichen Verhältnisses in die Form der *personalen Eigenschaft* springt beim altäyptischen Herrscher, weil an einem Einzelnen verdichtet besonders drastisch ins Auge. Sie wiederholt sich aber als Grundstruktur ausnahmslos in allen vorbürgerlichen Syntheseformen. Die Menschen

(1) A.a.O., S.39

(2) Schon die Ausdehnung der blutsverwandtschaftlichen Synthese auf real nicht verwandte Personen zeigt, wie naiv es wäre, die alles überragende Rolle der Blutsverwandtschaft in den archaischen "Gesellschaften" als biologisches Erbe und damit als eine Fortsetzung der ersten Natur zu betrachten. Das wird noch deutlicher, wenn wir uns den Facettenreichtum und die Verschiedenartigkeit der Blutsverwandtschaftssysteme vor Augen führen, wie sie die Ethnologen heute noch mühsam am lebenden Material dechiffrieren müssen. Unsere archaischen Vorfahren operierten ebenso wie die heutigen Naturvölker mit Verwandtschaftsgraden, für die unsere Sprache längst keine Benennungen mehr bereithält. Im brutpflegenden Tierreich dagegen gibt es nur eine blutsverwandtschaftliche Beziehung, nämlich die zwischen Eltern und Jungtier, darüber hinaus aber keinerlei Verwandtschaft. Verwandtschaft ist keine biologische, sondern eine kulturelle, ursprünglich unverkennbar totemistisch geprägte Größe.

(3) Hartmut Apel "Verwandschaft Gott und Geld" (Zur Organisation archaischer, ägyptischer und antiker Gesellschaften) Frankfurt 1982, S.66

(4) ebenda, S.21

verkörpern einander leibhaftig das gesellschaftliche Verhältnis.

Auf der Stufe des archaischen Totemismus setzt sich diese Vereigenschaftung als imaginäre Ähnlichkeit durch. Die Angehörigen des Schildkröten-Clans fühlen sich als schildkrötenhafte Wesen. Die spezifischen Eigenarten des Totems wiederholen sich an den einzelnen Clanmitgliedern (1). Sie bildet in Abgrenzung zu anderen Clans die Grundlage ihrer Gemeinsamkeit und schließt dabei die belebte und unbelebte Natur mit ein.

In differenzierteren Gesellschaften splittet sich selbstverständlich auch der Eigenschaftskosmos auf. Die sozialen Gegensätze sind hier untrennbar an eine strikte Typisierung ihrer menschlichen Träger geknüpft. Jeder sozialen Stellung entsprechen genau bestimmbare, der Personnage unweigerlich zugeordnete Charakterzüge. Zum mittelalterlichen Ritter etwa gehört ein ganzer Rattenschwanz "ritterlicher" Eigenschaften, nämlich Mut, Trinkfestigkeit, Großzügigkeit, Religiösität, usw. Ebenso gilt für den leibeigenen Bauern ein ungeschriebener aber verbindlicher Verhaltenskodex, der für alle Lebenslagen genau definiert, was ein Bauer zu sein und zu tun hat. Zwischen dem mittelalterlichen Grundherren und seinen Lehnsleuten herrscht dementsprechend keine äußerliche, formalisierbare Beziehung, sondern ein gegenseitiges personales, genauer gesagt archetypisches Verhältnis.

Während unter der Herrschaft des Geld- und Kapitalfetischs der gesellschaftliche Zwang von den empirischen Personen und ihren persönlichen Marotten abhebt und sich in einen Sachzwang verwandelt, bleibt er, solange das Geld nur von embryonaler Bedeutung ist, an den beteiligten besonderen Personen kleben. Erst mit dem Vordringen warenfetischistischer Synthese trennen sich Person und Funktion von-

(1) Das Totem findet sich übrigens nicht nur bei Naturvölkern und in grauer Vorzeit. Von anderen Syntheseformen ergänzt und überlagert, existieren totemistische Vorstellungen auch noch lange, bis ins frühmittelalterlichen Europa hinein. Erst die Durchsetzung des Christentums hat sie nachhaltig zurückgedrängt. Beides, die Dauerhaftigkeit und schließliche christliche Verdrängung läßt sich an der vom Benediktinermönch Paulus Diaconus um 790 in lateinischer Sprache verfassten Geschichte der Langobarden exemplarisch zeigen.

Paulus Diaconus erzählt in diesem Werk von Einfällen der Avaren in Friaul, bei denen sie um 610 langobardische Siedlungen plünderten, die Männer erschlugen und Frauen und Kinder davonschleppten. Eines der geraubten Kinder, ein Vorfahre des Benediktinermönches, floh als Herangewachsener Jahre später aus avarischer Gefangenschaft. Ein Wolf führte den umherirrenden Flüchtling in Richtung auf das heimatliche Italien, bis der Hungernde nach einigen Tagen auf das Tier einen Pfeil abschoß, worauf es entschwand. Der fromme Christ "Paulus schildert den Wolf als Abgesandten Gottes, aber ursprünglich war er ein Totemtier, mit der Sippe befreundet oder verwandt; ein solches Tier durfte nicht getötet und verzehrt werden und verschwand, wenn das Tabu gebrochen wurde." (zitiert nach Arno Borst, Lebensformen im Mittelalter, Frankfurt, Berlin 1979, S.171

einander, in vorbürgerlichen Formationen sind beide dagegen kongruent.

Dieser qualitative Unterschied darf aber nicht dazu verführen, daß wir uns die archaischen personalistischen Fetischformen als Gegenbild zur bürgerlichen Ordnung und als ein Arkadien unbeeinträchtigter Subjektivität imaginieren. Das Gegenteil ist richtig. Sitte und Tradition unterwarfen die Menschen früher keineswegs weniger streng ihrem Regiment als heute die moderne Tyrannei von Geld und Recht. Die ererbten Gewohnheiten wiesen jedem seinen Platz zu, und individuellen Regungen stand unter diesen Bedingungen noch weit weniger Entfaltungsraum zur Verfügung als in bürgerlichen Verhältnissen. Das gilt auch für die Herrschenden. Wo heute jeder nur seinen Job tut und seine ihm zugeteilte Aufgabe erfüllt, da traf der Hörige noch auf den ganzen leibhaftigen Feudalherrn. Diese Differenz bringt aber noch lange kein Jota Subjektivität in die Beziehung. Es sind die ererbten Gewohnheiten und Rechte und nicht sein subjektiver Herrenwille, die der Verzehrer des Zehnten gegenüber seinem Leibeigenen geltend macht. Erst der bürgerliche Standpunkt, der seine eigene Grundlage, das frei und abstrakte Rechts- und Geldsubjekt als natürliche Grundlage unterschiebt, kann darin *a posteriori* so etwas wie subjektive Willkür ausmachen. Mit der Realität der vorwertförmigen Epochen hat diese Denkfigur aber auch nicht das Geringste zu tun. In Wirklichkeit waren die Herren in den vorwertförmigen Gesellschaft genausowenig frei wie ihre Knechte. Die Zugehörigkeit zu ihrem Stand herrschte ihnen ein eng umschriebenes Verhaltensrepertoire auf, sie waren nicht durch das kodifizierte Recht gebunden, die normative Kraft altehrwürdiger Rechte und Pflichten war aber keines-

falls geringer (1).

Wenn wir diesen Gedanken festhalten und unsere Ausgangsthese vom fetischistischen Charakter aller bisherigen Gesellschaftsformation ernst nehmen, dann hat das auch, wie sich hier schon abzeichnet, einschneidende Folgen für einen der Grundbegriffe allen bisherigen oppositionellen Denkens, für den Begriff der Herrschaft. Wo sich das unbedingte Willenssubjekt als Fata Morgana, als Rückprojektion der bürgerlichen Vorstellungswelt in die Vergangenheit erweist, wird der alte Universalschlüssel auch für die Analyse vorkapitalistischer Formen fragwürdig.

Die Metamorphose menschlicher Verhältnisse zur objektiven Größe löscht zwar selbstverständlich die Beteiligung der Menschen an ihrer Geschichte nicht aus. Auch wo Fetischformen regieren, kann Gesellschaft nur als menschliches Handeln existieren; aber, und das ist das Wesentliche, die Individuen üben ihre gesellschaftliche Praxis nicht als selbstreflexive Subjekte aus, sie treten einander stattdessen als *Träger* und *Exekutoren* "geronnener Verhältnisse" gegenüber. Der Gesamtprozeß ist von alters her *subjektlos* und daher nicht als ein wie auch immer geartetes personales Herrschaftsverhältnis faßbar. Die höheren und die niederen Stände nehmen zwar in den historischen Fetischsystemen unterschiedliche Positionen ein; die einen funktionieren als Exekutoren, die anderen geben das Material ab, an dem das gesellschaftliche Verhältnis vollstreckt wird. Dieser Unterschied konstituiert aber keine unmittelbare Willkürherrschaft, sondern nur die

(1) Die Beziehung zwischen Herr und Knecht war dabei durchaus doppelseitig. Der Pflicht zu Arbeit und Gehorsam entspricht auf Seiten des Herrn die Pflicht zu Schutz und Fürsorge. Das Vordringen der Geldbeziehung befreit beide. (1) In allen vorbürgerlichen Epochen lassen sich Sachverhalte anführen, die der vulgärmarxistisch-aufklärerischen Vorstellung von einer auf ihren Vorteil bedachten und auf der Basis von Willkür regierenden Klasse offen ins Gesicht schlagen. An dieser Stelle will ich nur auf ein archaisches und daher gleichermaßen eklatantes wie blutrünstiges Beispiel verweisen, das zeigt, daß auch gerade die "Herrschenden" mit Haut und Haar im fetischistischen Zusammenhang gefangen waren, und sich diesem Zwang zur Not auch auf Kosten des blanken Lebens beugten. Als Agathokles der König von Syrakus im 4. vorchristlichen Jahrhundert Kartahgo bedrohte, setzte in dieser blühenden antiken Handelsstadt ein ungeheueres Gemetzel an adligen Kindern ein: "Unter dem Einfluß des Fanatismus scheint damals in der Stadt eine regelrechte religiöse Schreckensherrschaft bestanden zu haben. Man entdeckte (oder tat so, als ob man es gerade entdekt habe), daß die adligen Kinder, die früher hätten geopfert werden sollen, den Göttern nicht wirklich geopfert worden waren, sondern daß ihre Eltern sie gerettet und gegen Neugeborene ausgetauscht hatten, die sie armen Leuten abkauften. Die Schuldigen machtendiese 'Schuld' eilends wieder gut; 'zweihundert Kinder adliger Familien wurden öffentlich geopfert', berichtet Diodor, 'und viele andere, die verdächtigt wurden, in ihrer Jugend zu Unrecht verschont worden zu sein, warfen sich freiwillig in den Scheiterhaufen des Sühnefeuers. Ihre Zahl war nicht geringer als dreihundert'. " Fischer Weltgeschichte, Band 6 (Der Hellenismus und der Aufstieg Roms), Frankfurt 1965, S.85

gemeinsame unbegriffene Unterwerfung unter die bornierten historischen Fetischformen (1).

Den Abschied vom Herrschaftsdenken, zu dem uns die Logik der Feitischismuskritik drängt, legt auch die historische Erfahung nahe. Das Marxsche Verdikt von der Geschichte als einer Geschichte von Klassenkämpfen entbehrt über weite historischen Strecken des empirischen Substrats. Der erbitterte Kampf zwischen "Herrschern" und "Unterworfenen" ist keineswegs der geschichtliche Normalfall, sondern im Gegenteil die erklärungsbedürftige Ausnahme. Figuren wie Thomas Müntzer oder Spartacus und die dazugehörigen Bewegungen sind historische Raritäten und keineswegs die Regel. Das antiherrschaftliche Aufklärungsdenken konnte sich diese Tatsache nur manipulationstheoretisch erklären, was so viel heißt wie gar nicht. Mit dem Perspektivwechsel hin zur Fetischismusanalyse löst sich das Rätsel. Das blinde Einverständnis in die jeweilige gesellschaftliche Fetischform bindet "oben" und "unten" aneinander als Emanationen und sich ergänzende Eigenschaftsträger desselben Verhältnisses.

3. Fetisch und "Patriarchat"

Gesellschaftlichkeit ist gleichbedeutend mit Differenzierung. Wo sich ein größerer umgreifender Zusammenhang herausbildet, polarisiert und strukturiert sich auch das Menschenmaterial. Das Rudel mausert sich im gleichen Maße zur menschlichen Gemeinschaft, wie sich Syntheseprinzipien herausbilden, die die Stammesmitglieder kategorisieren und die unterschiedlichen Merkmalsträger mit jeweils spezifizierten sozialen Funktionen verknüpfen. Die zugewiesenen sozialen Bestimmungen verkehren sich dabei - wie wir weiter oben schon gesehen haben - unter der Herrschaft des Fetischs zu personalen Eigenschaften. Auf archaischer Entwicklungsstufe fiel das Zuordnungsraster natürlich ausgesprochen grob aus und lehnte sich noch eng an die vorgefundenen biologischen Gegebenheiten an. Im ältesten Sediment fetischistischer Verhältnisse gliedert sich die Stammespopulation zunächst, neben der Einteilung nach dem jeweiligen Totem,

In der Entwicklung des Opfers ist mit dem Übergang zur Opferung von Sklaven, Kriegsgefangenen (Atzteken) und Tieren bereits ein sekundäres Stadium erreicht. Ursprünglich sind es gerade die Besten und Edelsten, die zum Wohle des Gemeinwesens ihr Leben lassen müssen und es für gewöhnlich auch bereitwillig hingeben. In verschiedenen westafrikanischen Königreichen waren es gerade die Regenten selber, in den die Fruchtbarkeit inkarniert war, die geopfert wurden, sobald Gesundheit, Jugendlichkeit und Spannkraft nachzulassen begannen.

denn auch im wesentlichen nur nach zwei weiteren Gesichtspunkten, nach Alter und Geschlecht. Junge und Greise, Frauen und Männer wurden gegeneinander scharf abgegrenzten Daseinsbereiche zugeordnet. Diese Segregation geht zwangsläufig mit der Verfestigung von "Weiblichkeit" und "Männlichkeit" einerseits, und "Jugendlichkeit" und "Alter" andererseits, einher. Die krude biologische Differenz plustert sich zum kohärenten Eigenschaftskomplex auf. Die erste Natur wird zur Projektionsfläche der innerhalb der zweiten Natur gesetzten Differenzierungen, die Biologie saugt die soziale Beziehung in sich auf. Obwohl die archaische Geschlechtertrennung keineswegs durch die physiologische Differenz gedeckt ist, erweist sie sich als erstaunlich stabil. Sie reproduziert sich rigoros auch in den nachfolgenden Fetischformen. Noch bei der Untersuchung der ländlichen Verhältnisse im Mitteleuropa des 19. Jahrhunderts konstatieren die Familienhistoriker einen bemerkenswerten Kontrast zwischen der fast kaum entfalteten Arbeitsteilung innerhalb der bäuerlichen Hofgemeinschaft und der starren Segregation weiblicher und männlicher Arbeiten.

> "Während der Bauer für alle ihm untergebenen männlichen Arbeitskräfte (Söhne, Knechte, Inwohner, Taglöhner) die oberste Instanz war, unterstanden alle weiblichen Arbeitskräfte der Bäuerin. Innerhalb des 'männlichen' und des 'weiblichen' Arbeitsbereichs war aber meist nur geringe Spezialisierung vorhanden. Im Grunde mußten alle als erwachsen geltenden Arbeitskräfte die ihrem Geschlecht zugewiesenen Arbeiten beherrschen." (1)

Die konsequente geschlechtsspezifische Trennung beschränkte sich dabei nicht auf den unmittelbaren Arbeitsprozeß, sie drückte allen Lebensäußerungen ihren Stempel auf (2). Bis ins vorige Jahrhundert hinein existieren auf dem Land neben der männlich dominierten dörflichen Öffentlichkeit ein davon streng geschiedenes weibliches Milieu (3) und selbst die Tischordnung (4) folgt den Geschlechtergrenzen.

(1) Reinhard Sieder, Sozialgeschichte der Familie, Frankfurt 1987, S.28

(2) In der marxistischen und sozio-feministischen Debatte wurde dieses Auseinanderfallen vornehmlich unter der Rubrik "geschlechtsspezifische Arbeitsteilung" thematisiert. Diese Etikettierung greift allerdings begrifflich zu kurz, denn sie operiert mit Standards, die aus bürgerlichen Verhältnis auf die Vergangenheit zurückprojiziert werden. In Gesellschaften, in denen die "Arbeit" sich noch nicht zur seperaten gesellschaftlichen Sphäre abgesondert hat, sondern in ein alle Lebensäußerungen umgreifendes Amalgam integriert ist, läßt sich auch die geschlechtsspezifische Polarisierung notwendig nicht um die Kategorie Arbeit zentrieren.

(3) Ein Ort spezifischer weiblicher Öffentlichkeit waren etwa die Spinnstuben, in denen sich Frauen von verschiedenen Höfen zu geselliger Arbeit trafen. Vgl. dazu a.a.O, S.38

(4) Vgl. a.a.O, S.51

Für die in vorbürgerlichen Fetischformen befangenen Zeitgenossen war die Rechtfertigung der zweiten Natur durch die erste wasserdicht und nicht zu erschüttern. Es sind die genau definierbaren weiblichen und männlichen Eigenschaften, die den Geschlechtern ihren gesellschaftlichen Ort zuweisen. Der Blick zurück dementiert - für uns nachgeborene Betrachter - allerdings den "natürlichen" Charakter der tradierten Geschlechterrollen gründlich. Denn so rigoros auch die Tätigkeitsbereiche innerhalb der jeweiligen Gemeinschaften nach dem Geschlecht spezifiziert wurden, so wenig lassen sich allgemeine Kriterien angeben, was in den traditionellen Lebensformen als Frauen- und was als Männersache zu gelten hat. Die Zuordnung variiert von Region zu Region und erst recht in verschiedenen Epochen. Selbst die körperliche Konstitution gibt hier keinen hinreichenden Fingerzeig. Während in Westafrika die Frau als Schwerarbeiter und allgemeines Lasttier figuriert(e), waren in Europa seit dem Mittelalter gerade all jene Feldarbeiten Männerprivileg, die besonders viel Körperkraft erforderten. Während die Ausübung wesentlicher antiker Kulte ausschließlich Priesterinnen anheimfiel, blieb Frauen diese sakrale Position in den christlichen Kirchen verwehrt, usw.

Die feministische Strömung hat sich von der Tatsache, daß alle auf Fetischformen beruhenden Formationen, selbst noch die bürgerliche Gesellschaft den Geschlechtergegensatz neu ausgebildet haben, dazu verführen lassen, die *Kontinuität* des Geschlechtergegensatzes nach Kräften herauszustellen. In der feministischen Interpretation steht dementsprechend das Standardschlagwort "Patriarchat" für eine überaus populäre Sichtweise, die sich selber als Kritik eines überkommenen, jahrtausendealten Unterdrückungsverhältnisses versteht.

Die negative Beschwörung uralter "patriarchalischer Strukturen" wirkt aber nur auf den ersten Blick selbstverständlich. Bei näherem Hinsehen erweist sich dieses Theorem als überaus tückisch und ausgesprochen problematisch. Denn, indem der Terminus "Patriarchat" sich auf das vermeintlich Bleibende konzentriert, relativiert er den realen historische Prozeß zur sekundären Binnenentwicklung. Das Geschlechterverhältnis erscheint antipatriarchalisch beleuchtet als historische Konstante, die in ihrem Wesenskern durch alle bisherigen Umbrüche keineswegs affiziert wird. Real setzt aber das moderne Geschlechterverhältnis nicht einfach die vorkapitalistischen Fetischformen angehörende Geschlechterdifferenzierung fort, sondern es folgt seiner eigenen, von der Warenform komponierten Melodie. Die Trennung der Geschlechter existiert in allen fetischistischen Gesellschaften, sie bedeutet in ihnen aber nicht immer das gleiche. Das bürgerli-

che Geschlechterverhältnis läßt sich dementsprechend auch nur aus dem Gesamtzusammenhang der bürgerlichen Fetischform heraus verstehen und ist nicht einfach die kontinuierliche Fortsetzung der vergangenen Ausprägungen der Geschlechterbeziehung (1). Das antipatriachale Banner verstellt aber den Blick dafür. Mit dem im Schlagwort Patriarchat immer schon enthaltenen Verweis auf den vieltausendjährigen historischen Vorlauf ist die moderne bürgerliche Form des Geschlechterverhältnisses vor analytischen Zudringlichkeiten erst einmal abgeschirmt. Sie rückt nicht als solche ins Visier, sondern wird nur unter dem Gesichtspunkt der Fortsetzung vorgängiger Formationen wahrgenommen, die dann auch prompt in den modernen wiedererkannt werden (2). Im Stichwort Patriarchat manifestiert sich schon der Drang, die für die entwickelte bürgerliche Gesellschaft charakteristische geschlechtsspezifsche Komponente nicht aus der Gesellschaftsformation abzuleiten, der sie angehört, sondern sie als eine vom Kapitalverhältnis unabhängige, ihm nur äußerlich angepaßte

(1) Die Trennung der privaten von der öffentlichen Sphäre bildet die Matrix, die das Geschlechterverhältnis im wesentlichen bestimmt. Diese Sphärentrennung hat eine lange Vorgeschichte und damit auch der Geschlechtergegensatz. Die purifizierte zugespitzte Form dieser Dichotomie bildet aber erst die entwickelte bürgerliche Gesellschaft aus. Erst von diesem Widerspruchsniveau aus kann auch die Vorgeschichte des modernen Geschlechterverhältnisses wiederum ins Blickfeld rücken. Die berühmte Sentenz von Marx über die "Anatomie des Menschen", die den "Schlüssel zur Anatomie des Affen" bereithält, trifft auch die Analyse des bürgerlichen und vorbürgerlichen Geschlechterverhältnisses.

(2) Die antipatriarchale Position erinnert fatal an die Sichtweise des traditionellen Marxismus und seine Klassenkampftheorie. Auch die marxistische Orthodoxie stellte den Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie mit Vorliebe in die historische Kontinuität des jahrtausendealten Kampfes von Arm und Reich. Die Marxisten sahen in der Emanzipationsbewegung der "Lohnsklaven" gerne die Fortsetzung der Sklavenaufstände der Antike, der Jacquerien und des ewigen Ringens der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker überhaupt. In der Identifikation mit diesem Erbe verschwindet der Formunterschied zwischen den verschiedenen Varianten von "Ausbeutung", oder er reduziert sich zumindest auf ein sekundäres, beim Blick auf das Wesentliche, zu vernachlässigendes Problem. Allen Klassengesellschaften liegt durchgängig die Aneignung von Mehrprodukt zugrunde. Dieser Grundbestimmung gegenüber scheint die Form, die dieses Mehrprodukt unter bürgerlichen Bedingungen annimmt, nämlich die Form des Mehrwert reichlich gleichgültig. Das Wesentliche ist das "Mehr" nicht der "Wert". Wenn die Arbeitskraft die Form des Werts annimmt, in den Äquivalententausch eingeht, so vernebelt diese Tatsache nur die darunter verborgene brutale Auspressung der Arbeitskraft. Sie ist wie eh und je der Kern des Verhältnisses. Die Wertform gilt dagegen nur als perfide Ablenkung vom Eigentlichen. Wer das Wesen begreifen will, der muß von der Form und vom Schein der Zirkulation absehen.

Mit dem Ausbeutungsparadigma, das sich im Herausstellen historischer Kontinuitäten gefällt, hat sich der Arbeiterbewegungsmarxismus konsequent das Verständnis der Spezifika der bürgerlichen Gesellschaftsformation verbaut. Das Charakteristische wurde als das Unwesentliche und Ablenkende beiseite geschoben. Wie so oft wird der Verweis auf die Geschichte zum Vehikel einer durch und durch ahistorischen und daher nolens volens apologetischen Weltsicht.

Größe zu behandeln (1).

Der Terminus Patriarchat lockt aber nicht nur wegen seines überhistorischen Beigeschmacks in die Irre. Wer auf dem Boden dieser Losung Theorie betreiben will, landet auch deshalb sehr schnell auf dem Holzweg, weil Patriarchat fatal nach einem unmittelbaren personalen Gewaltverhältnis klingt, das jenseits des Versachlichungszusammenhanges als etwas ihm Zusätzliches und daher Äußerliches angesiedelt scheint (2). Der Terminus Patriarchat steht als Platzhalter für die Willkürherrschaft der Männer über die Frauen. Diese Vorstellung mag einen gewissen propagandistischen Wert haben. Wo sie aber gesellschaftstheoretisch werden will, blamiert sie sich an der Realität der Fetischgestalten. Alle Fetischverhältnisse stellen Mann und Frau einander gegenüber, sie umgreifen dabei aber beide Seiten gleichermaßen. Die Männer führen kein patriarchales Willkürregiment, sie exekutieren an den Frauen nur das ihnen selbst vorausgesetzte fetischistische Gewaltverhältnis. Der Zwang, den sie an den Frauen ausüben, hat seinen Urgrund nicht im männlichen Willen, sondern in dem diesen "Herrschenden" immer schon vorausgesetzten gesellschaftlichen Syntheseprinzip. Das Bild von der "Männerherrschaft", die sich die Frauen mit Gewalt und List unterworfen haben, taugt zur Analyse der Geschichte des Geschlechterverhältnisses ebensowenig wie die überlieferte Herrschaftsvorstellung überhaupt.

4. Das Geld und die Differenzierung von Eigenschaft und Eigentum

Die archaischen Fetischformen, von den urgeschichtlichen Blutsverwandtschaftssystemen bis hin zur feudalen Ordnung, tragen stark personalistische Züge. Es existieren zwar "Gesellschaftsdinge", wie et-

(1) Die einzige Autorin, die meines Wissens dieses Problem anspricht und selbst explizit darauf abhebt, das moderne Geschlechterverhältnis aus dem kapitalistischen Bedingungszusammenhang abzuleiten, ist Hildegard Heise. Sie kritisiert die Verknüpfung von Patriarchat und Kapitalismus in der bisherigen feministischen Diskussion und schreibt ganz in unserem Sinne :"Indem nun bei der wissenschaftlichen Durchdringung vor allem diese historische Kontinuität, die je andersartige Gesellschaftsformationen übergreift, und die anscheinend zu erwartende historische Entwicklungslinie wahrgenommen werden, versperren die vorgestellten Interpretationsversuche den Blick dafür, überhaupt erstmal diesen überlieferten Kristall als aus dem kapitalistischen Milieu ursächlich entstehend begreifen zu wollen." (Hildegard Heise: "Flucht vor der Widersprüchlichkeit" Kapitalistische Produktionsweise und Geschlechterbeziehung, Frankfurt 1986 S.19) Hildegard Heise geht sogar soweit, den Begriff Patriarchat überhaupt abzulehnen. *(Nachweis)

(2) Dem entsprechend ist die feministische Theorie kaum über eine additive Verknüpfung "kapitalistischer" und "patriarchaler" Phänomene hinausgekommen.

wa der feudale Grundbesitz, sie lassen sich aber nicht unabhängig von ihren Trägern denken. Im Mittelalter kann kein Lehen ohne den dazugehörigen persönlichen Vasallen existieren, und noch bis tief in die Neuzeit hinein verschwimmen Eigentum und Eigenschaft ineinander. Ihre einstige unmittelbare Identität hallt heute noch in der gemeinsamen sprachlichen Wurzel dieser Begriffe nach.

Dem modernen Individuum, das sich im Kult des abstrakten Menschen selber reflektiert, fällt es schwer, sich in der Retrospektive die verflossene Einheit vorzustellen. Für den vorbürgerlichen Menschen war sie dagegen knallharte, nicht hintergehbare gesellschaftliche Realität. Der mittelalterliche Mensch, der sich selbst nur in seiner spezifizierten ständischen Bestimmung als Bauer, Handwerker, Dienstmagd oder Ritter denken konnte, mußte die zur jeweiligen sozialen Stellung dazugehörigen sachlichen Attribute als die soziale Fortsetzung seiner Leiblichkeit wahrnehmen. Er konnte sie ebensowenig als bloß äußerliches Besitztum behandeln wie wir unseren Körper. Was für das bürgerliche Individuum eine Selbstverständlichkeit ist, die freie Verfügungsgewalt über sein Eigentum, mußte den Altvorderen als obszönes Unding, quasi als Aufforderung zum Handel mit den eigenen Organen aufstoßen (1). Nicht nur das vorbürgerliche Grundeigentum und sein Grundeigentümer verschmelzen unweigerlich zu einer Gesamtfetischfigur. Das gleiche Phänomen charakterisiert ausnahmslos alle noch nicht durch das Geld vermittelten Gesellschaftszustände und läßt sich auch etwa am mittelalterlichen Zunftwesen studieren. Der mittelalterliche Handwerksmeister darf sich nur deshalb in den Besitz der ihm notwendigen Werkzeuge setzen, weil er sich die Fähigkeit angeeignet hat, sie auch zünftig anzuwenden. Wer nicht in die Geheimnisse der Zunft eingeweiht ist, der hat auch nicht das Recht, die entsprechenden Arbeitsmittel zu erwerben.

Die für vorkapitalistische Gesellschaften typische enge Verbindung von Eigentum und bestimmten, der Person anhaftenden Eigenschaften und Fähigkeiten hat Marx unter dem Stichwort "die Identität der Arbeit mit dem Eigentum" thematisiert (2). Diese Verknüpfung reicht aber weit über das Verhältnis von lebendiger Arbeitspotenz und Arbeitsmittel hinaus, sie umgreift im vorbürgerlichen Rahmen den gesamten Lebenszusammenhang. Im Erwerb der zünftigen Mei-

(1) Genau in dieser Perspektive erlebt die Landaristokratie und die Bauernschaft denn auch den Vormarsch der Geldbeziehung, die Grund und Boden zum Handelsgegenstand macht.

(2) Karl Marx, Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie, Berlin/Ost 1974, S. 373. Vgl. aber in diesem Zusammenhang auch das folgende Kapitel: "Progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation" "Grundrisse" S.375 ff.

sterschaft z.B. sind nicht nur der Besitz bestimmter Arbeitsmittel und der dazugehörigen handwerklichen Fertigkeiten aneinander gekoppelt, die Etablierung als Meister bedeutet gleichzeitig auch Heiratsfähigkeit und eine entsprechende Position im sozialen Gemeinwesen. Noch drastischer als in der Stadt tritt diese Kopplung auf dem Lande zu Tage. Der west- und mitteleuropäische Bauer konnte erst parallel zur Hofübernahme heiraten, mußte es aber auch zu diesem Zeitpunkt. Zum Status des Bauern gehören nicht nur Kenntnisse und Fertigkeiten im Landbau, sondern auch die Eigenschaft des Familienvaters und Gatten.

> "Heiraten war in bäuerlichen Kreisen eine unabdingbare Voraussetzung, wollte man in den Besitz eines bäuerlichen Hofes gelangen oder einen von den Eltern übernommenen Bauernhof erhalten. Die Notwendigkeit, gemeinsam mit dem Ehepartner der bäuerlichen Hausgemeinschaft vorzustehen, bestimmte - gleichsam als zentrale sozioökonomische Determinante- den gesamten Umgang mit potentiellen Ehepartnern, mit Erotik und Sexualität." (1)

Wie am Bauern, so vereinigte sich am vorbürgerlichen Menschen überhaupt sein spezifizierter Besitz, seine besondere zünftige Fertigkeit, sowie seine familiale und öffentliche Existenz zu einem einzigen Eigenschaftskomplex.

Der Gebrauch von konkretem Eigentum zieht auf der Besitzerseite notwendig spezifizierte Anwendereigenschaften nach sich. In der Äquivokation des Terminus "Vermögen" schwingt die ursprünglich notwendige Entsprechung noch mit (2). Das feudale Grundeigentum läßt sich ebensowenig aus der dazugehörigen genau bestimmbaren Lebensart heraussezieren wie sein bäuerliches Pendant.

Die Entfaltung und schließliche Verallgemeinerung der Warenproduktion wirft dieses Verhältnis gründlich um. Die tautologische Bewegung des Geldes schwingt sich zum universellen gesellschaftlichen Selbstzweck auf und reduziert den konkreten Reichtum zur austauschbaren Darstellungsform abstrakten Reichtums. Wo das Geld regiert, verwandelt es jeden beliebigen Gebrauchswert in den unvollkommenen Stellvertreter seiner selbst, und die von den Besonderheiten des Stoffs aufgeherrschten Gesichtspunkte gelten ihm als im Grunde gleichgültige empirische Verunreinigungen. Das impliziert aber gleichzeitig die Emanzipation geldförmiger Vermittlung von allen spezifizierten Eigenschaften und Fähigkeiten seiner personalen

(1) Reinhard Sieder, Sozialgeschichte.. S.59

(2) Vermögen wird einerseits als ein Synonym für Besitztum verwendet und meint anderseits bestimmbare personelle Fähigkeiten. Er vermag zwei Wildschweine auf einmal zu verspeisen, sie vermag 100 Meter in weniger als 12 Sekunden zu laufen.

Träger. Das Geld ist das erste und einzige Gesellschafts-*Ding* sans phrase und verbindet als solches Universalität mit radikaler Entpersonalisierung (1).

5. Warenfetisch und soziologistische Verkehrung

In vorkapitalistischen Formationen, etwa auf der Stufe des feudalen Grundeigentums, verbinden sich, wie wir weiter oben schon gesehen haben, Sache und Person zu einer Gesamtfetischfigur. Die fetischistische Verkehrung der gesellschaftlichen Beziehungen in personelle, den Menschen anhaftende Charaktereigenschaften, überlagert die Verkehrung des sozialen Zusammenhangs zur "Ding-Eigenschaft". Der Vormarsch der abstrakten Geldbeziehung sprengt diese organische Einheit und setzt an ihre Stelle im Warenfetisch eine durch und durch versachlichte Version von Fetischbeziehung. Das gesellschaftliche Verhältnis versteinert im Geld zur aus allen personalen Eigenschaften und Fähigkeiten herausgelösten, körpergeruchsfreien Sache.

Der fetischistische Kosmos büßt damit aber keineswegs sein personalistisches Element ersatzlos ein. Neben der Verdinglichung sondert sich die Vereigenschaftung des gesellschaftlichen Verhältnisses an seinen belebten Trägern als ein eigenständiges fetischistisches Wahrnehmungsmuster ab. Die Welt bürgerlicher Ideologie, in der eine "falsche Wirklichkeit" ihr "richtiges" Bewußtsein findet, ist bipolar

(1) Dieser Differenzierungsprozeß läßt sich begrifflich nur im Rahmen der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie auf den Punkt bringen. Trotzdem haben aber natürlich auch andere Geistesströmungen diesen empirisch evidenten Sachverhalt konstatiert. An erster Stelle ist hier die Lebensphilosophie und die konservative Geldkritik zu nennen. Einer der Hauptvertreter dieser Position, Georg Simmel, beschreibt in seiner "Philosophie des Geldes" recht anschaulich, wie die Ausbreitung der Geldbeziehung einen Keil zwischen die Person und ihren Besitz treibt und resümiert dann diesen Prozeß: "Die Geldwirtschaft differenziert beides, Sachlichkeit bzw. Besitz und Persönlichkeit werden gegeneinander selbständig." Georg Simmel, Philosophie des Geldes, S.451.
Oder, im selben Sinne an anderer Stelle: "Das Geld hat es bewirkt, daß man sich mit Anderen vereinen kann, ohne etwas von der persönlichen Freiheit und Reserve aufgeben zu brauchen." S.465 "Das Geld allein konnte solche Gemeinsamkeiten zustande bringen, die das einzelne Mitglied überhaupt nicht präjudizieren: es hat den Zweckverband zu seinen reinen Formen entwickelt, jene Organisationsart, die sozusagen das Unpersönliche an den Individuen zu einer Aktion vereinigt und uns die bisher einzige Möglichkeit gelehrt hat, wie sich Personen unter absoluter Reserve alles Persönlichen und Spezifischen vereinen können." S. 468

strukturiert (1). Die Verkehrung menschlicher Potenzen und gesellschaftlicher Beziehungen zur objektiven transhumanen Gewalt können die im Fetisch befangenen Köpfe nicht denken. Stattdessen zerfällt ihnen die paradoxe Totalität der bürgerlichen Gesellschaft in den dichotomischen Gegensatz von Objekt und Subjekt. Wo das bürgerliche Denken das dinghaft sachliche am Kapitalverhältnis thematisiert, vergißt es, daß es sich dabei um Reflexionsformen einer ganz bestimmten Art *menschlicher Beziehungen* handelt, und faßt, in Analogie zu den Naturwissenschaften, den gesellschaftlichen Zusammenhang als eine Summe außermenschlicher positiver Größen. Beharrt der bürgerliche Verstand dagegen auf der Tatsache, daß es die Menschen sind, die ihre Geschichte machen, dann kann er alles "Objektive" nur als bloßen Schein durchstreichen. Er schwadroniert über den Konstitutionszusammenhang hinweg und behandelt die Akteure des Fetischverhältnisses als unbedingte Subjekte.

In diesem *soziologistischen* Interpretationsraster ergibt sich die gesellschaftliche Wirklichkeit als eine Art von Kräfteparallelogramm, das von den einander widerstrebenden Willensakten sozialer Großsubjekte aufgespannt wird, und der reale Entwicklungstrend stellt sich dementsprechend, ähnlich wie in der klassischen Mechanik, als Resultante her.

Die ausgeblendete Verdinglichung schleicht sich ins soziologistische Denken allerdings durch die Hintertür wieder ein. Weil es die Marionetten des Werts naiv als unbedingte, mit eigenem Willen ausgestattete Subjekte nimmt, muß das soziologistische Wahrnehmungsraster die Gewalt des gesellschaftlichen Prozesses an den personellen Trägern dingfest machen. Es introjiziert die den Menschen immer schon vorausgesetzte Logik in die Funktionsträger und kann den realen Versachlichungszusammenhang, wie er sich im Konkurrenzhandeln der von ihm konstituierten Charaktermasken durchsetzt, nur in spezifische Merkmale, die diesen sozialen Bestimmungen per se anhaften, übersetzen (2). Das alte Eigenschaftsdenken feiert als ideologische Figur fröhliche Urstände und reproduziert sich notwendig auf dem Boden des Ware-Geld-Fetischs. Die gesellschaftlichen Beziehun-

(1) Die Geschichte bürgerlicher Welterklärung bewegt sich in der Antinomie von Subjektivismus und Objektivismus. Diese beiden Binnenströmungen im bürgerlichen Denken entsprechen den beiden ausdifferenzierten Ebenen von fetischistischer Vereigenschaftung. Hic Versachlichung im Geld, hic Vereigenschaftung am "freien Willenssubjekt". Das Problem dieser Objekt-Subjekt-Dichotomie hat Norbert Trenkle in seinem Aufsatz Die vergebliche Suche nach dem unverdinglichten Rest, Krisis 10, bereits dargestellt.

(2) Diesen Zusammenhang hat Peter Klein unter Einschluß seiner philosophiegeschichtlichen Wurzeln recht ausführlich in seinem Beitrag Demokratie und Sozialismus in der "Marxistischen Kritik 7" entwickelt.

gen nehmen die Form metasubjektiver *Eigenschaften* an. Aus dem dem Kapital inhärenten Verwertungszwang wird das egoistische Profitinteresse, wenn nicht gar die Profitgier der Kapitalisten. Die Unterwerfung des komplexen, konkret stofflichen Zusammenhangs unter das Regiment abstrakt allgemeiner Vorschriften und Gesetze, eine strukturelle, mit der bürgerlichen Form gesetzte Absurdität, verwandelt sich in die Borniertheit und den allseits entwickelten Unwillen des Amtsschimmels und seiner Paragraphenritter.

Der gesunde Menschenverstand plappert naiv in dererlei Meinungskundgebungen ein allgemeines Strickmuster bürgerlichen Denkens aus. Der unabweisliche Drang zur Vereigenschaftung ist keineswegs seine spezielle Domäne. Die gleiche Verkehrung setzt sich auch im mit theoretischem Anspruch befrachteten Soziologismus unter der Hand durch. Diese reflektierteren Varianten halten zwar an der Differenz von Einzelindividuum und sozialem Kollektivsubjekt fest und schließen die persönlichen Unzulänglichkeiten des Einzelexemplars mit mit den Merkmalen der sozialen Gruppe kurz, der es zugeordnet wird. An der Grundstruktur ändert die Abgrenzung von der summarischen personellen Sammeleigenschaft aber gar nichts.

Der Drang zur Vereigenschaftung gesellschaftlicher Verhältnisse schlägt insbesondere dort verheerend durch, wo soziologistisches Denken nicht beim Beschreiben des Faktischen stehenbleibt, sondern die Übel dieser Welt beklagt. In seiner plattesten Ausprägung, als misanthrope Menschenfreundlichkeit, schiebt es sämtliche Mißstände, die die verrückte fetischistische Form der gesellschaftlichen Beziehungen hervortreibt, den versammelten vereinzelten Einzelnen in die Schuhe. Die charakterlichen Mängel "des Menschen", in seinem ideellen Durchschnitt, müssen als Ursache aller gesellschaftlichen Fehlentwicklungen herhalten. Mit dieser für Theologen und Bundespräsidenten idealen Weltsicht mag sich die oppositionelle Version des Soziologismus, wo sie radikal und praktisch werden will, nicht so recht begnügen. Sie wehrt sich nachdrücklich gegen die Vereigenschaftung nach dem Gießkannenprinzip, die jeden und damit niemanden trifft. Blind für die Perfidie und Abstrusität der gesellschaftlichen Form kann sie sich aber nicht anders helfen als damit, daß sie die Vereigenschaftung auf besonders herausgehobene Kollektivpersonen konzentriert. Für das Waldsterben ist die "Industrie" oder der "Autofahrer" zur Rechenschaft zu ziehen, für die Armut der 3. Welt sind die Multis, deren Strategie und der IWF verantwortlich und für die Frauenunterdrückung selbstverständlich "die Männer". Diese Schuldzuweisungen müssen immer im Pauschalen und Konkretistischen bleiben.

Sie vertragen kein Nachhaken, ansonsten vernebeln sie sich immer mehr. Wo die Soziologisten auf ihren Anwürfen insistieren, können sie nur "Exempel statuieren", oder ihr redliches Bemühen schlägt gar in willkürliche Sündenbockproduktion um.

Die moderne links angehauchte Gesellschaftskritik steht mit ihrem wenig ersprießlichen Bemühen keineswegs im Gegensatz zu ihren Vorläufern. Schon der gute alte Arbeiterbewegungsmarxismus (1) war weit davon entfernt, sich der Verrücktheit des bürgerlicher Zustands zu vergewissern. Die marxistische Gesellschaftsanalyse war stattdessen ihre Lebtag eifrig damit beschäftigt, dessen Paradoxien wegzuglätten. Selber durch ihre soziologistischen Voraussetzungen in den Aporien der bürgerlichen Form gefangen, ging es den Klassenkämpfern ganz bieder darum, die Kapitalistenklasse theoretisch dingfest zu machen. Sie wollten nachweisen, daß die Bourgeosie für alles Elend dieser Welt verantwortlich ist, und daß daher allein deren Sturz der Arbeiterklasse und allen Werktätigen das Heil bringen kann. Das höchste auf dieser Grundlage denkbare Maß an Radikalität besteht denn auch gemäß der klassischen Formulierung von Brecht darin, den Klassenfeind mit "Name und Addresse" zu benennen und der Bourgeoisie endlich die Maske vom Gesicht zu reißen.

Diese gängige arbeiterbewegte Interpretationsweise ignoriert nicht nur die im Fetischbegriff formulierte Quintessenz der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie, sie stellt deren Logik auf den Kopf. Während die Kritik der politischen Ökonomie vom Wert als der Grundkategorie der bürgerlichen Gesellschaft ausgeht und die Klassen als die erscheinende Oberfläche des Grundverhältnisses bestimmt, verortet der Arbeiterbewegungsmarxismus das Wesen der von ihm kritisierten kapitalistischen Gesellschaft im Gegeneinander sozialer Großgruppen. Als letzter Grund der bürgerlichen Gesellschaft galt ihm durchgängig der Gegensatz von Kapitalisten- und Arbeiterklasse. Die alte Arbeiterbewegung und ihre marxistischen Theoretiker verwandelten die Konkurrenz der vom Wert konstituierten sozialkategorialen Funktionen Lohnarbeit und Kapital in den Zusammenprall unbedingter sozialer Großsubjekte. Die Warenform und die von ihr kon-

(1) Ich unterscheide hier bewußt den Marxismus und die Marxsche Theorie voneinander. Während die Marxsche Theorie zwei diametral entgegengesetzte Stränge umfaßt, die letztlich unvermittelt nebeneinander stehen, nämlich die Fundamentalkritik des Warenfetischs und die soziologistische Lehre vom Klassenkampf, haben die Epigonen diese innere Spannung zugunsten des letzteren aufgelöst. Zum Marxismus verflacht und bis zum Exzeß breitgetreten, wurde allein diese Linie historisch wirksam, die Analyse von Wertform und Ware dagegen geriet in Vergessenheit und blieb bis zum heutigen Tage folgenlos. Vergleiche in diesem Zusammenhang meinen Beitrag Das Ende des Proletariats als Anfang der Revolution in der Krisis 10, insbesondere Kapitel 2 Der janusköpfige Marx.

stituierten gesellschaftlichen Sphären, u. a. den Staat, behandelte er demgegenüber als die gesellschaftliche Oberfläche, "hinter" der sich als das "Eigentliche" der Gesellschaft der Klassengegensatz "verbirgt" (1).

Das moderne oppositionelle Soziologisieren, weit davon entfernt, sich an dieser verkehrten Sicht einer verkehrten Wirklichkeit zu stoßen, ist sich mit dem verblichenen Marxismus in den Grundrastern einig, und treibt sie als stereotype Enthüllungsmanie weiter. Statt die Existenz von "Sachzwängen" zum Argument gegen den Aberwitz des bürgerlichen Systems zu wenden, mühen sich die radikalen Linken heute genauso wie ihre marxistischen Vorväter damit ab, den "Sachzwang" als bloß vorgeschoben zu enthüllen, um die dahinter "versteckten" Interessen ans Licht zu zerren.

6. Die Entfaltung der Wertvergesellschaftung und die Entwicklung des soziologistischen Denkens

Die Transformation des gesellschaftlichen Zusammenhangs zur personalen und metapersonalen Eigenschaften hat ihre Wurzeln in der bürgerlichen Formbestimmung selber. Die Verkehrung der gesellschaftlichen Beziehungen zu metasubjektiven Eigenschaften wiederholt am belebten Gesellschaftsinventar nur die für die bürgerliche Form grundlegende Verkehrung des Werts zur dinglichen Eigenschaft, wie sie Marx im 1. Kapitel des 1.Bandes des "Kapital" analysiert hat. Das Eigenschaftsdenken ist damit bereits in der Keimzelle der bürgerlichen Gesellschaft mitangelegt, es gehört quasi zum Chromosomensatz der Warenvergesellschaftung. Als genetisches Material reproduziert sich das soziologistische Eigenschaftsdenken denn auch unweigerlich, solange sich die auf dem Wert beruhende Gesellschaftsformation überhaupt fortwälzt. Das soziologistische Raster läßt sich ideologiekritisch nicht aus der Welt schaffen. Es kann nur zusammen mit den fetischistischen Verhältnissen verschwinden, die es hervortreiben.

Dieser Umstand garantiert ihm allerdings keineswegs eine friedliche, unbeschwerte Binnenentwicklung im Rahmen kapitalistischer Vergesellschaftung. Während der Triumph der bürgerlichen Form die

(1) Die soziologistische Verkehrung, mit der sich der Arbeiterbewegungsmarxismus den Zugang zu Kritik und Analyse der Grundkategorien der bürgerlichen Gesellschaft vermauert, habe ich zusammen mit Robert Kurz bereits in dem Aufsatz Der Klassenkampffetisch in der "Marxistischen Kritik" 7 ausführlich dargestellt. An dieser Stelle kann ich das dort Entwickelte nur summarisch zusammenfassen.

Vorherrschaft soziologistischen Denkens einerseits setzt, macht gleichzeitig die reale Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft das Eigenschaftsdenken obsolet und überführt in immer schnellerem Rhythmus dessen aufeinanderfolgende Spielarten der inneren Kraftlosigkeit. Der Fortschritt des soziologistischen Denkens entpuppt sich bei näherem Zusehen als unaufhaltsamer Erosionsprozeß, und der moderne Soziologismus erweist sich letztlich auch schon innerhalb der modernen bürgerlichen Gesellschaft als ein Fall für den Gerontologen. Der Soziologismus gewinnt heute zombiehafte Züge; er kann nicht leben und kann nicht sterben.

Das Eigenschaftsdenken bedarf, um offensiv und selbstbewußt auftreten zu können, eines entsprechenden empirischen Pendants. Von allen bisherigen Gesellschaftformationen kommt die entwickelte bürgerliche Gesellschaft dem vereigenschaftenden Welterklärungsraster aber am wenigsten entgegen. Wo der Soziologismus sich auf diesen Erkenntnisgegenstand einläßt, betritt er ein für ihn gefahrvolles Terrain voll von Fallstricken und Dementis.

Die unauflöslichen Schwierigkeiten, an denen das soziologistische Denken zerfasert und schließlich scheitert, lassen sich von zwei Seiten her nachzeichnen, einerseits von der Gesamtgesellschaft, andererseits vom Individuum her. Beginnen wir zunächst mit ersterem.

Die soziologistischen Raster wirken plausibel und bringen es zum Gestus universeller Welterklärung, wo sie auf ein relativ einfaches strukturiertes, übersichtliches Gesellschaftsgefüge treffen. Die Übersetzung gesellschaftlicher Verhältnisse in die Eigenschaftsform geht einigermaßen problemlos vonstatten, solange das soziologistische Denken dieses Unternehmen an einigen wenigen, in sich geschlossenen sozialen Großgruppen festmachen kann. Es liegt aber gerade in der Logik des Kapitals, diese Konstellation aufzulösen. Die Scheinmetasubjekte, die in der Lage wären, weitgehend das gesamte Ensemble der gesellschaftlichen Wirklichkeit als Eigenschaft in sich aufzusaugen, stehen am Anfang der bürgerlichen Entwicklung. Sie fallen der Universalisierung geldförmiger Vermittlung zum Opfer.

Die Versachlichung der gesellschaftlichen Verhältnisse setzt sich als Funktionsdifferenzierungsprozeß durch. Die Subsumtion unter die bürgerliche Form zerlegt den Lebenszusammenhang in Einzelsegmente und splittert ihn auf. Das Private trennt sich vom Öffentlichen, der Staat von der Gesellschaft, der Zuständigkeitsbereich geldförmiger Vermittlung vom Reich des abstrakten Rechtes, die Religion von der öffentlichen Gewalt, der Konsum von der Produktion usw. Diese Zerstückelung, die das organische, in sich geschlossene vorkapitalistische

Gefüge zersprengt, wirkt aber gleichzeitig im Bezug auf das menschliche Gesellschaftsinventar nivellierend. Die Menschen stehen dem aufgespreizten und verzweigten gesellschaftlichen Zusammenhang zusehends als bloße Geld- und Rechtsmonaden gegenüber und gehen jeder umfassenderen sozialen Sonderbestimmung verlustig. Der Arbeiter ist außerhalb der Fabrik nicht mehr als solcher von vornherein kenntlich, er ist Konsument wie andere auch. Sobald er am Lenkrad seines Fahrzeuges sitzt, sind alle anderen Bestimmungen an ihm ausgelöscht, und er wird als Partikelchen im Massenindividualverkehr wiederum zum Gleichen unter Gleichen, im Stau genauso wie an der Wahlurne. Die Einzelexemplare der Gattung Mensch diffundieren durch eine bunte Sortimentenwelt individueller Angebote und häufen dabei partikularisierte soziale Funktionen auf. Ebensowenig wie der Versuch beliebig zusammengefundenen Puzzleteile ineinander zu zwingen am Ende zu einem schlüssiges Gesamtbild führt, ebensowenig ergibt sich aber aus dieser Aufsummierung ein kohärenter Daseinszuschnitt. In ihrem gesellschaftlichen Dasein erscheinen die Menschen nur mehr als zufällige Schnittpunkte divergierender Sozialfunktionen, und das soziologistische Eigenschaftsdenken hat es dementsprechend ausgesprochen schwer, noch zu einigermaßen intakten Weltbildern zu gelangen. Es verliert seine Konsistenz, weil es ihm nicht gelingt, soziale Gruppen auszumachen, die nicht nur als Träger eines speziellen, abgesonderten sozialen Merkmals herhalten können, sondern zur Introjektion ganzer, verschiedene Lebenssphären umgreifender Merkmalskomplexe taugen.

6.1. Die Blütezeit soziologistischen Denkens

Diese für den Soziologismus mißliche Lage ist allerdings relativ jungen Datums. Während der Triumph der Wertvergesellschaftung die für ein lebenskräftiges soziologistisches Denken notwendige Bedingung ein für allemal zerstört, bietet die kapitalistische Gesellschaft in ihren frühen Stadien dem soziologisierenden Eigenschaftsdenken überreichliche empirische Nahrung. Die Blütezeit des soziologistischen Denkens fällt daher auch folgerichtig in die Anlaufs- und Durchsetzungsphase der Wertvergesellschaftung, oder um zumindest grob zu datieren, ins 19. und beginnende 20. Jahrhundert. In dieser Zeit war die ständische Feingliederung des traditionellen Gesellschaftsgefüges bereits unwiederbringlich dahin oder zumindest im Dahinschwinden begriffen. Die uns so wohl vertrauten und selbstver-

ständlich gewordenen bürgerlichen Dichotomien nahmen zwar bereits feste Konturen an. Dieser mit der Versachlichung der gesellschaftlichen Verhältnisse gekoppelte Differenzierungsprozeß war aber weder an seinem logischen Ende angelangt, noch hatte er aus dem Stand bereits seine eigene Grundlage, den modernen vereinzelten Einzelnen, schaffen können. Auf dem Weg zum abstrakten, atomisierten Individuum entstanden stattdessen - als ein Übergangsphänomen zunächst - große, einigermaßen einheitliche Sozialmilieus, die *quer* zu den allmählich auseinanderdriftenden Sphären nach wie vor so etwas wie kohärente Unterzusammenhänge bildeten. Der Staat existierte zwar bereits als eine aus der Gesellschaft herausgehobene Einheit, der Zugang zur abstrakten Allgemeinheit war aber noch zugunsten der empirischen Bourgeosie, ja zum Teil sogar noch zugunsten adeliger Kreise limitiert (1). Der Staat trug das Attribut bürgerlich. Dieses Adjektiv zielte aber nicht in unserem modernen Sinne auf die unumschränkte Herrschaft der bürgerlichen Grundform, die sich unabhängig davon durchsetzt, wer jetzt die Staatsfunktion innehat. In dem Zusatz schwang noch die Vorstellung und die Realität eines vom empirischen Bürgertum "besessenen" Apparates mit (2). Privates und öffentliches Leben durchtränkten sich zwar nicht mehr wie in vorkapitalistischen Formationen zu einer ungeschiedenen Einheit, diese Polarisierung wurde aber erst einmal von einer scharfen schichtenspezifischen Segregationslinie überlagert. Ob der Bürger als Staatsbürger auftrat, sich gesellschaftlicher Interessen-Organisation oder den Kulturgütern zuwandte, oder ob er sich seinem Gartenlauben-Familienleben widmete, all sein Tun hatte eine von anderen Gesellschaftsmilieus strikt unterscheidbare bürgerliche Note. Das gleiche galt vice versa auch für den Arbeiter. Die Bestimmung Arbeiter verwies damals nicht einfach auf die bloße spezifische Gelderwerbsweise, sie konstituierte ein eigenes soziales Universum, das die Existenz dieser Person von der Wiege bis zur Bahre in sich einschloß. Die arbeitenden Schichten entwickelten eine eigenständige Kultur, hatten ein gesondertes proletarisches Freizeitverhalten, bildeten extra Arbeitergesangs- und Sportvereine,

(1) Als Beispiel dafür lassen sich unter anderen die Wahlrechtsbeschränkungen, etwa das Dreiklassenwahlrecht in Preußen und die die Sozialdemokratie systematisch diskriminierende Wahlkreiseinteilung anführen. Ein anderes ebenso wichtiges wäre der adelige Korpsgeist im kaiserlichen deutschen Heer, der es bürgerlichen Offizieren schwer machte, sich im Militärapparat zu etablieren. Dabei handelt es sich keineswegs um eine rein deutsche Spezialität.

(2) Die Leninsche Revolutionsvorstellung, die nicht den Staat als Moment der bürgerlichen Form attackiert, sondern stattdessen den "bürgerlichen" Staat zerbrechen will, um einen "proletarischen" Staat an seine Stelle zu setzen, ist nur vor dieser spezifischen "unreifen" historischen Konstellation verständlich.

versicherten sich in eigenen Sterbekassen.

Der linken Sozialromantik gilt die Existenz dieser separierten Arbeiterkultur als Indiz für ein ehemals vorhandenes revolutionäres postbürgerliches Bewußtsein, und so hat sie tausendfach schon deren Untergang beweint. Genau das Gegenteil ist aber richtig. Die Ghettoisierung und Selbstghettoisierung der Arbeiterschaft verweist einzig und allein auf die in der frühen bürgerlichen Gesellschaft fortexistierenden *präbürgerlichen* Momente. Die bürgerliche Ordnung war zu Beginn des Jahrhunderts keineswegs schon fix und fertig, und deshalb reproduzierte die bürgerliche Klassengesellschaft im statu nascendi unweigerlich zunächst einmal auf ihrem eigenen Boden Züge einer alle Lebensbereiche umfassenden ständischen Gesellschaftsgliederung (1). Die Kapitalfunktionsträger hatten die Hülle eines "dritten Standes" noch nicht gesprengt, und auch die Klasse der Verkäufer der Ware Arbeitskraft erblickte erst einmal als "vierter Stand" das Licht der Welt. Die ständische Unterschiede nivellierende Tendenz setzte sich vorderhand nicht auf der Ebene der Gesamtgesellschaft, sondern vornehmlich innerhalb von gesellschaftlichen Unterabteilungen durch. Das feingliedrige Zunftsystem und das von zahllosen regionalen Varianten und Besonderheiten bestimmte Leben der Landbevölkerung erodierte in Richtung auf wenige millionenfach gelebte soziale Existenzweisen. Aber gerade durch diese strukturelle Angleichung innerhalb des Binnenrahmens traten die sich herausbildenden sozialen Schichten einander vorderhand scharf gegenüber. Nur in dieser transitorischen Phase konnten sie denn auch als ontische Metasubjekte wahrgenommen werden. Das war weder vorher möglich, solange buntscheckige vorkapitalistische Soziotope die soziale Landschaft bestimmten, noch hinterher unter entwickelten bürgerlichen Bedingungen.

Der Arbeiterbewegungsmarxismus ist einer der hervorstechendsten ideologischen Reflexe dieser ganz spezifischen historischen Situation. Seine Blüte fällt dabei gleichzeitig wesentlich mit der Hoch-

(1) Als frappierenden Negativbeleg für den Zusammenhang von sozialistischer Arbeiterbewegung und dem Vorhandensein feudaler Relikte läßt sich das amerikanische Beispiel anführen. Weil sich in den USA die bürgerliche Gesellschaft nicht erst qualvoll aus den vorgängigen feudalen Verhältnissen herausarbeiten mußte, sondern sich auf jungfräulichem Terrain entfalten konnte, blieb auch die sozialistische Idee immer etwas zutiefst "Unamerikanisches". Obwohl die amerikanischen Arbeiter ihre gewerkschaftlichen und sonstigen unmittelbaren Interessenkämpfe oft mit bemerkenswerter Militanz nach bester Wild-West-Manier führten, waren sie gegenüber der sozialistischen politischen Agitation so gut wie immun. Sozialismus, Anarchismus und Marxismus traten in Amerika faktisch immer nur als Spezialmarotte einiger weniger, vorwiegend italienischer und deutscher, Einwanderer der ersten Generation in Erscheinung.

zeit des soziologistischen Denkens in eins (1). Im Marxismus wird der Soziologismus selbstbewußt und offensiv, so wie später nie wieder. In ihm erhebt er sich weit über das bloße empiristische Konstatieren und schwingt sich zur Weltanschauung auf. Der Marxismus verabsolutiert nicht nur die als positive Entitäten gefaßten Klassen und ihren Kampf zum Schlüssel aller Welterklärung, er hypostasiert dabei auch konsequent den für die soziologistische Welterklärung idealen Gesellschaftszustand und feiert ihn als eine sich mit eherner Notwendigkeit durchsetzende Zukunftsperspektive: so gehört es zu den Lieblingslehren der marxistischen Orthodoxie, die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft zu proklamieren. Am historischen Horizont sieht sie notorisch ein Gesellschaftsszenario heraufziehen, das nur mehr von zwei Hauptklassen bestimmt wird, der Kapitalistenklasse einerseits und der Arbeiterklasse andererseits. Der Arbeiterbewegungsmarxismus ging davon aus, daß sich alle anderen sozialen Schichten über kurz oder lang dem Spannungsfeld dieses Konflikts gemäß ausrichten würden, soweit ihre Angehörigen nicht früher oder später sowieso ins Proletariat herabgeschleudert würden.

6.2. Die Krise des soziologistischen Denkens

Die reale Entwicklung blieb aber nicht auf der Stufe stehen, die dem orthodoxen Marxismus als empirischer Abstoßungsgrund für seine Vision einer bipolar strukturierten Gesellschaft gedient hatte. Die weitere Entfaltung des Kapitalverhältnisses brachte nicht die von den Marxisten erwartete Teilung der Gesellschaft in zwei einander antagonistisch gegenüberstehende Hauptlager. Stattdessen setzte die Dampfwalze der Wertvergesellschaftung die monotone Allgegenwart der abstrakten Ware- Geldmonade.

Die rigorose Vereinheitlichung des gesellschaftlichen Gefüges in seiner Tiefendimension, die Unterwerfung aller sozialkategorialen Existenzweisen unter die abstrakte Form, fällt mit fortschreitender Funktionsdifferenzierung in eins. Während sich die sozialen Kategorien allesamt zu Emanationen der abstrakten Logik von Recht und

(1) Parallel zum Arbeitersoziologismus entfaltete sich als die andere Spielart von Soziologismus und Eigenschaftsdenken der Sozialdarwinismus. Das Zusammentreffen ist sicher nicht zufällig, sondern korrelativ. Es wäre eine eigene noch zu leistende Arbeit, den inneren Zusammenhang von darwinistischem Denken und Marxismus zu untersuchen. Eins ist aber von vornherein klar. Weder ist die weite Verbreitung darwinistischer Schriften in der organisierten Arbeiterbewegung ein bloßer Zufall, noch handelt es sich bei den darwinistischen Anwandlungen eines Kautsky, der inkarnierten Marxorthodoxie, um eine persönliche Schrulle.

Geld purifizieren, zersplittert der soziale Kosmos in tausenderlei einander überlagernde Bestimmungen.

Fixiert auf die Oberfläche des gesellschaftlichen Prozesses und systematisch blind für das Formprinzip, kann das soziologisierende Denken nur die überall wuchernden Bäume, aber nicht den daraus entstehenden Wald wahrnehmen. Die Verallgemeinerung der bürgerlichen Form erscheint ihm dementsprechend als "neue Unübersichtlichkeit".

Das soziologistische Denken kann auf diese verwirrende Situation innerhalb seines eigenen Rahmens nur mit ungebremster Zellteilung reagieren. Es beginnt auszuwuchern, inflationiert, nimmt mal das eine mal das andere soziale Merkmal heraus, destilliert sich damit soziale Gruppen zurecht und wirft sich auf eine Vielzahl von speziellen Untersuchungen. Es kann sich dabei der Soziologie der Unterschichtshausfrau, des Wechselwählers, des Naturschützers oder der Parteien genauso widmen, wie es sich bei anderer Gelegenheit das Bewußtsein von Menschen in Pflegeberufen, oder das der technischen Angestellten zum Gegenstand nimmt. Eine gesellschaftliche Gesamtschau ergibt sich aus diesen Anstrengungen aber längst nicht mehr. Das soziologistische Denken läßt daher auch diesen Anspruch fahren, ja stellt ihn unter Tabu. Von welchen sozialen Daseinsmerkmalen soziologistische Überlegungen auch immer ausgehen mögen, schon dem Akt der Wahl haftet unvermeidlich Zufälligkeit und Willkürlichkeit an, und der Soziologismus rettet sich aus diesem auf seiner Grundlage unauflöslichen Dilemma in Toleranz und Pluralismus. Da die Soziologie des Schachspielers der des Arbeiters prinzipiell gar nichts voraus hat, verbitten sich die Soziologisten schließlich präventiv jede auf Welterklärung abzielende Intention und ziehen sich in die Mikrologie zurück (1).

Der krebsgeschwürhafte Zerfall des Soziologismus betrifft nicht nur die Makroebene, auf der gesellschaftliche Großtheorien längst als etwas anrüchiges und unanständiges gelten. Sie zeigt sich, wie weiter oben schon angedeutet, genauso auf der Ebene des Einzelsubjekts. Die Übersetzung gesellschaftlicher Verhältnisse in die Form von Eigenschaften, die irgendwelchen Einzel- und Gruppensubjekten anhaf-

(1) Es gibt keinen Mangel, der sich nicht zur Tugend verklären könnte, und so haben natürlich auch die akademischen Soziologisten ihren Bankrott als Rückzug ins Mikrologische und bewußten Verzicht auf die nach Totalitarismus riechenden Großtheorien ideologisiert und ihre Blindheit mit höheren Weihen ausgestattet. Die Aggressivität, mit der heute jeder Versuch die Gesellschaft als Ganze zu begreifen attackiert wird, ähnelt aber fatal der Männerverachtung des Eunuchen. Die Soziologisten im Irrgarten des Einzelnen und Mikrologischen müssen sich selber permanent versichern, daß jener Abschiedsschnitt sie nur bereichert hat, weil sie doch nicht so recht daran glauben können.

ten, kann nur dort in sich stimmig wirken, wo die Individuen mit der sozialen Bestimmung, die sie verkörpern sollen, auch eine identifikatorische Bindung eingehen. Genau dieses identifikatorische Moment weicht aber im Lauf der bürgerlichen Entwicklung zusehends auf, und noch nie war es so dünn wie heute (1). Mit der Herausbildung einer Vielzahl eng umrissener sozialkategorialer Bestimmungen wird das Auseinandertreten von Individuum und Sozialkategorie virulent, d.h. diese scharfe Trennung wird zum praktischen Alltags- und Massenphänomen. In entwickelten bürgerlichen Gesellschaften häufen die Individuen soziale Bestimmungen auf, sie sind Autofahrer, Gesangsvereinsmitglieder, Italienurlauber, haben einen Beruf, Sparkonten, Vorlieben für Volksmusik und die SPD, aber all diese Zuschreibungen bedeuten ihnen immer weniger. Das innere Band, das den einzelnen an seine soziale Rolle kettet, wird fadenscheinig und verliert seine Festigkeit. Parallel zur Rollendiversifikation verflüchtet sich auch der identitätsstiftende Gehalt sozialkategorialer Klassifizierungen. Die Menschen sind immer weniger das, was sie "sind". Jede substanzielle Bindung an die spezifische Art des Gelderwerbs, an die familiäre Rolle oder auch an die eigene Religionszugehörigkeit zerfällt. Dem modernen Individuum ist die innere Distanz zu allem und jedem in Fleisch und Blut übergegangen. Auf die tautologische Nichtigkeit des "Ich bin ich" zurückgeworfen, mutet dem abgeklärten bürgerlichen Menschen alles Identifikatorische, das nicht im Geldverdienen und Geldausgeben aufgeht, befremdlich, aber auch schon wieder skurrilliebenswert an. In seinem Sinn-Vakuum schwankt er denn auch zwischen allgemeiner Skepsis und dem Versuch, verflossene Sinnzusammenhänge zu imitieren, hilflos hin und her. In der postmodernen Alltagsphilosophie-Weisheit "Du mußt an etwas glauben, an was ist egal" äußert sich dieses unaufhebbare Dilemma moderner bürgerlicher Existenz, die ihre innere Leere mit beliebig zusammengestellten Surrogatidentifikationen provisorisch zu überbrücken sucht.

Die Inkongruenz von Person und Sozialfunktion ist der bürgerlichen Form inhärent. Es fällt nicht schwer, Keime dieser Differenzierung bereits im Zeitalter der Renaissance auszumachen. Das darf aber nicht dazu verführen, den Kontrast zwischen den frühen Phasen der bürgerlichen Entwicklung und ihrem gegenwärtigen Stadium zu unterschätzen.

Der vorkapitalistische agrarische Produzent war in all seinen Regungen Bauer. Der Fabrikant oder Hauptpostmeister a.D. konnte sich

(1) Hinter der Krise des Soziologismus steht in letzter Instanz natürlich die Krise des Werts selber. Das Eigenschaftsdenken wird schließlich obsolet, weil die Fetischform obsolet wird.

im wilhelminischen Kaiserreich auch noch post mortem von seinem Beruf nicht trennen, und so wurde neben seinem Namen auch noch die Berufsbezeichnung in den Grabstein gemeiselt. Dem modernen Individuum unserer Tage sind derlei Anwandlungen längst fremd geworden. Heute läßt sich niemand mehr als Informatiker oder Studienrätin begraben.

Um ein drastisches Beispiel zu wählen: Ludwig XVI und Consorten "waren" noch mit jeder Faser ihres Herzens König. Die Institution der Monarchie war in ihre biologische Existenz eingeschmolzen, und wer den Bürger Ludwig Capet von seiner Königsfunktion scheiden wollte, der mußte schon aufs Fallbeil zurückgreifen und das gekrönte Haupt vom Rumpf abtrennen. Wilhelm II konnte bereits abdanken ohne den Kopf zu verlieren. Aber immer war es für ihn, seine Kollegen und Ex-Untertanen noch undenkbar, daß er den Rest seines Daseins als Bürger im eigenen Land hätte fristen können. Ihm blieb nur der Weg ins holländische Exil. Von derart archaischen Zuständen sind wir mittlerweile weit entfernt. Zur "Auslöschung" selbst eines so aussitzgewaltigen Bundeskanzlers wie Helmut Kohl reicht bekanntlich eine ganz gewöhnliche Abwahl, und es ist völlig gleichgültig, ob der Ex-Kanzler dann Bonn, Oggersheim oder St. Wolfgang als Wohnort vorzieht.

7. Das Elend des Antiherrschaftsdenkens, vom Arbeiterbewegungsmarxismus zum Sozio-Feminismus

Das soziologistische Wahrnehungsraster bringt es angesichts entwickelter bürgerlicher Verhältnisse nur mehr zu schalen und nichtssagendem Resultaten. Seine allgemeine Misere tritt besonders krass an seiner systemoppositionellen Variante zutage.

Für das soziologistische Denken löst sich die gesellschaftliche Wirklichkeit in das Ineinander und Durcheinander sozialer Großsubjekte auf. Wo es dem Status quo nicht wohlwollend oder neutral entgegentritt, sondern mit grundsätzlich kritischer Intention, bleiben die soziologistischen Erklärungsmuster natürlich ebenfalls dieser Grundstruktur treu. Was wechselt, ist nur das Vorzeichen, nicht die Wahrnehmungsstruktur. Was die einen als das "freie Wechselspiel" der sozialen Kräfte beschreiben wollen, denunzieren die anderen knallhart als hierarchisches "Herrschaftsverhältnis". Sie scheiden die Gesellschaft rigoros in Unterdrücker und Unterdrückte, in Täter und Opfer.

Das oppositionelle Soziologisieren strebt aber über die moralische

Anklage noch hinaus und insistiert auf der prinzipiellen Veränderlichkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse. Es gehört zur Grundüberzeugung jedes antiherrschaftlichen Soziologismus, daß Unterdrückung sich aufbrechen läßt, wenn es nur gelingt, die Gewichte im sozialen Kräfteparallelogramm zugunsten der Beladenen zu verschieben. Die treibende Kraft dieser Veränderung zum Besseren können aber nur die bislang "Unterprivilegierten" und "Ausgebeuteten" sein. Im soziologistischen Raster rankt sich der antiherrschaftliche Impuls daher unweigerlich um die Figur des "Unterdrückten".

Derart ins Zentrum gerückt und zum Angelpunkt der Emanzipation erhoben kann aber der "Zukurzgekommene" nicht in reiner Negativbestimmung verharren. Das sich gesellschaftskritisch gerierende Soziologisieren fügt sich daher in der Folge nicht nur vollkommen unkritisch ins herrschende Eigenschaftsdenken, es kippt regelmäßig auch in Apologetik um. Alle positiven Eigenschaften dieser Welt werden in die kämpfenden Unterdrückten projiziert. Die im Schatten stehen, verwandeln sich in Lichtgestalten und vereinen in sich alle wahrhaft menschlichen Werte.

Zu Beginn des Jahrhunderts war die Welt des oppositionellen Soziologismus mit seiner Apotheosesucht noch unproblematisch und in Ordnung. Der Marxismus konnte den Interessengegensatz von Kapitalist und Arbeiter zum alles entscheidenden, privilegierten gesamtgesellschaftlichen Wesensmerkmal hochstilisieren. Der proletarische Alleinvertretungsanspruch auf die Position des allseits Geknechteten und daher zu allseitiger Befreiung prädestinierten Sozialsubjekts war unerschüttert. Solange die Arbeitskraftverkäufer als "vierter Stand" eine exterritoriale Stellung in der Gemeinschaft der freien und gleichen Warenbesitzer innehatten, mußte der Arbeiter auch als das ganz Andere, als die Alternative schlechthin zur bürgerlichen Gesellschaft gelten. Der Proletkult blühte. In der Gestalt des Arbeiters fand die Vision einer neuen Gesellschaft ihre Inkarnation, und niemand stand bereit, dem Proleten diese Funktion streitig zu machen.

Der reale Versachlichungsprozeß zerstörte aber sukzessive dieses Oppositionsidyll. Die Vereigenschaftung der revolutionären Hoffnung unterliegt selbstverständlich der gleichen Erosionslogik, die das Eigenschaftsdenken insgesamt kraftlos und zusehends hinfällig macht. Mehr noch, die systemoppositionelle Variante des Soziologisierens blamiert sich dank ihrer quasireligiösen Beimischungen als erste und nimmt den Zerfall und Kapitulation der gesamten Denkrichtung vorweg.

Der Vormarsch der Wertbeziehung hat den Konkurrenzgegensatz

von Kapital und Arbeit zwar nicht beseitigt, dafür entkleidet er ihn aber aller höheren Weihen. Der Zusammenprall von Kapital und Arbeit hat sich aber nicht nur profanisiert, gleichzeitig hat der Siegeszug negativer Vergesellschaftung neue, mindestens ebenso wichtige soziale Interessenkonflikte herausgearbeitet und damit den Gegensatz von Bourgeoisie und Proletariat ein für allemal um seine Monopolstellung gebracht. Wenn heute die Arbeiterinteressen mit denen der Kapitalisten kollidieren, dann hat das nichts herausgehoben und einmaliges an sich, sondern es bricht hierin nur ein banaler Interessengegensatz auf, neben dem tausend andere ebenso banale Interessengegensätze existieren (1).

Dieser Sachverhalt hinterließ in der Entwicklung des neulinken Antiherrschaftsdenkens tiefe Spuren. Mangels theoretischer Alternativen machte sich die Protestbewegung der 60er Jahre, nach fast drei Jahrzehnten Interregnum daran, den verstaubten arbeitersoziologistischen Marxismus wiederzubeleben. Mit dieser Rückwendung zum verblichenen Liebesobjekt "Arbeiterklasse" konnten die Bewegungsprotagonisten aber die ideengeschichtliche Uhr natürlich nicht wirklich zurückdrehen. Die reale gesellschaftliche Veränderung fand auch an ihrem exponiertesten Träger, der Emanzipationsbewegung selbst, sehr schnell ihren praktischen Niederschlag. In der auf soziologistischer Basis reformulierten Gesellschaftskritik ließ sich kein Übereinkommen mehr darüber erzielen, welcher sozialen Gruppe nun denn die Ehre gebührt, die Doppelfigur des Unterdrückten und revolutionären Subjekts darstellen zu dürfen. Während die letzten Arbeiterbewegungsmohikaner die revolutionäre Mission noch immer dem "Proletariat" aufnötigen wollten, setzen die anderen längst auf die Bewohner der 3. Welt, die Frauen, oder zur Not auch auf ein Sammelsurium von

(1) Die Verallgemeinerung der Wertform geht einher mit der zunehmenden Monadisierung der Gesellschaftsmitglieder und der Ausdifferenzierung einer Vielzahl gesellschaftlicher Rollen an diesen monadisierten Individuen. Der Zusammenprall dieser sozialen Rollenbestimmungen ist unvermeidlich. Er taugt allemal zur Herausbildung gesellschaftlicher Binnenkonflikte. In der modernen bürgerlichen Gesellschaft existieren nicht wenige Interessengegensätze, sondern eine unübersehbare Vielfalt. Der moderne nach der Melodie des Werts komponierte Vergesellschaftungszusammenhang stellt den Autofahrer dem Radfahrer gegenüber, er macht den Rentner zum natürlichen Feind aller Zwangsversicherten und läßt das Feierabendinteresse der Beschäftigten im Einzelhandel mit den Öffnungszeitenwünschen der Konsumenten kollidieren. Dem soziologistischen Denken erschließt sich dadurch ein unermessliches Betätigungsfeld. Das Beharren auf der alles andere überragenden Bedeutung der Konfliktlinie Lohnarbeit und Kapital bekommt vor diesem Hintergrund dagegen einen etwas weltfremden Charakter.

"Randgruppen" (1). Der Arbeiterbewegungsmarxismus wurde von den Befreiungsbewegungen des Trikont bedrängt, daneben machte sich das Ungenügen des revolutionären Arbeiterbewegungsmarxismus bewegungsintern auch und vor allem im Aufkeimen einer autonomen Frauenbewegung geltend. Die Frauen insistierten zu Recht darauf, daß neben dem vom traditionellen Marxismus überstrapazierten Klassenkampf auch noch so etwas wie ein Geschlechtergegensatz existiert. Sie protestierten dagegen, daß diese Realitätsebene, vom Marxismus mit dem Etikett "Nebenwiderspruch" abgetan, faktisch unter den Tisch fällt. Das Welterklärungsmonopol, das die Marxisten im oppositionellen Lager für den Dualismus von Arbeiter- und Kapitalistenklasse beanspruchten, war damit endgültig gebrochen, und gleichzeitig trat mit "der Frau" ein neues konkurrierendes Emanzipationssubjekt auf die Bühne.

So wichtig und vorwärtstreibend dieser Schritt auch für die reale Emanzipationsbewegung war, *theoretisch* blieb diese Kritik des altehrwürdigen Arbeitersoziologismus unzureichend, weil selber im soziologistischen Raster befangen. Der feministische Angriff zielte gerade nicht auf den Ausbruch aus dem Bannkreis des Soziologismus ab, er stellte nur energisch die Besetzung der Hauptrollen neu zur Disposition. Der Gegensatz von Mann und Frau, so der Tenor der sich herausbildenden feministischen Position, muß als ein Wesensmerkmal des bekämpften Gesellschaftszustands anerkannt werden, das mindestens den gleichen Stellenwert innehat wie das Gegensatzpaar Kapitalist und Arbeiter. Damit war die Inferiorität der Geschlechterrolle im alten Klassenstandpunktsdenken attackiert, das zugrunde liegende soziologistische Wahrnehmungsraster, die Verkehrung von Wesen und Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft, pflanzte sich aber gerade im feminen Aufbegehren unbekümmert fort. Das soziologistische Grundmuster überlebte, wie im mainstream so auch im oppositionellen, "antiherrschaftlichen" Seitenarm durch Diversifikation und Zellteilung.

(1) Längst ins Pluralistische resigniert zieht die Linke heute additive Verknüpfungen vor. Ein bemerkenswertes Dokument war in dieser Hinsicht das mittlerweile verblichene Projekt "Radikale Linke". In deren Grundsatzpapier findet sich der Frauenstandpunkt, die trotzige Fortschreibung der ergrauten Arbeiterklassenherrlichkeit und der unvermeidliche Bezug auf den Trikont friedlich nebeneinander. Die größtmögliche Virtuosität im Zustandebringen fiktiver weltumspannender antikapitalistischer Kämpfe legt die Zeitschrift Autonomie an Tag. Sie schafft es auch noch den islamischen Fundamentalismus via IWF–riots in die globale proletarische Einheitsfront einzubinden.

8.Gleichheitssoziologismus

Das soziologistische Eigenschaftsdenken unterscheidet sich von seinen präbürgerlichen Vorgängern in einem wichtigen Aspekt, es reflektiert in sich die für die bürgerliche Gesellschaft charakteristische Trennung von Funktion und Person. Es räumt ein, daß es sich bei den bestimmten sozialen Gruppen anhaftenden Eigenschaften nicht um natürlich-biologische, sondern um gesellschaftlich erzeugte handelt. Wo die soziale Funktion verschwindet, löst sich auch die dazugehörige Eigenschaft in Wohlgefallen auf. Der klassische Marxismus unterstellte die prinzipielle Gleichheit aller Menschen und erwartete, daß sie sich in einer nachrevolutionär,en von jeder Form usurpierter Macht befreiten Gesellschaft, denn auch durchsetzen würde. Er hatte es deshalb nicht nötig, mit der physischen Liquidierung der feindlichen Klasse zu liebäugeln. Er ging davon aus, daß mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel auch das Bourgeoisie-Sein zwangsläufig erlöschen muß. Alle als sozial präformiert erkannten Eigenschaften können nur einen provisorischen Gültigkeitsbereich beanspruchen.

Die im Soziologismus enthaltene Relativierung des Eigenschaftsdenkens machte sich am Marxismus aber nicht nur in der Zukunftsvision einer auf der Gleichheit aller beruhenden sozialistischen Gesellschaft bemerkbar, sie brach sich auch im Bezug auf die kapitalistische Formation Bahn. Der traditionelle Marxismus wußte, zumindest im Prinzip, immer, daß die Rollen von Kapitalist und Arbeiter nicht einfach mit der schieren individuellen Existenz ihrer Träger identisch sind. Die Marxisten betonten zu recht, daß es für das Gesamtverhältnis gleichgültig ist, ob Kapitalisten individuell aufhören Kapitalisten "zu sein", oder ob Arbeiter nach der ersten Lottomillion bereitwillig ihr Arbeiterdasein an den Nagel hängen. Konsequent zu Ende gedacht macht diese Einsicht das Eigenschaftsdenken überhaupt problematisch. Ein Sozialcharakter, der nicht erst in ferner postrevolutionärer Zukunft abgestreift werden kann, sondern den die Individuen durch die banalen Wendungen ihres persönlichen Geschicks innerhalb der bestehenden Ordnung gegen andere Bestimmungen austauschen können, kann nur sehr bedingt als der Person anhaftende Eigenschaft gedacht werden. Der Arbeitersoziologismus hat diese für ihn gefährliche Perspektive immer nachdrücklich abgewehrt, indem er mit beständig abnehmenden Erfolg versucht hat, gegen die Trennung von individuellem Dasein und Klassendasein den statistischen Durchschnitt,

das Normalschicksal, ins Feld zu führen (1). Er war bemüht die real sich durchsetzenden Momente der Vereinzelung und Differenzierung als ideologische Fiktion zu denunzieren und gegen sie das Übergewicht des Kollektivschicksals zu beschwören (2). Die personale Eigenschaft wird zur metasubjektiven vernebelt, die sich nur mehr cum grano salis mit den persönlichen Eigenarten der Individuen deckt.

Der soziologisierende Gleichheitsfeminismus, in den 70er Jahren die Hauptströmung in der Frauenbewegung, bewegt sich mit ausgetauschtem Personal im gleichen Problemhorizont wie der Arbeiterbe-

(1) Schon die Wiedergeburt des Arbeitersoziologismus unter dem Vorzeichen der studentischen Protestbewegung der 60er und 70er Jahre fand auf einer für ihn schon ausgesprochen prekären empirischen Grundlage statt. Die Neomarxisten argumentierten bereits damals ausgesprochen defensiv. Sie sahen sich ein ums andere mal genötigt nachzuweisen, daß der "Klassengegensatz" von Arbeit und Kapital noch immer existiert und die Arbeiter nach wie vor real aus dem proklamierten Reich bürgerlicher Freiheit und Gleichheit ausgegrenzt bleiben. Auf der Flucht vor der Wirklichkeit des modernen Kapitalismus zogen sich die Liebhaber des Arbeitertums auf die nie sich völlig auflösende Diskrepanz zwischen Empirie und ihrem Begriff zurück und versuchten sie als Beleg für die tradierte unhaltbar gewordene arbeitersoziologistische Kapitalismusvorstellung geltend zu machen. Die Rückzugsgefechte fanden in dieser Zeit unter anderem in dem Hilfskonstrukt des "Unterprivilegierten" ihren Ausdruck. Gegenüber der allgemeinen, die tradierte ständische Klassenvorstellung aushebelnde Monadisierungstendenz führten die linken Avantgarden die real weiterhin existierende schichtenspezifische Benachteiligung ins Felde. Sie wiesen unter anderem nach, daß Arbeiterkinder auch in ihrer Zeit noch in den höheren Bildungseinrichtungen unterrepräsentiert sind, usw. Den realen Entwicklungstrends stellte dieses Beharren auf dem "wie schon immer im Kapitalismus" genau auf den Kopf. Sie blies das Verschwindende zum Wesen auf, und die Empirie, soweit sie nicht die Höhe des Begriffs erreicht, selber wiederum zum Pseudobegriff. Den Modergeruch von Apologetik konnten diese revolutionär gemeinten Bemühungen natürlich nie los werden.

(2) An diesem Punkt blieb die marxistische Argumentation immer auffallend defensiv und bot der bürgerlichen Antikritik von Beginn an eine offene Flanke. J.A. Schumpeter etwa – wohl einer der ernstzunehmendsten klassischen bürgerlichen Marxismuskritiker – rieb dem Arbeiterbewegungsmarxismus völlig zu Recht unter die Nase, daß die lebenslange Fesselung an einen bestimmten sozialen Status qua Geburt für den Kapitalismus gerade nicht charakteristisch ist und machte diese Tatsache bei seiner Rechtfertigung der kapitalistischen Produktionsweise geltend: "Die wasserdichte Scheidung zwischen Menschen, die (zusammen mit ihren Nachkommen) ein für allemal als Kapitalisten gelten, und anderen, die (zusammen mit ihren Nachkommen) ein für allemal als Proletarier gelten, ist nicht nur, wie schon oft gezeigt wurde, äußerst wirklichkeitsfremd, sondern sie übersieht den springenden Punkt in bezug auf die sozialen Klassen, –den unaufhörlichen Aufstieg und Niedergang von einzelnen Familien in die obere Sphäre hinein und aus ihr heraus. Die Tatsachen, auf die ich anspiele, sind alle offensichtlich und unbestreitbar. Wenn sie auf der Marxschen Leinwand nicht erscheint, so kann der Grund nur in ihren un–Marxschen Folgen liegen."(J.A.Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, München 1975, S.39) Das kapitalistische Standardmärchen vom "Tellerwäscher zum Millionär" hat zumindest soviel Realitätsgehalt, daß die kapitalistische Gesellschaft tatsächlich ein Maß an sozialer Mobilität zuläßt und hervortreibt, das in jeder vorhergehenden Gesellschaftsformation undenkbar gewesen wäre.

wegungsmarxismus vor ihm. Sein Ziel ist die Gleichstellung der Geschlechter und das Ende aller geschlechtsspezifischen gesellschaftlichen Benachteiligung. Er klagt die existierende kapitalistische als patriarchalisch an, weil in Sachen Geschlecht die empirische Wirklichkeit vom bürgerlichen Gleichheitsideal abweicht. Das zugrundeliegende sozio-feministische Menschenbild ist androgyn orientiert. Der Geschlechtergegensatz gilt dem Sozio-Feminismus als etwas gesellschaftlich produziertes, und er visiert seine Aufhebung an.

Als eine weitere Spielform von "Antiherrschaftsdenken" kann der Sozio-Feminismus die Existenz von Geschlechterrollen nur als Unterdrückungsverhältnis fassen. Die geschlechtsspezifische Benachteilung "der Frau" wird als das Werk "des Mannes" begriffen und unter diesem ideologischen Vorzeichen angegriffen. Das soziale Wesen "Mann" verkörpert die "ungerechte", geschlechtsspezifische Differenzierung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Die Befreiung der Frau wird als Aufstand gegen die männliche Vorherrschaft gedacht.

Im Sozio-Feminismus erlebt das oppositionelle "Antiherrschaftsdenken" einen Neudurchlauf. Wie bereits der marxistische Arbeitersoziologismus, so wird auch sein jüngeres feministisches Schwesterchen vom Zwang überwältigt, ein "hinter" der versachlichten Hülle "verborgenes" persönliches Herrschaftsverhältnis ausmachen zu müssen. Es ist zwar nicht mehr die Herrschaft der Kapitalisten sondern "Männerherrschaft", die da allenthalben aufscheinen soll, an der Struktur hat sich mit diesem attributiven Wechsel aber gar nichts geändert. Die empirischen Subjekte und ihre Gegensätze werden wie ehedem zum archimedischen Punkt hypostasiert, während das ausgeblendete Konstitutions- und Versachlichungsproblem sich als unüberwindlicher Drang zur Vereigenschaftung der gesellschaftlichen Verhältnisse klammheimlich durchsetzt (1).

(1) Auch wo Menschen in der bürgerlichen Gesellschaft einander als Mann und Frau gegenübertreten, ist die gesellschaftliche Formbestimmtheit, und d.h. eben in letzter Instanz der Wert, nicht abwesend, sondern gegenwärtig. Die bürgerliche Privatsphäre ist nicht einfach der Hort unmittelbarer persönlicher Beziehungen und damit auch nicht der unmittelbarer personaler Willkür. Sie ist als integrales Moment in den allgemeinen Versachlichungszusammenhang mit aufgenommen. Die Mechanismen wollen wir im zweiten realanalytischen Teil dieses Aufsatzes umreißen.

9. Die biologistische Wendung, vom Sozio-Feminismus zum Bio-Feminismus

Die enge Verwandtschaft von feministischen und marxistischen Wahrnehmungsrastern ist den Protagonisten feministischer Theorie in ihren Abgrenzungsbemühungen durchgängig verborgen geblieben. Das kann nicht überraschen, wenn wir uns des Vorzeichens vergewissern, unter dem sich die feministische Strömung vom marxistischen Vorvater abgelöst hat. Der feministische Soziologismus kann die strukturelle Ähnlichkeit nicht ausmachen, weil er den vom Arbeiterstandpunktsdenken transportierten Soziologismus nicht einfach nur wiederholt, sondern ihn, gegen den Marxismus gewendet, sogar noch auf die Spitze treibt. Die feministische Theorie kritisiert am Marxismus gerade nicht den Hang zur Versubjektivierung, die marxistische Theorie ist ihr im Gegenteil zu objektivistisch, zu sehr noch auf die versachlichten vermeintlichen Oberflächenformen fixiert! Der Terrainwechsel vom Gegensatzpaar Kapitalist-Arbeiter zum Spannungsverhältnis von "Mann" und "Frau" purifiziert das oppositionell gesinnte Eigenschaftsdenken noch weiter.

Der gute alte Klassenbegriff, das Lieblingssteckenpferd des Arbeiterbewegungsmarxismus, entstammt der Kritik der politischen Ökonomie und diese Genesis hinterläßt an ihm ihre Spuren. Auch wenn der marxistische Klassenkampffetischismus eine bemerkenswerte Verdrängungsleistung vollbringt und sich die Funktionskategorie Klasse zum ontologischen Sozialsubjekt zurechtbiegt, so wird doch der Dreh- und Angelpunkt des Marxismus den Schatten von Sachlichkeit nie ganz los, der ihm aus diesem Erbe zufällt. Denn, indem der Marxismus die Dichotomie von Arbeit und Kapital zum zentralen Gegenstand seiner Betrachtungen erwählt, rückte er eine gesellschaftliche Sphäre in den Mittelpunkt, in der die versachlichten Formen des gesellschaftlichen Verhältnisses, Geld und Vertrag, handgreiflich spürbar sind. Auch wenn sie von den Marxisten als Oberflächenphänomen abgetan wurden, so bringen sie doch durch ihr bloßes empirisches Vorhandensein einen Geruch von Unpersönlichem und Objektivem in

die marxistischen Erörterungen (1). Genau diese, dem Marxismus von seinen bevorzugten Themen aufgenötigten entpersonalisierenden Beigaben sind es aber, von denen sich die feministische Strömung energisch abgrenzt. Ihrem eigenen Selbstverständnis nach bohrt die feministische Theorie, indem sie sich dem Geschlechterverhältnis zuwendet und das scheinbar nur Private thematisiert, nach dem vergessenen persönlichen Gewaltverhältnis, das in der unpersönlichen ökonomischen Gewalt nicht aufgeht, ihr aber vorgelagert ist. Sie stürzt sich auf ein theoretisches Feld, das dem vom Marxismus schon verwässerten Versachlichungszusammenhang gänzlich enthoben zu sein scheint. Die feministische Theorie rechtfertigt ihre Existenz damit, daß sie eine Sphäre beleuchten will, in der persönliche Herrschaft jenseits von Geld, Vertrag und Gesetz das Szenario bestimmt.

Mit ihrer Hinwendung zum vermeintlichen unmittelbaren Gewaltverhältnis betreibt die feministische Theorie aber nicht nur Soziologismus sans phrase, das soziologistische Denken nähert sich hier auch fatal biologistischen Rastern an. Der beschworene "Geschlechterkampf" nimmt allzuleicht eine ontologische Färbung an, und in der Gegenüberstellung "weiblicher" und "männlicher" Eigenschaften verschmilzt die zweite mit der ersten Natur.

Der Umschlag vom soziologistischen Antiherrschaftsdenken in die biologistische Verherrlichung der "weiblichen Natur", wie er sich

(1) Der Systemzwang einer auf der Produktion abstrakten Reichtums beruhenden Gesellschaft herrscht sich den Individuen nicht als abstrakt allgemeiner, sondern konkurrenzvermittelt auf. Der tautologische Selbstzweck der Verwertung des Werts zerlegt die Gesellschaft in Funktionskategorien. Auf dieser analytischen Ebene ist Klassenspaltung anzusiedeln. Die Klassen existieren bereits logisch, bevor sich die belebte Staffage im klassenmäßig strukturierten Universum zuordnet, und unabhängig davon wie sich die Personage nun im einzelnen auf die einander gegenüberstehenden Pole des Gesamtverhältnisses verteilt. Der real existierenden Konkurrenz tut es keinerlei Abbruch, ob X Kapitalist oder Arbeiter ist. Sie bricht sich selbst dann unverdrossen Bahn, wenn sich beide Existenzweisen an ein und demselben Menschen wiederfinden, und der Klassenwiderspruch mitten durch ihn hindurchgeht. Zur Not kann der einzelne in seiner Arbeiterfunktion auch dann energisch nach mehr Lohn gieren, wenn er gleichzeitig Aktionär der Firma ist, in der seine Arbeitskraft vernutzt wird. Aber auch umgekehrt gilt diese Beziehung, und so kann sich der einzelne in seiner Rolle als Mitinhaber des Betriebes genötigt sehen, sein alter ego, den Arbeiter an ihm, einem härteren Regiment zu unterwerfen oder gar der notwendigen Rationalisierung wegen zu entlassen. Die diversen Selbstverwaltungsexperimente bieten hier reichlich Anschauungsmaterial. Das berüchtigte jugoslawische Modell der Arbeiterselbstverwaltung hat die Paradoxie der "Selbstausbeutung" aufgeworfen und sich aus dieser Schizophrenie nie befreien können. In ähnlicher Weise gilt das auch für die hiesige Alternativklitschenwirtschaft. Die Alternativbetriebe konnten sich aus dem Widerspruch von ideologischen Ansprüchen (Kollektivität, sanfte Produktionsmethoden) und realem Verwertungszwang nur durch Bankrott oder durch ihre Verwandlung in ganz gewöhnliche moderne Kleinunternehmen retten.

am mainstream der Frauenbewegung studieren läßt, fügt sich in eine für die Entwicklung des modernen soziologistischen Denkens insgesamt charakteristische Logik ein.

Die Diversifikation der sozialkategorialen Bestimmungen und das Nachlassen ihrer identifikationsstiftenden Potenz untergräbt nachhaltig das soziologistische Eigenschaftsdenken. Wo gesellschaftliche Bestimmungen den Individuen nur akzidentell anhaften, oder von ihnen nur flüchtig angenommen werden, wird es offensichtlich absurd, sie als Charakterzügen ihrer Träger wahrzunehmen. "Der Autofahrer" mit seiner ihm eingeborenen Rücksichtslosigkeit existiert erst einmal nur für seinen Gegenspieler, der sich gerade Pedale tretend durch den anonymen großstädtischen Straßenverkehr quält. Der Kassenpatient mag seinem gereizten Arzt und dem Vertreter der Krankenkassen gelegentlich per se als abgefeimte Kreuzung aus Hypochondrie und gesundheitlicher Unvernunft gelten. Der Zwangsversicherte selber wird nur schwerlich eine enge identifikatorische Beziehung zu diesem Aspekt seiner sozialen Existenz entwickeln können, und kein Mensch wird seine Person darunter subsumieren wollen. Das Eigenschaftsdenken erodiert daher unaufhaltsamen. Es verliert die Fähigkeit überhaupt so etwas wie Bruchstücke von Welterklärung zusammenzustöpseln.

Der Zersetzungsprozeß macht sich allerdings nicht an allen Sozialklassifikationen in gleicher Weise bemerkbar. Alle sozialkategorialen Bestimmungen, die sich weitgehend mit biologischen Unterschieden decken, sind ihm zunächst einmal enthoben. Die Unveränderlichkeit der körperlichen Eigenheiten verleiht auch den damit kombinierten sozialen Bestimmungen ein Moment von Scheinstabilität. Wo sich Soziales und Biologisches für das ideologische Denken zu einem relativ zählebigen Eigenschaftskomplex verknoten, avanciert dieses Amalgam in einem hoffnungslos zerfasernden unübersichtlichen sozialen Bestimmungsgewirr zum Fixpunkt. Die Krise der soziologistischen Weltsicht schafft seinen sexistischen und rassistischen Verfallsformen einen neuen Spielraum. Ausweglos in der Bredouille überlebt das Eigenschaftsdenken einstweilen dadurch, daß es sich auf seine häßlichste und widerlichste Version zurückzieht. Wenn der Asylbewerber unter Arbeitsverbot steht und als Zwangssozialhilfeempfänger sein Wohnheimdasein fristen muß, dann vermischen sich dunkler Teint, die notorische Neigung unschuldigen Kneipenbesuchern Rosen aufdrängen zu müssen, Apathie und Gewaltausbrüche zu einem zusammenhängenden Sozialcharakter, der "dem Tamilen" per se zugeordnet wird. Wenn fast ausschließlich Frauen sich um die Erziehung

von kleinen Kindern kümmern, entsprechende Einschränkungen in anderen Lebenssphären hinnehmen, und insgesamt die private Reproduktion vornehmlich auf den Schultern von Frauen ruht, dann verfestigt sich auch "Mütterlichkeit", Häuslichkeit und intime Nähe zu privilegiert "weiblichen" Eigenschaften (1).

Der allgemeinen Entwicklungslogik, die das soziologistische Denken in seinen provisorischen biologistischen Auffanggraben treibt, kann sich auch das oppositionelle Soziologisieren schon deshalb nicht entziehen, weil das "Antiherrschaftsdenken" positive Identifikationsfiguren braucht. In einer Gesellschaft, in der hinter allen sozialen Bestimmungen die immer gleiche entleerte Form aufscheint, können sie sich aber nur mehr dort abzeichnen, wo die biologistische Anleihe den sozialen Emanationen der Wertform eine "seinsmäßige" Färbung verleiht; der Standpunktwechsel vom Arbeitersoziologismus zur Mann-Frau-Dichotomie, der Übergang zum positiven weiblichen Sexismus, markiert diese letzte prekäre Rückzugslinie von Antiherrschaftsdenken. Sobald das Merkmal Geschlecht zur entscheidenden gesellschaftlichen Demarkationslinie erklärt wird, verschwindet zunächst die Achillesferse soziologistischen Denkens, das zunehmend profanisierte äußerliche Verhältnis der Person zu ihren sozialen Bestimmungen. Die Grenzziehung, die dem Marxismus viel Mühe bereitete und mit der er schließlich scheiterte, gelingt hier hermetisch. Das biologische Geschlechtsmerkmal gruppiert einen ganzen Kometenschweif sozialer Eigenschaften um sich. Der Bezug auf biologische Differenz überträgt seine Stabilität auch auf das damit verknüpfte soziale Ensemble. So-

(1) Eins muß hier aber einschränkend hinzugefügt werden. Die regressive Renaissance des Rassismus findet nurmehr auf der Ebene des Alltagsverstandes statt. Auf dem Niveau populärer Versatzstücke sickern rassistische Anklänge auf breiter Front ins landläufige Bewußtsein ein. Es kommt dabei aber nicht mehr wie zu Beginn des Jahrhunderts zur Ausbildung einer systematischen "Rassenlehre", die auch nur einen pseudowissenschaftlichen Anspruch erheben könnte. Das läßt sich leicht erklären. Die sozialkategoriale Zuordnung hat heute längst das fertige abstrakte gleiche Geld- und Rechtssubjekt zur Voraussetzung. In ihrer versachlichten Gestalt hat sie sich schon soweit strukturell von der natürlichen biologischen Existenz abgelöst, daß die soziale und die biologisches Seite bestenfalls für den statistischen Durchschnitt zur Deckung kommen können. Die Zuordnung von Hausarbeit zum weiblichen Dasein mag heutzutage im großen und ganzen empirisch zutreffen. Aber selbst wenn Hausmänner real eine verschwindende Minderheit darstellen, die wasserdichte Abscheidung eines spezifisch weiblichen Eigenschaftsfeldes ist bereits durch deren minoritäre Existenz aufgebrochen. Das populäre Bewußtsein kann darüber, um Inkonsistenz unbekümmert hinweggehen; ein wissenschaftlicher Anspruch läßt sich auf dieser Grundlage dagegen nicht mehr zurechtzimmern. Auch wenn schwarze Hautfarbe, Ghettoexistenz, Kriminalität und Drogensucht in Harlem oder Chicago quasi Synonyme sind, so bedeutet das trotzdem etwas gänzlich anderes als die Identität von Neger und Sklave in den Südstaaten der USA vor dem amerikanischen Bürgerkrieg.

bald das Geschlecht ins Spiel gebracht wird, ist der in der modernen bürgerlichen Gesellschaft an allen anderen Bestimmungen aufreißende Unterschied zwischen sozialkategorialer Zuordnung und individueller Existenz sistiert, und das ansonsten greifbare Ungenügen soziologistischen Eigenschaftsdenkens provisorisch überspielt. Mit allem was es einmal gewesen ist kann das moderne Individuum im Prinzip brechen, seine geschlechtsspezifische Zuordnung wird es aber Zeit seines Lebens nicht los. Diese eine Bestimmung ist auf alle Fälle schon immer mitgedacht, sobald von einer Person die Rede ist und das Individuum kann sie nicht abstreifen ohne parallel dazu seine schiere Existenz zu beenden. Der Wechsel von einer Seite zur anderen ist ex definitione, wenn wir hier einmal von operativer Nachhilfe absehen, zeitlebens ausgeschlossen. Das "oppositionelle" Eigenschaftsdenken hat sich damit auf seine wasserdichte Spitze getrieben. Der apologetische Grundzug dieses Ideologems ist dabei aber unübersehbar. Die erste Natur saugt die zweite in sich auf und kennt sie nur mehr als abgeleitete, sekundäre Größe. Als letzte logische Konsequenz des Geschlechtersoziologismus ergibt sich eine recht einfach strukturierte, dafür wahnhafte Weltsicht. Die Übel dieser Welt resultieren allesamt aus der Vorherrschaft männlicher "Eigenschaften" und das Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse spannt sich zwischen Ying und Yang, zwischen dem männlichen und dem weiblichen Prinzip auf.

Der Blut- und Bodenflügel feministischer Theorie ist den soziologistischen Weg bis zu diesem Ende gegangen. Der Teil der Frauenbewegung, der sich als radikal und gesellschaftskritisch versteht, hat sich energisch gegen diese Konsequenz gesperrt und beharrlich gegen die biologistische Schwerkraft der eigenen soziologistischen Weltsicht anargumentiert. Er war aber nicht in der Lage, sie außer Kraft zu setzen. Wo der Gegensatz von Mann und Frau, das Patriarchat von der gesellschaftlichen Erscheinungsebene ins Wesenhafte gerückt wird, da ist auch der Weg zur Ontologisierung des Geschlechterwiderspruchs nicht mehr weit. Der rohe Hexen- und Menstruationskult ist nur die konsequente und in Lebenshaltung übersetzte Fortsetzung feministischer Weltsicht. Ihr common sense, die Vorstellung eines unmittelbaren patriarchalen Gewaltverhältnisses präjudiziert bereits die biologistische Wendung.

Aus dieser Sackgasse kommen wir nur heraus, wenn wir die Kritik der politischen Ökonomie als eine Theorie des Fetischismus, der universellen Versachlichung gesellschaftlicher Beziehungen, ernst nehmen. Die Aufgabe revolutionärer Theorie kann allein darin bestehen, das moderne bürgerliche Geschlechterverhältnis als Moment des herr-

schenden Versachlichungszusammenhangs zu entwickeln. Die Kritik des Werts, des automatischen Subjekts dieser Gesellschaft, bedarf keineswegs der "Ergänzung" durch die Kritik von Familie und Geschlechterverhältnis, ihre Konkretion muß aber diese Ebenen einschließen.

Norbert Trenkle

FREIHEIT, GLEICHHEIT, SCHWESTERLICHKEIT

Die Gleichheitsforderung als Auslaufmodell

1.

Eine englische Karikatur aus dem späten achtzehnten Jahrhundert zeigt einen doppelgesichtigen Bürger, der nach der Seite des Königs hin kämpferisch Freiheit und Gleichheit einfordert, nach der anderen Seite hin aber, gegenüber der Frau, die ebensolches verlangt, den Stock zückt. Diese Karikatur drückt alles über das Selbstverständnis der frühen Frauenbewegung aus, ein Selbstverständnis, das sich in den Grundzügen bis heute erhalten hat. Die Anklage gegen die bürgerliche Gesellschaft lautete, daß diese die Prinzipien von Freiheit und Gleichheit zwar hochhalte, sie jedoch nur für die eine, die männliche Hälfte der Gesellschaft, gelten lassen wollte. Damit war auch schon die Stoßrichtung der Frauenbewegung markiert, ging es doch darum, dem weiblichen Geschlecht die ihm zustehenden Rechte zu erkämpfen. Herausfordernd wurde den Bürgern ihr eigener Kampfbegriff entgegengeschleudert und egalité auch für die Bürgerinnen eingefordert.

Dieser Kampf um die Menschenrechte weist nicht zufällig eine ganze Reihe von Parallelen zu dem der anderen großen Bewegung des bürgerlichen Zeitalters, der Arbeiterbewegung, auf. Beide Bewegungen mußten die Rechte, die das männliche Bürgertum für sich erkämpft hatte, in langen Auseinandersetzungen erst einmal auch für sich ertrotzen. Beide mußten sich in zähen Kämpfen den Zugang zu gesellschaftlichen Institutionen wie der höheren Schulbildung verschaffen und die Möglichkeiten zum sozialen Aufstieg erkämpfen. Dennoch lassen sich Frauenbewegung und Arbeiterbewegung nicht einfach parallelisieren. Ein entscheidender Unterschied zwischen beiden darf nicht wegeskamotiert werden, denn er verweist auf die spezifische Widersprüchlichkeit des Geschlechterverhältnisses in der bürgerlichen Gesellschaft.

Während die Arbeiterbewegung ohne jedes Wenn und Aber die Gleichheit aller Menschen (zumindest männlichen Geschlechts) proklamierte und damit das Erbe der bürgerlichen Revolution antrat, verhielt sich die Frauenbewegung der Gleichheitsforderung gegen-

über durchaus ambivalent. Die Frauenbewegung erblickt das Licht der Welt mit gespaltenem Bewußtsein, und diese Bewußtseinsspaltung sollte sich auch bald in zwei parallelen, sich ergänzenden aber auch rivalisierenden Strömungen niederschlagen. Der eine Strang der Bewegung insistierte auf der prinzipiellen Androgynität des Menschen; die Zuweisung bestimmter Rollen und Funktionen entlang der Geschlechtergrenze erschien ihm daher als eklatanter Ausdruck von strukturell verankerter Ungleichheit. Gleichheit bedeutete daher in dieser Lesart, alle gesellschaftlichen Schranken und Hindernisse, die dem weiblichen Geschlecht den Zugang zu bisher dem Mann vorbehaltenen Positionen und Funktionen verwehrten, beiseite zu räumen. Der andere Strang der Frauenbewegung dagegen klagte zwar die juristische und soziale Gleichstellung der Frau ein, stellte jedoch die gegebene geschlechtliche Arbeitsteilung nicht prinzipiell in Frage und bezog sich weitgehend affirmativ auf die eigene, ontologisch gedachte, "Weiblichkeit". Es liegt in der Logik dieses Konstrukts, daß es schon bald, zumindest implizit, teilweise aber auch explizit, als Kritik gegen die "Männergesellschaft" gewendet wurde, die sich als Inkarnation von Rationalität, menschlicher Kälte und kriegerischer Gewalttätigkeit darstellte.

Die Verdoppelung der Frauenbewegung in zwei Hauptströmungen reflektiert die reale Widersprüchlichkeit des Geschlechterverhältnisses im Prozeß der bürgerlichen Vergesellschaftung selbst. Der ideologischen Verdoppelung entspricht eine Doppelbewegung bei der Durchsetzung des Werts als allgemeinem gesellschaftlichen Verhältnis. Einerseits abstrahiert der Wert von den äußerlichen Besonderheiten der einzelnen. Geschlecht, Hautfarbe und Herkunft sind ihm prinzipiell einerlei, solange die betreffenden Individuen nur den je erforderlichen Funktionsanforderungen gerecht werden, ob als Käufer oder Lohnarbeiter, als Rechtsanwalt oder Ladendieb. Alle qua Geburt fixierten Funktions- und Statuszuweisungen, alle nicht vom Willen des einzelnen beeinflußbaren Präjudizierungen werden eliminiert. Der Wert löst die einzelnen aus ihren Verwachsungen und stellt sie als Freie und Gleiche unmittelbar dem ins Gigantische aufgeblähten gesellschaftlichen Aggregat gegenüber. Keine Schranke die nicht für alle anderen auch gleichermaßen gälte (eben die von Wert und Recht gesetzten Bedingungen), kann den einzelnen daran hindern in irgendeine der vielen Rollen oder Funktionskategorien hineinzuschlüpfen, die das gesellschaftliche Universum zur Verfügung stellt. Dies ist die *gesellschaftliche Struktur* von Freiheit und Gleichheit, die wir heute in den fortgeschrittensten Zentren des warenproduzierenden Weltsy-

stems weitgehend hergestellt sehen (1).

Doch dies ist nur die eine Seite des Durchsetzungsprozesses der bürgerlichen Verkehrsform. Der unerbittliche Aufschwung des Werts zum Konstitutionsprinzip aller Lebensbereiche schlechthin schafft zwar einen einheitlichen gesellschaftlichen Funktionsraum, doch er setzt keinesfalls die konkrete Einheit des Lebenszusammenhanges. Im Gegenteil: der universelle stoffliche Zusammenhang wird als in sich zerissener konstituiert. Der Begriff der negativen Vergesellschaftung drückt dies sehr treffend aus. Die bürgerliche Gesellschaft zerfällt in zahllose gegeneinander verselbständigte, wenn auch existentiell zusammengehörige einzelne Sphären und Funktionen, die untereinander nur abstrakt, d.h. über die Geld- und Rechtsform, vermittelt sind. Sie können nicht ohne einander, aber der Zusammenhang, den sie gemeinsam konstituieren, bewegt sich außerhalb ihres bewußten Zugriffs.

Diese Auffächerung des gesellschaftlichen Zusammenhangs schreitet im Laufe der Entwicklung bis ins unermessliche fort, es lassen sich jedoch einige zentrale Spaltungen identifizieren, die ihrerseits die Basis für diesen Differenzierungsprozeß bilden. Dazu gehört neben dem Auseinanderfallen von Staat und Gesellschaft einerseits sowie Politik und Ökonomie andererseits, wesentlich die Trennung in öffentliche und private Sphäre. Letztere ist deshalb zentral, weil sie den sozialen Zusammenhang in zwei Bereiche auseinanderdividiert, die einer je konträren, wenn auch spiegelbildlich sich ergänzenden Logik folgen.

Während in der Sphäre der Öffentlichkeit die Gesetze des Marktes, die Konkurrenz und die Abstraktion des Rechts regieren, kalkulierende Rationalität und rücksichtsloses Durchsetzungsvermögen gefordert ist, so sind alle emotionalen und unmittelbar persönlichen Bedürfnisse in ihrer Befriedigung auf die private Sphäre verwiesen. In den ideologischen Reflexen erscheint die Privatheit daher als der Hort von Menschlichkeit schlechthin, als ein Garten Eden persönlicher Hingabe und Zuwendung und als Refugium vor den feindseligen Zudringlichkeiten des "außen". Hier kann man die Kämpferpose abgestreifen und in die Filzpantoffeln schlüpfen; hier ist man nicht von Gegnern umzingelt, sondern findet Geborgenheit im Schoße der liebenden Gemeinschaft.

1) Zu der gängigen Vorstellung, Freiheit und Gleichheit seien ein empirischer Zustand, den es zu verwirklichen gelte, werde ich weiter unten noch einige Bemerkungen machen. Ich kann dies im Rahmen dieses Artikel allerdings nur kursorisch tun und verweise daher auf die einschlägigen Aufsätze von Peter Klein in der "Marxistischen Kritik" Nr. 7 sowie der vorliegenden Ausgabe der "Krisis".

Wenn auch dieses Hohelied auf die Privatheit, sprich die Familie, von Anbeginn an die Realitäten geradezu gewaltsam verklärte, so reflektiert es doch richtige Momente. Die Privatheit mag sich zur veritablen Hölle auswachsen, sie folgt dennoch einer anderen, komplementären Logik als die öffentliche Sphäre. Gerade in dieser Komplementarität, in diesem gegenseitigen Ausschluß je sphärenspezifischer "Eigenschaften" und Verhaltensmuster, kommt die ganze Schizophrenie der bürgerlichen Gesellschaft zum Ausdruck. Der Wert zerreißt nicht nur rein äußerlich den durch ihn konstituierten gesellschaftlichen Zusammenhang, sondern treibt die Spaltung mitten durch die Menschen hindurch. Wechseln sie von der einen Sphäre in die andere, so ist dies nicht nur ein äußerlicher räumlicher Vorgang, sondern zugleich einer der ihre Psyche auseinanderreißt.

Diese Spaltung des bürgerlichen Lebensraums und der bürgerlichen Psyche in zwei Hälften, die rationalistische und die emotionale, den Wolf und das Lamm, sie vollzieht sich zunächst im wesentlichen entlang der Geschlechterdifferenzierung. Erschien die öffentliche Sphäre als das angestammte Terrain des Mannes, so herrschte ebensowenig Zweifel an der Zurechnung der Frau zur häuslichen Sphäre. War nicht die Frau die Inkarnation von Fürsorglichkeit, Umsicht und stillem Fleiß, war sie nicht für die Kinderaufzucht und -erziehung "von Natur aus" geschaffen? Und umgekehrt, zeichneten nicht den Mann Eigenschaften wie sachliche Vernunft, Mut und Durchsetzungsvermögen aus, allesamt unerläßlich um in der rauhen Welt der Konkurrenz zu bestehen?

Wenn sich diese geschlechtsspezifischen Rollenzuweisungen in ihren dominierenden Zügen bis in die 60er Jahre dieses Jahrhunderts nicht nur erhalten sondern sogar verallgemeinert haben, so verweist dies darauf, daß es sich dabei keinesfalls um ein bloßes Relikt aus vorkapitalistischen Formationen handelt. Vielmehr ist die Geschlechterspaltung konstitutiv für die bürgerliche Verkehrsform, auch oder gerade weil sie sich im Widerspruch zur abstrakt-gleichmacherischen Logik des Wertes bewegt.

Die Widersprüchlichkeit der Wertform in bezug auf das Geschlechterverhältnis spiegelt sich, wie erwähnt, von Anbeginn an auch in der Frauenbewegung wider. Anders als die Arbeiterbewegung bewegt sie sich nicht bereits in der Sphäre des öffentlichen Raumes und kann deshalb auch nicht ungebrochen mit dessen Logik und Begrifflichkeit hantieren. Einerseits drängt sie in die Öffentlichkeit hinein, andererseits thematisiert sie immer auch schon die spezifischen Probleme der privaten Sphäre. Die Ausgangsbasis der Frauen ist die Pri-

vatheit und am eigenen Leib verspüren sie das Auseinanderklaffen der verschiedenen Lebensbereiche. Kann die Arbeiterbewegung ohne jeden Selbstzweifel um die konsequente Verwirklichung von Freiheit und Gleichheit kämpfen, so geht die weibliche Emanzipationsbewegung keinesfalls bruchlos im Kampf um diese bürgerlichen Prinzipien par excellence auf. Zwar treten auch die Vorkämpferinnen der Frauenbewegung unter dem Banner der Demokratie an, doch schon auf den zweiten Blick erweist sich, daß sich dahinter auch Problemstellungen verbergen, die keinesfalls mit der Forderung nach Verstaatsbürgerlichung aufgelöst werden. In der bürgerlichen Frauenbewegung des neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhunderts findet diese Widersprüchlichkeit einen deutlichen Ausdruck (1). In der Affirmation von dem, was als "weibliche Tugenden" aufgefaßt wird (Emotionalität, persönliche Zuwendung etc.), schwingt immer schon eine Ahnung davon mit, daß das menschliche Leben nicht unter die nackte Abstraktion des Geldes subsumiert werden kann. Der positive Bezug auf die qua Geschlecht zugewiesene Rolle bleibt zwar in der vorgefundenen dichotomischen Spaltung befangen, doch verweist er gleichzeitig auch auf die Defizite des mit Männlichkeit identifizierten Rationalismus. Wie keine andere Bewegung mußte und muß die Frauenbewegung die Kluft überbrücken, die die bürgerliche Gesellschaft zwischen den Lebenswelten der Individuen aufwirft, und das Fortbestehen dieser Kluft ist auch das tiefere Geheimnis ihrer Zählebigkeit.

Wenn die Frauenbewegung dennoch an Dynamik verloren hat, wenn sie sich zunehmend in ihre einzelnen Segmente aufsplittert und in den einmal eroberten Gräben verschanzt, so liegt dies nicht zuletzt daran, daß sie die ihr immanente Widersprüchlichkeit nicht adäquat benennen konnte und kann. Wohl gibt es eine kaum noch überschaubare Fülle an literarischen Aufarbeitungen des Geschlechtergegensatzes und eine ganze Psychokultur gedeiht auf dem Boden der Auseinandersetzung mit den geschlechtsspezifischen Charakterstrukturen. Alle bisherigen Versuche, dies mit einer Kritik des gesellschaftlichen Zusammenhanges in toto zu vermitteln, haben sich jedoch immer wieder in der hierfür völlig inadäquaten Begrifflichkeit von "Gleichheit" und "Ungleichheit" verstrickt oder aber vergeblich versucht, diese durch Rückgriff auf biologistische Konstrukte, wie dem der "neuen

1) Wenn die proletarische Schwesterströmung die im Geschlechtergegensatz angelegten spezifischen Widersprüche kaum thematisierte, dann liegt das daran, daß sie gewissermaßen noch aus einem "vorbürgerlichen" Raum heraus agierte. Solange die bürgerliche Familienform innerhalb des proletarischen Millieus eher die Ausnahme als die Regel war, konnte sie auch noch nicht zum Problem werden. Hierzu weiter unten noch weitere Ausführungen.

Weiblichkeit" aufzulösen. Die feministische Begriffsbildung konnte also den durch die Sphärentrennung gesetzten Widerspruch nicht produktiv auflösen, sondern hat sich in dessen Dichotomien verfangen. Wo die einen selbst noch den zwischenmenschlichen Beziehungen mit den Abstraktionen der Demokratie zu Leibe rücken wollen, da besinnen sich die anderen auf ihr "weibliches Wesen". Wo die einen die Probleme des entfalteten bürgerlichen Zusammenhangs mit noch mehr "Gleichheit" lösen wollen, da entdecken die anderen die Vorzüge der "Ungleichheit". Diesen Streit aufzulösen, kann es von Nutzen sein, sich seine Wurzeln noch einmal zu vergegenwärtigen.

2.

Die spezifische Widersprüchlichkeit der sexistischen Spaltung der bürgerlichen Verkehrsform spiegelt sich in der Entwicklung der Frauenrolle im Verlauf der letzten zwei Jahrhunderte. Sie folgt einer doppelten Bewegung: der Herausbildung eines spezifischen Bildes von "Weiblichkeit" einerseits und der fortschreitenden Gleichberechtigung andererseits. Verläuft diese Doppelbewegung zunächst noch weitgehend parallel, so gerät sie auf ihrem Zenit, der zeitlich etwa in den 60er und 70er Jahren dieses Jahrhunderts zu verorten wäre, endgültig mit sich selbst ins Gehege.

Dem klassisch bürgerlichen Frauenbild galt es als ausgemacht, daß die charakterliche und geistige Konstitution der beiden Geschlechter "von Natur aus" unterschiedlich ist, und sie daher auch für die Ausübung differenter gesellschaftlicher Aufgaben und Funktionen prädestiniert sind. Dieses Frauenbild reproduzierte sich durch die verschiedenen Epochen der bürgerlichen Entwicklung hindurch immer wieder auf neuem Niveau. Noch im 17. und 18. Jahrhundert hatte die Frau den Status der Abhängigen, Unselbständigen inne und wurde in der sozialen Hierarchie irgendwo zwischen Kind und Knecht angesiedelt. Mit einem freien Willen schien sie ebensowenig begabt wie alle anderen Abhängigen auch, über deren Wohl und Wehe letzten Endes nur der Herr, sprich der Haushaltsvorstand, entschied. Dieser Status war auch rechtlich zementiert - die Frau konnte weder über ein eigenes Vermögen verfügen, noch war sie überhaupt als Rechtsperson anerkannt - und es war daher durchaus logisch, wenn Bürger- und Menschenrechte zunächst nur für das männliche Bürgertum in Anspruch genommen wurden.

Aber die Frau trat zunehmend aus dem bunten Wust abhängigen Gesindes heraus und begann eine Sonderrolle einzunehmen, je weiter sich die bürgerliche Familie als Modell und Idealbild durchsetzen konnte. Gegen allen Augenschein ist gerade in dieser Form privater und geschlechtlicher Reproduktion die Gleichheit angelegt, wenn auch zunächst noch embryonal. Dies ist nur ein scheinbares Paradox. Gleichheit setzt bekanntlich persönliche Rechtsfähigkeit voraus. Das zentrale Strukturelement der Gleichheit ist die "freie und gleiche Rechtsperson", und diese wiederum muß vor allem mit einem "freien Willen" ausgestattet sein. Solange der Frau aber jede Willensfähigkeit abgesprochen wurde (zumindest in bezug auf den öffentlichen Raum), solange es ihr verwehrt war aus eigener Entscheidung Vertragsverhältnisse einzugehen, solange war auch ihr Status eindeutig einer der Abhängigkeit. Nun ist aber die bürgerliche Ehe, da sie sich als "Liebesehe", d.h. als eine auf der gegenseitigen Zuneigung der Gatten beruhende Lebensgemeinschaft versteht, ein Vertragsverhältnis. Und zu dem bedarf es per definitionem des freien Einverständnisses beider daran beteiligter Personen. Die "Liebesehe" war sogar eine der zentralen Idealvorstellungen des sich durchsetzenden bürgerlichen Aufklärungsdenkens, denn, wenn jeder Mensch für das eigene Glück verantwortlich sein sollte, dann durfte eine so wichtige Entscheidung wie die für den Lebenspartner nicht von anderen für ihn getroffen werden. Die gängige Praxis, Eheschließungen unter den Familien nach Maßgabe machtpolitischer oder wirtschaftlicher Erwägungen über die Gefühle der zukünftigen Ehegatten hinweg auszuhandeln, wurde als "unnatürlich" gebrandmarkt.

Der erste Schritt zur Anerkennung einer weiblichen Rechtsfähigkeit weist also in Richtung Mann. Denn wenn die bürgerliche Ehe auf der gegenseitigen Liebe und damit auf der freien Entscheidung zweier Individuen füreinander beruhen sollte, dann mußte der Frau mindestens in dieser Hinsicht eine Willenskompetenz zugestanden werden . Die Frau mochte "von Natur" aus für den Haushalt und die Kinderaufzucht geschaffen sein, sie mochte nicht in der Lage sein, einen intellektuell anspruchsvollen Gedanken nachzuvollziehen, geschweige denn zu fassen, eines mußte ihr doch auch der patriarchalischste aller Aufklärer der Logik des eigenen theoretischen Konstrukts nach zugestehen: Die Fähigkeit, sich für den richtigen Gatten zu entscheiden und die Eheschließung als freie Willensentscheidung zu vollziehen.

Mit der Eheschließung begab sich die Frau nun zwar in neue Abhängigkeiten, doch war dies der Struktur nach ein Produkt ihrer eige-

nen und freien Entscheidung (1). Die bürgerliche Ehe war und ist ein Rechtsverhältnis und insofern diente sie als Einfallstor für die Anerkennung der weiblichen Rechts- und Vertragsfähigkeit (2). Durch dieses Tor mußte sich mit der Zeit der ganze Schwall an bürgerlichen Rechten ergießen, von denen die Frau zunächst ausgeschlossen war. Denn konnte der Frau nicht mehr grundsätzlich *jede* Willenskraft in bezug auf die öffentliche Sphäre abgesprochen werden, dann mußten mit der Zeit in dieser Hinsicht immer weitere Zugeständnisse gemacht werden, bis schließlich die juristische Gleichheit auch für das weibliche Geschlecht hergestellt war.

"Wenn eine Frau genügend Urteilskraft besessen hat, um ihren Lebensgefährten zu wählen, kann man sie da anschließend behandeln, als besäße sie überhaupt kein Urteil?", bemerkt dazu Elisabeth Badinter (1984, S. 140), die diesen Prozeß der Veränderung des Frauenbildes in ihrem Buch über die Mutterliebe sehr anschaulich beschreibt. Die Anerkennung der weiblichen Urteilskraft blieb freilich zunächst auf den Rahmen des häuslichen Lebens und der Gefühlsangelegenheiten beschränkt. Die Frau wird bereits als Mensch anerkannt, jedoch als nur sehr bedingt urteilsfähiger und damit dem Mann untergeordneter Mensch. Erst nach und nach wird auch diese Hierarchisierung in Frage gestellt.

Früher oder später mußte nun anerkannt werden, daß beide Geschlechter zwar auf je spezifische Art, aber prinzipiell gleich notwendig für das Funktionieren des gesellschaftlichen Ganzen waren. Innerhalb der als "natürlich" erscheinenden Ordnung zeichnete die Frau sich, solange sie sich darein fügte, gegenüber dem Mann durch ganz bestimmte Kompetenzen aus, die dieser nicht besaß, die aber gleichwohl als lebenswichtig galten. Das Lob der mütterlichen und weiblichen Tugenden reflektiert die ganze hierin angelegte Ambivalenz. Zwar erfuhr die Frau eine gesellschaftliche Aufwertung, doch schrieb ihr gerade dieser Zuspruch eine ganz bestimmte und eingeschränkte soziale Rolle im buchstäblichen Sinne auf den Leib. Mütterlichkeit und aufopfernde Fürsorge für Ehemann und Familie erscheinen als an die Gebärfähigkeit gekoppelte biologische Eigenschaften und damit war die vorherrschende gesellschaftliche Funktionsteilung als

1) Es versteht sich von selbst, daß bei der Eheschließung auch in der bürgerlichen Epoche real keinesfalls nur der "freie Wille" der beiden betroffenen Personen waltete. Der Form nach war dies jedoch der Fall und daraus ergab sich auch die Notwendigkeit, die Frau als Rechtssubjekt anzuerkennen.

2) Diese Entwicklung zeichnet sich bereits im Mittelalter ab. Im gleichen Maße wie sich die soziale Stellung der Frau verschlechtert, wird andererseits ihre rechtliche Position schrittweise verbessert.

"natürliche" legitimiert (1).

Der Gedanke einer rechtlichen Gleichstellung der Geschlechter lag nun nicht mehr fern. Auf die Dauer ließ sich nicht plausibel machen, wieso der Frau die elementarsten Bürgerrechte abgesprochen wurden, wo sie doch, innerhalb der "ihr gemäßen Sphäre", einen entscheidenden Anteil zur Reproduktion der Gesellschaft beitrug. Die Gleichheits-Ungleichheitsideologie differenzierte sich aus und sedimentierte sich auf verschiedenen Ebenen. So wurde nun einerseits postuliert, daß die Biologie die Geschlechter zwar mit unterschiedlichen Gaben ausgestattet und daher auch zu differenten Tätigkeiten prädestiniert habe, andererseits aber diese Ungleichheit sich auf einem tieferliegenden Fundament prinzipieller Gleichheit aller Menschen erhebe. Damit war der Weg für die Ausdehnung der Bürger- und Menschenrechte auf das weibliche Geschlecht geebnet.

Nicht nur die weibliche Rechtsfähigkeit, auch die soziale Gleichstellung der Frau erwuchs aus dem familiären Mikrokosmos. Die Zuständigkeit der Frauen in der häuslichen Sphäre gerade in den Kreisen des gehobenen Bürgertums beschränkte sich nicht auf die einfache Ausübung hauswirtschaftlicher Tätigkeiten. Neben der Überwachung des Haushalts - für die alltäglichen Verrichtungen gab es die Dienstboten - war die Bürgersfrau vor allem auch für die Organisation des häuslichen sozialen Lebens und für die Kindererziehung zuständig (auch wenn dabei häufig genug Kindermädchen, Hauslehrer oder Gouvernanten halfen). Beides jedoch erforderte einen gewissen Bildungsstand, gerade auch im Sinne einer Anerkennung durch das soziale Umfeld, nicht zuletzt aber auch deshalb, weil den Frauen ja schließlich auch die Erziehung der *männlichen* Kinder, zumindest im frühen Alter, oblag. Wenn schon Erziehung an sich, dem aufgeklärten Denken zufolge, nicht einfach der Willkür folgen, sondern sich an "wissenschaftlichen Erkenntnissen" orientieren sollte, dann war natürlich insbesondere die Erziehung der Jungen eine Aufgabe, die man nicht einfach einem ungebildeten und nicht zum Denken befähigten Geschöpf überlassen konnte. Schon Rousseau sprach dies deutlich aus: "Vom Bemühen der Frauen hängt die erste Erziehung der Männer ab; von den Frauen hängen außerdem ihre Sitten ab" (zit. nach Badinter 1984, S. 143). Es war daher auch nur konsequent, wenn die Forderung nach systematischer Schulbildung für Frauen zunächst in erster Linie mit deren Pflichten als Mutter und Ehegattin begründet wurde. Dies stand in keinem Widerspruch zu der Auffassung von der natürlichen

1) Ausführlich hat dies Elisabeth Badinter in ihrem Buch "Die Mutterliebe" beschrieben.

Geschlechterungleichheit, denn wenn auch die Frauen "von Natur" aus mit anderen "Eigenschaften" ausgestattet waren, so mußten diese doch ausgebildet, entfaltet und verfeinert werden (1). Mit zunehmender Anhebung des weiblichen Bildungsniveaus wurde aber der Grundstock für einen Ausbruch der Frauen aus der privaten Sphäre gesetzt.

3.

Es ist nur allzu verständlich, wenn die Frauenrechtsbewegung sich zunächst im wesentlichen affirmativ auf die eigene "Weiblichkeit" bezog und nur auf der rechtlichen Besserstellung der Frauen insistierte. Zwar gab es schon sehr früh, zu Zeiten der französischen Revolution, Stimmen, die sich dagegen erhoben, der Frau bestimmte Eigenschaften als "natürliche" anzuheften, doch blieben sie deutlich in der Minderheit (2). Vorerst dominierte die vom rousseauistischen Denken geprägte Strömung, die sich nicht zuletzt um die Durchsetzung der Hausfrauen- und Mutterideologie verdient machte. Auch das erste Herausdrängen aus der Sphäre des Hauses geht keinesfalls einher mit einer Infragestellung des an der "natürlichen Weiblichkeit" orientierten Frauenbildes, sondern verlängert diese Vorstellung lediglich in die öffentliche Sphäre hinein. Wenn die bürgerliche Frauenbewegung gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts fordert, die Berufswelt stärker für Frauen zugänglich zu machen, so dachte sie dabei vor allem an die Erschließung bestimmter "weiblicher Tätigkeitsfelder". Dieses Bestreben hatte natürlich seine reale Grundlage in der fortschreitenden Vergesellschaftung, die nun auch zunehmend Bereiche erfaßte, die bisher in die Zuständigkeit der privaten Reproduktion gefallen waren. Wo damit begonnen wurde, eine erste sozialstaatliche Grundlage zu legen, wo Pflegetätigkeiten und Kindererziehung in fortschreitendem Maße zu öffentlichen Aufgaben wur-

1) Wie wenig selbstverständlich die Schulbildung für Frauen war, läßt sich beispielsweise daran ermessen, daß noch Ende des 18. Jahrhunderts selbst Professorentöchter oft nicht des Lesens und Schreibens mächtig waren.

2) So schreibt etwa Jean Antoinne de Condorcet im Jahre 1789: "Es wird gesagt, daß Frauen zwar besser als die Männer, sanfter, sensibler und weniger den Lastern unterworfen seien, die auf Egoismus und Hartherzigkeit zurückzuführen sind, daß sie aber kein richtiges Gerechtigkeitsgefühl hätten, daß sie eher ihrem Gefühl als ihrem Gewissen gehorchten. Diese Beobachtung ist schon richtiger, aber sie beweist nichts: nicht die Natur sondern die Erziehung, die soziale Existenz verursachen diesen Unterschied" (in Schröder 1979, S. 58 f.). In einem ähnlichen Sinne äußert sich auch seine Zeitgenossin Olympe Marie de Gouges (vgl. ebd., S. 35 ff.).

den, da eröffneten sich mit einem Male Möglichkeiten beruflichen Engagements, die dem "weiblichen Wesen" wie maßgeschneidert zu passen schienen.

Wenn es zunächst im wesentlichen der proletarischen Frauenbewegung vorbehalten blieb, den Gedanken der Geschlechtergleichheit radikal zu vertreten (1) dann liegt das wohl daran, daß in den unterständischen Schichten öffentliche und private Sphäre sich vorerst nur rudimentär ausdifferenziert hatten. Schon aus schlichter materieller Notwendigkeit mußten sich die Frauen in aller Regel als Lohnarbeiterinnen verdingen und von einem auch nur annähernd in sich geschlossenen Familienleben konnte nicht die Rede sein. Oftmals konnte aus finanzieller Not überhaupt nicht geheiratet werden, jedenfalls aber war es für verheiratete wie unverheiratete Paare keinesfalls selbstverständlich, einen eigenen Raum zur Verfügung zu haben. "Schlafburschen" bzw. "Bettgeher", die sich gemeinsam ein Bett teilten, waren die Regel, uneheliche Kinder der Normalfall; von familiärer "Intimität" keine Spur (2). Was sich in der Retrospektive als Vor- oder Zwischenstadium entpuppt, erschien allerdings in den ideologischen Reflexen der Zeitgenossen und Zeitgenossinnen als Gegenmodell zur bürgerlichen Familie. In der "proletarischen Familie" schien die "Gleichheit der Ehegatten" ansatzweise verwirklicht, wenn auch durch den ökonomischen Zwang verkrüppelt. Damit wurden allerdings nicht nur die realen Lebensverhältnisse auf Biegen und Brechen idealisiert (3), der ideologische Zuckerguß täuschte auch darüber hinweg, daß das bürgerliche Familienmodell mitsamt den von ihm transportierten Geschlechterrollenidentitäten sich immer stärker im Bewußtsein der Unterschichten sedimentierte. Selbst in der Programmatik der sozialdemokratischen Frauenbewegung dominierte keineswegs uneingeschränkt das androgyne Menschenbild. Besonders auf dem reformistischen Flügel, der zwar weniger theoretischen, dafür aber durchaus praktischen Einfluß ausübte, setzte sich das bürgerliche Frauenbild durch, auch wenn es nicht immer offen biologistisch begründet wurde,

1) Daneben natürlich, nicht zu vergessen, war es der radikale Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung, der diesen Gedanken mit Vehemenz vertrat.

2) Sieder (1987, S. 183 f.) spricht in diesem Zusammenhang von einer "halboffenen Familienstruktur", die im übrigen noch wesentliche Elemente des ländlichen Zusammenlebens im "ganzen Haus" transportiert. Von "der Arbeiterfamilie" kann ohnehin nicht gesprochen werden, da sich unter diesem Begriff die unterschiedlichsten von lokalen und branchenspezifischen Faktoren geprägten Lebensverhältnisse verbergen (vgl. a.a.O., S. 148 ff.). Erst die breite Durchsetzung der modernen spätbürgerlichen "Kernfamilie" schafft annähernd homogene Lebensverhältnisse in den westlichen Ländern.

3) Von dem idyllischen Bild, das etwa Engels von der proletarischen Familie zu zeichnen beliebt, und das lange Zeit hartnäckig überlebte, stimmt bekanntlich kein Wort (vgl. etwa Richebächer 1982).

sondern unter dem pädagogischen Mäntelchen "notwendiger Entwicklungsschritte" daherkam:

"Die öffentliche Tätigkeit unserer Frauen muß zunächst in den Kommunen beginnen. Auf diesem Feld eröffnen sich ihnen ersprießliche und doch weit ausschauende Aufgaben. Haben sie hier festen Fuß gefaßt, haben sie die Leiden und Freuden der Kommunalbürgerin von Grund auf kennengelernt, dann werden sie ihre Blicke auch in die Ferne schweifen lassen und sie auf das Reich richten. In der Armen-, Waisen- und Krankenpflege, Dinge, die ihrer bisherigen Tätigkeit und daher ihrem Gesichtskreis naheliegen, wird die Arbeiterfrau ihre Erfahrungen trefflich verwerten können, wird sie sicherer, wissender, vielseitiger und weiterblickender werden, wenn sie nur selbstlos genug (!) ist und richtig angeleitet wird. Von dieser Vorschule aus führt dann der Weg zur Gewährung des aktiven und passiven Kommunalrechts" (Ludwig Radlof 1914, zit. nach Richebächer 1982, S. 162; Hervorheb. N.T.).

Das bürgerliche Familienmodell rückte in der Folge weitgehend zum allgemeinen Ideal auf und die Forderung nach dem "Familienlohn", der es ermöglichen sollte, die Proletarierin von der Notwendigkeit zur Lohnarbeit zu befreien, fand breiten Anklang. Obwohl im großen Maßstab nie durchgesetzt - die Masse der Arbeiterfrauen mußte sich zumindest über größere Zeiträume hinweg immer "nebenbei" verdingen (neben der Hausarbeit, versteht sich) -, blieb es doch der Traum fast jeden Arbeiters, sich den "Luxus" einer "Nur-Hausfrau" leisten zu können, und auch viele Frauen standen, schon allein wegen der unerträglichen Doppelbelastung, diesem Ziel nicht ablehnend gegenüber.

So kann man historisch also von zwei gegenläufigen Bewegungen zu Beginn des Jahrhunderts sprechen. Während auf der einen Seite ein nicht unbedeutender Teil proletarischer Frauen sich vom Zwang zur Lohnarbeit zu befreien suchte, drängten auf der anderen Seite zunehmend mehr Frauen aus bürgerlichen Schichten in neu entstehende und sich ausbreitende Berufe im Sozialbereich, aber auch in Büro und Verwaltung. Die folgenden Jahrzehnte der Kriegswirtschaft und der fordistischen Nachkriegsakkumulation lösten diese beiden Trends dahingehend auf, daß sich die Frauenerwerbstätigkeit, quer durch alle Schichten, verallgemeinerte und unter dem Titel des "Nebenerwerbs" mit der Ideologie der bürgerlichen Familie versöhnte. Im statistischen Durchschnitt lag zwar die Frauenerwerbsquote schon im vergangenen Jahrhundert relativ hoch,

dies war jedoch in erster Linie auf den hohen Anteil proletarischer Frauen zurückzuführen. In den bürgerlichen Schichten dagegen dominierte die strikte Bindung der Frauen an den Haushalt. Die spezifische Leistung des zwanzigsten Jahrhunderts bestand darin, die bürgerliche Familie zu verallgemeinern, gerade indem es damit kompatible Formen von Frauenlohnarbeit hervorbrachte. Im Zuge der Auflösung der Sozialmilieus glichen sich die Lebensverhältnisse der Frauen: genauer, die familiären Lebensverhältnisse überhaupt, weitgehend an. Im gleichen Maße, wie die klassische frühbürgerliche Familie immer weiter erodierte und auf ihre elementarsten Bestandteile zusammenschrumpfte (Vater-Mutter-Kind), wurde sie erst richtig funktional für den modernen Verwertungsprozeß und konnte sie sich so zur allgemeinen gesellschaftlichen Norm aufschwingen. Nicht zufällig kulminiert diese Entwicklung auf dem Zenit des fordistischen Booms, in den sechziger Jahren:

> "Nie zuvor hat in Europa ein so großer Teil der Bevölkerung geheiratet und Kinder in die Welt gesetzt", schreibt Sieder (1987, S. 256). "Erstmals war es in den Jahren des sog. 'Wirtschaftswunders' jedem als erwachsen und mündig geltenden Bürger möglich, ohne ökonomisch bedingte 'Verspätung' zu heiraten und Kinder zu haben. Von den zwischen 1930 und 1945 Geborenen heirateten an die 90 %, fast ebenso viele bekamen Kinder" (ebd.).

Doch das Schicksal aller "goldenen Zeitalter" ereilte auch dieses "goldene Zeitalter der Familie". Es währte nicht lange. Auf dem Kulminationspunkt angelangt geriet es nicht nur zunehmend mit sich selbst ins Gehege, sondern zog im gleichen Zuge auch die eigenen Kritiker und vor allem Kritikerinnen groß. Die auf der Grundlage der weitgehend normierten Lebensverhältnisse entstandene Frauenbewegung kann sich schon deshalb zu Recht als "neu" bezeichnet werden, weil sie zum ersten Mal wirklich im Namen aller Frauen sprach, ohne an den "Klassenschranken" zu scheitern (1). Die Rede von der Frau sans phrase war nun nicht mehr nur Zukunftsvision oder Ideologie, sondern beruhte auf höchst realen Gegebenheiten: Lebensperspektiven und Konfliktkonstellationen hatten sich strukturell weitgehend angeglichen. Eine Bedingung der Gleichheit war so bereits erfüllt, nämlich die Gleichheit der Frauen

1) Das Problem der "Klassenzugehörigkeit" und des Verhältnisses von "Geschlecht und Klasse" nahm zwar zeitweise breiten Raum in der feministischen Diskussion ein, doch handelte es sich hier mehr um eine Auseinandersetzung auf ideologischer Ebene, als um den Ausdruck materiell differierender Interessen und Lebensverhältnisse.

untereinander (1).

Spätestens der fordistische Vergesellschaftungsschub der Nachkriegsära hatte alle Lebensbereiche unter das Diktat des Werts subsumiert und damit einen einheitlichen gesellschaftlichen Funktionsraum geschaffen. Die sozialen Binnenräume waren zunehmend ausgehöhlt, die reproduktiven Funktionen im großen Maßstab direkt ins gesellschaftliche Aggregat hinein verlagert worden. Mit dem Ausbau des Sozial- und Gesundheitswesens, der Mechanisierung der Hausarbeit und der Industrialisierung der Lebensmittelverarbeitung in Verbindung mit einer relativen Anhebung des Kaufkraftniveaus der Massen, etablierte sich *ein einziges verallgemeinertes Bezugssystem*, in dessen Rahmen sich die "Familiarisierung" der Gesellschaft vollzog (2).

Doch der gleiche Prozeß, der die familiale Lebensform vermasste untergrub auch gleichzeitig deren Fundament. Einerseits erodierte im Zuge der weitgehenden Vergesellschaftung der Reproduktionstätigkeiten die identitätsstiftende Potenz der familialen Sphäre zunehmend, andererseits warf auch die weitverbreitete "Nebenerwerbs-Lohnarbeit" von Frauen fast naturwüchsig die Frage nach einer Ausweitung der weiblichen Berufstätigkeit auf. Der fordistische Vergesellschaftungsschub hatte einen hohen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften, vor allem in den dem Produktionsprozeß vor- und nachgelagerten Sektoren, produziert, und so konnte es nicht ausbleiben, daß nun auch bald die brachliegenden "weiblichen

1) Um gleich einem Mißverständnis vorzubeugen, das sich an dieser Stelle einstellen könnte: Gleichheit wird hier als die Struktur verstanden unter die die Menschen subsumiert sind. Innerhalb dieser Struktur, man könnte auch von "Rahmenbedingungen" sprechen, sind die Lebensbedingungen der einzelnen natürlich nicht "gleich" in dem strengen empirischen Sinne, daß etwa alle das gleiche Einkommen hätten, den gleichen sozialen Status etc. (dies wäre das naive Verständnis von Gleichheit, wie es das "kritische" demokratische Bewußtsein transportiert). Allerdings findet insofern eine Angleichung statt, als sie innerhalb eines einheitlichen gesellschaftlichen Funktionsraums agieren und innerhalb dessen prinzipiell jede Stellung einnehmen können. Dies ist der entscheidende Unterschied zu allen der entfalteten bürgerlichen Verkehrsform vorangegangenen gesellschaftlichen Formationen (vgl. hierzu auch den Beitrag von Peter Klein in dieser Ausgabe der "Krisis"). Wenn ich hier also davon spreche, die Gleichheit der Frauen untereinander sei im Zuge des fordistischen Vergesellschaftungsschubs hergestellt worden, dann meint dies, daß die überwiegende Mehrzahl der Frauen unter eine einheitliche Struktur, nämlich die der "Kernfamilie", subsumiert wurde.

2) Hinzu kam noch, daß im Zuge der Durchsetzung der modernen Massendemokratie auch die Barrieren rechtlich fixierter Geschlechterdiskriminierung weitgehend beiseite geräumt worden waren. Die letzten Reste juridischer Geschlechtsdiskriminierung wurden zwar – in der Bundesrepublik – erst im Jahre 1977 abgeschafft, doch handelte es sich hierbei nur um die kläglichen Überbleibsel einer ehemals umfassenden sexistischen Gesetzgebung (sicherlich findet sich auch heute noch das ein oder andere Relikt aus der frühbürgerlichen Zeit in dem unübersehbaren Wust an Gesetzestexten).

Ressourcen" ins Visier der Verwertungslogik rückten. Symptomatisch dafür waren die Diskussionen um die Bildungspolitik vor allem in den sechziger und siebziger Jahren. Sie insistierten nicht zuletzt darauf, daß der nationale Bestand auf dem Weltmarkt nur erhalten werden kann, wenn in der Konkurrenz alle vorhandenen Reserven und Potenzen mobilisiert und genutzt werden, und das schließt natürlich die weibliche Hälfte der Bevölkerung mit ein (1). Damit aber war der Boden für die massive Orientierung der Frauen auf die öffentliche Sphäre weitgehend bereitet.

4.

Die sich im Gefolge von 1968 formierende Neue Frauenbewegung war Reflex und Vehikel jenes in der Nachkriegsepoche sich vollziehenden Modernisierungsschubes. Reflex, weil sie auf dem von ihm bereiteten Boden herangereift war, Vehikel, weil sie ihm selbst noch einmal neue Impulse verlieh. Sie trug entscheidend dazu bei, das überkommene Frauenbild in der Öffentlichkeit in Frage zu stellen und sekundierte so der Eroberung bisheriger männlicher Domänen. Nie zuvor wurde die angebliche "Natürlichkeit" der männlichen und weiblichen Rolle radikaler attackiert als in den Anfängen der Neuen Frauenbewegung. "Wir werden nicht als Mädchen geboren - wir werden dazu gemacht". Dieser Titel des populären Buches von Ursula Scheu (1977) zieht das damalige feministische Selbstverständnis in einem Satz treffend zusammen. Nichts lag den Feministinnen der frühen Siebziger ferner, als sich positiv auf eine irgendwie verklärte "Weiblichkeit" zu beziehen, vielmehr kritisierten sie die "großen

1) Die Notwendigkeit einer Förderung der allseitigen Konkurrenz unter den Individuen zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit eines Landes wird gerade von liberaler Seite immer wieder betont. Werden nämlich einmal erlangte Privilegien festgeschrieben, so führen die hierdurch entstehenden Verkrustungserscheinungen zwangsläufig zu sogenannten "Wohlstandsverlusten", heißt es da. Eine wesentliche "ordnungspolitische Funktion" des Staates bestehe demnach darin (analog der Verhinderung von Marktmonopolen), durch gezielte Förderung die individuelle Konkurrenz immer wieder zu entfachen. In diesem Sinne äußert sich etwa der VWL-Professor und Mitglied des "Wissenschaftlichen Beirats" beim Bundes-Wirtschaftsministerium, Manfred Neumann, in der Wirtschaftswoche vom 5.4.91: "Gleichzeitig muß der Zugang zur höheren Bildung offen sein. Wäre er auf bereits wohlhabende Kreise beschränkt, so würde die Gegenwartsorientierung unserer Gesellschaft allmählich zunehmen. Diese Tendenz kann nur dadurch vermieden werden, daß immer aufs neue aufstiegswillige Individuen eine Chance erhalten, in wirtschaftliche Führungspositionen zu gelangen. Aus diesem Grunde ist ein Staat gut beraten, wenn er in die Ausbildung seiner Bürger investiert und weniger begüterte und begabte junge Menschen fördert". Die hier geschlechtsneutral formulierte Aussage gilt natürlich ebenso in bezug auf das "menschliche Investitionsobjekt" Frau.

Folgen" des "kleinen Unterschieds" (Schwarzer) radikal. Damit artikulierten sie das kollektive Selbstbewußtsein einer ganzen Generation von Frauen, die nicht länger daran glauben wollten, daß sie den Männern unterlegen waren, und verhalfen so dem Gedanken der Gleichheit aller Menschen, unabhängig vom Geschlecht, auf breiter Ebene zum Durchbruch. Bald konnte es sich kein als aufgeklärt sich verstehender Mensch mehr leisten, die prinzipielle Fähigkeit der Frauen, auf allen Gebieten "ihren Mann zu stehen", anzuzweifeln (1). Zwanzig Jahre später gilt es als allgemein gesellschaftlich anerkannt, daß auch Frauen die Karriereleiter erklimmen, auch wenn es immer noch wenige sind, die den Sprung wirklich schaffen (2). Für einen großen, wenn nicht den größeren Teil heutiger in der Ausbildung sich befindlicher Frauen, ist das "berufliche Schiene" zumindest eine mögliche Perspektive, eine selbstverständliche Denkalternative zum Dasein als Hausfrau und Mutter.

Das Herausdrängen aus dem angestammten Umfeld von Heim und Herd verwies jedoch auch bald auf die Grenzen dieser Bewegung. Im gleichen Maße, wie die traditionellen sexistischen Barrieren - rechtliche Diskriminierung sowie versperrte Bildungs- und Ausbildungswege - eine nach der anderen fielen, taten sich neue Hürden auf, die den Zutritt in das männliche Revier behinderten, weit schwerer zu fassen , geschweige denn zu beseitigen, denn sie waren größtenteils unsichtbar. Nicht zuletzt erwiesen sich die psycho-

1) Die in der feministischen Bewegung immer schon transportierte Kritik an der "Männlichkeit", bzw. an der Geschlechtsrollenzuweisung als Zwangsstruktur überhaupt, sickerte sehr viel langsamer ins allgemeine Bewußtsein ein. Trotz aller Kritik daran, daß in der öffentlichen Sphäre die männliche Rolle als die Norm galt (und gilt), an der das weibliche Verhalten gemessen wird, mußten (und müssen) sich diejenigen Frauen, die sich dorthin orientieren, nach eben dieser Norm ausrichten, wenn sie Erfolg haben wollen, letztlich "männlicher" als die Männer sein.

2) Wie sehr sich das öffentliche Bewußtsein gewandelt hat, läßt sich auch daran ermessen, daß es mittlerweile höchst imagefördernd für moderne Unternehmen ist, das weibliche Geschlecht zu umwerben. So startet etwa die weltbekannte Unternehmensberatung McKinsey Anfang dieses Jahres eine Anzeigenkampagne, in der sie sich gezielt an Frauen mit Karriereambitionen wendet: "Wenn Sie einen hervorragenden Hochschulabschluß als Wirtschafts-, Rechts, Natur- oder Geisteswissenschaftlerin in eine eben so anspruchsvolle Karriere umsetzen wollen, sollten Sie also bald Kontakt aufnehmen" (Anzeige im Magazin der Süddeutschen Zeitung vom 22.2.91). Den Hintergrund bildet natürlich auch die Sorge um den sogenannten "Führungskräftemangel" in den neunziger Jahren. Nicht daß es an Akademikern bzw. Akademikerinnen fehlte, doch die Ansprüche an Leistungsfähigkeit und -bereitschaft steigen permanent. Dies geht teilweise so weit, daß offene Stellen schon auf der Ebene qualifizierter Sachbearbeitung monatelang nicht besetzt werden obwohl massenhaft Bewerbungen vorliegen. In einer solchen Situation, so wird in den einschlägigen Wirtschaftsmagazinen immer wieder betont, kann es sich kein Unternehmen mehr leisten, eine ganze Hälfte der Arbeitsbevölkerung nicht in die Auswahl mit einzubeziehen.

sexuellen Rollenfixierungen auf beiden Seiten der Geschlechterfront als erstaunlich resistent, auch wenn sie zusehends aufgeweicht wurden.

Für die Verfechterinnen des Gleichheitsgedankens war die Zähigkeit, die die alte geschlechtliche Segmentierung an den Tag legte, nur ein weiterer Beweis für die Inkonsequenz der bürgerlichen Gesellschaft ihren eigenen Idealen gegenüber. Je weniger das Gleichheitsparadigma die realen Probleme des gesellschaftlichen Prozesses adäquat zu erfassen vermochte, desto inflationärer wurde sein Gebrauch. Was immer auf der Erscheinungsebene der bürgerlichen Gesellschaft kritisierenswert erschien, es wurde als Indiz dafür gewertet, daß die Gleichheit immer noch unzureichend verwirklicht sei. Bevorstehende Rationalisierungswellen in typischen Frauenberufen, hohe Frauenarbeitslosigkeit, durchschnittlich (gegenüber den Männern) niedrigere Einkommen von Frauen, all dies erscheint im gängigen kritischen Diskurs als Verletzung des zentralen bürgerlichen Grundprinzips (1). Der Grund für diese verquere Frontstellung gegen die vorgefundene Faktizität liegt in einem unreflektierten Bezug auf den Begriff der Gleichheit. "Gleichheit" wird nicht als gesellschaftliche *Form*, als *das* Strukturprinzip der bürgerlichen Gesellschaft begriffen, sondern erscheint als bestimmter empirisch zu verwirklichender *Zustand*. Dieser Zustand wird zwar nicht näher bestimmt - aus gutem Grund, denn es handelt sich dabei um eine schlechte Abstraktion -, doch zumindest implizit ist intendiert, daß darin alle Gesellschaftsmitglieder an Reichtum, Macht und gesellschaftlicher Arbeit gleichermaßen beteiligt wären. Die gemäßigtere Variante dieses Denkens, meist in den akademischen Gefilden der Soziologie anzutreffen, begnügt sich damit, die

1) So etwa Ulrich Beck (1990, S. 28 - 31). Weiter oben (S. 24) konstatiert er in diesem Sinne für die achtziger Jahre "fortbestehende und ... sich verschärfende Ungleichheiten", die sich in einer "Konstanz im Verhalten und der Lagen von Männern und Frauen (insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, aber auch der sozialen Sicherung)" ausdrückten. All dies sind Standardvorwürfe des Gleichheitsflügels der Frauenbewegung und der dazugehörigen einschlägigen Soziologie (vgl. etwa auch Ostner 1983, S. 279 - 283, die in die gleiche Kerbe wie Beck schlägt). Wenn ich hier exemplarisch Ulrich Beck herausgreife, dann verdankt sich das eher dem Zufall. Tatsächlich stößt gerade Beck mit seinen streckenweise sehr scharfsinnigen Beobachtungen der Empirie bis an die Grenzen der Gleichheitsideologie vor, scheut aber immer wieder davor zurück, sie wirklich zu durchbrechen.

Alice Schwarzer betreibt die Inflationierung des Gleichheitsbegriffs besonders exzessiv. Ihr gilt selbst die weite Verbreitetung als "Frigidität" Beweis dafür, daß "Ungleichheit die Geschlechterbeziehungen bestimmt" (Schwarzer 1975/1983, S. 173). Damit verfehlt sie aber nicht nur den Begriff der Gleichheit meilenweit, sondern bekommt auch das konkrete Problem, um das es ihr geht, nicht zu fassen.

"Gleichheit" in der statistischen Verteilung herstellen zu wollen. Der angestrebte Zustand wäre demnach wohl dann erreicht, wenn alle an irgendwelchen äußeren Merkmalen zu identifizierenden sozialen Gruppen sich gleichmäßig über alle gesellschaftlichen Sphären und Bereiche verteilen: Wenn also sowohl unter den Obdachlosen wie den Topmanagern, unter den Alkoholikern wie den Bahnschaffnern der Anteil der Frauen, derjenige der körperlich Behinderten wie der von Kindern türkischer Abstammung in dritter Generation exakt deren jeweiligem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht, dann wäre endlich die "Gleichheit" hergestellt. Da dies aber längst nicht der Fall ist und nie der Fall sein kann, scheint noch ein unendliches Betätigungsfeld für die "Verwirklichungspraktiker" jeglicher Couleur vorhanden zu sein.

Die Fixierung auf jenen fiktiven empirischen Endzustand umfassend hergestellter Gleichheit versperrt aber den Blick für die *bereits herausgebildete Struktur der Gleichheit*, in deren virtuellem Zentrum das monadisierte Individuum oder, anders ausgedrückt, das abstrakte Ich der Rechtsperson steht. Soweit dies eben möglich ist, sind die Schranken gefallen, die den Frauen bisher den Zugang zur Sphäre der Öffentlichkeit und der abstrakten Arbeit versperrten. Die Selbstverständlichkeit der Rollenzuweisungen ist aufgebrochen, aber nun macht sich die Schwerkraft der vorausgesetzten Sphärentrennung umso stärker bemerkbar. Nichts ist jedoch falscher, als die Gleichheit gegen die Aufspaltung des bürgerlichen Zusammenhangs in abstrakte Öffentlichkeit und abstrakte Privatheit ausspielen zu wollen. Beides sind zusammengehörige Momente der durch den Wert konstituierten gesellschaftlichen Struktur und können insofern nicht für sich betrachtet werden. Die fortschreitenden Entfaltung jener Struktur löst die durch sie gesetzten getrennten Sphären keinesfalls ineinander auf, auch wenn sie dem Inhalt nach immer weiter ausdünnen. Vielmehr wird die Spannung zwischen den Sphären zunehmend unmittelbar in die abstrakt einzelnen zurückgenommen und damit bis zur Unerträglichkeit verschärft. Wenn die eindeutige Zuordnung zu den sozialen Funktionen qua Geschlecht aufgebrochen wird, dann müssen die Individuen unmittelbar in ihrer Person die aufbrechende Kluft überbrücken. Das heißt, sie müssen permanent zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Funktionen und sozialen Rollen hin- und herwechseln, ohne sich auf eine davon je endgültig festlegen zu können. Von den monadisierten Individuen der Moderne wird das Unmögliche verlangt, nämlich in ihrer abstrakten Einzelheit das gesamte gesellschaftliche Universum zu vereinen. Nichts ist

verständlicher, als daß immer mehr Menschen an dieser Zumutung zerbrechen.

Es ist daher kein Zufall, daß das Infragestellen von Geschlechteridentität und Familie eine tiefe Verunsicherung quer durch alle sozialen Segmente auslöst. Wenn das private Refugium zerfällt, wird die Eiseskälte der negativen Vergesellschaftung endgültig unerträglich. Das moderne Individuum mag sich aus der Palette des breiten Angebots an Identitätssurrogaten vorübergehend eine ganz individuelle "Single-Privatheit" zurechtzimmern, auf die Dauer wird es dies wohl kaum aushalten (1). Zur "Privatheit" gehören letztlich mindestens zwei; doch auch die Zweisamkeit ist heute nur noch eine auf Abruf. Das gegenseitige Mißtrauen ist gewissermaßen institutionalisiert. Sich einfach in die "Kiste" hineinfallen zu lassen ist gefährlich, denn niemand garantiert für ihre Stabilität. Auch der Umgang miteinander ist seiner vorausgesetzten Selbstverständlichkeiten beraubt. Männlein und Weiblein mögen immer wieder in alte Rollenklischees verfallen, die Tatsache, daß diese aber immer schon als solche erkannt oder zumindest erahnt und damit auch explizit oder implizit hinterfragt werden, raubt der gemeinsamen Höhle ihre Heimeligkeit. Insofern ist auch der Sekundär-Familienkitsch, der in den letzten Jahren in Mode gekommen ist, nicht viel mehr als ein mühsam-unwirkliches Remake der fünziger Jahre. Die Scheidungs- und Trennungsraten (letztere werden ja nirgendwo statistisch erfaßt) sprechen Bände. Kein noch so krampfhaftes Beschwören der Vergangenheit kann die alten Gewissheiten wieder herstellen, und dennoch reproduzieren sich deren gespenstische Schatten immer wieder.

5.

Es entspricht der Durchsetzungslogik der Gleichheit, daß es zunächst einmal vor allem die Frauen sind, denen besondere Leistungen beim Spagat zwischen den Sphären abverlangt werden. Da sie es waren, die aus der Exklusivität der häuslichen Sphäre ausbrachen, mußten sie sich in der Folge nun nicht nur den Anforderungen des Arbeits- und Berufslebens stellen, sondern obendrein in aller Regel auch noch alle bisherigen "typisch weiblichen" Aufgaben mit sich

1) Mittlerweile reicht das Angebot für "Singles" von der Ein-Portionen Tiefkühlpackung über den Single-Urlaub bis hin zu Anleitungen zum "Sex-for-one". Daß die Hölle der totalen Monadisierung in aller Regel nur ein Durchgangsstadium sein kann, dürfte auf der Hand liegen.

herumschleppen. Nicht nur sah (und sieht) die übergroße Mehrheit der Männer zunächst einmal keinen Anlaß dafür, sich selbst der "Doppelbelastung" (die in Wirklichkeit eine Dreifach- und Vierfachbelastung ist) auszusetzen, auch die ansozialisierte weibliche "Opferbereitschaft" trug dazu bei, daß dieser Zustand zunächst weitgehend klaglos akzeptiert wurde. Das in der weiblichen Sozialisation transportierte Selbstbild paßte sich an und reflektierte zunehmend die Bestimmung zur auf allen Gebieten perfekten "eierlegenden Wollmilchsau".

Im Verständnishorizont der Kämpfer und Kämpferinnen für die Gleichheit ist diese vielfach thematisierte "Doppelbelastung" nichts als ein Ausdruck dafür, daß es immer noch einen hohen "Verwirklichungsbedarf" gibt. So sehr diese Betrachtungsweise auf den ersten Blick Evidenz für sich beanspruchen mag, so sehr entpuppt sie sich bei genauerem Hinsehen als Produkt einer verschobenen Optik. Was hier als unzureichend hergestellte Gleichheit erscheint, ist nicht mehr und nicht weniger als die *Sekundärfolge der durchgesetzten Gleichheitsstruktur.* Die in Gestalt der weiblichen "Doppelbelastung" auftretenden Probleme und Widersprüche verweisen darauf, daß die "Verwirklichung" der "Gleichheit" zunehmend mit ihren eigenen Bedingungen in unversöhnlichen Konflikt gerät. Einerseits drängt die abstrakte Verwertungslogik dahin, die geschlechtsspezifische Zuordnung zu bestimmten sozialen Rollen aufzulösen, andererseits war aber gerade das einigermaßen reibungslose Funktionieren dieser Zuordnung das schamhaft verdrängte Geheimnis ihres eigenen historischen Erfolges.

Der Widerspruch zwischen den Anforderungen und Zwängen von öffentlicher und familialer Sphäre ließ sich in der Vergangenheit nur dadurch überbrücken, daß die jeweilige Zuständigkeit quasi naturwüchsig geregelt war. Soweit Frauen *neben der Hausarbeit* beruflich tätig waren, handelte es sich um weniger qualifizierte Tätigkeiten, zumindest aber waren an die Berufsarbeit in der Regel keine karriereorientierten Ambitionen geknüpft. Die Frau wurde über ihre Rolle als Hausfrau und Mutter definiert, alles andere galt als Zusatz. Vom Markt her betrachtet war die Frau das Anhängsel des Mannes, die nicht nur für die häusliche Behaglichkeit zu sorgen hatte, sondern auch im Prinzip dazu bereit sein mußte, dem Mann bei beruflich bedingtem Ortswechsel zu folgen. Dieses "Gleichgewicht" gerät durcheinander in dem Augenblick, wo die Frauen beginnen, an dieser Verteilung der Zuständigkeiten zu rütteln. Indem sie sich verstärkt auf die berufliche Sphäre hin orientieren, stellen sie

einerseits die geschlechtliche Arbeitsteilung in Frage, vor allem wird dadurch aber auch eine Neudefinition des weiblichen wie des männlichen Selbstverständnisses erzwungen. Dieser Prozeß setzt natürlich zunächst bei den Frauen an, parallel zu ihrem Ausbruch aus dem Gefängnis der Privatheit, doch mit einer gewissen Zeitverzögerung werden auch die Männer davon erfaßt. So sehr sie sich auch gegen die scheinbar von außen - nämlich von den Frauen - an sie herangetragene Zumutung, die Versorgungsmentalität in puncto häuslicher Reproduktion und Emotionalität aufzugeben, mehr oder minder erfolgreich zur Wehr setzen mögen, die alte unreflektierte Selbstgewissheit ist zu Ende.

Die dadurch induzierten Konflikte gären unter der Beziehungsoberfläche jedes modernen Paares, zumal dann, wenn beide "Partner" (das Wort sagt schon alles) höher qualifiziert sind. Allerdings sind es in der Regel äußere Zwänge und Anlässe, die diese Konflikte virulent werden lassen. Ist es schon schwer genug bis unmöglich, zwei "Arbeitsmarktbiographien" (Ulrich Beck) unter einen Hut zu bekommen (dazu weiter unten noch ein paar Bemerkungen), so zwingt doch spätestens die Frage nach dem Kinderkriegen zu einer Entscheidung, welcher der beiden Partner nun beruflich zurückstecken muß (1). Denn der Erhalt beruflicher Qualifikation bzw. das Sichern von Aufstiegsmöglichkeiten erlauben keine längere Unterbrechung der Berufstätigkeit. Die Entscheidung für Kinder macht aber eine berufliche Karenzperiode de facto unumgänglich, zumal gerade die modernen Individuen immer weniger dazu bereit sind, ihre Kinder einfach morgens bei einer der dafür vorgesehenen öffentlichen Erziehungs- und Verwahranstalten abzugeben und abends nach der Arbeit dort wieder abzuholen. Abgesehen davon, daß sich der von deren Öffnungszeiten diktierte Rythmus nur schwer mit den Flexibilitätsanforderungen zumindest der qualifizierteren Tätigkeiten vereinbaren läßt, widerspräche ein solcher Umgang mit dem Kind den inzwischen weitverbreiteten Ansprüchen an die Eltern-Kind-Beziehung.

Gerade weil das Kinderkriegen kein Schicksal mehr ist, sondern, in aller Regel, Produkt einer bewußten Entscheidung, wäre es widersinnig, die tägliche Sorge um das Kind (zumindest das Kleinkind) und seine Erziehung vollständig an eine Institution zu delegieren. Keine Frage, daß die hierin zum Ausdruck kommenden Bedürfnisse keine irgendwie gearteten "natürlichen" sind, sondern selbst genuin

1) Ich behandle die Frage hier zunächst prinzipiell. Daß es, empirisch betrachtet, in den überwiegenden Fällen die Frauen sind, die zugunsten der Kindererziehung die Berufstätigkeit unterbrechen, ist ja kein Geheimnis.

von der bürgerlichen Form konstituierte. Die Zwanghaftigkeit, mit der das "eigene Kind" besonders im letzten Jahrzehnt immer mehr in den Rang der Sinngebungsinstanz schlechthin aufgerückt ist, entziffert sich leicht als reaktive Fluchtbewegung auf den fortschreitenden Verlust identitätsstiftender Potenz des öffentlichen Raums. Zwar ist die Privatsphäre dem an sie gestellten immens übersteigerten Erwartungs- und Kompensationsdruck in keiner Weise gewachsen - im Gegenteil, sie zerbricht selbst daran -, doch welche andere Alternative stellt sich dem monadisierten Individuum, als immer wieder sein "Glück" zu versuchen? So taumelt es zwischen den beiden Sphären hin und her, fühlt sich in keiner auf Dauer zuhause und versucht vergeblich, die zwar spiegelbildlich zusammengehörigen, aber real unvereinbaren Ansprüche und Bedürfnisse unter einen Hut zu bringen. Wächst der berufliche Druck, so wünscht es sich nichts sehnlicher, als sich mit Kind und Kegel in die Toscana zurückzuziehen, hat es zwei Jahre Windelwechseln hinter sich, erscheint der alte Beruf mit einem Mal als Hort von Freiheit und Abenteuer. Die neu errungene Wahlmöglichkeit offenbart mit einem Schlag, daß in Wirklichkeit die Wahl selbst sinnlos ist. Es ist das große Pech der Frauen gerade zu dem Zeitpunkt den öffentlichen Raum zu erobern, indem es, in Folge der prozessierenden Versachlichung, zunehmend schwerer fällt, diesem noch einen dauerhaften "Sinn" abzupressen. Den langen Kampfanstrengungen folgt die Enttäuschung auf dem Fuß und so ist es nicht nur dem Beharrungsvermögen der "Männergesellschaft" geschuldet, wenn die eben aus dem Gefängnis der Privatheit ausgebrochenen Gefangenen nicht selten wieder freiwillig in die alten Gemäuer zurückkehren.

Nichts ist hilfloser, als diesem Trend mit der Forderung nach einer noch konsquenteren Durchsetzung des Gleichheitsgedankens entgegentreten zu wollen. Frauenförderpläne und Quotenregelung, Betriebskindergärten und Elternurlaub mögen im einzelnen und für einzelne im Sinne einer Alltagsbewältigung hilfreich sein, als vorwärtstreibende gesellschaftliche Errungenschaften können sie beim besten Willen nicht mehr bezeichnet werden, denn am Kern des Problems zielen sie allesamt vorbei. Sie setzen die getrennten Sphären voraus und wollen diese mit Hilfe sozial-technischer Mittelchen miteinander vereinbar machen. Was diesen Konzepten als "androgyner Mensch" vorschwebt, ist ein Hybridkonstrukt aus dem Baukasten des spätbürgerlichen "Eigenschafts"-Universums, eine Art die Anforderungen der verschiedenen Sphären in sich vereinigender Frankenstein. Damit wird die Brisanz der durch die Sphärentrennung

gesetzten Widersprüche schlicht und einfach wegeskamotiert. Die sich mitten durch die Subjektivität der einzelnen hindurchziehende Konfliktlinie mag durch äußere institutionelle Regelungen zeitweise entschärft werden, aufgelöst wird sie dadurch mit Sicherheit nicht (1).

Tatsächlich macht schon ein nüchterner Blick auf die Zwänge und Imperative des Berufs- und Arbeitsmarktes deutlich, daß diese *strukturell unvereinbar* mit den Anforderungen und Bedürfnissen der familialen Sphäre ist. Um es in den Worten Ulrich Becks auszudrücken:

> "Das Marktsubjekt ist in letzter Konsequenz das alleinstehende, nicht partnerschafts-, ehe- oder familien»behinderte« Individuum. Entsprechend ist die durchgesetzte Marktgesellschaft auch eine *kinderlose* Gesellschaft - es sei denn, die Kinder wachsen bei mobilen, alleinerziehenden Vätern und Müttern auf" (Beck 1990, S. 53) (2).

Es ist schlicht naiv zu meinen, das von der Selbstbewegung des Werts gesetzte Arbeitsvolumen ließe sich fein säuberlich in Portionen sagen wir à 30 Stunden aufteilen und dann gleichmäßig über die gesamte Personage, womöglich noch unter Berücksichtigung individueller Flexibilitätswünsche, ausgießen, um auf diese Weise die "Vereinbarkeit von Beruf und Familie" (Pfarr 1991) zu erreichen. Die Aufteilung des gesellschaftlichen Arbeitsquantums ist nun einmal dem Diktat des Werts unterworfen und orientiert sich demzufolge nicht an den menschlichen Bedürfnissen, sondern folgt dem blinden Zwang der Marktgesetze. Diese aber haben gerade in den letzten Jahren die Anforderungen an die einzelnen in puncto Flexibilität, Mobilität und Verfügbarkeit für den Betrieb eher verschärft als abgemildert. Dies gilt natürlich insbesondere für qualifiziertere

1) Es ist bemerkenswert, mit welchen verbalen Verrenkungen die zeitgenössischen Gleichheitsfetischistinnen versuchen, gegen jede Evidenz, die wertkonstituierte Struktur mit ihren Widersprüchen zu versöhnen. Exemplarisch sei hier Heide Pfarr (1991) zitiert: "Jede, ich betone jede Arbeitskraft müßte danach so behandelt werden, als sei sie für sich selbst und darüber hinaus für eine Familie verantwortlich. Dabei darf die zu schaffende Struktur nicht zwei Elternteile für die Bewältigung der Familienarbeit vorsehen. Dies würde den Bedürfnissen der großen und wachsenden Zahl der Alleinerziehenden nicht gerecht." Sie fordert dann eine Arbeitszeitverkürzung auf generell 30 Stunden und postuliert weiterhin, es müsse "ermöglicht werden, daß auch solche Personen Führungspositionen bekleiden, die nicht frei von Familienarbeit sind." Abgesehen davon, daß sie die strukturellen Zwänge der Berufs- und Arbeitssphäre schlicht leugnet, ist es nur lächerlich, wenn Pfarr für ihr Allerweltskonzept, das die Sphärentrennung an sich überhaupt nicht in Frage stellt, in Anspruch nimmt, es laufe auf die "Auflösung der Trennung beider Welten" hinaus.

2) Wie aber sollen sich diese alleinerziehenden Väter und Mütter um ihre Kinder kümmern, wenn sie beruflich in hohem Maße absorbiert sind?

Tätigkeiten, fängt aber bereits auf der untersten Stufenleiter der Hierarchie an. Daß die Auslastung des konstanten Kapitals und die schnelle Reaktion auf die Bewegungen der Nachfrage immer mehr zum entscheidenden Erfolgsfaktor werden, bekommen schon die simplen Lohnarbeiter und Lohnarbeiterinnen immer stärker zu spüren (Überstunden "außer der Reihe", Kapovaz (1) etc.). Wer aber auch nur im kleinsten Maßstab "weiterkommen" will, muß sich der verschärften Konkurrenzsituation in besonderem Maße stellen und wird sich den aus den betrieblichen Verwertungszwängen resultierenden "Erwartungen" an seine Arbeitskraft nicht entziehen können.

Nicht zuletzt das unter dem wachsenden Druck des Marktes immer rasantere Tempo der technischen Innovation läßt Atempausen, Gemächlichkeit des Arbeitstempos und ein Verschieben auf "morgen" immer weniger zu. Es liegt sicher nicht nur am (weitverbreiteten) workaholics-Syndrom oder der Überstundengeilheit, daß die tarifliche Arbeitszeitverkürzung in weiten Bereichen nur auf dem Papier stattgefunden hat. Bis in die unteren Ränge der Hierarchie hinein setzt sich der Zwang durch, den einmal erworbenen Kenntnis- und Erfahrungsstand möglichst schnell im Sinne des Marktgeschehens nutzbar zu machen, bevor er wertlos geworden ist. Hinzu kommt natürlich noch die Notwendigkeit, den Anschluß nicht zu verlieren, sprich, immer auf dem neuesten Stand zu bleiben. Bei den rapide abnehmenden Halbwertszeiten verwertbaren Fachwissens ist dies nicht in 30 Stunden, selten genug in 40 Stunden zu leisten.

Man glaube nicht, daß diese Beschreibung nur für ein verschwindend kleines Segment höherer Managementtätigkeiten zutrifft. Schon der simple Verkäufer von Computer Hard- und Software, der Produktionsfacharbeiter an der automatisierten Produktionsstraße, der Assistent im Entwicklungslabor etc. kann sich keine Ruhe auf dem Kissen des einmal individuell angeeigneten Erfahrungswissens mehr gönnen. Morgen schon könnte es überholt sein und er wäre seine Stelle los. Schon das Wissen um die Allgegenwart dieser Möglichkeit produziert eine ständige Atemlosigkeit auch bei denjenigen, die nicht in wirkliche Schlüsselpositionen aufgerückt sind und vielleicht auch niemals aufrücken werden. Im gleichen Maße sehen sich natürlich auch die Betriebe und Unternehmen der Notwendigkeit ausgesetzt, ihre "Mitarbeiter" permanent weiterzuqualifizieren. Diese "Investition" in das "Humankapital" muß sich selbstverständlich rechnen, d.h. in

1) Für diejenigen, die mit dieser neudeutschen Fachchiffre nichts anzufangen wissen, hier das komplette Wortmonstrum: Kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit. Gemeint ist natürlich die Orientierung an der Kapazitätsauslastung der Unternehmen (vor allem der Kassen in den Kaufhäusern und Supermärkten).

einer möglichst kurzen Zeitspanne so viel Nutzen wie möglich abwerfen (1). Auch wird es sich kaum ein Betrieb leisten können und wollen, regelmäßig für eine Funktion zwei Personen statt einer der Qualifikation nach auf dem neuesten Stand zu halten (2). Schon allein daran scheitern also alle blauäugigen Konzepte von "jobsharing" oder (was dem Effekt nach praktisch auf das Gleiche hinausläuft) 30-Stunden-Woche für qualifizierte Stellen. Ohnehin ist in diesem "Konzepten" immer eine Flexibilität, gerade in puncto zeitlicher Präsenz der Betroffenen impliziert, die von sich aus bereits mit den Imperativen der Kinderbetreuung kollidiert. Es ist weder Zufall noch böser Wille, daß etwa das "jobsharing" seit über 25 Jahren in der betriebswirtschaftlichen Literatur angepriesen wird, in der Praxis aber kaum Anwendung gefunden hat. Den immer offensichtlicher werdenden Widersprüchen der spätbürgerlichen Gesellschaft ist mit Modellhuberei nunmal nicht beizukommen.

6.

Das Gleichheitsparadigma greift aber nicht nur einfach zu kurz, insofern es sich innerhalb des vorausgesetzten Universums der Sphärentrennung bewegt, es versagt vollends, wo es auf die sexistischen Sekundärerscheinungen angewandt wird, die der Zerfall der bürgerlichen Form massenhaft hervorbringt. Zwar zerfranst die alte geschlechtliche Rollenzuweisung zusehends krisenhaft, doch weder wird dadurch der Geschlechtergegensatz wirklich aufgehoben, noch erschließt sich daraus, innerhalb des geltenden Bezugssystems, eine neue Perspektive. Unter der Oberfläche gärt der Geschlechterkonflikt weiter und sucht sich neue Darstellungsformen. Wenn aber, nach allen anderen, dem modernen Individuum nun auch diese letzte Gewissheit abhanden kommt, wenn nach dem Verlust der Nationalidentität, der Klassenidentität und der Berufsidentität nun auch die Geschlechtsidentität verloren geht, dann bleibt nur noch grauenhafte Leere zurück. Ich bin Ich? Aber was denn? Noch nicht einmal "Mann" oder "Frau", wenn schon nicht "Deutscher" und "Arbeiter"?! Die

1) Natürlich kann, je höher die Qualifikation, diese "Nutzenmaximierung" nicht mit den klassischen Mitteln des direkten Zwangs abgepreßt werden. Dafür gibt es ja inzwischen eine bunte Palette differenzierterer "Motivationsstrategien".

2) Wer die horrenden Preise auf dem boomenden Markt für Management- und EDV-Seminare kennt (1.000 DM, in Worten eintausend, pro Tag und Kopf sind eher der Durchschnitt), kann sich leicht ausrechnen, was eine "Doppelinvestition" ins betriebliche "Humankapital" bedeutet.

krisenhafte Erosion dieser letzten Fluchtburg bürgerlicher Identität treibt ihre eigenen Reaktionsformen hervor.

Der Sexismus verschwindet nicht, sondern erlebt eine Renaissance auf veränderter Grundlage. Wie die Krise der Moderne noch einmal alle Gespenster der bürgerlichen Form an die Oberfläche spült und zombiehaft zu neuem Leben erweckt, so auch eine spezifische Art von Sexismus. Es ist nicht mehr die Selbstverständlichkeit der Rollentradierung, die den Individuen Gewalt antut, indem sie ihnen qua Geschlecht ihr Lebensschicksal im wahrsten Sinne des Wortes auf den Leib schreibt, es ist der Verlust dieser Selbstverständlichkeiten, der seinen gewaltsamen Ausdruck findet. Noch das dumpfeste Gegeifere der Biertischmachos über die "Emanzen" reflektiert, daß die Welt nicht mehr in Ordnung ist. Wenn alle bisherigen männlichen Domänen zunehmend von Frauen erobert werden (sei es nur der Möglichkeit nach), dann gerät die Heimchen-am-Herd-Ideologie in die Defensive. Wenn das "eigene Heimchen" dann auch noch Haus und Herd verläßt, weil sie den bornierten Haustyrannen nicht mehr erträgt - und es sind vor allem die Frauen, die aus den Ehen ausbrechen -, dann verliert dieser nicht nur eine billige Haushälterin, sondern auch den letzten Rest selbstgewissen Überlegenheitsgefühls. Die Blindwütigkeit, mit der gerade Männer aus dem sozialen Verlierersegment auf diese Verunsicherung reagieren, trägt alle Züge eines Verzweiflungskampfes, dessen Aussichtslosigkeit schon geahnt wird.

Der Haß über den als solchen empfundenen weiblichen Verrat brutalisiert nicht nur die unmittelbaren Beziehungen, er kanalisiert sich auch in einem Anstieg öffentlich ausgeübter Gewalt gegen Frauen einschließlich exzessiv ausgeübter Ersatzhandlungen per Video und Computerspiel. Der Charakter der sexistischen Gewalt wandelt sich. Denn wo die "eigene Frau" nicht mehr lebenslang zur Verfügung steht und in dieser Eigenschaft nicht nur als Sexualobjekt , sondern auch als Blitzableiter für die täglich akkumulierte Aggressivität fungiert, da richtet sich das Ressentiment gegen "die Frauen" schlechthin. Daß sich die Frauen individuell, zumindest der gewußten Möglichkeit nach, der Gewalt entziehen können, stachelt diese erst richtig an. Gerade daß sich die einzelnen nicht mehr ein Leben lang von einem Mann schikanieren lassen wollen (obwohl "beim nächsten Mann" keinesfalls immer "alles anders wird"), erscheint ja als ihre große Schuld. Das weibliche Geschlecht wird kollektiv für den Verlust der letzten trügerischen Geborgenheiten, die der versachlichte Zusammenhang noch zu bieten hatte, verantwortlich

gemacht und muß dafür büßen (1). Die zunehmende sexistische Gewalttätigkeit ist daher weder die modernisierte Variante einer zeitenüberdauernden "patriarchalen Herrschaft", noch gar Ausdruck fortbestehender "Ungleichheit". Vielmehr ist sie das genuine Kind der durchgesetzten *Gleichheitsstruktur* und daher auch nur gemeinsam mit dieser wirklich abzuschaffen.

7.

Wenn der Kampf für die Gleichheit in den vergangenen zehn bis zwanzig Jahren zunehmend an seine Grenzen gestoßen ist, dann konnte dies nicht ohne Reaktionsbildungen innerhalb der feministischen Bewegung bleiben. Immer lauter erhob sich die Kritik an der traditionellen Emanzipationsperspektive, immer deutlicher wurde, daß es sich dabei um eine theoretische wie praktische Sackgasse handelte. Angesichts der durchgesetzten Gleichheit des allgegenwärtigen Marktes konnten der vormaligen Ungleichheit mit einem Mal auch positive Seiten abgewonnen werden. Gegenüber dem im wahrsten Sinne des Wortes gleichmacherischen Zwang zu kaufen und (sich zu) verkaufen, gegenüber den "männlichen" Imperativen von Flexibilität, Mobilität und instrumentellem Denken, stellte sich die "Weiblichkeit" nun wieder in einem völlig neuen Licht dar. Einem wachsenden Teil der Frauenbewegung erschien nun nicht mehr die "Ungleichheit" als ein den Frauen Aufgezwungenes, sondern die "Gleichheit" als gegen ihr "Wesen" verstoßend.

So sehr dabei allerdings mit dem Finger auf die verdrängten Schattenseiten der Gleichheitsideologie gezeigt wurde, so wenig konnte doch deren Bezugsrahmen selbst gesprengt werden. Stattdessen wechselten die Kritikerinnen lediglich von einem Pol der Gleichheits-Ungleichheits-Dichotomie zum anderen. Was auf der praktischen Ebene in dem Hin- und Hergerissensein zwischen privater und beruflicher Sphäre sich ausdrückt, fand auch seinen ideologischen Niederschlag. Soweit davon überhaupt theoretisch anspruchsvollere Impulse ausgingen, handelte es sich allerdings nicht um genuine Produkte der feministischen Theoriebildung selbst, sondern im

1) Die Erosion der geschlechtlichen Identitäten kippt natürlich nicht nur in "sekundären Sexismus" um, sondern drückt sich auch in einer Reflexion und einem Infragestellen geschlechtsspezifischer Verhaltensweisen und Rollenmuster auch bei Männern aus. Dies wird noch separat zu untersuchen sein; hier versuche ich nur ein Schlaglicht auf die Ursachen der anschwellenden sexistischen Gewalt zu werfen und vernachlässige daher andere parallell dazu verlaufende Trends.

wesentlichen um versatzstückhafte Anleihen bei der klassischen Zivilisationskritik und Lebensphilosophie. Die "Frau" in ihrer "Eigenschaft" als Mutter steht dann für "das Leben", der "Mann" dagegen für das Zerstörerische, die kalte Logik etc. Ob den einschlägigen Feministinnen diese "Eigenschaften" als angeboren erscheinen, ob als präformiert durch Jahrtausende patriarchaler Herrschaft oder die "koloniale Unterwerfung" durch den "weißen Mann" (Maria Mies), ist gegenüber der grundsätzlichen Stoßrichtung dieser Argumentation sekundär (1). Theoretische und praktische Perspektiven können diese Neofeministinnen ebensowenig aufweisen wie ihre gleichheitsbegeisterten Schwestern. Ob - wie von Maria Mies - die nicht nur reaktionäre, sondern ebenso illusionäre Rückkehr zur "Subsistenzproduktion" gefordert oder wie etwa von den Mailänder Feministinnen und gewissen autonomen Kreisen der Bezug auf rein "weibliche Strukturen" propagiert wird (2), in beiden Fällen handelt es sich ganz offensichtlich um Rückzugsgefechte (3). Zwar drückt sich darin eine Ahnung aus, daß es keinen gesellschaftlichen Bedarf an noch mehr "Gleichheit" mehr gibt, doch die Kritik zielt am Kern des Problems, dem bürgerlichen Konstitutionszusammenhang, meilenweit vorbei.

Anstatt die Gleichheit als gesellschaftliches Formprinzip zu at-

1) Vgl. dazu auch die treffende Kritik von Knapp, die nachweist, daß Mies "trotz gegenteiliger Beteuerung eine übergeschichtliche Konstante im Verhältnis (weiblicher) Körper-Natur zugrundelegt" (Knapp 1988, S. 22). Ich kann hier nur sehr kursorisch auf den Neofeminismus eingehen, möchte mich aber in einem Folgeprojekt ausführlicher damit auseinandersetzen.

2) Das Gemisch aus Vulgärpsychologie und gesundem Menschenverstand, das die Mailänderinnen präsentieren, kann wohl kaum als Theorie bezeichnet werden. Umso kruder frönen sie dem Biologismus: "Die sexuelle Differenz ist eine ursprüngliche Differenz im Menschsein. Wir ... müssen sie zusammen mit unserem Körper-Sein akzeptieren" (Libreria delle donne di Milano 1988, S. 150). Auch die angebotene praktische Perspektive fällt ziemlich blass aus: "Die weibliche Freiheit entsteht nicht dadurch, daß die Frauen in die Männergesellschaft eingelassen werden oder Forderungen an diese stellen (!), sondern durch jenen elementaren Tauschhandel, in dem eine Frau von anderen Frauen die Anerkennung der eigenen Existenz im Austausch gegen die Anerkennung der gemeinsamen Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht erhält (!)" (a.a.O., S. 169). Frauen aller Länder vereinigt Euch in Selbsterfahrungsgruppen!

3) Bei Maria Mies wird das insbesondere deutlich, wo sie eine "Vermittlung" zwischen der "Utopie" und der derzeitigen Alltagspraxis zu konstruieren versucht. Es fällt ihr nicht viel mehr ein als ein wüstes Sammelsurium an banalsten Alltagsforderungen: "Zu solchen Schritten zähle ich z.B. alle Versuche, die Männer schon jetzt und nicht erst nach Erreichung der 35-Stunden Woche an Hausarbeit und Kinderaufzucht zu beteiligen. Dazu gehören auch alle Initiativen, die durch ihre Kaufentscheidungen (!) und anderswelt die Kleinbauern und die Ökobauern in ihrem Kampf unterstützen. Hier sind auch Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften ebenso zu nennen wie Boykottaufrufe gegen die Chemie- und Pharmamultis" (Mies 1987).

tackieren, wird gegenüber der enttäuschenden Realität eine angebliche ontologische "sexuelle Differenz" geltend gemacht. Die durch die Sphärentrennung konstituierten sozialen "Eigenschaften" werden zu überzeitlichen männlichen und weiblichen "Prinzipien" hypostasiert. Eine Seite des widersprüchlichen Verhältnisses von Gleichheit und Geschlechterverhältnis wird gegen die andere ausgespielt, ohne dies begriffen zu haben. In der betreffenden Ideologie verwandelt sich so ein Problem der "zweiten Natur" der Wertvergesellschaftung in eines der Biologie, respektive in den Gegensatz von (weiblicher) "Natur" und (männlicher) "Gesellschaft".

Diese Wendung der Argumentation ist im Gleichheitsdiskurs selbst angelegt. Jahrzehntelang hatte der radikale Flügel der Frauenbewegung darauf insistiert, daß es keinerlei angeborene Differenz zwischen den Geschlechtern gebe (abgesehen natürlich von der Gebärfähigkeit) und daß *deshalb* die sozialen Unterschiede nicht zu rechtfertigen seien. Spiegelbildlich dazu verhielt sich bekanntermaßen die Argumentation der Gegner, die die gegebene Rollen- und Funktionszuweisung mit angeblich natürlichen geschlechtlichen Präformierungen legitimierten. Mindestens implizit akzeptierte die feministische Emanzipationsrethorik damit die Prämisse, daß sich die gesellschaftlichen Zustände aus Vorgaben der Natur ableiten ließen. Wenn die Frauen unterdrückt wurden, dann verstieß dies (so zumindest explizit die direkt aufklärerisch inspirierten Frühfeministinnen) gegen die "natürliche Gleichheit" der

Menschen (1). Ganz nebenbei wird damit der Streit um die Gesellschaftlichkeit auf die Ebene der Naturwissenschaft verlagert. Erbittert wird darum gefeilscht, welche Anteile von Individualität auf genetische Vererbung und welche auf Sozialisation zurückzuführen sind (2), ob sich die Intelligenzquotienten von Frauen und Männern unterscheiden etc. Da diese Fragen aber nie entschieden werden können, dreht sich auch der daran angehängte gesellschaftliche Diskurs im Kreise und es entspricht seiner eigenen Logik, daß die Fronten ohne viel Federlesens gewechselt werden können. Der affirmative Rückgriff der Neo-Feministinnen auf offen biologistische Argumentationsmuster, der positive Bezug auf sogenannte "weibliche Eigenschaften" wie "Friedfertigkeit", "Naturverbundenheit" etc., ist deshalb auch nicht ein bedauernswerter Rückfall in voraufklärerische Zeiten, sondern im Gleichheitsdiskurs selbst angelegt. Strenggenommen ist es ohnehin nicht nur der eine Pol der Debatte, der biologistisch argumentiert, sondern der ganze Bezugsrahmen verharrt innerhalb des naturalistischen Denkens. Ob Gleichheit oder Ungleichheit aus der "Natur" abgeleitet werden, macht von der Argumentationslogik her betrachtet keinen prinzipiellen Unterschied

1) Wie beliebig sich das "Natur"-Argument drehen und wenden läßt, illustrieren sehr schön folgende Beispiele. Hören wir zunächst die französische Pionierin der Frauenbewegung Olympe Marie de Gouges zu Zeiten der Französischen Revolution: "Durchlaufe die Natur in all ihrer Majestät, die Natur, der du (gemeint ist der Mann; N.T.) dich nähern zu wollen scheinst, und leite daraus, wenn du es wagst, ein Beispiel für diese tyrannische Herrschaft ab. Geh zu den Tieren, befrage die Elemente, studiere die Pflanzen, ja wirf einen Blick auf den Kreislauf der Natur ... Suche, untersuche und unterscheide, wenn du es kannst, die Geschlechter in der Ordnung der Natur. Überall findest du sie ohne Unterschied zusammen, überall arbeiten sie in einer harmonischen Gemeinschaft an diesem unsterblichen Meisterwerk" (in Schröder 1979, S. 35). Die der Zeit der Französischen Revolution gemäße Begeisterung für "die Natur" kann dagegen Shulamith Firestone in ihrem weitverbreiteten Buch "Frauenbefreiung und sexuelle Revolution" aus dem Jahr 1970 nicht mehr teilen. Sie sieht die Frauenunterdrückung vielmehr gerade in der Natur angelegt und plädiert daher auch für eine Befreiung von der Naturhaftigkeit mittels konsequenter Anwendung der modernen (Reproduktions-) Technologie: "Für die feministische Revolution werden wir eine Analyse des Kampfes der Geschlechter entwickeln müssen, die genauso gründlich ist wie die Analyse des Klassenwiderspruches von Marx und Engels für die ökonomische Revolution. Sogar eine noch vollständigere. Denn wir haben es mit einem weit größeren Problem zu tun, mit einer Unterdrückung, die über jede Geschichtsschreibung hinaus geht, denn sie reicht sogar bis in das Tierreich (!)"(Firestone 1987, S.10).

2) Bis weit in die siebziger Jahre hinein war dies ja überhaupt einer der zentralen Streitpunkte in der sogenannten Sozialisationsforschung, nicht nur in bezug auf das Geschlechterverhältnis. Empirische Untersuchungen, die sich dieser Fragestellung widmen (natürlich vor allem aus den USA) füllen ganze Bücherregale in den einschlägigen Bibliotheken.

(1).

Tatsächlich ist die Frage nach einer "sexuellen Differenz" völlig sekundär. Oder genauer gesagt, sie läßt sich unter den Bedingungen fetischistischer Gesellschaftlichkeit schlicht und einfach nicht beantworten. Nur ex negativo kann konstatiert werden, daß das was heute als "Männlichkeit" und "Weiblichkeit" erscheint, keine ontologische Gegebenheit ist, sondern vielmehr genuines Produkt der blinden Gesetzmäßigkeiten der Wertform. Erst wenn die Menschen ihrem gesellschaftlichenm Zusammenhang nicht mehr unterworfen sind wie einer "zweiten Natur", sondern ihre Angelegenheiten bewußt regeln, wird sich feststellen lassen, ob (im Durchschnitt betrachtet) wie auch immer geartete Differenzen zwischen den Geschlechtern bestehen. Dann allerdings, in einer Gesellschaft entfalteter Individualität, hätten diese keine Bedeutung mehr. Um es mit den Worten Rosa Mayreders auszudrücken, die um die Jahrhundertwende folgendes schrieb: "Man wird erst wissen, was die Frauen (und die Männer; N.T.) sind, wenn ihnen nicht mehr vorgeschrieben wird, was sie sein sollen" (zit. nach Knapp 1988, S. 24). Die neuere Frauenforschung hat sich diesen Satz ins Programm geschrieben. So formuliert etwa Gudrun-Axeli Knapp:

> "Das Spezifische bestünde nicht in feministischen Neudefinitionen unserer Selbst, unserer Arbeit, unserer Eigenschaften usw., solange sie nur die überkommenen Vorzeichen und Wertungen durch uns genehmere ersetzen, sondern in der Anstrengung der Kritik, der Arbeit der »bestimmten Negation« (Hegel/Marx), im langen Atem des »Offenhaltens«, des Aushaltens von noch Ungewissem und in der ausschweifenden und doch disziplinierten Erkenntnislust" (Knapp 1988, S. 25).

Wenn dies mehr als eine bloße Absichtserklärung sein soll, dann müßte die Kritik allerdings bis zur "bestimmten Negation" des Werts selbst vorstoßen, um von dort aus das Problem des Geschlechterverhältnisses neu aufzurollen. Andernfalls ist eine Ver-

1) Wie der Biologismus-Vorwurf umgedreht werden kann, verdeutlicht folgende Äußerung der Professorin Birgit Meyer aus Esslingen auf der Frauenmesse "Top 91": Frauenförderung und Karriereförderung gleichzusetzen erscheint ihr als eine "zu biologistische Sichtweise", denn "Macht und Karriere sind den meisten Frauen weniger wichtig, ihnen kommt es auf das Inhaltliche an, das Arbeiten mit den Menschen etwa (!)" (Nürnberger Nachrichten, 22./23.6.91).

strickung in den alten Aporien präjudiziert (1). Gleichheit und Ungleichheit sind beide als Ausdruck ein und desselben abstrakten gesellschaftlichen Formprinzips zu begreifen. Wenn Ungleichheit unter dem Diktat des Werts (unter anderen Bedingungen macht das Begriffspaar Gleichheit-Ungleichheit ohnehin keinen Sinn) heißt, die Individuen unter den Funktionsraum einer bestimmten gesellschaftlichen Sphäre zu subsumieren und damit auch darauf zu reduzieren, dann steht Gleichheit für die Abstraktheit der spätbürgerlichen Monade. Das ideologische Changieren zwischen der Pest der Ungleichheit und der Cholera der Gleichheit relativiert sich nur insofern, als sich historisch diese Alternative gar nicht stellt, denn ein Zurück zu der aus heutiger Perspektive fast schon wieder gemütlich sich darstellenden Verschmelzung von Person und Funktion kann es glücklicherweise nicht geben. Die Aufhebung der Gleichheits-Ungleichheits-Dichotomie setzt die Aufhebung der Sphärentrennung voraus oder, positiv ausgedrückt, die Herstellung des konkret gesellschaftlichen Ganzen. Unter den Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft ist nicht erfüllbar (ja schon die Vorstellung davon fällt schwer), was Adorno einmal aphoristisch genannt hat "in Frieden ungleich sein."

1) Das scheint Hildegard Heise zu widerfahren, die zwar einerseits ausdrücklich das Gleichheitspostulat als ungeeignet kritisiert, das Geschlechterverhältnis zu erfassen (Heise 1986, S. 249 f. sowie S. 322 f.), andererseits aber doch nach einer "Spezifik des weiblichen Geschlechts" (a.a.O., S. 251) sucht und dabei letzten Endes wieder ganz traditionell einen besonderen Bezug zwischen Frau und Kind konstruiert: "Man sah, daß das geschlechtsspezifisch bedingte Handeln der Frau nicht in der eigenen Person, sondern in der dritten Person wurzelt: dem Kind. Folglich unterliegt es auch nicht den besonderen kapitalistischen Formen, die die Subjektivität schwergewichtig zur Individualität vereinseitigen und das Gleichheitsprinzip vor allem als individualbezogenes Gleichwerden zur Wirkung kommen lassen" (a.a.O., S. 160).

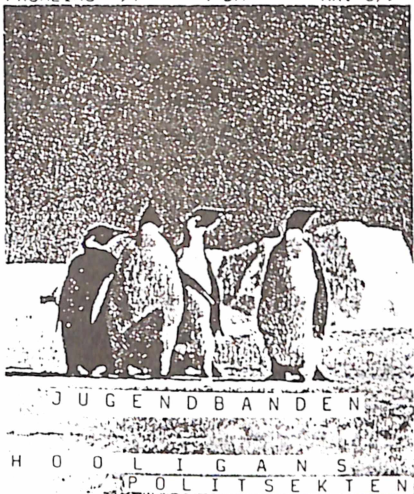
LITERATUR:

- Elisabeth Badinter: Die Mutterliebe, München 1984
- Ulrich Beck: Freiheit oder Liebe, in Beck/Beck-Gernsheim: Das ganz normale Chaos der Liebe, Frankfurt/M. 1990
- Shulamith Firestone: Frauenbefreiung und sexuelle Revolution, Frankfurt/M 1987
- Hildegard Heise: Flucht vor der Widersprüchlichkeit - Kapitalistische Produktionsweise und Geschlechterbeziehung, Frankfurt/New York 1986
- Gudrun-Axeli Knapp: Die vergessene Differenz, in Feministische Studien 1/1988
- Libreria delle donne di Milano: Wie weibliche Freiheit entsteht, Berlin 1988
- Maria Mies: Konturen einer ökofeministischen Gesellschaft, in Taz 9.5.1987
- Ilona Ostner; Kapitalismus, Patriarchat und die Konstruktion der Besonderheit "Frau", in Soziale Welt, Sonderband 1983
- Heide Pfarr: Das Recht und die verschiedenen Lebenswelten von Mann und Frau, in Frankfurter Rundschau 26.1.1991
- Sabine Richebächer: Uns fehlt nur eine Kleinigkeit, Frankfurt/M 1982
- Hannelore Schröder (Hg): Die Frau ist frei geboren, Band I, München 1979
- Alice Schwarzer: Der "kleine Unterschied" und seine großen Folgen (1975) in Schwarzer (Hg.): So fing es an!, München 1983
- Reinhard Sieder: Sozialgeschichte der Familie, Frankfurt/M 1987

piranha

SOZIALISTISCHER JUGENDRUNDBRIEF

FRÜHLING 91 4 DM NR. 8/9



piranha Nr. 8/9 erschienen. Inhalt:

Jugendbanden — gemeinsames Handeln wird kriminalisiert
● Jugendprotest: Die Polizei wieder als Helfer ● Dokumentation von Artikeln über Jugendgangs

Politsekten in der Friedensbewegung
● Die „siloistische Bewegung"
● Der „Bund gegen Anpassung"

Antimilitarismus
● Strohfeuer gegen den Krieg
● MBB blockiert anstatt Friedenslieder gesungen

Hooligans — Hintergründe zur Fußballgewalt
● Jeder will der Häuptling sein
● DFB-Richtlinien gegen Fans
● Gegen Fascho-Hools, aber wie?
● Die Schlachten von heute

Außerdem: ● Waffen für die Ex-DDR ● Strandgut ● Rotes Telefon ● Opfer auf dem Goldalter — Gegen die Vernichtung der Yanomami-Kultur

piranha ist ein sozialistisches Jugendinfo Nr. 8/9 der piranha hat 58 Seiten und kostet 4 DM (bitte in Briefmarken beilegen). Abo: 5 Ausgaben für 15 DM (30 DM VollverdienerInnen, für Gefangene umsonst) auf Konto Olaf Berg 1251/456347, HASPA, BLZ 200 505 50. **Bestellungen** an piranha, Karolinenstraße 21/2, W-2000 Hamburg 36.

atom

Nr. 35/Mai/Juni 91

Aus dem Inhalt :

***Schwerpunkt I: Diskussion**

Während die Anti-AKW-Bewegung von immer stärkerer Auszehrung betroffen zu sein scheint, stellt sich die Atom-Industrie in neuem Licht dar. Nach Jahren der Stagnation herrscht in den Chefetagen wieder ein zunehmend optimistischer Ton.
Atomaufschwung Ost
Phönix aus der Asche?

***Schwerpunkt II:**
Wenn der Castor kommt...

Rollen bald die ersten hochradioaktiven Atomtransporte nach Gorleben?
Castor: Klapppe die Dritte - über Entsorgungsnöte, Nebenbestimmungen und drohenden Widerstand

***Tschernobyl:** Was habt ihr mit dem Regen gemacht; Erinnerungen; Interview...

*** Kriminalisierung:** Das Urteil im Startbahnprozeß; Alexander Schubart-Prozeß

*** Schwerpunkt III: Anti-Krieg**

Der Golfkrieg geht - auch nach seinem Ende - weiter. Dabei zeigt er sich von nicht weniger grausamen Seiten.

***Spendenaktion:** Medienprojekt für die Guerilla in El Salvador



Die atom erscheint zweimonatlich, 68 Seiten, Einzelpreis 5 Mark (+ Porto), Abo für 5 Ausgaben 30 DM Ab 4 Ex. 3,50DM (+ Porto)

Bestelladresse:
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

Peter Klein

DEMOKRATENDÄMMERUNG

Das Ende von Freiheit und Gleichheit

1. Das Dilemma der demokratischen Linken

Daß wir hierzulande in demokratischen Verhältnissen leben, ist eine Aussage, die der oder die traditionelle Linke üblicherweise nur mit erheblichen Einschränkungen gelten läßt - wofern er sie nicht vollkommen bestreitet. Zumindest für die siebziger-Jahre-Linke dürfte diese Skepsis, dieser Unglaube gegenüber der realexistierenden Demokratie im Namen einer erst noch zu verwirklichenden "eigentlichen Demokratie" kennzeichnend sein. Ich weiß nicht, inwiefern diese Haltung heute noch typisch ist - publizistisch ist sie ganz sicher in den Hintergrund getreten und von den sogenannten "Zivilitätstheoretikern" abgelöst worden - bei der eher praktisch und bewegungsmäßig orientierten Rest-Linken, die, zu ihrem Lob sei es gesagt, das Thema Kapitalismus noch nicht für veraltet hält, darf man aber unterstellen, daß sich irgendeine Variante von "immer noch mehr Demokratie wagen" in den Hinterköpfen befindet. Als eiserne Ration gewissermaßen, die, egal ob ausgesprochen oder unausgesprochen, den kleinsten gemeinsamen Nenner der vielfältigen "Praxisfelder" (von der Euthanasiediskussion über die Gentechnologie, die Asylantenfrage und Behindertenpolitik bis hin zum Thema Umweltkatastrophe) darstellt. Immer sind es die "Herrschenden", die des lieben Geldes wegen (aus Profitgier) sich rücksichtslos gegen das Leben, die Menschen, die Natur verhalten, die ihres kurzfristigen, persönlichen Vorteils wegen Anschläge auf die existentiellen Interessen der Werktätigen oder überhaupt der Bevölkerungsmehrheit, wenn nicht gar der ganzen Menschheit verüben.

Das Dilemma der demokratischen Linken besteht darin, daß diese sämtlichen Verbrechen - zumindest hierzulande - in der schönsten demokratischen Öffentlichkeit zustandekommen; in eben derselben Öffentlichkeit, in der sie selbst sich ja auch tummeln - aber als Minderheit. Die Massen, ehedem das liebste ideologische Kind der Linken, sie entsprechen nicht dem Bild, das sich die Stifter der demokratischen Tradition in früheren Zeiten einmal von ihnen als von der unterprivilegierten, abhängigen und ausgebeuteten Bevölkerungsmehr-

heit gemacht hatten: Da die alltäglichen Lebensumstände ihnen seinerzeit gar keinen Spielraum ließen für die Entwicklung eines privaten Egoismus, waren die Unterschichten seit etwa Rousseaus Zeiten die ideale Projektionsfläche für die linken Vostellungen vom guten neuen Menschen, der am Gemeinwohl interessiert ist. Armsein, Ausgebeutetsein, das war in der entsprechenden intellektuellen Tradition fast so etwas wie ein neuer, umgestülpter Adelstitel, dessen Träger per se schon mit edlen Charaktereigenschaften ausgestattet zu sein schienen: im Sinn von einfach, ursprünglich, unverbildet, natürlich etwa. Ob sie wollten oder nicht, die Armen mußten einander beistehen in gegenseitiger Hilfe. Sie waren dazu auserkoren, der demokratischen Solidaritäts-Rhetorik als Muster und als Adressaten zu dienen. Auf ihnen als sozialer Basis erhoben sich die linken politischen Konzepte zunächst der jakobinischen Volksherrschaft und später des Sozialismus. Eine gewisse Betulichkeit und Rücksichtnahme im Umgang mit den "Werktätigen" hat sich aus dieser Zeit bis heute bei den Linken gehalten.

Aber leider, die Massen honorieren die gute Meinung, die die linken Intellektuellen früher einmal von ihnen hatten, überhaupt nicht. Sie huldigen dem Umweltverpester Auto, lassen sich von der Glotze einschläfern, gehen auf die Jagd nach Sonderangeboten und überlassen die bedrohlichen Menschheitsfragen wie etwa das Ozonloch oder den Treibhauseffekt der Verantwortung von so zwielichtigen Gestalten wie Kohl oder Töpfer. Und schon gar nicht können sie sich mit jenen Konzepten der Volksherrschaft anfreunden, in denen ihnen von wohlmeinenden Volksfreunden die Verfügungsgewalt über die gesellschaftlichen Produktionsmittel in Aussicht gestellt wird. Sei es auch die allerdemokratischste Verfügungsgewalt, garantiert ohne Stalinismus und ohne Bürokratisierungseffekt, sie sind taub gegenüber diesen sozialistischen Sirenenklängen. Im Gegenteil. In Rußland streiken die Bergarbeiter sogar *für* die Privatisierung ihrer Betriebe, in Albanien gehen die Werktätigen erfolgreich *gegen* die "Partei der Werktätigen" auf die Straße, und Kuba ist ein überreifer Apfel, von dem man sich nur noch wünschen kann, er möge erst dann von dem ansonsten bereits kahlen Baum fallen, wenn es der immer noch irgendwie rührende Fidel Castro nicht mehr mitansehen muß.

Kein Wunder, daß bei dieser Lage der Dinge die Befürworter des status quo überzeugte Anhänger der Demokratie sind, daß sie überhaupt keine Probleme damit haben, demokratisch zu argumentieren. Die überstürzte Übernahme der DDR, so müssen es sich beispielsweise die Nie-wieder-Deutschland-Linken sagen lassen, ge-

schah unter dem Druck der Bevölkerung, sie sei, abgesehen von dem Ergebnis der März-Wahl, herbeigezwungen worden durch eine "Abstimmung mit den Füßen", durch den beängstigend angeschwollenen Strom der Übersiedler in die BRD. So ähnlich klang es schon 1968, als die linken Kritiker der Bild-Zeitung ebenfalls mit einer "Abstimmung", diesmal am Zeitungskiosk, konfrontiert wurden. "Sie - die Bürger, die Menschen - wollen es ja so", lautet das Universalargument gegen die Einwände von links. Offensichtlich sind die von den Linken so genannten "Herrschenden" mit den Massen einig. Es sind *ihre* Massen, und sie werden umgekehrt von den Massen als *ihre* Politiker angesehen. Die beiden Seiten gehören zusammen und bevölkern einträchtig die sehr breite Mitte des politischen Spektrums. Es hat sich daher im öffentlichen Streit eine Konstellation eingebürgert, in der den Linken vorgeworfen wird, daß sie nicht bereit seien, den Mehrheitswillen zu achten, daß sie somit ihrem eigentlichen Wesen, ihren eigentlichen Absichten nach, *Feinde* der Demokratie seien.

2. Der Entlastungsversuch der demokratischen Linken

Historisch ist dies eine durchaus neue Situation. Daß die Wortführer des status quo sich Demokraten nennen, war keineswegs immer so. Bis zum 2. Weltkrieg stand es nicht nur in Deutschland, sondern in der Mehrzahl der europäischen Länder schlecht um die Demokratie. Einmal abgesehen vom Faschismus, den ich als ein modernes, sozusagen protodemokratisches Phänomen einstufe, gab es noch einen rührigen Konservativismus der traditionellen Führungsschichten, in dem die Erinnerung an die einstmalige Suprematie von Bildung, Reichtum und Adel durchaus lebendig war. Bis 1933 existierten in Deutschland ernsthafte Bestrebungen für eine Restauration der Monarchie, und die Attentäter des 20. Juli waren keineswegs Demokraten in unserem heutigen Sinn. Auch in den sogenannten westlichen Demokratien, Frankreich, England und Amerika, datiert die zentrale demokratische Einrichtung, das allgemeine Wahlrecht unter Einschluß der Frauen, erst vom Ende des ersten Weltkriegs, wobei die Frauen in England noch bis 1928 einer altersmäßigen Diskriminierung ausgesetzt waren.

Wenn man sich die seither abgelaufene Entwicklung (speziell auch in den Alltagskonventionen, im Habitus, den die Menschen im alltäglichen Umgang miteinander an den Tag legen) vor Augen führt, dann könnte einem wahrhaftig der Verdacht kommen, daß unsere herrschenden Demokraten in den etablierten Parteien womöglich so-

gar recht haben. Daß sie wirklich die Original-Demokraten sind, die eigentlichen Erben der Aufklärung und all der in ihrem Gefolge durchgeführten Revolutionen einschließlich der russischen, die sich auf die Ideale der Freiheit und Gleichheit beriefen. Daß sie zumindest den Hauptstrom der Entwicklung repräsentieren, und daß demzufolge die linken Kritiker ihrem geheimen, ihnen selbst verborgenen Wesen nach etwas anderes sind.

Leider wird dieser Verdacht, zumal er ja nur vom "politischen Gegner" geäußert wird, üblicherweise abgewehrt. Da es den Abschied von der Aufklärung bedeuten könnte, den Abschied von so vielen liebgewordenen Denkgewohnheiten und identitätsstiftetenden historischen Vorbildern, geht man ihm lieber nicht nach. Stattdessen greift man mit der Routine eines Medikamentenabhängigen in die reich sortierte Apotheke der Manipulationstheorie. Der linke Demokrat pflegt sich seine unerquickliche Beziehung zur Bevölkerungsmehrheit damit zu erklären, daß diese durch ein gigantisches System von Betrug, Verführung und Verrat von sich selbst, von ihren "eigentlichen" Interessen entfremdet worden sei. Was mit den Idealen der Aufklärung einmal "gemeint" gewesen sei, das sei den Massen nur pseudomäßig, nur in Surrogatform, nur scheinhaft, aber nicht wirklich gewährt worden. Nach wie vor herrsche eine privilegierte, ausbeuterische Minderheit über die Mehrheit. Aber diese sei vom Kindergarten über die Schule bis zu den Massenmedien einer systematischen Beeinflussung ausgesetzt, die darauf abziele, sie über ihre wahre Lage zu täuschen, sie ruhig und zufrieden zu halten, wo sie im Namen von Freiheit und Gleichheit eigentlich Revolution machen müßte.

Die einfältigeren Varianten dieser Theorie sehen in der Integrationsleistung der westlichen Massendemokratie das Resultat eines infamen Manövers, durchgeführt von den Bösewichtern der "herrschenden Klasse", der "politisch und ökonomisch Mächtigen", der "elitären Minderheit", und wie die Metaphern alle lauten. Für theoretisch anspruchsvollere Demokraten gibt es die kritische Variante aus Frankfurt, die den gleichen Prozeß als das Umsichgreifen eines anonymen Verhängnisses darstellt, als den Prozeß der Verdinglichung aller menschlichen Beziehungen, der nicht nur nicht gesteuert werde von menschlichen Subjekten, sondern der sogar im Gegenteil alle menschliche Subjektivität überhaupt aufzehre. Sich überhaupt noch im Unterschied zur gesellschaftlichen Objektivität denken zu können, mit den eigenen Ansprüchen und Bedürfnissen sich nicht "an das je Bestehende" zu verlieren, sondern "im schlechten Bestehenden des Anderen eingedenk zu bleiben", auf einer Perspektive, auf einem Ziel

zu beharren, das jenseits der von der Warenform beherrschten Verhältnisse angesiedelt ist, wird dann zu einer schwierigen Aufgabe, der sich immer weniger der noch verbliebenen Individuen gewachsen zeigen.

Haben die Vertreter der Manipulationstheorie auch Schwierigkeiten, die Bedingung der Möglichkeit ihres eigenen Vorhandenseins nach so vielen Jahren der kapitalistischen "Gehirnwäsche" aufzuzeigen, so ziehen sie unmittelbar doch einigen Gewinn aus dieser pessimistischen Weltanschauung. Da die gesellschaftliche Wirklichkeit als ein moralisches Übel bestimmt wird, als Ausbeutung von Mensch und Natur mittels Gewalt und Warenform, kommt zunächst einmal alles darauf an, sich von dieser Wirklichkeit sauber zu halten, sich nicht auf die herrschenden Angebote einzulassen. Weil aber bei der Tendenz zur Totalisierung der "Kapitalherrschaft" allein dies schon schwierig ist, bekommt die Minderheitsposition unversehens einen gewissen Reiz. Sie wird an sich schon zum Zeichen für die eigene Widerstandskraft, intellektuell wie moralisch. Allein daß man es fertigbringt, wenigstens der Gesinnung nach oppositionell zu sein, ist der Beweis dafür, einerseits daß man die Manöver des Feindes durchschaut hat, andererseits daß man sich von ihm nicht hat kaufen lassen. Die äußere Schwäche ist der Beweis für die innere Stärke.

3. Die Gegenthese

Genug von der Manipulationstheorie. Sie ist zu umfangreich, als daß ich ihr hier gerecht werden könnte. Da die revolutionäre Unzulänglichkeit der Massen schon längst geschichtsnotorisch und der linke Demokratismus schon seit dem ersten Weltkrieg damit beschäftigt ist, sich mit den entsprechenden Anfechtungen auseinanderzusetzen, existiert hier eine ehrwürdige Tradition, die ein Thema für sich wäre. Stattdessen will ich lieber meine Gegenthese vorstellen:

Sie lautet, 1. daß die herrschende Demokratie bereits die eigentliche Demokratie ist, 2. daß der linke Demokratismus, der in der gesellschaftlichen Realität Freiheit und Gleichheit immer für unzureichend verwirklicht hält, ein notwendiger Bestandteil dieser Demokratie ist, 3. daß die Krise dieser linken Verwirklichungsideologie, dasjenige also, was man heute den Verlust der Utopie nennt, eine Krise der herrschenden Demokratie insgesamt anzeigt, und daß 4. schließlich in dieser Krise der Demokratie diejenige des Kapitalismus selber erscheint, weil nämlich Freiheit und Gleichheit die subjektive Seite der

gesellschaftlichen Form des Werts darstellen.

4. Das Kantsche Apriori der praktischen Vernunft

Um diese These plausibel zu machen, möchte ich das Augenmerk zunächst auf das Strukturelement der modernen Demokratie lenken, auf die freie und gleiche Rechtsperson. Da die politischen Entscheidungen in der Demokratie Mehrheitsentscheidungen sind, die Regierung sich auf die Zustimmung der bei den jeweils letzten Wahlen errungenen Mehrheit der Wählerstimmen berruft, muß diese freie und gleiche Rechtsperson zumindest im Augenblick des Wahlakts eine Rolle spielen. Denn anders als dadurch, daß jede einzelne Stimme genauso viel zählt wie jede andere, kann keine numerische Mehrheit zustande kommen. Der Wähler ist nach der Unterstellung des Wahlrechts Stimmbürger und sonst nichts. Ob er jung ist oder alt und gebrechlich, ob er gebildet oder ungebildet ist, dumm oder schlau, Mann oder Frau, reich oder arm, Arbeiter oder Fabrikbesitzer, in der Stadt oder auf dem Land lebt, all dies spielt bei der Stimmabgabe keine Rolle.

Genau dieser Umstand macht auch die theoretische Schwierigkeit der freien und gleichen Rechtsperson aus. Sie ist kein Gegenstand der empirischen Beobachtung. Sie verdankt sich vielmehr der *Abstraktion* von aller Empirie. Deswegen spreche ich auch von einem Strukturelement der modernen Massendemokratie. Von diesem behaupte ich, daß es für das Funktionieren der modernen kapitalistischen Gesellschaft unerläßlich ist und daß es auch tatsächlich hinter allen Unterschieden der empirischen Oberfläche (1) vorhanden und wirksam ist.

Dies anzuerkennen, ist keineswegs selbstverständlich. Die Nichtsichtbarkeit dieses freien und gleichen Rechtsatoms kann vom Standpunkt des empiristischen Bewußtseins sehr wohl zum Anlaß genommen werden, ihm seine Existenz ganz zu bestreiten. Und genau darin liegt die Eigenart des linken Demokratismus. Daß die Menschen nur als Rechtspersonen frei und gleich sind, aber nicht wirklich, nicht in der sichtbaren Welt der Erfahrung, das macht er der bürgerlichen Gesellschaft zum Vorwurf. Die Kantsche Erkenntnis, daß Freiheit und Gleichheit per se Abstraktionen sind, die, streng gedacht, vom einzelnen Menschen nichts weiter voraussetzen, als daß er der Träger eines

(1) "Komplexität und Kontingenz", so lautet der sehr "wissenschaftlich" klingende terminus technicus, den die Systemtheorie für dasjenige geprägt hat, was ich – weniger prätentiös – die Vielfalt und Buntheit der empirischen Oberfläche nennen würde.

freien Willens ist und sonst nichts, eine reine Form a priori, die jeden bestimmten Inhalt dieses Willens außen vor läßt, die diesem Inhalt gewissermaßen als metaphysische Richtschnur oder, wie Kant sich auch ausdrückt, als "regulatives Prinzip" vorgeschaltet ist, ist von der Linken immer abgelehnt worden bzw. überhaupt nicht ernsthaft zur Kenntnis genommen worden. Ganz so, als handele es sich bei dieser theoretischen Position um die individuelle Marotte eines Philosophen und nicht um einen objektiven Tatbestand, den es auf seinen gesellschaftlichen Wirklichkeitsgehalt zu untersuchen gilt. Abstrakt, das hieß für den linken Alltagsverstand immer so viel wie unwirklich, uneigentlich, erfunden, ausgedacht und konstruiert. Anstatt die eigene Vorstellung von Wirklichkeit zu überprüfen, anstatt sich also zu fragen, inwieweit die Kantsche reine Form a priori eine gesellschaftliche Wirklichkeitsebene anspricht, die zwar nicht direkt sichtbar, wohl aber zu begreifen ist, hat man sie lieber ganz aus den eigenen Vorstellungen ausgeklammert.

Genau in dieser theoretischen Bewußtlosigkeit lag freilich auch die praktische Stärke des linken Demokratismus für eine ganze historische Epoche; solange nämlich die europäische Gesellschaft noch ständisch konfiguriert bzw. von ständischen Traditionen und Denkweisen überlagert war. Daß der Kantsche Begriff der freien und gleichen Rechtsperson - auf ihn berief sich auch der Liberalismus des 19. Jahrhunderts - von der *ökonomischen Klassenspaltung* abstrahiere, das war der gegen ihn gerichtete Vorwurf, mit dem die Linke ihr theoretisches Gewissen zum Schweigen bringen konnte. Der berühmte Satz von Anatole France, daß es dem Armen und dem Reichen gleichermaßen verboten sei, unter der Brücke zu übernachten, diente gewissermaßen zur sozialen Hinrichtung des "bürgerlichen Rechts". Man bemerkte nicht, daß man mit der herkömmlichen Definition von Arm und Reich (Verfügung eines freien Willens über "viel" oder "wenig" Eigentum) sich längst schon auf dem Boden des Rechts und des Kantschen Apriorismus befand. Auf diese Weise verschaffte sich die Linke jene Rücksichtslosigkeit und Unbekümmertheit, die man zum energischen Handeln braucht. Und nicht nur das. Indem sie den Klassenkampf im Namen von "wirklicher Freiheit" und "wirklicher Gleichheit" führte, konnte sie sich auch einbilden, etwas anderem als einer Abstraktion nachzujagen. Sie konnte die bürgerliche Gesellschaft voranbringen im Glauben, über sie hinauszugehen.

Diese tief eingeschliffene ideologische Konstellation erweist sich heute, am Ende des Wegs, allerdings als Nachteil. Man hatte übersehen, daß die Kantsche Abstraktion von der Klassenspaltung

bzw. wie ich lieber sage: von der Ständegesellschaft, als *Aufgabe* formuliert war, als ein rechtliches und moralisches Sollen, und daß sie als diese Aufgabe einen sehr langen, weit über das 19. Jahrhundert hinausreichenden Atem besaß. Es handelte sich bei Kants Auffassung von Freiheit und Gleichheit ja eben nicht um die fehlerhafte Beschreibung der seinerzeitigen Empirie, die er womöglich nicht wahrnehmen oder beschönigen hätte wollen, sondern es handelte sich dabei um eine strukturelle Vorgabe für diese Empirie, um die Vorgabe eines Ziels, an dem sich die staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen orientieren mußten, wollten sie den reinen Prinzipien der praktischen Vernunft (wie Kant sie verstand) nahekommen bzw. gemäß sein. Das heißt, Kant faßt die bürgerliche Gesellschaft, also diejenige Gesellschaft, die an Freiheit und Gleichheit ihren metaphysischen Leitstern, ihren unsichtbaren Wegweiser besitzt, von vornherein als etwas Dynamisches auf, das sich *immer* auf dem Weg der Verwirklichung befindet. Wobei er sich, gerade weil er Freiheit und Gleichheit streng denkt als die reine apriorische Form des freien Willens der einzelnen Rechtsperson, darüber im Klaren ist, daß diese "Verwirklichung" nur als eine unendliche Geschichte ablaufen kann, als ein "unendlicher Progressus", wie es in der "Kritik der praktischen Vernunft" heißt. Einer idealtypischen, nur als reine Form korrekt zu denkenden Struktur kann sich die empirische Gesellschaft nur asymptotisch annähern, aber sie kann aus der Natur der Sache heraus nie und nimmer damit identisch werden.

Genau dieses Bewußtsein fehlt dem traditionellen linken Demokratismus. Weil er sich über die apriorische, notwendig formale Natur von Freiheit und Gleichheit keine Rechenschaft abgelegt hat, begreift er nicht, daß die Konstellation des zu verwirklichenden Ziels zu dieser Natur unabdingbar dazugehört, daß also das Verwirklichungsdenken *die* Form des bürgerlichen Denkens überhaupt ist und daß, sobald alle Welt nach "mehr Demokratie" schreit, dieses Denken zum herrschenden geworden ist (1).

Auf diese Weise gleicht er dem nach der Mohrrübe schnappenden Esel, der, das Ziel immer dicht vor den Augen, dazu verurteilt ist, ewig weiterzulaufen. Weil er nur immer kurzschlüssig auf die Mohrrübe schaut - auf Freiheit und Gleichheit -, aber die eigene Vermitteltheit mit dieser Mohrrübe nicht begreift, daß sie nämlich immer

(1) "Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts", diese Devise, die Lenin dem Bernsteinschen "Revisionismus" zum Vorwurf gemacht hat, sie gehört der ganzen Epoche an. Auch Lenin selbst konnte sich nur scheinbar darüber erheben, indem er den Sozialismus politizistisch definierte: als "Macht der Arbeiterklasse", die sich dann ans "Verwirklichen" der bürgerlichen Abstraktionen um so energischer begeben würde.

schon ein Moment seines eigenen Daseins ist, weiß er gar nicht, wohin er in Wirklichkeit gelaufen ist. Um im Bild zu bleiben: Er bräuchte vielleicht nur anzuhalten und auf den Boden zu schauen, um wahrnehmen zu können, daß er bereits bis zu den Knien in lauter Mohrrüben steht. Wobei er freilich, um weiter im Bild zu bleiben, bei genauerem Hinsehen entdecken müßte, daß die Mohrrüben inzwischen allesamt giftig und ungenießbar geworden sind.

5. Die empiristische Gegenprobe

Die praktische Relevanz des Kantschen Apriorismus erhellt sofort, wenn wir versuchsweise - wie es ja auch in der real abgelaufenen Geschichte geschehen ist - mit der gegenteiligen Auffassung operieren. Der von der demokratischen Ideologie verehrte und fetischisierte Volkswille wäre dann also eine empirische Größe und als solche nicht das Herrschen einer Struktur, sondern das Herrschen des real existierenden Volks, wie es zu einem bestimmten Zeitpunkt beschaffen ist. Wir haben es dann mit allen Schrunden und Mängeln zu tun, die die Empirie immer schon im Gegensatz zu den "jenseits" von ihr befindlichen Idealen besessen hat: mit eben jener Unwissenheit, Rohheit, Kurzsichtigkeit, Stimmungsabhängigkeit und Wankelmütigkeit des "gewöhnlichen Volkes", die der Schrecken des alten Liberalismus und Konservativismus waren (1).

Die niederen Volksklassen, so lauteten im 19. Jahrhundert die Warnungen vor der Demokratie, wären bei der Kurzfristigkeit und Enge ihrer Bedürfnisse unfähig zu einem Urteil über die langfristigen Interessen der Nation insgesamt. Das Gesinde, die Dienstboten oder überhaupt die Arbeiter in abhängiger Stellung hätten von ihrer Lebenslage her gar keinen Berührungspunkt mit den allgemeinen Angelegenheiten. Nach der Devise "Wes Brot ich eß', des Lied ich sing" wären sie ständig der Versuchung ausgesetzt, sich ihre Staatsbürgerlich-

(1) Hinsichtlich des traditionellen, königstreuen Konservativismus ist diese Aussage zu relativieren. In den Anfängen der politischen Parteienbildung zählten seine Protagonisten auf die Anhänglichkeit des "einfachen Volkes" seinen angestammten Schutzpatronen gegenüber. Angesichts des für die Zeit weit gefaßten Wahlgesetzes zur Paulskirchenversammlung fühlte sich etwa Adolf Heinrich Graf von Arnim-Boitzenburg zu der Hoffnung berechtigt (im April 1848), "daß aus diesem alle, auch die unselbständigen Klassen gleich berechtigenden Wahlgesetze durch den Einfluß der höheren Klassen auf jene eine sehr conservative Versammlung hervorgehen würde" (Richard Schult, Partei wider Willen. Kalküle und Potentiale konservativer Parteigründer zwischen Erstem Vereinigten Landtag und Nationalversammlung (1847/48), in: Dirk Stegmann/Bernd-Jürgen Wendt/Peter-Christian Witt (Hg.), Deutscher Konservativismus im 19. und 20. Jahrhundert, Festschrift für Fritz Fischer, Bonn 1983 (Verlag Neue Gesellschaft), S. 51).

keit abkaufen zu lassen und demjenigen ihre Stimme zu geben, von dem sie unmittelbar abhängig seien bzw. am ehesten bare Zahlung zu erwarten hätten. Mit diesem Argument wendet sich etwa noch in der Paulskirchenversammlung von 1848/49 der Abgeordnete Waitz ausdrücklich gegen das Stimmrecht für Lohnarbeiter; denn damit verschaffe man den Fabrikanten ein ungerechtfertigtes Übergewicht: "Keine Staatsordnung, möge sie sein welche sie wolle, monarchisch oder republikanisch, wird bestehen oder doch zu irgendwelcher Stätigkeit gelangen können, wenn die Entscheidung aller politischen Fragen in die Hände der großen Masse, die sich nur zu oft willenlos leiten läßt und launenhaft Tag um Tag dem einen oder andern Führer folgt, gelegt wird" (1).

Spiegelbildlich dazu verhalte sich der Opportunismus der demokratischen Politiker. Um an die Macht zu kommen, müßten sie den Massen schmeicheln und ihnen nach dem Maul reden. Nicht die Einsicht in das allgemeine Beste bestimme ihr Handeln, sondern die Notwendigkeit, die größtmögliche Zahl der Stimmen auf sich zu ziehen. Um der Augenblicksstimmung der Masse gerecht zu werden, würden sie illusorische Versprechungen machen und am besten überhaupt nur an das Gefühl, aber nicht an die Einsichtsfähigkeit der Wähler appellieren. Auf diese Weise züchte die Demokratie einen bestimmten demagogischen Führertyp heran. Wer am besten reden und glänzen kann, wer dumpfe Ressentiments und Minderwertigkeitskomplexe zu kitzeln vermag, dem gehöre die politische Bühne, dem jubelten die Massen zu, während Bildung, Geist und Verantwortungsbewußtsein, weil immer in der Minderheit, ins Exil getrieben würden. Die Demokratie, so lautet die Schlußfolgerung aus dieser Überlegung, müsse notwendigerweise in die Diktatur eines populären Alleinherrschers umschlagen.

Als zeitgenössisches Anschauungsmaterial dienten die beiden Bonapartes, die es, der eine 1804, der andere 1852, fertiggebracht hatten, sich per Volksabstimmung zum erblichen Kaiser befördern zu lassen. Es handelte sich dabei gewissermaßen um einen noch etwas altertümlich ausstaffierten Vorgriff auf jenes Zeitalter des Totalitarismus oder, wie ich lieber sage, der Massenaffirmation, das man als die eigentliche Bestätigung der liberalen Warnungen ansehen kann. In Europa waren es nicht weniger als 15 Länder, in denen sich nach dem ersten Weltkrieg der Reihe nach diktatorische Regimes etablierten,

(1) Bericht des Abgeordneten Waitz im Auftrag der Kommissionsmehrheit über den Verfassungsausschuß vom 2. und 3. Januar 1849, zit. in: Jacques Droz, Die Wahlrechtsfrage und das preußische Dreiklassenwahlrecht, in: Ernst-Wolfgang Böckenförde (Hg.), Moderne deutsche Verfassungsgeschichte, Königstein 1981 (2. Auflage).

die aus Massenbewegungen hervorgegangen waren, die sich in der einen oder anderen Weise, mehr oder weniger unmittelbar, mehr oder weniger erfolgreich, mit dem Mandat legitimierten, das ihnen vom Volk, vom Proletariat, von den Massen verliehen worden sei. Diese Legitimität wurde in Straßenumzügen, Massenveranstaltungen und Volksbefragungen (Plebiszиten) möglichst sinnfällig gemacht und dauernd vor aller Augen gebracht.

Entsprechend unwiderlegbar war sie vom Standpunkt einer empiristischen Auffassung des Volkswillens aus. Die Opposition, die ins Exil getrieben oder ins Gefängnis bzw. in die Straflager und KZs gesteckt wurde, hatte vor allem einen Nachteil: sie befand sich in der Minderheit, konnte sich somit demokratisch nicht legitimieren und war entsprechend leicht unter die Rubrik der Volksfeinde, der Verräter, der Bourgeoisie oder einfach als artfremd, als vom jüdischen Geist zersetzt, einzustufen. Auch die Juden hatten ja das Pech, in der Minderheit zu sein. Und selbstverständlich achtete auch Stalin gewissenhaft darauf, daß er niemanden liquidierte, dem er nicht zuvor nachgewiesen hätte, daß seine Position das Stigma der Minderheit an sich trage. Es ist immer "ein kleines Häuflein von Unruhestiftern", von "Ewiggestrigen", von "dünkelhaften Intellektuellen", von "moralischen Schwächlingen", die sich der gute Koloß, das Volk, die Masse der Arbeiter und Bauern, wie eine Laus vom Pelz schütteln muß. Kein Argument war vernichtender als der Vorwurf, jemand rede kompliziert, intellektualistisch, in einer elitären Sprache, die nur von einer Minderheit, aber nicht vom Volk verstanden werde.

In der Sprache der Politologie wird diese Sorte diktatorischer Demokratie auch ungebunden oder identitär genannt. Ungebunden, weil dem je aktuellen Volkswillen keinerlei Grenze gesetzt ist, weil jede Entscheidung allein dadurch legitimiert ist, daß sie per Mehrheitsbeschluß zustandegekommen ist. Im Extremfall kann, wie bei Napoleon geschehen, das Volk auch beschließen, sich einem erblichen Kaisertum zu unterwerfen. Identitär, weil ihr die Fiktion einer unmittelbaren Einheit von Regierung und Regierten zugrundeliegt. Die Regierung muß als unmittelbar durch das Volk beauftragte auf keinen anderen Gesichtspunkt Rücksicht nehmen als auf die dauernde Zustimmung der Massen. Diese Zustimmung kann sie allein schon mit ihrer Aktionsfähigkeit als gegeben ansehen, mit der Tatsache also, daß sie sich an der Macht halten kann. Jede Regierungsmaßnahme erscheint dann unmittelbar als eine Maßnahme des Volks, die Opposition dagegen als Widerstand gegen die überwältigende Mehrheit des Volkes.

Man könnte bei der akklamatorischen oder totalitären Demokratie, wo jeder Verwaltungsakt, der funktioniert, gleich als ein "Triumph des Volkes" oder der "Arbeiter und Bauern" gefeiert wird, vom Zynismus der Faktizität sprechen. Als zynisch erscheint uns dieses System deswegen, weil es die Plausibilität, die es am Anfang immer besessen hat - man darf das nicht vergessen: eine wirkliche Massenbewegung, wirkliche Zustimmung und Begeisterung der Bevölkerung zu politischen Maßnahmen, die dringend erforderlich sind (Beispiel Oktoberrevolution: Frieden, Land, Brot) - , in kurzer Frist verlieren muß bzw. für uns historisch längst verloren hat. Und zwar aufgrund eben derjenigen Bedingung, der es sein Zustandekommen verdankt, der Erhebung der Augenblicksmehrheit zur absoluten legitimatorischen Instanz.

Wenn die Konstellation des ersten Augenblicks, meist eine revolutionäre Situation, in der eine empörte, aufgewühlte Masse sich aktiv über ein bestehendes Rechtssystem hinwegsetzt, wenn diese Konstellation auf Dauer gestellt werden soll, dann zeigt sich sehr schnell der darin enthaltene Widersinn. Sobald nämlich die Mehrheit jedes beliebige Recht hat, zum Beispiel die Minderheit auszurotten oder zumindest mundtot zu machen, sie für illegal zu erklären, lähmt sie sich auf die Dauer selbst, weil sie die Bedingung zerstört, unter der überhaupt Mehrheit und Minderheit zustandekommen kann: freie Diskussion. Wer wird es noch wagen, seinen Mund aufzumachen, wenn das Risiko, möglicherweise in der Minderheit zu bleiben, Gefahr für Leib und Leben in sich birgt? Wenn jeder Streit, jede Kontroverse mit einer unmittelbaren, existentiellen Dimension behaftet ist, die die Minderheit immer in den Geruch der Volksfeindschaft und des Verrätertums bringt? Der Opportunismus, der auf diese Weise entsteht, ist weniger besorgt um die zur Entscheidung stehende Sachfrage (wobei ich die Frage nach dem gesellschaftlichen Charakter dieser Sachfrage hier noch ausklammere) als darum, die wahrscheinliche Mehrheitsmeinung richtig vorauszuahnen. Da die Regierung als das ausführende Organ der Mehrheit definiert ist, kommt es also letztlich immer darauf an, den Trend bei den führenden Leuten nicht zu verpassen. Niemand wird sich gerne so weit exponieren oder so eindeutig festlegen, daß er hinterher für irgendeinen Mißerfolg verantwortlich gemacht werden kann.

Die Schwerfälligkeit solcher Regimes ist unübersehbar. Da jeder Widerspruch, jeder Meinungsunterschied selbst in sekundären Fragen immer sogleich mit einer grundsätzlichen Dimension: für oder gegen den Fetisch Volk oder Arbeiterklasse, befrachtet ist, kostet das von

der Regierungslinie abweichende Engagement unverhältnismäßig viel Einsatz. Neue gesellschaftliche Entwicklungen und Bedürfnisse werden daher üblicherweise verschlafen und kommen erst dann und dadurch an die Oberfläche, daß die entstandenen Spannungen gewaltsam ausbrechen. Man denke etwa an die opferreichen Arbeiteraufstände in Polen, die zum Teil bloße Lohnfragen zum Anlaß hatten. Das Tempo der Produktivkraftentwicklung, das der moderne Kapitalismus in den letzten zwanzig bis dreißig Jahren an den Tag gelegt hat, mit geradezu revolutionären Veränderungen in allen Lebensbereichen (Bauernsterben, Abstieg der traditionellen Schwerindustrie und des Bergbaus, Entstehen von völlig neuen Qualifikationsanforderungen, Auflösung traditioneller Rollenzuweisungen z.B. in der Geschlechterbeziehung), es wäre mit dem System der akklamativen Demokratie nie und nimmer zu bewältigen gewesen - und ist von ihm, wie wir heute längst wissen, ja auch tatsächlich nicht bewältigt worden.

6. Die "freiheitlich-demokratische Grundordnung"

Wie sieht nun die Lösung aus, die die demokratische Frage in der sogenannten westlichen Demokratie gefunden hat? Richtig, sie ist in dem oben schon erwähnten Strukturelement der freien und gleichen Rechtsperson zu suchen. Einerseits wird dem empirischen Volkswillen regelmäßig Gelegenheit gegeben, sich zu äußern und die öffentlichen Angelegenheiten, vermittelt über die von den demokratischen Parteien angebotenen Alternativen, im Sinne seiner aktuellen Einsichten oder Stimmungen zu beeinflussen (plebiszitäres Element der modernen Demokratie laut Ernst Fraenkel), andererseits ist ihm ein großer Bereich der gesellschaftlichen Ordnung, nämlich jener, der auf das erwähnte Strukturelement zugeschnitten ist, entzogen worden (repräsentatives Element laut Fraenkel).

Damit die Freiheit der einzelnen Rechtsperson möglichst gleichmäßig zur Wirkung kommen kann, sind eine ganze Reihe von Institutionen und Verfahrensregeln ins Leben gerufen worden, die man als ebenso viele Schutzwälle gegen den Leichtsinn, gegen die Unzuverlässigkeit und Unberechenbarkeit des empirischen Volkswillens auffassen kann. Das reicht von peniblen Vorgaben für das Handeln der Strafverfolgungsbehörden und für die Durchführung von Strafprozessen über vielfältige Methoden zur Einschränkung der Regierungsgewalt (z.B. zeitliche Befristung der Ausübung von Ämtern, Gewalten-

teilung, Verwaltungsgerichtsbarkeit) bis hin zu den sozialen Sicherungsrechten. Im virtuellen Zentrum dieser institutionellen Logistik steht die freie und gleiche Rechtsperson, die in nahezu allen Verfassungen der Welt als diejenige Kategorie Mensch auftritt, der gewissermaßen von Natur aus gewisse unveräußerliche Grundrechte (Unantastbarkeit der Person, des Gewissens, der Wohnung, des Eigentums) zukommen, die ergänzt werden durch bestimmte, für die politische Betätigung als Staatsbürger unerläßliche Freiheitsrechte (der Meinung, der Rede, der Presse, der Religionsausübung, der Versammlung, der Vereinigung).

Die moderne westliche Demokratie leitet ihre Legitimität aus der Anerkennung bzw. sogar aus der Verpflichtung auf den Schutz dieser Grund- oder Menschrechte ab - und *nicht* etwa aus der Zustimmung des empirischen Volkswillens, sei es zu einzelnen Regierungsmaßnahmen, sei es zum bestehenden Staatswesen insgesamt. Das ist der Grund, warum sie als *rechtsstaatliche* Demokratie bzw. als *freiheitlich*-demokratische Grundordnung bezeichnet wird. Das Attribut freiheitlich bzw. rechtsstaatlich weist auf jene von den erwähnten Grund- und Freiheitsrechten geformte Struktur hin, die den nackten, einzelnen Menschen zu ihrem Element hat. Was immer dieser Mensch als leibhaftiges Lebewesen in der empirischen Welt will und tut, es findet dieses Wollen und Tun immer schon statt auf der Basis jener rechtlichen Grundstruktur. Sie ist das stumme, in den entwickelten Ländern zur Selbstverständlichkeit gewordene Apriori, das gewissermaßen die gesellschaftliche Form abgibt, innerhalb welcher unser Denken und Handeln sich bewegt.

Wenn also heutzutage vom "Volk" die Rede ist, davon, daß die Staatsgewalt "vom Volk ausgeht", wenn etwa der Bundeskanzler auf das "Wohl des deutschen Volkes" vereidigt wird, von dem er Schaden abhalten, dessen Nutzen er mehren soll, dann darf man nicht so naiv sein, dieses Volk und sein Wohl bloß als eine empirische Ad-hoc-Gegebenheit aufzufassen. Vielmehr hat der Begriff Volkswille bzw. Gemeinwohl immer schon jene apriorische oder transzendentale Färbung, die er aus der aller Empirie vorausgesetzten oder vorgeschalteten rechtlichen Grundstruktur bezieht. Auf dieser Ebene stellt der Volkswille einen fundamentalen Grundkonsens dar, eine Ur-Gemeinsamkeit, über die das empirische Volk keineswegs abstimmen kann, die vielmehr demokratische Abstimmungen überhaupt erst möglich macht. Dieser große Anteil von Objektivität und struktureller Stetigkeit im Begriff des Volkswillens oder des Gemeinwohls ist es, der heute, zumindest hierzulande, aus der Politik eine eher sachliche,

nüchterne, pragmatische, um nicht zu sagen langweilige Angelegenheit gemacht hat.

Von revolutionärer Sprengkraft sind nicht mehr die Widersprüche *zwischen* den politischen Parteien, die sich allesamt demokratisch nennen, revolutionär und spannend ist heute einzig und allein noch die Frage nach jener rechtlichen Grundstruktur: Sie hat sich historisch herausgebildet, gewissermaßen hinter dem Rücken der politischen Protagonisten, und es gibt genügend Anzeichen dafür, daß der historische Augenblick gekommen ist, an dem sie anfängt, aus dem Leim zu geraten. Eine demokratisch verblödete Linke, die in dieser Situation erst noch glaubt *nachweisen* zu müssen, daß es nicht das empirische Volk ist, das "herrscht" - dergleichen kann man schließlich in jedem Politologie-Lehrbuch nachlesen - , ist selbstverständlich unzeitgemäß. Sie fristet ihre gesellschaftliche Randexistenz ganz zu Recht.

7. Die historische Voraussetzung der "fdGO"

Was macht nun die Stärke der rechtsstaatlichen Demokratie aus? Warum hat sie sich historisch durchgesetzt bzw. zum international angestrebten Modell und ideologischen Vorbild entwickelt? Diese Frage ist durchaus von entscheidender Wichtigkeit. Denn ohne Reflexion auf das rechtsstaatliche Apriori ist es noch nicht einmal möglich, die nach meiner Auffassung bereits gegenwärtige und in vieler Hinsicht wirksame und spürbare Krise dieser gesellschaftlichen Form auch nur wahrzunehmen, geschweige sie revolutionär zu transzendieren in Richtung auf die kommunistische Stufe bewußter Gesellschaftlichkeit.

Es versteht sich fast von selbst, daß wir mit dieser Frage nicht nur von den linken, sondern auch von den Mehrheitsdemokraten alleingelassen werden. Das empiristische bzw. positivistische Denken, mit dem wir es heute überwiegend zu tun haben, ist ja gewissermaßen definitionsgemäß blind hinsichtlich der eigenen apriorischen Form, in der es sich immer schon bewegt. Die Geschichtlichkeit (und damit auch Vergänglichkeit) dieser Form selbst zu thematisieren, ist um so schwieriger, als wir daran gewöhnt sind, uns die Geschichte als eine Abfolge von empirischen Ereignissen vorzustellen, als das Handeln empirischer Subjekte, seien es Personen, soziale Klassen oder Völker, die ihr "Interesse" verfolgen; wohingegen das diesem Interesse jeweils vorausgesetzte Apriori der gesellschaftlichen Form (sei es als ideologisch formuliertes Ziel, das es zu erringen, sei es als Errungenschaft, die es zu bewahren gelte) auf dieser unmittelbar empirischen Ebene

gerade nicht angesiedelt ist. Was wußten die religiös motivierten Parteien des Dreißigjährigen Krieges schon davon, daß sie dabei waren, dem modernen säkularisierten Staat den Weg zu bahnen? Weshalb Kant - auf der Basis der überlieferten Wahrnehmungsstruktur des Empirismus - sich ja auch veranlaßt sah, die Frage nach dem Apriori dieser gesellschaftlichen Form erst noch als die Frage nach dem un- oder außerhistorischen, unveränderlichen "Prinzip der reinen Vernunft" zu stellen. Entsprechend unhistorisch muß auch die Auskunft unserer Mehrheitsdemokraten ausfallen, die über Kant nie hinausgekommen sind. Ihren vermeintlichen Sieg, für den sie den Zusammenbruch des Ostblocks halten, führen sie auf ihr "realistisches Menschenbild" zurück.

Der Mensch, so lautet ihre Erklärung, sei nun einmal ein egoistisches Lebewesen, dem das Hemd seiner unmittelbaren Privatinteressen allemal näherliege als der Rock der utopischen Menschheitsinteressen. Deshalb habe sich ein Gesellschaftssystem bewähren müssen, das dem Einzelnen einen möglichst großen privaten Freiraum garantiere, in dem er seinem individuellen Interesse ungestört von irgendwelchen Volkswohl-, Menschheits- oder Allgemeinheitszumutungen nachgehen könne. Die Allgemeinheit, der Staat, habe ihn zwar an gemeingefährlichen Exzessen beim Gebrauch seiner persönlichen Freiheit zu hindern, ansonsten aber gewähren zu lassen.

Es wird bei solchen Gelegenheiten gern auf das Bild vom "alten Adam" zurückgegriffen, "der hartnäckig das Seine suche" und der die linken Hoffnungen auf den "neuen", vom Allgemeinwohl motivierten Menschen zunichte gemacht habe. "Gegen die idealistische Opferbereitschaft, die ihm abgefordert wird, baut er an privaten Fluchtburgen mit vielerlei Kammern und Auswegen, gegen den Aktivismus stellt er die Frage nach dem Nutzen, also im Mantel des Mitmachens das träge Beharren, gegen Engagement den Überdruß und die Gleichgültigkeit." So der Politologe Christian Graf von Krockow erst wieder kürzlich in der ZEIT - aus bekanntem Anlaß (1).

Wie man sofort erkennt, handelt es sich hierbei um eine Parteimeinung, gerichtet gegen den altbösen Feind des Realsozialismus bzw. Totalitarismus. Sie ist insofern auf genau dem gleichen weltanschaulichen Bewußtseinsniveau angesiedelt. Historisch erklärt diese Position aber gar nichts. Wenn das egoistische Menschenbild objektive Gültigkeit beanspruchen kann, so als handele es sich dabei um eine anthropologische Naturkonstante, dann muß man sich doch sofort fragen,

(1) Christian Graf von Krockow, Adam straft die Blinden - Ein Lehrstück über die Vernunft des alltäglichen Egoismus, in: DIE ZEIT Nr. 46, 9.11.1990.

wieso die linke Weltanschauung, die den Menschen als gut im Sinne von altruistisch, also als solidarisch, brüderlich, gesellig, als Gemeinschaftswesen bestimmt, wieso sie überhaupt jemals hat geschichtsmächtig werden können. Die Jakobinerdiktatur, die Oktoberrevolution und durchaus auch der Faschismus mit seiner Staatsvergötzung und seinem extremen Antiindividualismus ("Du bist nichts, Dein Volk ist alles!"), das waren ja immerhin historische Ereignisse, an denen Millionen von "an sich" egoistischen Adams und Evas teilgenommen haben, und zwar als synchron handelnde, solidarische Masse. Sollten diese Ereignisse nur das Resultat eines falschen Weltbildes gewesen sein und gar nichts mit der Lebenslage, mit den unmittelbaren Interessen dieser Massen zu tun gehabt haben?

Sobald man die Frage so stellt und sich daraufhin den alten Liberalismus näher anschaut, was denn sein egoistisches, individualistisches Menschenbild dem Volk, sagen wir vom späten 18. bis zum späten 19. Jahrhundert zu sagen hatte, kommt man schnell auf die Antwort: Wenig bis Nichts! Für die Masse der Bevölkerung, die sich in abhängiger Stellung befand, hatte der von Krockow beschworene Individualismus einfach keine Grundlage in den täglichen Lebensverhältnissen. Abhängig zu sein, das hieß nämlich für die Mägde und Knechte auf dem Land, für die Lehrlinge und Gesellen im Handwerk, für das Heer der Dienstboten in den Bürgerhäusern, ein Bestandteil des jeweiligen Haushalts zu sein, das war eine von der jeweiligen Herrschaft geprägte Lebensweise, die vom Schlafplatz über die Art des Essens bis zum gemeinsamen Gebet oder Kirchgang keine sonderlich großen individuellen Entscheidungsspielräume vorsah. Abhängigkeit, das war nicht wie heute die Abhängigkeit vom Geld, sondern abhängig zu sein hieß gerade, über *kein* Geld zu verfügen. Das Leben im Haus, die abgelegte Kleidung der Herrschaft, darin bestand ganz überwiegend der Lohn.

Das klingt für unsere Ohren vielleicht erbärmlich, aber ohne den Supermarkt um die Ecke, ohne elektrischen Strom, ohne Küchentechnik, mit einem hohen Anteil von Selbstversorgung nicht nur auf dem Land, das bis zum Ende des 19. Jahrhunderts die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung beherbergte, sondern auch noch in der mit Gemüsegärten und Viehställen bestückten Stadt, in einer Zeit, in der mit einem Wort die industrielle Warenproduktion, die Marktbeziehungen, die gesellschaftliche Infrastruktur, das Verkehrsaufkommen, in der all dies, was uns inzwischen bereits wieder nervt, noch sehr gering entwickelt war, in einer solchen Zeit war diese Art von Abhängigkeit nicht gar so quälend, wie es uns heute vorkommen mag. Zu dieser le-

bensweltlich verstandenen Abhängigkeit muß man auch die Bindungen durch Sitte, Brauchtum und Tradition rechnen, mit denen die vormodernen Menschen innerhalb ihres Geburts- bzw. Berufsstandes, innerhalb ihrer Region, innerhalb ihrer Konfession gehalten wurden. Über die Bindungskraft solcher vormodernen Verhaltensmuster und die damit einhergehende Schwerfälligkeit und Unbeweglichkeit der Menschen wird noch in den fünfziger und sechziger Jahren unseres Jahrhunderts von Modernisierungstheoretikern wie etwa Ralf Dahrendorf Klage geführt.

Wenn man sich den Muff und die Verklemmtheit der fünfziger Jahre vor Augen hält - in den "neuen Bundesländern" besitzen wir ja gewissermaßen eine Konserve davon als unmittelbares Anschauungsmaterial - , dann wird es vielleicht um so leichter vorstellbar, daß sich hundert und mehr Jahre zuvor nur eine kleine fortschrittliche Schicht der Bevölkerung, nämlich Besitz und Bildung, über die landläufigen Beschränktheiten und Vorurteile zu erheben und zum Bild des "Menschen schlechthin" vorzustoßen vermochte, dem von Natur aus gewisse unveräußerliche Rechte zueigen seien. Mit anderen Worten, "Freiheit und Gleichheit", das war damals selber noch eine ständisch gefärbte Angelegenheit, das war die Weltanschauung einer bestimmten Schicht, nämlich die des liberalen Bürgertums, das sich zu einem rücksichtsvollen Umgang mit dem Gesinde genötigt fühlte. Aber das war noch keineswegs die breit ausgearbeitete Grundstruktur eines konsequent am vereinzelten Individuum orientierten Rechtssystems im heutigen Sinn, geschweige, daß es sich bereits um das zum bewußtlosen Reflex ausgebildete Selbstverständnis des modernen Individuums gehandelt hätte.

Der Blick auf die Lebensverhältnisse in der vormodernen Gesellschaft macht es verständlich, *warum ein und dieselbe gesellschaftliche Grundstruktur auf den verschiedenen Etappen ihrer Durchsetzung gewissermaßen mit einem Paradigmenwechsel auf der empirischen Ebene der unmittelbaren Interessen einhergehen mußte.* Je nach seinem Ausgangspunkt innerhalb der ständischen Hierarchie ergaben sich für den Krockowschen "alten Adam, der hartnäckig das Seine sucht", nämlich *direkt entgegengesetzte Vorstellungen und Handlungsmuster im Hinblick auf Freiheit und Gleichheit* .

Der Begriff der freien und gleichen Rechtsperson, deren Privatsphäre vom Staat anzuerkennen und zu schützen sei, *konnte* damals nicht konsequent auf das einzelne menschliche Individuum bezogen werden. Die Lebensverhältnisse waren einfach noch nicht so abstrakt. Ein selbständiger Haushalt war in den vormodernen Zeiten nur mit

einem ganzen Troß von Familie und Gesinde zu bestreiten. Entsprechend bezogen sich die vom Liberalismus geforderten Freiheits- und Mitspracherechte ganz automatisch auf den Haushaltsvorstand und nicht, wie es heute selbstverständlich ist, auf das Individuum schlechthin. "Bürgerliche Selbständigkeit", das war laut Kant die Voraussetzung für den Status des Staatsbürgers. Entsprechend beschränkt war auch die Eigentumsvorstellung. Unter den Begriff des "Privateigentums" fiel der ganze für die "selbständige Haushaltsführung" erforderliche Lebenszusammenhang. Es war also nicht ohne weiteres warenförmig bestimmt, daher auch nicht ohne weiteres käuflich oder verkäuflich. Eigentum hatte somit immer auch eine starke Konnotation von Herrschaft und Vorsteherschaft; was freilich auch bedeutete, daß der Begriff eine starke Komponente von "Verantwortung für die eigenen Leute" enthielt, auch was Sitte und Betragen anging, denn vom Lebenswandel des Gesindes konnte man ja auf denjenigen der "Herrschaft" schließen.

Die kapitalistische Industrialisierung machte Schluß mit dieser Gemütlichkeit und Fürsorglichkeit eines patriarchalischen Schutz- und Abhängigkeitsverhältnisses. Die Beziehung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verwandelte sich in einen Vertrag zwischen zwei selbständigen Eigentümern über den Kauf bzw. Verkauf einer Ware, der Ware Arbeitskraft. Um diesen von der um sich greifenden Marktlogik erzwungenen Übergang zu bewerkstelligen, mußte eine Formel für den Eigentümer gefunden werden, in welcher jeder Hinweis auf die empirische Beschaffenheit seines jeweiligen Eigentums unterblieb. Nur käuflich und verkäuflich mußte es sein, also ein Träger von Wert, also eine Ware. Womit dann auch alles Privilegien- und Herrschaftsmäßige, alles nicht Warenbesitzermäßige aus der Formel des Eigentümers verbannt werden mußte. Als das logische Resultat dieser Entwicklung konnte dann nur die freie und gleiche Rechtsperson übrigbleiben, die in der juristischen Definition nichts weiter mehr ist als der Zurechnungspunkt eines freien Willens, wie man ihn benötigt, um die elementare Lebensbedingung der warenproduzierenden Gesellschaft zu erfüllen: die "Geschäftsfähigkeit", die zur Teilnahme am Warentausch berechtigt.

Die "Suche" nach dieser allgemeinstmöglichen Formel für den Privateigentümer verlief natürlich blind. Das erklärt die polemische Stellung, die die Arbeiterbewegung und überhaupt alle demokratischen Massenbewegungen bis in die erste Hälfte unseres Jahrhunderts gegen die liberalen Freiheitsrechte zunächst einnahmen. Bei den Berichten, die uns über die Lebensbedingungen im Frühindustrialismus

vorliegen, ist daran nichts Verwunderliches. In der Tat, das Recht auf körperliche Unversehrtheit, eine Forderung, die gegen Willkürmaßnahmen der absolutistischen Staatsgewalt gerichtet war, sie hatte denjenigen wenig zu sagen, die in feuchten Kellerlöchern hausen mußten, die von hinlänglicher ärztlicher Versorgung abgeschnitten waren, die schutzlos der Willkür des Arbeitsherrn ausgeliefert waren, die bei Unfall, Krankheit und im Alter ohne jeden einklagbaren Anspruch auf Hilfe dastanden. Oder: Was bedeutet die Pressefreiheit für Analphabeten, für Menschen, die von Kind auf, statt in die Schule zu gehen, den Eltern beim Broterwerb helfen mußten? Wir wollen Freßfreiheit, statt Preßfreiheit! - so scholl es den Agitatoren der 48er Revolution aus der Menge des einfachen Volkes vielfach entgegen.

Um es selber zum Status der freien und gleichen Privatperson und schließlich sogar des Staatsbürgers zu bringen, mußten die Unterschichten also jene Privatsphäre des liberalen Bourgeois erst einmal zerstören oder zumindest einschränken, als deren Insassen wir sie in der ständischen Gesellschaft zunächst vorfinden. Obwohl also die diversen auf die Affirmation der Massen gerichteten "Sozialismen" (nationale wie internationale) sich vollkommen *innerhalb* des von Kant abgesteckten metaphysischen Horizonts der bürgerlichen Gesellschaft bewegten, innerhalb von Freiheit und Gleichheit, mußten sie bei der empirischen Beschaffenheit ihres unmittelbar vorfindlichen Gegners den gegenteiligen Eindruck gewinnen. Während der liberale Bürger innerhalb seiner umfangreichen Privatsphäre gewissermaßen saturiert war und sich im Namen der *Freiheit* vornehmlich negativ verhielt gegen alle Zumutungen und Eingriffe von seiten der staatlichen Allgemeinheit (1), mußten die Unterschichten unter dem ideologischen Namen der *Gleichheit* ihr Interesse genau andersherum formulieren.

Um freie und gleiche Rechtspersonen werden zu können, bedurften sie einer *Stärkung* der staatlichen Zentralmacht, damit diese als Aufsichts- und Kontrollinstanz in die "Privatsphäre" des Arbeitgebers eingreifen konnte. Vertrauen in die eigene Kraft, das hieß für die Lohnarbeiter in direkter Umkehrung der liberalen Ideologie: Organisation, Solidarität, Vereinigung, während die freie Konkurrenz des Marktes gewissermaßen als Teufelswerk perhorresziert wurde. Dabei taten sie nichts anderes, als sich deren Bedingungen gemäß zu verhalten. Damit der Arbeitsmarkt überhaupt funktionieren konnte und nicht zur Fortsetzung des Feudalismus mit anderen Mitteln wurde, brauchte es die Gewerkschaft und ihre Tarifhoheit, brauchte es ei-

(1) Das galt für die liberale Fortschrittspartei im deutschen Reichstag z.B. auch gegenüber der Bismarckschen Sozialgesetzgebung.

ne staatliche Arbeitsmarktverwaltung, brauchte es den ganzen umfangreichen Apparat von sozialen Sicherungen, der uns heute selbstverständlich geworden ist. Diesen Apparat rechtlich und institutionell zu schaffen, das war sozusagen die "historische Mission" des Demokratismus.

Damit ist dieser Demokratismus einschließlich seiner totalitären Exzesse als historische Übergangserscheinung bestimmt. Die moderne rechtsstaatliche Demokratie steht genau auf den Schultern jenes gewalttätigen Demokratismus, mit dem sie nichts zu tun haben will. Sie stellt gewissermaßen die Synthese von Freiheit und Gleichheit dar und beruht ideologisch auf einem demokratisch geläuterten Liberalismus, auf einem Liberalismus, der, nachdem ihm der Schreck des Totalitarismus in die Glieder gefahren war, endlich einer für alle geworden ist. Was das für die traditionelle, immer noch nach der "Verwirklichung" der empirischen "Volksmacht" gierende Linke bedeutet, ist offenkundig: sie ist als das Überbleibsel aus einer versunkenen Epoche der kapitalistischen Vergesellschaftung zu dechiffrieren.

Von unserem "alten Adam" aber ist jetzt klar, daß er überhaupt nicht so alt ist, wie es die Legende der Politologen will. Er ist, als Massenerscheinung, im Gegenteil eine historisch sehr junge Errungenschaft, die sich unter Auflösung all der traditionellen Milieus der Ständegesellschaft genau genommen erst seit den sechziger Jahren unseres Jahrhunderts endgültig durchgesetzt hat. *Ideologisch* ist dieser alte Adam von den populistischen Bewegungen des Massenzeitalters radikal in Frage gestellt und vernichtet worden, *faktisch* aber haben sie überhaupt erst die (institutionellen und übrigens auch produktivkraftmäßigen) Voraussetzungen dafür geschaffen, daß er heute auf der Ebene jedes einzelnen Individuums vorhanden ist. Das Individuum des bürgerlichen Liberalismus mußte untergehen, damit sich das Individuum und der Individualismus als Massenerscheinung ausbreiten konnten.

8. Die Krise von Freiheit und Gleichheit

Worin liegt nun die Krise der endlich alle Köpfe gleichermaßen beherrschenden Ideologie von Freiheit und Gleichheit? Genau darin, so lautet die Antwort, daß sie sich als jene von jedem Inhalt abstrahierende Struktur erweist, die Kant mit dem Ausdruck der reinen Form a priori belegt hat.

Zweifellos stellt die freiheitlich-demokratische Grundordnung

die Lösung jenes Problems dar, das sich der politischen Philosophie von Anfang an gestellt hat. Es ist ihr gelungen, Differenz und Einheit, Freiheit und Gleichheit miteinander zu versöhnen. Das heißt, die Konflikte zwischen den Menschen, zwischen den partikularen Egoismen der verschiedenen gesellschaftlichen Interessengruppen, stellen nicht mehr die Einheit des Gemeinwesens selbst in Frage. Die freiheitliche Demokratie bejaht im Gegenteil den Konflikt, sie ermuntert alle Interessen dazu, sich öffentlich zu äußern. Entsprechend ist auch der Begriff der Partei kein Schimpfwort mehr, wie er es noch im 18. und 19. Jahrhundert, in Deutschland sogar noch bis in die erste Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts hinein gewesen ist. Die Partei ist vielmehr zum anerkannten Bestandteil der Verfassung geworden, die moderne Demokratie definiert sich sogar ausdrücklich als pluralistische oder Parteiendemokratie, und niemand kommt mehr auf den Gedanken, daß das "Parteiinteresse" dazu imstande sein könnte, das "gesellschaftliche Band" zu zerschneiden.

Das Geheimnis für diesen Erfolg bei der Entschärfung der gesellschaftlichen Interessenkonflikte liegt im Kantschen Apriori der reinen praktischen Vernunft, das als die bürgerliche Gegenthese zu den feudalen Abhängigkeitsverhältnissen allen Menschen die gleiche gesellschaftliche Form des freien Willens zubilligt (1). Da die Durchsetzung dieser Form, in deren Ergebnis wir heute allesamt als Rechtspersonen und Staatsbürger

(1) An dieser Stelle ist eine Bemerkung zu Rousseau angebracht. Unter den Politologen der Nach-Weltkriegs-Epoche, die sich allesamt etwas auf ihren "Pluralismus" und ihre Bejahung der "Interessenvielfalt" zugute halten, ist es üblich geworden, von Rousseau im Ton der Herablassung zu sprechen. Sein Konzept des Gesellschaftsvertrags, wonach das Volk, einmal als Volk konstituiert, nicht mit seinem eigenen "Allgemeinwillen" in Widerspruch geraten kann (ohne sich wieder aufzulösen, d.h. in den Naturzustand zurückzufallen), gilt als naiv, als rückständig, als Produkt des 18. Jahrhunderts eben. Es beruhe auf der Prämisse einer "nahezu undifferenzierten Gesellschaft", schreibt etwa Claus Offe und gibt damit die Prämisse seines eigenen Denkens zu erkennen: den systematischen blinden Fleck, den er gegenüber der auf der Basis der Warenförmigkeit aller Interessen erfolgten Gleichschaltung des modernen "Volkes" besitzt. In dieser Gleichschaltung, die sich Rousseau – hierin tatsächlich naiv – erst noch in der Gestalt der direkten Marktplatz-Demokratie vorstellen konnte, liegt die tiefere Wahrheit der von ihm erstmals systematisch behandelten Kategorie des Allgemeinwillens.
Ähnliche Äußerungen wie die von Offe kann man bei Hannah Arendt, bei Ralf Dahrendorf und bei vielen anderen finden. Auch Carl Schmitt, der als sozusagen rechter Rousseauist gegenüber den Genannten freilich eine Sonderrolle spielt, macht sich jenes empiristischen Mißverständnisses schuldig, das den Allgemeinwillen mit der Einstimmigkeit der empirischen Willensmeinungen in einen Topf zu werfen pflegt. Immer wird Rousseau entweder als illusionär oder als der totalitären "Volkseinheit" den Weg bereitend mißhandelt, und es lohnte sich wahrscheinlich, die Geschichte dieser Mißhandlung zu schreiben: denn in ihr erscheint die Durchsetzung des Rousseauschen Allgemeinwillens genau verkehrt herum als die Ausbildung eines systematischen blinden Flecks ihm gegenüber, wie er sich als das gesellschaftliche Apriori der rechtsförmigen Subjektivität herstellt.
Es versteht sich übrigens von selbst, daß keine/r der erwähnten Autoren und Autorinnen auf den Gedanken kommt, im Kantschen Apriori der praktischen Vernunft die immanente und logisch konsequente Vollendung des Rousseauschen Allgemeinwillens zu sehen.

existieren, mit derjenigen des Kapitalismus einherging, liegt der Gedanke nahe, den Kantschen freien Willen als die der Warenform adäquate Form der Subjektivität zu bestimmen. Der Warentausch kann ja nur als ein frei-williger Akt vonstatten gehen. Um "Dinge als Waren aufeinander zu beziehn", schreibt Marx, "müssen die Warenhüter sich zueinander als Personen verhalten, deren Willen in jenen Dingen haust, so daß der eine nur mit dem Willen des andren, also jeder nur vermittelst eines, beiden gemeinsamen Willensakts sich die fremde Ware aneignet, indem er die eigne veräußert" (MEW 23, S. 99). Das kapitalistische Alltäglichwerden dieses Vorgangs hat dafür gesorgt, daß auch die darin wirksame Willenskategorie alltäglich geworden ist. Sie ist es, die die modernen Subjekte immer schon "als Repräsentanten von Ware und daher als Warenbesitzer" ausweist (ebd., S. 100). Als solche aber sind sie unmittelbar auf die allgemeine Ware, auf das Geld als die für alle gleiche Form des Interesses verwiesen.

Aber genau hierin liegt auch die Crux dieses Interesses. Das wird sofort klar, wenn man die Kategorie des gesellschaftlichen Zusammenhangs ins Spiel bringt. Am Anfang unserer Epoche fiel diese Kategorie als ein real zu berücksichtigendes, stofflich vernetztes Produktionsaggregat von internationalen Ausmaßen nicht ins Gewicht, einfach, weil es dergleichen noch nicht im heutigen Sinne gab. Freiheit und Gleichheit waren zwar auch damals schon Abstraktionen und wurden, wie gezeigt, von Kant auch konsequent als Abstraktionen gedacht, aber als solche waren sie ja eben hoch erwünscht und besaßen den metaphysischen Glanz hehrer Menschheitsideale. Denn das Abstrahieren fand gegenüber der rechtlich und in den Lebensgewohnheiten verankerten Hierarchie der ständischen Privilegiengesellschaft statt. Eine ganze Epoche lang fand die Durchsetzung von Freiheit und Gleichheit immer mit dem Blick auf die Privilegien und Machenschaften der "ökonomisch und politisch Mächtigen" statt, während sich, vorangetrieben durch das verketzerte "Gewinnstreben" dieser Mächtigen, gleichzeitig das abspielte, was man die Produktivkraftentwicklung der gesellschaftlichen Arbeit nennt. Sie mündete in dem oben erwähnten Produktionsaggregat, das eine ganze Logistik von ineinandergreifenden und aufeinander abgestimmten Institutionen und Funktionen umfaßt. Aber von diesem inzwischen stofflich-real vorhandenen produktiven Zusammenhang abstrahieren Freiheit und Gleichheit immer noch, genauso, wie sie zuvor von der ständischen Rangordnung abstrahiert haben. Und das ist bei den Potenzen, die die vergesellschaftete Arbeit heute besitzt, ebenso widersinnig wie gefährlich geworden.

Der Widersinn liegt in der *Form* des Interesses, als dessen subjektive Seite wir Freiheit und Gleichheit zu begreifen haben. Diese Form ist das Geld, das in der warenproduzierenden Gesellschaft zwischen das Bedürfnis und seine Befriedigung durchgängig gesetzt ist. Das Geld aber ist als Kapital ein gesamtgesellschaftliches System, und nicht etwa, wie es vom Standpunkt des unmittelbaren Bedürfnisses

aussehen mag, ein bloßes Mittel zu dessen Befriedigung. Als gesamtgesellschaftliches System betrachtet, verfolgt es vielmehr sein *eigenes* Bedürfnis, nämlich über die Bewegung von G (zu investierendes Geldkapital) über W ("Produktionsfaktoren") und W' (um den Mehrwert vergrößerter Wert der produzierten Waren) nach G' (auf dem Markt realisierter, d.h. wieder in Geld zurückverwandelter Warenwert): sich selbst. Als Kapital ist das Geld selbstreflexiv geworden, es ist sein eigener Zweck, Wert, der sich selber will, qualitativ genügsam bis zum Nihilismus, quantitativ aber unersättlich.

Genau dieser Umstand ist es, der dem System zum Verderben gereicht. Blind gegenüber den von ihm selbst geschaffenen Potenzen, steuert das System der Wertverwertung auf die absolute Schranke seiner Reproduktionsunfähigkeit zu. Zum einen erweist sich die äußere Natur als diese Schranke; denn die stoffliche Potenz zur Anverwandlung der Natur an menschliche Bedürfnisse muß unter dem Zwang der Wertverwertung umschlagen in den von jedem menschlichen Maß und Sinn abgekoppelten "Verbrauch" dieser Natur, in einen "Produktionsprozeß", der aufs gesellschaftliche Ganze gesehen von einem Destruktionsprozeß nicht mehr zu unterscheiden ist. Zum anderen bedeutet "Vergesellschaftung der Produktion" das Erfordernis eines gewaltigen infrastrukturellen Vorlaufs vor der eigentlichen Warenproduktion. Dieses vom Weltmarkt selbst auf die Tagesordnung gesetzte Erfordernis (von Forschungs- und Ausbildungsinstitutionen, von Kommunikations- und Verwaltunsapparaten, von sozialen Einrichtungen aller Art) hat inzwischen nicht nur die Kapazität der einzelnen kapitalistischen Produktionseinheit, sondern längst schon diejenige der reichsten kapitalistischen Staaten überschritten. An sich über die Wertform hinausweisend, muß die gesellschaftliche Organisation der Arbeit innerhalb dieser Form zu einem Kostenfaß ohne Boden werden. Hinter dem Stichwort der "internationalen Schuldenkrise" verbirgt sich genau diese Tatsache: daß die gesellschaftlichen Voraussetzungen der Kapitalakkumulation von dieser nicht mehr "bezahlt" werden können, daß die Kapitalakkumulation weltweit als ein gigantischer Prozeß des "Anschreibenlassens", die Verwertung des Werts als ihre eigene - vorläufig erst noch unvermittelte - Negation voranschreitet. Somit könnte man für die kapitalistische Krise das Paradox formulieren, daß sie, was ursprünglich Produktion war, in einen Destruktionsprozeß der Natur verwandelt, der sich obendrein auch noch wertmäßig zu einem

immer größeren Verlustgeschäft ausweitet (1).

Es ist leicht einzusehen, daß das strukturelle Unmöglichwerden der Kapitalakkumulation auch die Demokratie in Mitleidenschaft ziehen muß. Anschauungsmaterial genug bieten uns die Verliererregionen des Weltmarkts, jene Regionen also, in denen die überwältigende Mehrheit der Erdbevölkerung - teils lebt, teils vegetiert. Wem es verwehrt ist, sich praktisch als Käufer und Verkäufer zu betätigen, der wird gegenüber den moralischen und rechtlichen Strukturen, die ihm diese Betätigung formell gestatten, selbstverständlich wenig Verbindlichkeit an den Tag legen.

Dieser Zusammenhang ist offensichtlich, und doch ist er noch nicht zwingend genug. Er scheint mir immer noch zu viel Platz zu lassen für jenes Pathos von "freedom and democracy", das den Hungerleidern dieser Erde zwar einräumt, daß sie sich in einer verzweifelten Situation befinden, ihnen mit "Freiheit und Gleichheit" aber gleichwohl die Grenzen der "Zivilisation" absteckt, die sie in ihrer Verzweiflung gefälligst nicht zu überschreiten haben. Nach zweihundert Jahren Dienst für die "linke Opposition" erweisen Freiheit und Gleichheit urplötzlich ihre Eignung als legitimatorisches Instrument zur militärischen (und natürlich zur Erfolglosigkeit verurteilten) Vorneverteidigung des in seine Endkrise geratenden Kapitalismus. Jene Ex-Linken, die anläßlich des Golfkrieges ihre Qualifikation zur ideologischen Notstandsverwaltung unter Beweis gestellt haben (2), mußten zu diesem Zweck ihr traditionelles Rüstzeug keineswegs verraten. Nicht sie haben einen Wechsel vorgenommen, sondern mit dem Verlust der kapitalistischen Dynamik ist ein Wechsel in der historischen Funktion von Freiheit und Gleichheit eingetreten.

Man kann diesen Funktionswechsel nur wahrnehmen, wenn man Freiheit und Gleichheit richtig begreift: nicht, wie es die traditionelle, auf das bloße Mehr des Werts fixierte Kapitalismuskritik zu tun pflegte, als einen moralischen Standard, an dem das Verhalten "des Kapitals" (als partikularer, subjektiv verantwortlicher "Faktor Kapitalistenklasse" vorgestellt) zu messen sei, sondern als jenes innerste Moment der kapitalistischen Warenproduktion, das sie seit jeher sind. Freiheit und Gleichheit sind nicht etwa bloß "betroffen" von der kapitalistischen Krise, sie wirken vielmehr an ihrem Zustandekommen unmittelbar selber mit. Zur Demonstration dieses Satzes muß man sie

(1) Für eine ausführliche, besser nachzuvollziehende Darstellung der "absoluten Schranke" des Kapitals muß ich auf die einschlägigen Veröffentlichungen von R. Kurz und E. Lohoff in den vorausgegangenen Ausgaben der "Marxistischen Kritik" bzw. "Krisis" verweisen (MK 1, MK 5 und MK 6 etwa).

(2) Vgl. E. Lohoffs Golfkrieg-Artikel in diesem Heft.

nicht in der Peripherie des Weltmarktes aufsuchen, sondern dort, wo sie noch einigermaßen intakt sind.

Hier, in den sozialstaatlich verfaßten Kernländern des Kapitalismus, ist ihre wesentliche Funktionsbedingung erfüllt: so gut wie alle gesellschaftlich auftretenden Interessen befinden sich in der gleichen Form des Geldes. Halten wir uns den Systemcharakter des Geldes vor Augen, dann wird sofort deutlich, was das heißt. Jegliches Interesse, es mag für sich genommen so harmlos aussehen, wie es möchte, erweist sich allein darin, daß vor seine Befriedigung das Mittel des Geldes gesetzt ist, als ein Moment von dessen selbstreflexiv gewordener Bewegung im kapitalistischen Produktionszyklus. Blind ist das Geld aber nicht nur auf der gesellschaftlichen Makroebene, sondern auch auf derjenigen des einzelnen "Geldverdieners". Für alle Geldverdiener der Form nach gleich, bezieht es sie gerade nicht in jener konkreten Weise aufeinander, in der sie in der Wirklichkeit des gesellschaftlichen Produktionsorganismus voneinander abhängig und aufeinander bezogen sind. Der naive Bezug auf die jeweilige Gelderwerbsquelle, wie er in dem vordergründig heute noch herrschenden Arbeitsplatzfetischismus zum Ausdruck kommt, hat damit seine Unschuld verloren. Den selbstverständlichen Umgang mit dem "sozialen Interesse", wie es von der jeweiligen Gelderwerbsquelle konstituiert wird, muß man sogar reaktionär oder zumindest beschränkt nennen, denn es findet dabei automatisch die Affirmation des Geldes statt. Versteht man unter Demokratie die Freiheit, das jeweilige "soziale Interesse" öffentlich geltend zu machen, so wird schnell sichtbar, daß die Demokratie am heute manifest werdenden Unsinn der Geldform unabdingbar beteiligt ist.

Die folgenden Beispiele mögen dies anschaulich machen: Ein Arzt etwa, den die Zunahme der Verschleißkrankheiten und die wachsende Nachfrage nach verschreibungspflichtigen Tranquillizern reich macht, ein Chemiefacharbeiter, der den Boom im Düngemittelverbrauch als die Sicherheit seines Arbeitsplatzes erfährt, ein getreideerzeugender Bauer, der die andernorts stattfindende Dürre mit Befriedigung als den Preis seines Weizens steigernd registriert (der andernfalls womöglich hätte verbrannt werden "müssen"), sie alle wirken zusammen an der Erzeugung jener Atmosphäre allgemeinen Unsinns, die die entsprechend erfolglose Berufssparte der Sinnproduzenten (Schriftsteller, Philosophen, Kulturredakteure) längst zu der messerscharfen Diagnose der "Sinnkrise" veranlaßt hat. Der Arzt ist dem äußerlichen Funktionalismus und Instrumentalismus, der seine Patienten krankmacht, eben dadurch, daß er erst hinterher tätig werden kann:

nicht als die auf viele Menschen verteilte Kompetenz zur allgemeinverträglichen Gestaltung ihres Lebensprozesses, sondern als institutionalisierte Reaktion auf das "positive Faktum" Krankheit, selber ausgeliefert; und er leistet mit seinem betriebswirtschaftlich organisierten Dienstleistungsunternehmen, das sich "rentieren" muß, einen Beitrag zur weiteren Verbreitung dieses von der Wertform diktierten Funktionalismus. Ganz abgesehen von der Lebenszeit, die er mit dieser auf keinen Erfolg hin angelegten Tätigkeit nutzlos vertut. Der Chemiearbeiter muß das Wasser selber trinken, bei dessen Belastung mit Nitrat er mithilft. Und der Bauer, der, vom Weltmarkt gejagt, den Überfluß von Lebensmitteln fürchten muß, bei dessen Erzeugung er gleichwohl das Letzte aus dem Boden herausholt, schneidet sich mit dieser gegen den Stoff gekehrten Rücksichtlosigkeit letztenendes ins eigene Fleisch, indem er z.B. die zukünftige Fruchtbarkeit des Bodens untergräbt. Ganz abgesehen von der Lebenszeit... Stahlarbeiter, die darum betteln, Stahl produzieren zu dürfen, von dem es genügend gibt, Kraftwerksarbeiter, die partout Energie produzieren wollen, wo die Rücksicht auf die Atemluft und die nur endlich vorkommenden organischen Brennstoffe ganz offensichtlich Sparsamkeit gebietet (die übrigens von der technologischen Entwicklung in anderen Industriezweigen, in denen die Energie als ein Kostenfaktor erscheint, wiederum ermöglicht wird), sie alle verplempern ihre Zeit. Dann zumindest, wenn man den Nutzen der Arbeit nicht nach dem damit verdienten Geld, sondern nach den davon zu befriedigenden Bedürfnissen beurteilt. Statt ihre demokratischen Rechte für die Vertretung eines abstrakten, von der jeweiligen Gelderwerbsquelle definierten Interesses in Anspruch zu nehmen, das aufgrund der Krise des Werts ohnehin unter die Räder kommt, hätten sie ihre Zeit besser dafür verwendet, dieses Interesse selber in Augenschein zu nehmen und es womöglich qualitativ zu bestimmen, in Relation auf den real vorhandenen gesellschaftlichen Zusammenhang, in dem sie sich befinden.

Tatsächlich ist es genau das, was die vergesellschafteten Individuen lernen müssen: sich auf diesen Produktionsorganismus konkret einzulassen, den sie selber, jeder an seinem Platz, hergestellt haben und in Gang halten, und von dessen Resultaten sie im Großen wie im Kleinen, im Guten wie im Schlechten existentiell betroffen sind und abhängen. Zur Befriedigung ihrer konkreten, stofflichen Interessen und Bedürfnisse ist es erforderlich geworden, daß sie zu ihrem je unmittelbaren Interesse, wie es auf die Gelderwerbsquelle bezogen ist, auf Distanz gehen. Sie müssen es gewissermaßen lernen, von der Abstraktion, die dieses unmittelbare Gelderwerbsinteresse darstellt,

selbst wieder zu abstrahieren. Ein Schritt, gleichbedeutend mit der Infragestellung jener traditionellen Identität, die bisher der "Beruf" bzw. der jeweilige Interessenstandpunkt der sozialen Kategorie etwa des "Arztes", des "Bauern", des "Chemie-", "Stahl-", "Kraftwerks-" und sonstigen "-arbeiters" verliehen hat. Das heißt, sie müssen sich in ihrem Denken, Wollen und Handeln genau auf jene Ebene des gesellschaftlichen Ganzen begeben, die der heutige Zeitgeist als abgehoben, abstrakt, und vom jeweiligen eigenen Nabel weit entfernt einzustufen pflegt.

9. Am Ende von Freiheit und Gleichheit

Die Chancen für diese Entwicklung stehen nicht so schlecht, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Das liegt einfach daran, daß sich im traditionellen Bezugsrahmen von Freiheit und Gleichheit keine wie immer geartete Perspektive mehr formulieren läßt. Die Ideologeme, die während der vergangenen zweihundert Jahre in diesem Rahmen angesiedelt waren (und zugleich seiner Herstellung dienten), können den Weg nicht mehr weisen: weder zum "privaten" noch zum "Menschheitsglück"; entsprechend können sie auch nicht mehr den Blick auf die Wirklichkeit verstellen. Freiheit und Gleichheit haben nämlich bei ihrem historischen Vormarsch an den sozialen Kategorien nicht haltgemacht. Ihre immanente Tendenz ist es vielmehr, über *alle* empirischen Bestimmungen hinauszugehen, auch über diejenigen, die sich zeitweise in den sozialen Kategorien niedergeschlagen hatten.

Gerade weil sich das Interesse am Geld in den Vordergrund geschoben hat, hat die Frage, wie man es erwirbt, mit welcher Tätigkeit, in welcher gesellschaftlichen Stellung, an Bedeutung verloren. Es hat sich rechtlich, ideologisch und gewohnheitsmäßig bei den modernen Individuen eine Ich-Identität herausgebildet, die gewissermaßen *vor* dieser empirischen Ebene angesiedelt ist. Was früher einmal mit einer unverrückbaren, von der eigenen Leiblichkeit fast nicht zu trennenden gesellschaftlichen Stellung verbunden war, das Dasein als Arbeiter, als Akademiker, als Bürger, das im Stand, in der Klasse, im jeweiligen Sozialmilieu eine ganze Lebenswelt mit je eigenen Traditionen und Umgangsformen umfaßte, das hat sich zur dem Individuum äußerlichen Funktion versachlicht. Als frei und gleich erleben sich die modernen Individuen darin, daß sie an keine dieser Funktionen mehr lebenslänglich gebunden sind, sondern nach freiem Belieben, das heißt je nach Geschicklichkeit, persönlicher Begabung oder eben nach

dem Zufall der Umstände, zwischen ihnen wechseln können (1). Es zeigt sich hierbei überdeutlich, daß Freiheit und Gleichheit mit einer Kritik des Kapitalismus nichts zu tun haben. Sie sind vielmehr eine wichtige Bedingung seines Funktionierens. Man könnte mit einem Ausdruck aus der Computerwelt von einem "Betriebssystem" sprechen, das dafür sorgt, daß die abstrakten Individuen schnellstmöglich - d.h. ohne den Verzug, der mit der ständischen Umständlichkeit und Bedenklichkeit notwendigerweise verbunden war - auf die von der Geldbewegung benötigten Einsatzorte verteilt werden.

Die prinzipielle Durchlässigkeit der sozialen Struktur einerseits, die von den Individuen zunehmend akzeptierte und ihnen zur Gewohnheit werdende Notwendigkeit, flexibel zu sein und je nach Marktlage zwischen den einzelnen Stationen zu wechseln andererseits, dies alles erklärt, warum sich die Leidenschaften bei den Fragen der traditionellen Interessenpolitik abgekühlt haben. Was der Gram des traditionellen Klassenkämpfers ist, daß das Arbeiterinteresse nur noch lau und ohne den von früher her bekannten metaphysischen Überschuß verfochten wird, ist nichts weiter als ein Zeichen dafür, daß Freiheit und Gleichheit endlich an ihrem immanenten Ziel angelangt sind, daß sie wirklich zu jener von Kant vorausgedachten Struktur geworden sind, in welcher die Menschen bloß noch in der Form eigenschaftsloser Punkte, als "Menschen überhaupt" aufeinander bezogen sind. Von diesem monadischen Endresultat der bürgerlichen Entwicklung her gesehen, ist das Wie? des Gelderwerbs gleichgültig geworden. Oder, was dasselbe ist, gültig ist jetzt überall genau das gleiche geworden: unmittelbar das Geld selber. Die Zeiten der Berufsehre und des Berufsstolzes sind vorbei. Ebenso diejenigen der niederen und unehrenhaften Gewerbe, die ehedem unter der Parole des "gleichen Rechts" um ihre gesellschaftliche Anerkennung kämpfen mußten. Seitdem Pornostars Parlamentsabgeordnete werden können, besteht hierfür kein Bedarf mehr. Jede der sozialen Funktionen, die im Rahmen der Kapitalbewegung anfallen, besitzt ihren Wert an nichts anderem mehr als an der Geldsumme, die sie dem Individuum jeweils einbringt. Sie vermag daher keinen extra "Standpunkt" mehr zu konstituieren, der das Individuum in einen irgend konsistenten "Sinn-

(1) Selbst das "Frausein" und das "Mannsein" fängt heute an, zu einer vom abstrakten Ich abgelösten Rolle zu werden, für oder gegen deren Ausübung es sich jeweils erst zu entscheiden hat. Durch diese "Veräußerlichung" des dadurch zu einer sozialen Kategorie werdenden Geschlechts wird es – in einem historisch uns freilich noch weitgehend bevorstehenden Schritt – den gesellschaftichen Individuen möglich, sich die entsprechenden Qualitäten und Kompetenzen bewußt anzueignen – weitgehend unabhängig vom biologischen Geschlecht. Vgl. den entsprechenden Aufsatz von Norbert Trenkle in diesem Heft.

zusammenhang" einordnen würde. Die "Charaktermaske", die sich unmittelbar vom Geld selber herleiten müßte, ist keine mehr.

Damit ist natürlich der metaphysische Glanz, den Freiheit und Gleichheit einmal besessen haben, verschwunden. Die in der Realität universell verwendbar und beweglich geworden sind - mit der ganzen Welt als ihrem Einsatzgebiet - , sie brauchen nicht mehr den Glauben an universelle Ideale, die zu verwirklichen wären. Die moralische Konstellation, in welcher dem "privaten Egoismus" das "höhere Interesse" des "Ganzen" entgegengehalten wurde, sie ist zusammengebrochen. Für das abstrakte Individuum ist der Blick auf das gesellschaftliche Ganze zwar freigeworden, aber dieses existiert jetzt eben real und nicht mehr in Gestalt der traditionellen ideologischen Ziele. Niemand, der im Ernst noch darauf erpicht ist, sich für die "Klasse", die "Nation" oder die "Menschheit" aufzuopfern. Wer dies noch von sich behauptet, wirkt unglaubwürdig in einer Welt, in der das Geld hinter allen vermeintlich hehren Motiven immer schon vorher da ist. Auch die "Helden des Golfkriegs" erledigten ihren "Wüstensturm" ganz überwiegend als einen Job (1), keineswegs als eine "Mission", was immer die - von den Gesetzen des Marktes übrigens durchaus nicht dispensierten - Ideologen des "Westens" behaupten mögen.

Das Zeitalter der "Politik" neigt sich offensichtlich dem Ende zu. Die politischen Institutionen beherrschen zwar den Vordergrund, der Staat ist allgegenwärtig geworden, aber gerade deswegen kann man sich über seine Gestaltungskraft keine Illusionen mehr machen. Und das ist gut so. Erst wenn der metaphysische Flitter fort ist, kommt, um mit Marx zu reden, die Kette der Abstraktion als solche zum Vorschein - mitsamt der Aufgabe, sie zu sprengen. Und der demokratische Staat ist ja ein Glied in dieser Kette; er ist nichts anderes als die andere Seite des abstrakten Individuums; dieses die Einzelheit des Geldes, er dessen Allgemeinheit. Will das abstrakte Individuum hinauskommen über seine von Freiheit und Gleichheit konstituierte Punktförmigkeit, dann ist ihm der Ausweg Richtung Staat und Politik versperrt. Mit den Abstraktionen, die es inzwischen unmittelbar selbst am Leibe hat, vermag es keine irgendwie greifbare Perspektive mehr zu verbinden.

Man hat sich das Zustandekommen dieser Konstellation auf der Seite des Staates etwa folgendermaßen vorzustellen: Mit seiner Demokratisierung mußte der Staat die früher einmal unübersteigbar gewe-

(1) Eine nüchterne Einstellung, die bei der technischen Kompliziertheit des eingesetzten Gerätes duchaus angebracht war. Die Militärstrategen befassen sich längst schon mit der Frage, wie man bei künftigen Einsätzen die Zahl der Unfalltoten reduzieren kann.

senen ständischen Schranken rechtlich und institutionell einebnen. Er sorgte für den Übergang von der sozialen Lebenswelt zur bloßen Funktionskategorie dadurch, daß er alle Gelderwerbsquellen als gleichberechtigt anerkannte. Jede Geldwerwerbsquelle wurde in ein umittelbares Verhältnis zum Staat gebracht und durch besondere, auf die jeweilige Funktion zugeschnittene Gesetzgebungswerke rechtlich definiert und abgesichert (1). Als äußeres Zeichen für diese Entwicklung haben sich die früher einmal subversiv gewesenen, allenfalls bloß geduldeten Interessengruppen, die Gewerkschaften, politischen Parteien, Verbände der mannigfaltigsten Art, zu halb- bis ganzstaatlichen Organen entwickelt. Sie bringen routinemäßig die besonderen mit der betreffenden Funktion verbundenen Anliegen - sei es als Nachtschichtarbeiter, als Fernfahrer, als Bankangestellter, sei es im sozialen und Pflegebereich, sei es als Mieter, als Vermieter, als Autofahrer, als Arbeitnehmer, als Arbeitgeber, als Kriegshinterbliebener oder einfach als Steuerzahler - öffentlich zu Gehör und als festinstallierte Lobby in das laufende Gesetzgebungsverfahren ein. Das heißt: In welche Funktion auch immer es ein Individuum verschlägt, es findet nicht nur den Arbeitsplatz in bereits fertiger, rechtlich definierter Form vor, ausgestattet mit sozialem Netz, Weiterbildungsangebot und Beschwerdestelle, die über die ausgehandelten Arbeitsbedingungen zu wachen hat, es tritt sogar in die zugehörige Konfliktstruktur wie in eine offizielle Institution ein, die es mit dem Wechsel des Arbeitsplatzes auch wieder verlassen kann.

Wurde früher die staatliche Allgemeinheit definiert als im Gegensatz stehend zu allen partikularen Interessen, denen wegen ihrer Widersprüchlichkeit und Unvereinbarkeit untereinander die Politikfähigkeit sogar ausdrücklich bestritten wurde, so ist sie - nach einer etwa hundertjährigen Übergangszeit des politischen Parteienkampfes, in dem, wie es noch Karl Mannheim sehen konnte, unterschiedliche "Welten" aufeinanderprallten - heute dadurch gekennzeichnet, daß sie

(1) In der staatsrechtlichen Literatur hat sich diese Entwicklung als Diskussion um das "Maßnahmegesetz" niedergeschlagen. Solange die soziale Funktion noch nicht konsequent als solche gedacht werden konnte, mußte eine spezifisch auf Arbeiter, Angestellte, Unternehmer und Kaninchenzüchter zugeschnittene Gesetzgebung aussehen wie eine Rückkehr der Ständegesellschaft: mit ihrem unterschiedlichen Recht für unterschiedliche Personengruppen. Das Problem (Allgemeinheitsgebot der Gesetzgebung) löst sich im Handumdrehen, wenn man, informiert durch das Kantsche "Apriori der reinen Form", analytisch trennt zwischen der von der Bewegung des Werts konstituierten sozialen Funktion einerseits und der von der Wertform als solcher konstituierten freien und gleichen Rechtsperson andererseits. Bei der Herausbildung dieser Differenz in der gesellschaftlichen Realität war das Maßnahmegesetz unerläßlich. Freilich konnte diese Unerläßlichkeit, die in den zwanziger Jahren mehr empfunden als begriffen wurde, auch dem faschistischen "Maßnahmestaat" den Weg bahnen.

sich alle Partikularitäten einverleibt hat und die sozialen Gegensätze gewissermaßen stellvertretend für die jeweils Betroffenen austrägt bzw. aushandelt.

Daher das Lob der "Kompromißfähigkeit des demokratischen Politikers". Diese Kompromißfähigkeit resultiert nicht etwa, wie es dem traditionellen Klassenkämpfer scheinen mag, aus einer besonderen moralischen Schwäche oder Verwerflichkeit dieses unverbesserlichen Opportunisten, der, ein gewissenhafter "Verantwortungsethiker" im Weberschen Sinne, sich stets scheut, bis zum Extrem seiner jeweiligen Position zu gehen, sondern sie hat eine objektive Grundlage in der gemeinsamen Form, in der sich alle sozialen Interessen befinden. Diese Form ist bekanntlich das Geld, und dessen selbstreflexive Bewegung stellt es keineswegs ins Belieben des einzelnen Politikers, was er zu tun und zu lassen hat. Einerseits der Freund jeglichen Geldinteresses überhaupt, muß er andererseits doch einen jeden mit einer bestimmten Funktion verknüpften Anspruch raltivieren am Interesse des "Ganzen", für das er "Verantwortung" trägt. In einem ununterbrochenen Prozeß des Hin- und Herschiebens der gesellschaftlichen Mehrwert- bzw. Schuldenmasse, des Subventionierens hier und des Besteuerns dort, wird ständig nach jener idealen Proportion gesucht, in welcher sich die verschiedenen sozialen Funktionen mit der Gesamtbewegung des Geldes in Übereinstimmung befinden. Unerschütterlich festhaltend an dem von der Verwertungslogik vorgezeichneten Kurs Richtung Katastrophe, sorgt "die Politik" dafür, daß diese Bewegung maßvoll vonstatten geht, ohne innere Turbulenzen. "Der ganze bürgerliche Staat ist eine einzige große Mäßigungsanstalt", schreibt Christoph Türcke sehr treffend, nämlich: "die besonnene Durchsetzung des Maßlosen" (1).

Daß die abstrakt gewordenen Individuen in dieser gesamtgesellschaftlichen Leistungsförderungs- und Anspruchsberechnungsanstalt keinen "höheren Sinn" mehr zu erkennen vermögen, ist nicht verwunderlich. Jene Ideologen, die sich dergleichen erhofft hatten von der "deutsche Einheit" genannten Beamtenfleißarbeit - als einen erhebenden Augenblick sei es der revolutionären Empörung, sei es des nationalen Gefühls -, gaben damit nur zu erkennen, daß sie noch an eine Metaphysik glauben, die es nicht mehr gibt. Auch der Golfkrieg, von dem man inzwischen sicher nur sagen kann, daß er sich für einige Monate günstig auf die amerikanische Leistungsbilanz ausgewirkt hat, hilft dieser Metaphysik - etwa in Gestalt einer neidisch beglotzten

(1) Christoph Türcke, Die neue Geschäftigkeit, Zum Ethik- und Geistesbetrieb, Lüneburg 1989, S. 99.

"Politikfähigkeit des Westens" - nicht mehr auf die Beine. Jenseits des unmittelbaren Gelderwerbsinteresses hat die moderne Demokratie nichts zu bieten. Und das heißt leider auch: daß sie kein Rezept besitzt für die Bewältigung der von der Geldlogik angehäuften existentiellen Probleme, die in weiten Teilen der Welt bereits den Umfang von Katastrophen angenommen haben. Mag er Plastikflaschen besteuern, Kindergartenplätze garantieren und die Ausbildung der diversen Therapeutengattungen fördern, niemand glaubt im Ernst daran, daß der Staat dazu imstande ist, an der grundsätzlichen Richtung etwas zu ändern.

Bei dieser Lage der Dinge kann man es nicht geradewegs eine Flucht aus der Realität nennen, wenn sich die abstrakten Individuen von der mit lauter Realisten bevölkerten politischen Sphäre abwenden. Das Zurückfluten in die Privatsphäre, wie es seit den siebziger Jahren zu beobachten ist (Stichwörter: politische Apathie, Parteienmüdigkeit, Staatsverdrossenheit), ist durchaus nicht bloß ein Anlaß zur Klage, und schon gar keiner ist es zur Abfassung von Umkehr-Appellen. Es sollte als Symptom für das Ende der Politik überhaupt verstanden werden. Nachdem die öffentliche Sphäre keine verbindliche Ideologie mehr anzubieten hat, sind die abstrakten Individuen auch hier an ihre Privatinitiative verwiesen. Indem sie die "Sinnsuche" auf je eigene Faust betreiben, demonstrieren sie nur, daß sie von Freiheit und Gleichheit den gehörigen Gebrauch zu machen verstehen. Reduziert auf das logische Endresultat von Freiheit und Gleichheit, mußten es die punktförmig gewordenen Individuen gerade auch zur ideologischen Autonomie bringen. Eine andere Allgemeinheit als die einer "Struktur überhaupt" (wie man in Abwandlung der Kantschen "Allgemeinheit eines Gesetzes überhaupt" sagen könnte) steht ihnen ja nicht mehr gegenüber. Herausgelöst aus allen ständischen und vormodernen Bindungen, können Sie ihren "Sinn" suchen, wo und worin immer sie wollen (1). Weil die Durchsetzungsgeschichte von Freiheit und Gleichheit im wesentlichen hinter ihnen liegt, ist es ih-

(1) Das abstrakte Individuum, wie ich es hier als Tendenz darstelle, ist realiter natürlich nicht lebensfähig. Die fortgeschrittensten Apologeten der bürgerlichen Gesellschaft - Niklas Luhmann etwa, oder Odo Marquard - haben dies längst begriffen. Wissenschaftlich völlig korrekt ist ihre Entdeckung, daß der weitestmögliche Bezugsrahmen aller hinsichtlich ihrer spezifischen gesellschaftlichen Form nicht reflektierten Theorie nur das "System" oder die "Struktur überhaupt" sein kann. Apologetisch ist es, wenn sie im Gefühl für den tiefen Un-sinn dieser Entdeckung, sich um die "Farbtupfer" und "Sinnangebote" sorgen, ohne die die als "System" (und sonst nichts) aufzufassende Gesellschaft nicht funktionieren könne. Mit dieser Funktionalisierung ist natürlich das Urteil nicht nur über den "Sinn", sondern auch über das "System", das ihn "braucht", bereits gesprochen.

nen möglich geworden, sich zu allen im Verlauf dieser Geschichte jemals mächtig gewesenen Traditionen gewissermaßen gerecht und abwägend zu verhalten: wie zu einem großen Warenangebot, aus dem jede und jeder das für sich "passende" aussucht.

Das erklärt die bunte Vielfalt an ideologischen Moden und Strömungen, die in unserem geellschaftlichen Bewußtsein heute Platz hat. Von den ältesten Beschwörungstänzen bis zu den neuesten Jugendsekten ist alles vertreten. Anarchisten, Stalinisten und Faschisten sitzen gleichberechtigt nebeneinander im Flur des Arbeitsamts. Esoterik und neue Religiosität sind am Zeitungskiosk ebenso frei erhältlich wie der geifernde Atheismus. Weltbilder, mit denen früher ganze Gesellschaftsordnungen verbunden waren, sind zum gleichberechtigten Bestandteil einer Hobbykultur geworden, die demokratisch ordinär die schreiendsten Widersprüche verdaut. Wobei die Freiheit des modernen Individuums sich in der bloßen Vielfalt und Buntscheckigkeit des ideologischen Angebots, aus dem es wählen kann, noch nicht erschöpft. Es gehört dazu auch die Leichtigkeit, mit der es ihm möglich ist, von Obsession zu Obsession zu wechseln. Wer mehr als vier Jahre lang die gleiche Masche verfolgt, handelt sich leicht den Vorwurf der Einseitigkeit ein. Stalin gegen Bhagwan auszutauschen, das war, um nur ein Beispiel zu nennen, gegen Ende der siebziger Jahre eine übliche Prozedur, und bald darauf verlangte die neue Mütterlichkeit bzw. Väterlichkeit nach der gebührenden Würdigung ihrer Riten.

Das ist nämlich ein weiteres Kennzeichen der freien und gleichen und darin eben abstrakten Individuen: Sie können jede beliebige Lebensäußerung in den Rang einer sinnstiftenden Weltanschauung erheben. Da sich nichts mehr von selbst versteht, erscheint jedes Alltagsdetail als das Resultat eines vom abstrakten Individuum in freier Selbstverantwortung absolvierten Entscheidungsprozesses. Mit anderen Worten, das abstrakte Individuum *will* allemal, was es tut, und dieses Wollen muß mit Gründen ausgestattet werden, es ruft einen starken Bedarf nach Überzeugtheit hervor, und diese Überzeugtheit heftet sich - mit Verlaub - an immer banalere Phänomene (1). Selbst noch ein Gespräch über die jeweiligen Schlaf- und Eßgewohnheiten bekommt auf diese Weise eine gewisse weltanschauliche Wichtigkeit. Laufend muß sich das abstrakte, von Brauchtum und Herkommen

(1) Zugleich schwindet die Adhäsionskraft solcher Überzeugtheiten - um so mehr natürlich, je weiter entfernt vom eigenen Nabel sich das jeweilige Phänomen befindet. Gedankenflucht kennzeichnet die meisten Gespräche. Die Unfähigkeit, bei einer Sache zu bleiben, sich zu konzentrieren und hineinzuvertiefen in ein Thema, scheint bereits den Erwerb der systemimmanenten Techniken und Kompetenzen in Mitleidenschaft zu ziehen. Auch dies ist ein Moment, das zur kapitalistischen Krise beisteuert.

nicht mehr geborgene Individuum bestätigen, daß es richtig liegt. Die Ideologie, daß die Familie alles sei, finden wir gleichberechtigt neben dem eingetragenen Verein der "Rabenmütter", die per öffentlichem Traktat erläutern, warum sie Mann und Kind verlassen haben. Anhänger des Fußballsports organisieren sich zu Fanclubs mit nicht nur weltanschaulicher, sondern sogar militärischer Potenz. In grünen Läden herrscht eine gewisse andächtige Atmosphäre, weil hier Leute verkehren, die keine Speise in den Mund nehmen, ohne zuvor ihr Gewissen befragt zu haben. Die Abtreibungsgegner sind ebenso von einem heiligen Schauer erfüllt wie die Abtreibungsbefürworter. Die Tierfreunde scharen sich um die Fahne des "Tierrechts", die Radfahrer e.V. führen einen heiligen Kreuzzug gegen das Auto, und nicht zuletzt fordert die eigene Einstellung zum Fernsehen immer wieder zur Abgabe von Grundsatzerklärungen heraus. Überall stellt sich die Frage: richtig oder falsch? Und unablässig zimmern die Individuen frei und gleich an ihren privaten Weltanschauungen, die es ihnen ermöglichen, als Überzeugungstäter aufzutreten. Ein Drang, der ein ergiebiges Reservoir für Magengeschwüre darstellt, weil noch der schwachsinnigste und widerlichste Verkäuferjob danach verlangt, mit der eigenen frei sich entfaltenden Individualität in Einklang gebracht zu werden.

Das ist in der Tat das Handicap der privaten Autonomie: so viele Brücken der Abhängigkeit sie hinter sich abgebrochen haben mag, diejenige vom Geld ist ihr darüber zum selbsverständlichen Bestandteil des Daseins geworden. So eng, bescheiden und beschränkt kann keine Privatsphäre sein, daß sie sich auf Dauer unter dessen universell gewordenen Zwang hinwegzuducken vermöchte. Der demokratische Privatismus ist kein Ort der Ruhe, sondern einer des dauernden Suchens und der dauernden Selbstvergewisserung. Von der Geldbewegung immer wieder blamiert bis zum vollkommenen Zusammenbruch, muß die armselige Identitäts-Hütte, in der sich das abstrakte Individuum einzurichten versucht, laufend renoviert und rekonstruiert werden. Der Dynamik im Großen entspricht die Hektik im Kleinen.

Die Furcht so manchen Alt-Revolutionärs, der sein eigenes antikapitalistisches Erwachen noch unter der Form der "Politisierung" erlebt hat, ist daher unbegründet. Die moderne Privatsphäre ist nicht so gemütlich, wie es dieser aus alten Zeiten stammende Ausdruck nahezulegen scheint. Der Aufenthalt dort kann im Zustand der totalen Vergesellschaftung der Individuen nicht von langer Dauer sein. Mag es unseren Alt-Revolutionär auch empören, wenn die Kategorie der "gesellschaftlichen Objektivität" außer Kurs gekommen ist, wenn die

neuen Hedonisten ausgerechnet ihr von der Konfektionsstange des Werts stammendes Ich zum alleinigen Maßstab der Theorie erheben und jeden Gedanken, der ihnen begegnet, nur immer dasselbe fragen: was er ihnen denn "bringe"; mag er sich einsam fühlen inmitten von soviel naßforsch vorgetragener Ignoranz, er bekommt damit doch nur das gleiche Unbehagen zu kosten, an dem die anderen abstrakten Individuen schon lange kauen. Es wäre ja noch schöner, wenn das Wissen der Krise krisenfrei zu haben wäre. Und so muß sich eben jeder, der heute ein Thema anschneidet, in dem nicht sofort er selber vorkommt - mit seinen *eigenen* Erfahrungen und seinen *eigenen* Gefühlen -, mit jener nervtötenden Sorte von Mitleid herumschlagen, die ihn zum verhärmten Dogmatiker erklärt, der das wichtigste bei all seinen Theorien, die *eigene* Person, außer acht gelassen habe.

Hinter dieser Wichtigtuerei im Namen der ersten Person steckt aber ja nichts anderes als die nackte Not. Der Abwehrreflex gegen jegliche Allgemeinheitszumutung beruht auf einer leidvollen Erfahrung. Wir dürfen nicht vergessen, daß die abstrakten Individuen am Ende einer Epoche von lauter Versprechungen und Verheißungen stehen. Sämtliche der ideologischen Vehikel, die Freiheit und Gleichheit zur Durchsetzung dienten, verhielten sich affirmativ zu ihren jeweiligen Adressaten. Diese hatten nur immer dem Kriterium der Anhängerschaft zu genügen, sie sollten glauben, vertrauen und in Treue fest zu den "Prinzipien" stehen, um ins gelobte Land des jeweiligen Ismus gelangen zu können. Jetzt, da es heraus ist, daß Abstraktionen nicht nur nicht zum Essen, sondern zu überhaupt keiner Bedürfnisbefriedigung taugen, muß natürlich jede Sorte von "Perspektive" zunächst einmal Ekel hervorrufen, auch die über die demokratischen Glaubensartikel hinausweisende. Solange die traditionelle politische Metaphysik in Gestalt der bekannten Verwirklichungskalauer die öffentliche Bühne beherrscht, darf man den verbreiteten antitheoretischen Affekt, das "Mißtrauen gegen Begriffe", fast schon eine gesunde Reaktion nennen, eine Ideologiekritik der handfestesten Art. Wenn diese Kritik zunächst als brutale Beliebigkeit im Umgang mit jeglicher Ideologie auftritt, so sollte man darin nicht selbst wieder eine ideologische Verbohrtheit sehen. Eher handelt es sich um eine Art SOS-Ruf in letzter Minute.

Die Geduld zum Warten auf das "Morgenrot der neuen Zeit" ist den abstrakten Individuen offensichtlich abhandengekommen. Von der Ware-Geld-Beziehung dressiert auf Erfolgserlebnisse der kurzschlüssigsten Art, müssen sie hier und jetzt bedient werden. Dementsprechend besitzen die Angebote der Psychoindustrie, die ihre Effekte

an einem einzigen Wochenende zu erzielen versteht, mehr Überzeugungskraft als die Anbiederungsversuche der politischen Schwadroneure, die außer Schulterklopfen ja auch nichts weiter zu bieten haben. Wobei das Wort "Kraft" in diesem Zusammenhang wahrscheinlich nicht ganz angebracht ist. Der am meisten adäquate, weil kürzeste Weg zur Affirmation des eigenen Ich dürfte denn auch die "Bewußtseinserweiterung" via Droge sein. In der Drogenszene scheint mir der längst schon überall nagende Zweifel an den vorhandenen Sinnangeboten am deutlichsten zum Ausdruck zu kommen. Was gewisse spätbekehrte Anhänger des Pluralismus (1) als Reichtum und Vielfalt, als quirliges Leben, als Mut zur Offenheit, zum Risiko und zum Irrtum feiern: die Möglichkeit jedweden Inhalts, wie sie proklamiert wird in der postmodernen Parole des *anything goes*, es enthüllt in der Drogensszene und überhaupt in der millionenfachen Suchtproblematik der spätkapitalistischen Gesellschaft unvermittelt sein tödliches Gegenteil: die vollkommene Gleichgültigkeit, die Freiheit und Gleichheit gegenüber jeglichem Inhalt besitzen, solange sie selbst nicht als aufzuhebende gesellschaftliche Form dazugerechnet werden.

10. Jenseits von Freiheit und Gleichheit

Jenseits von Freiheit und Gleichheit befindet sich kein neues Prinzip, auch keine neue Mischung von Prinzipien à la Eintracht von "Ökonomie" und "Natur", sondern das Diesseits. Das Diesseits ist voll des Inhalts, aber in einer Form, die ihn von den abstrakten Individuen trennt. Ihr eigener Reichtum steht ihnen als eine Unzahl von einzelnen Dingen und Tatsachen gegenüber, zwischen denen sie sich bis zum Wahnsinnigwerden zu "entscheiden" haben. Da aber dieser Reichtum in der Wirklichkeit seines globalen Zusammenhangs nur als einer existiert, und da seine Aneignung nicht anders als in dieser seiner wirklichen Einheit möglich und zugleich von existentieller Notwendigkeit ist, gibt es hier nichts zu entscheiden. Es ist abgeschmackt, sich die Frage "Geld oder Leben", "Barbarei oder Kommunismus" so vorzustellen, als sei sie an den gleichen freien Willen gerichtet, der auch in der demokratischen Wahlkabine sein Kreuzchen malt. Wenn sich für das abstrakte, vom Geld konstituierte Individuum die Welt genau so darbietet: als eine Anhäufung von lauter unvermittelten Alternativen, dann heißt das nur, daß die Aneignung des gesellschaftli-

(1) Etwa die Verfasser der "demokratischen Frage", deren Namen mit Stillschweigen zu übergehen ich die Höflichkeit leider nicht besitze. Vgl. Ulrich Rödel, Günter Frankenberg, Helmut Dubiel, Die demokratische Frage, Frankfurt 1989.

chen Reichtums auch die Beseitigung des abstrakten Individuums und seiner binären Wahrnehmungsstruktur in sich schließen muß. Das moderne Selbst, das in seiner falschen, narzißtischen Bescheidenheit laufend beteuert, mit der weltumstürzenden Veränderung "bei sich selbst den Anfang machen" zu wollen, wird dieser "selbstgestellten" Aufgabe erst dann gerecht geworden sein, wenn es ihm gelungen ist, sich von der leeren Abstraktion, die es darstellt, ab- und dem wirklichen Inhalt zuzuwenden. Es ist dies eine Frage des Könnens, nicht des Wollens.

Krisis 11

Preis: 16.- DM